

Skripte und Materialien zum Forschungsprojekt „HGIS-Germany -
Historisches Informationssystem der deutschen Staatenwelt seit 1815“
Herausgegeben von Andreas Kunz Band 2

Andreas Kunz (Hrsg.)

Materialien zur Entwicklung historischer Grenzen
und Räume in Deutschland 1821-1871

Bearbeitet von Bettina Johnen
unter Mitwirkung von Tamara Wagner

Mainz 2008

Veröffentlicht mit Unterstützung der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung



Veröffentlicht als PDF-Dokument im Internet

URL: http://www.hgisg-ekompodium.ieg-mainz.de/Forschungsergebnisse/Skripte_Materialien/

Empfehlung zur Titelaufnahme und zur Zitierweise:

Andreas Kunz, Hrsg., Bettina Johnen, Bearb., Materialien zur Entwicklung historischer Grenzen und Räume in Deutschland 1821-1871, Mainz 2008 (Skripte und Materialien zum Forschungsprojekt „HGIS Germany – Historisches Informationssystem der deutschen Staatenwelt seit 1815“, hrsg. von Andreas Kunz, Bd. 2).

URL: http://www.hgisg-ekompodium.ieg-mainz.de/Forschungsergebnisse/Skripte_Materialien/Schriftenreihe-HGISG-Bd-2.pdf
+ <Datum des Besuchs der Internet-Adresse sowie ggfs. des Downloads des Bandes als PDF-Datei>

ISSN 1866-5942

© Andreas Kunz, 2008

Inhalt

Teil 1: Grenzen 5

1. Vorbemerkung des Herausgebers 7
2. Die Grenzänderungen pro Jahr 9
3. Literatur zu den Grenzänderungen 95
4. Quellen zu den Grenzänderungen 107

Teil 2: Räume 133

1. Vorbemerkung 135
2. Tabellarische Übersichten 137
 - 2.1 Staaten 137
 - 2.2 Provinzen 202
 - 2.3 Regierungsbezirke 232
 - 2.4 Exklaven 344
 - 2.5 Kondominatsgebiete 542

Reihe: Skripte und Materialien zum Forschungsprojekt „HGIS Germany“ 552

Teil 1

Grenzen

Inhaltsverzeichnis von Teil 1

1. Vorbemerkung des Herausgebers 7
2. Die Grenzänderungen pro Jahr 9
3. Literatur zu den Grenzänderungen 95
4. Quellen zu den Grenzänderungen 107

1. Vorbemerkung des Herausgebers

In HGIS Germany sind für jedes Jahr zum Stichtag 31. Dezember die Änderungen von Grenzen (Staats- und Verwaltungsebenen) recherchiert worden. Nur ein Teil dieser recherchierten Änderungen wurde in das Informationssystem übernommen, andere blieben vor allem aus Gründen der Darstellbarkeit bei dem als unterste Ebene gewählten Maßstab von 1:200.000 unberücksichtigt. In der nachfolgenden Materialsammlung werden die Rechercheergebnisse zu den Grenzänderungen der Jahre 1821-1871 pro Jahr schriftlich fixiert, und zwar sowohl die in HGIS Germany berücksichtigten, wie auch die nicht berücksichtigten Änderungen. Der Ausdruck dient somit zur Erläuterung – wie auch als wissenschaftlicher Beleg – für die in HGIS Germany intern verwalteten Informationen zu den Jahresänderungen, die sich dem Betrachter zweier Karten nicht unmittelbar erschließen. Aus Zeitgründen konnten nur die Jahre bis zur Gründung des Deutschen Reichs auf diese Weise dokumentiert werden. Allerdings nimmt die Frequenz der Grenzänderungen nach 1871 auch deutlich ab, so dass die hier vorgelegte Materialsammlung quantitativ und inhaltlich den weitaus wichtigeren Zeitraum abdeckt. Eine inhaltliche Einführung zu den Zielen des Projektmoduls „Grenzen und Räume“ findet sich im Band 1 dieser Schriftenreihe.

2. Die Grenzänderungen pro Jahr

1821

Berücksichtigte Änderungen

Hessen-Kassel

Das Kurfürstentum Hessen-Kassel erhält mit dem Organisationsedikt vom 21. August 1821 eine neue Verwaltungsstruktur. Das Land wird in vier Verwaltungsbezirke eingeteilt, die mit einer Regierungsbezirksstruktur vergleichbar sind. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch werden diese Verwaltungseinheiten als „Provinzen“ bezeichnet. Die in Norden des Kurfürstentums gelegene Provinz Niederhessen umfasst auch die abgetrennt liegende Exklave Schaumburg (ehemalige Grafschaft Schaumburg). Im Gebiet der Provinz Niederhessen liegt die sog. Rothenburger Quart, ein Gebiet im Besitz der Nebenlinie Hessen-Rothenburg, das bis 1834 auch von dieser verwaltet wird. Sitz der Regierung ist in Kassel. Die Provinz Oberhessen besteht aus dem oberen Teil der ehemaligen Landgrafschaft Hessen sowie der vormaligen Grafschaft Ziegenhain. Die Regierung sitzt in Marburg. Zur Provinz Fulda gehört auch das in Thüringen gelegene Gebiet Schmalkalden mit der Exklave Barchfeld. Die Provinz Fulda besteht aus dem Großteil des ehemaligen Großherzogtums Fulda, dem vormaligen Fürstentum Hersfeld sowie dem Amt Friedewald. Sitz der Regierung ist Fulda. Die Provinz Hanau umfasst das Gebiet der ehemaligen Grafschaft Hanau sowie das zuvor zu Fulda gehörende Amt Salmünster. In der Provinz Hanau liegen zudem einige standesherrliche Ämter der Fürsten und Grafen von Isenburg und der Grafen von Degenfeld. Die Regierung sitzt in Hanau.¹

Mecklenburg-Schwerin / Mecklenburg-Strelitz

Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin erhält das bisher zu Mecklenburg-Strelitz gehörende Dorf Bennin. Bennin bildete eine Enklave in Mecklenburg-Schwerin. Mecklenburg-Strelitz erhält im Gegenzug die bisherigen Schweriner Anteile an den Dörfern Grieben und Lübseerhagen.²

Preußen

Das Preußische Zollsystem von 1818 wird mit Kabinettsorder vom 19. November 1821 auch auf die vormals schwedischen Teile Pommerns, das so genannte Neuvorpommern, ausgedehnt.³

¹ Vgl. Eckhart Franz, Hessen 1820-1939, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 284-308, hier S. 285f; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten), bearb. von Wolfgang Klötzer und Thomas Klein, Marburg 1979, S. 63-166; Ulrich Reuling, Verwaltungs-Einteilung 1821-1855. Mit einem Anhang über die Verwaltungsgebietsreform in Hessen 1968-1981, in: Fred Schwind, Hg., Geschichtlicher Atlas von Hessen: Text- und Erläuterungsband, Marburg 1984, S. 164-179, hier S. 166.

² Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 13: Mecklenburg, bearb. von Helge bei der Wieden, Marburg 1976, S. 28.

³ Vgl. Karl Krökel, Das preußisch-deutsche Zolltarifsystem in seiner historischen Entwicklung seit 1818, Jena 1881 (= Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 8), S. 19; Erich Sandow, Pommern, in:

Sachsen-Weimar-Eisenach

Mit einem Hausvertrag vom 10. Oktober 1821 wird die Exklave Amt Oldisleben mit dem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach vereinigt. Oldisleben war seit 1641 Senioratsamt, die Einkünfte aus dem Amt Oldisleben und alle landeshoheitlichen Rechte standen jeweils dem Senior der ernestinischen Staaten⁴ zu. Dieser Gemeinschaftsbesitz wird 1821 aufgehoben, das Gebiet geht endgültig an Sachsen-Weimar-Eisenach.⁵

Küstenlinie

Auf der Halbinsel Eiderstedt entsteht in der Nähe von St. Peter-Ording der so genannte Wilheminenkoog.⁶

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern / Württemberg

In einem Vertrag vom 5. August 1821 wird festgelegt, dass der Lauf der Iller im Flussbett von 1815 die Grenze zwischen dem Königreich Württemberg und Königreich Bayern bildet.⁷

Es handelt sich hierbei nicht um eine Grenzänderung, sondern um eine erneute Festlegung einer bereits existierenden Grenze. *HGIS Germany* zeigt die Iller bereits seit 1820 als Grenzfluss zwischen Bayern und Württemberg.

Hohenzollern-Hechingen / Württemberg

Das Königreich Württemberg verzichtet auf seine Ansprüche an der Exklave Wilflingen. Die Territorialherrschaft über Wilflingen war zwischen den Grafen von Zollern und Österreich umstritten, da letztere seit etwa dem 16. Jahrhundert Rechte an der hohen Gerichtsbarkeit im Ort hatten. Württemberg machte als Rechtsnachfolger Österreichs in Hohenberg einen Anspruch auf Wilflingen geltend, verzichtet jedoch 1821 endgültig.⁸ *HGIS Germany* führt Wilflingen bereits seit 1820 beim Fürstentum Hohenzollern-Hechingen, denn bei dem Verzicht 1821 handelt es sich nicht um einen Besitzerwechsel, sondern um das Ende von Rechtsstreitigkeiten.

Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“. 2 Bde. Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 118-142, hier S. 118f.

⁴ Die so genannten ernestinischen Staaten sind 1821 das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach sowie die Herzogtümer Sachsen-Gotha-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Saalfeld und Sachsen-Hildburghausen.

⁵ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 15: Thüringen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1983, S. 5 und S. 61.

⁶ Vgl. Werner Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, in: Niedersächsischen Landesinstitut für Marschen und Wurtenforschung, Hg., Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet, Bd. 16, Wilhelmshaven, Hildesheim 1986, S. 1-54, hier S. 31.

⁷ Vgl. Ulrike Redecker, Wilfried Schöntag, Beiwort zu den Karten „Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1815-1857“ und „Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1858-1936“, in: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Hg., Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen, 5. Lieferung, Stuttgart 1976, S. 1-24 (Abschnitt VII, 4-5), hier S. 19.

⁸ Vgl. Casimir Bumiller, 900 Jahre Wilflingen. Geschichte einer hohenzollerischen Exklave, in: Hohenzollernsche Heimat 45 (1995), S. 2-7, hier S. 4.

1822

Berücksichtigte Änderungen

Hannover

Das in der hannoverischen Provinzialregierung Aurich gelegene Amt Pewsum wird in „Amt Greetsiel zu Pewsum“ umbenannt. Diese Änderung wird in *HGIS Germany* berücksichtigt, da die Insel Borkum zu diesem Amtsbezirk gehörte.⁹

Österreich im Deutschen Bund

Im 1822 gibt die Provinz Gubernium Küstenland das früher ungarische Küstengebiet Litorale und einen zu Kroatien gehörenden Gebietsteil am rechten Saveufer an die ungarische Krone ab. Diese Gebiete fallen somit nicht mehr in den Verwaltungsbereich des Guberniums.¹⁰

Preußen

Zum 1. Januar 1822 wird der Regierungsbezirk Kleve aufgelöst und sein Gebiet dem Regierungsbezirk Düsseldorf angegliedert.¹¹

Das eigentlich für die Provinz Niederrhein zuständige Oberpräsidium in Koblenz wird nach dem Tod des Oberpräsidenten der Provinz Jülich-Kleve-Berg, Friedrich Ludwig Christian Graf zu Solms-Laubach, im Februar 1822 auch für diese Provinz zuständig. Nach dieser Zusammenlegung bürgert sich nach und nach die Bezeichnung Rheinprovinz ein.¹²

Schwarzburg-Rudolstadt

Mit Vertrag vom 24. Juni 1822 werden die Teile des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt, die von preußischem Gebiet umschlossen sind, dem Preußischen Zollsystem angeschlossen.¹³

Württemberg

Die Stadt Stuttgart, die bisher unter der zeitgenössischen Bezeichnung „Stadtdirektion“ eine mit einem Regierungsbezirk vergleichbare Stellung hatte, wird zum 1. Oktober 1822 in den Regierungsbezirk Neckarkreis eingegliedert und einem Oberamt gleichgestellt.

⁹ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, hrsg. von Walther Hubatsch, Reihe A: Preußen, Bd. 10: Hannover, bearb. von Iselin Gundermann und Walther Hubatsch, Marburg 1981, S. 352.

¹⁰ Vgl. Ernst C. Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Ein Lehrbuch für Studierende, Wien 1956 (= Rechts- und Staatswissenschaften, Bd. 13), S. 330; Carlile Aylmer Macartney, *The Habsburg Empire 1790-1918*, London 1968, S. 207; Ludwig Steindorff, Küstenland, in: Edgar Hösch u.a., Hg., *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Wien etc. 2004, S. 405, hier S. 405.

¹¹ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 7: Rheinland, bearb. von Rüdiger Schütz, Marburg 1978, S. 12; Udo Klaus, *Die Verwaltung der Rheinprovinz*, in: Walter Först, Hg., *Das Rheinland in preußischer Zeit*. 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz, Köln, Berlin 1965, S. 71-86, hier S. 79.

¹² Vgl. Grundriß, Band 7, S. 12.

¹³ Vgl. Hermann von Festenberg-Packisch, *Geschichte des Zollvereins mit besonderer Berücksichtigung der staatlichen Entwicklung Deutschlands*, Leipzig 1869, Nachdruck Frankfurt a. Main 1986, S. 170; Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolstadt vom 24. Juni 1822, abgedr. in CTS, 72, S. 377-383.

Diese württembergische Verwaltungseinheit entsprach in ihrer Funktion der eines preußischen Kreises.¹⁴

Nicht berücksichtigte Änderungen

Frankfurt / Nassau

Mit Staatsvertrag vom 30. Oktober 1822 wird die Grenze zwischen dem Frankfurter Stadtwald und dem zum Herzogtum Nassau gehörenden Schwanheimer Wald begradigt.¹⁵ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Preußen

Mit der Kabinettsorder vom 21. Dezember 1821 wird der Regierungsbezirk für die Stadt Berlin zum 1. Januar 1822 aufgelöst. Für Berlin werden zwei Kommissionen eingesetzt, die für das Militär und für das Bauwesen zuständig sind. Die Aufsicht über den Berliner Magistrat geht an das Innenministerium über, das ehemalige Polizeipräsidium für Berlin wird wieder eingerichtet. Damit wird Berlin den Kreisen gleichgestellt.¹⁶

Für die Jahre 1820 bis 1821 setzt *HGIS Germany* den Regierungsbezirk Berlin mit dem Stadtgebiet Berlin gleich, da sich statistische Angaben zu Berlin in der Regel auf die Stadtbevölkerung beziehen. Auch nach 1821 wird das Berliner Stadtgebiet in *HGIS Germany* aus statistischen Gründen weiterhin als Regierungsbezirk geführt. Damit kann das urbane Wachstum der Stadt getrennt beobachtet werden.

1823

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Bernburg

Mit Vertrag vom 10. Oktober 1823 wird das von preußischem Gebiet umschlossene Amt Mühlingen Teil des Preußischen Zollsystems. Mit einem weiteren Vertrag selben Datums wird auch das so genannte obere Herzogtum Anhalt-Bernburgs Teil des Preußischen Zollsystems. Es umfasst die Gebiete Bernburgs im Unterharz, wie auch die Exklave Tilkerode. Beide Verträge treten am 27. November 1823 in Kraft.¹⁷

¹⁴ Vgl. Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern, S. 13; Paul Sauer, Das Werden einer Großstadt. Stuttgart zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg 1871 bis 1914, Stuttgart 1988, S. 26f.

¹⁵ Vgl. Grundriß, Band 11, S. 271.

¹⁶ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 5: Brandenburg, bearb. von Werner Vogel, Marburg 1975, S. 46.

¹⁷ Vgl. Heinrich Lindner, Geschichte und Beschreibung des Landes Anhalt, Dessau 1833, S. 379-381; Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Amt Mühlingen betreffend vom 10. Oktober 1823, abgedr. in: CTS, 73, S. 405-410; sowie Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Oberherzogtum betreffend vom 10. Oktober 1823, abgedr. in: CTS, 73, S. 411-421.

Hannover

Im Königreich Hannover wird 1823 auf Grund eines Edikts vom 12. Oktober 1822 und einer Verordnung vom 18. April 1823 eine neue Verwaltungsstruktur eingeführt. Hannover wird in sechs so genannte „Landdrosteien“ eingeteilt, die der Ebene der Regierungsbezirke entsprechen. Drei der neuen Landdrosteien entstanden durch Teilung des Gebiets der ehemaligen Provinzialregierung Hannover. An ihre Stelle treten die Landdrostei Hannover mit Verwaltungssitz in Hannover, die Landdrostei Hildesheim mit Sitz in Hildesheim und die Landdrostei Lüneburg, deren Verwaltung in Lüneburg sitzt. Zur neuen Landdrostei Hildesheim gehört auch die Grafschaft Hohnstein, die zuvor durch ein Hoheitskommissariat verwaltet worden war. Die anderen drei Landdrosteien entsprechen den zuvor auf ihrem Gebiet eingerichteten Provinzialregierungen. Die Landdrostei Stade geht aus der Provinzialregierung Stade hervor, die Landdrostei Osnabrück aus der Provinzialregierung Osnabrück und die Landdrostei Aurich ist Nachfolger der Provinzialregierung Aurich. Zur Landdrostei Osnabrück gehört auch die Grafschaft Bentheim, die zuvor selbständig verwaltet worden war. Neben den sechs Landdrosteien bleibt die Berghauptmannschaft Clausthal mit einem Regierungsbezirk vergleichbar. Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus wird dieses im Harz gelegene Gebiet gesondert verwaltet.¹⁸

Sachsen-Gotha-Altenburg / Schwarzburg-Rudolstadt

Aufgrund einer Übereinkunft vom 19. Dezember 1823 erhält das Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg die Vogtei Seebergen von Schwarzburg-Rudolstadt. Seebergen lag zuvor als Enklave im Gebiet des Fürstentums Gotha.¹⁹

Sachsen-Weimar-Eisenach

Mit Vertrag vom 27. Juni 1823 werden die Ämter Allstedt und Oldisleben Teil des Preußischen Zollsystems. Allstedt und Oldisleben liegen als Enklaven innerhalb Preußens. Der Vertrag tritt am 26. September 1823 in Kraft.²⁰

Nicht berücksichtigte Änderungen

Oldenburg

Die Untertanen der oldenburgischen Herrschaft Jever werden 1823 aus russischer Oberherrschaft entlassen. Russland hatte Jever 1818 an Oldenburg abgetreten, nachdem das Gebiet bereits seit 1813 unter oldenburgischer Verwaltung stand.²¹

¹⁸ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 128; Thomas Klein, Königreich Hannover, in: Kurt G. A. Jeserich u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 678-715, hier S. 697f.

¹⁹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 6 und S. 87; Ulrich Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahr 1952, Jena, Stuttgart 1993 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Bd. 1), S. 48.

²⁰ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Weimar-Eisenach vom 27. Juni 1823, abgedr. in: CTS, 73, S. 241-249.

²¹ Vgl. Albrecht Eckhardt, Friedrich-Wilhelm Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus (1773-1847), in: Eckhardt Albrecht, Heinrich Schmidt, Hg.,

HGIS Germany weist die Herrschaft Jever mit Beginn des Beobachtungszeitraums 1820 als Teil Oldenburgs aus.

1824

Berücksichtigte Änderungen

Hannover

Vereinigung des Altstadtbezirks Hannovers mit der so genannten Calenberg Neustadt. Die Stadt Hannover umfasst somit eine Fläche von 115ha.²²

Hohenzollern-Hechingen

Mit Vertrag vom 24. Juli 1824 wird das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen, ebenso wie Hohenzollern-Sigmaringen, Teil des Württembergischen Zollsystems. Württemberg zahlt als Ausgleich für die jährlichen Zolleinnahmen, unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Zölle, 12.300 Gulden an Hechingen.²³

Hohenzollern-Sigmaringen

Mit Vertrag vom 24. Juli 1824 wird das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen, ebenso wie Hohenzollern-Hechingen, Teil des Württembergischen Zollsystems. Nicht zum Württembergischen Zollsystem kommen die von Drittstaaten umschlossenen Exklaven. Württemberg zahlt als Ausgleich für die jährlichen Zolleinnahmen, unabhängig von tatsächlichen Höhe der Zölle, jährlich 20.000 Gulden an Sigmaringen.²⁴

Reuß-Lobenstein und Ebersdorf

Die regierende Linie in Reuß-Lobenstein stirbt aus. Bereits 1805 war mit Graf Heinrich XXXV. (1738-1805) der letzte Graf von Lobenstein gestorben, Reuß-Lobenstein fiel damals an die Nebenlinie Lobenstein-Selbitz. Nun fällt der Besitz an das Haus Reuß-Ebersdorf. Die Landesteile Lobenstein und Ebersdorf werden vereinigt, und so entsteht das Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf. Lobenstein wird zur Hauptstadt, Ebersdorf bleibt daneben Residenzstadt.²⁵

Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 271-332, hier S. 312; Thomas Klein, Mecklenburg und kleinere Norddeutsche Staaten, in: Kurt G. A. Jeserich u. a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 715-762, hier S. 730.

²² Vgl. Dieter Brosius, Die Industriestadt. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des I. Weltkriegs, in: Klaus Mlynek, Waldemar R. Röhrbein, Hg., Geschichte der Stadt Hannover, 2 Bde., Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994, S. 273-404, hier S. 290-292.

²³ Vgl. Handels- und Zollverträge zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg vom 24. Juli 1824, abgedr. in: CTS, 74, S. 353-366; Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 178; Hans-Werner Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1984, S. 194.

²⁴ Vgl. Handels- und Zollverträge zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg vom 24. Juli 1824, abgedr. in: CTS, 74, S. 353-366.

²⁵ Vgl. Vizenz Czech, Vom Teilen und Herrschen: Erbteilung und Primogenitur, in: Konrad Scheurmann, Jödis Frank, Hg., Thüringen – Land der Residenzen 1485-1918. Neu entdeckt. Katalog zur 2. Thüringer Landesausstellung, Schloss Sondershausen, 15. Mai – 3. Oktober 2004, 2 Bde., Bd. 1, Mainz 2004, S. 85-93, hier S. 88; Grundriß, Band 15, S. 6 und S. 302; Werner Querfeld, Forschungen zur Geschichte des

Nicht berücksichtigte Änderungen

Braunschweig / Hannover

In einem umfangreichen Vertrag vom 24. Juni 1824 werden strittige und unklare Grenzziehungen zwischen dem Königreich Hannover und dem Herzogtum Braunschweig geklärt. Betroffen sind einzelne Grundstücke sowie Wiesen und Waldflächen.²⁶ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1825

Berücksichtigte Änderungen

Braunschweig

Neueinteilung des Herzogtums Braunschweig in Kreise (genannt „Distrikte“) und in Ämter (genannt „Kreisämter“). Das Organisationsgesetz tritt am 1. Oktober 1825 in Kraft. Insgesamt entstehen sechs Distrikte, die in 23 Kreisämter unterteilt sind.²⁷ Die Exklaven Braunschweigs können nun kleineren Verwaltungseinheiten zugeordnet werden.

Hannover

Das Patrimonialgericht Lauenbrück kommt von der Landdrostei Stade an die Landdrostei Lüneburg.²⁸

Oldenburg

Im Berliner Abkommen vom 8. Juni 1825 wird das Verhältnis zwischen dem Großherzogtum Oldenburg und der Herrschaft Kniphausen geregelt. Kniphausen war seit dem Frieden von Tilsit 1807 gemeinsam mit der Erbherrschaft Jever verwaltet worden. Als Jever 1813 an Russland und später an Oldenburg gelangte, wurde für Kniphausen keine gesonderte Regelung getroffen. Das Berliner Abkommen garantiert dem ehemaligen Besitzer, dem Grafen von Bentinck, erneut Besitz und Landeshoheit an Kniphausen. Kniphausen steht unter oldenburgischer Oberhoheit und ist somit Teil des Deutschen Bundes.²⁹

ehemaligen Reussenlandes, in: Martin Gockel, Volker Wahl, Hg., Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag, Weimar etc. 1993, S. 93-110, hier S. 104f.

²⁶ Vgl. Übereinkunft über die Grenzziehung zwischen Braunschweig und Hannover vom 24. Juni 1824, abgedr. in: CTS, 74, S. 183-271; Christoph Römer, Braunschweig, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 1-92, hier S. 2.

²⁷ Vgl. Klein, Mecklenburg und kleinere Norddeutsche Staaten, S. 749f; Römer, Braunschweig, S. 52f; Friedrich Hoffmann, Niedersachsen, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 52-164, hier S. 125f.

²⁸ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 251 und S. 295.

²⁹ Vgl. Abkommen zwischen dem Graf von Bentinck und dem Herzog von Oldenburg vom 8. Juni 1825, abgedr. in: CTS, 75, S. 261-270. Siehe auch: Stefan Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas

Österreich

Kärnten, das seit 1809 in einen Klagenfurter und einen Villacher Kreis geteilt war, kommt nun insgesamt zum Gubernium Laibach. Zuvor war allein der Villacher Kreis von Laibach aus verwaltet worden, der Klagenfurter Kreis gehörte zum Gubernium Steiermark.

Gubernium ist die zeitgenössische Bezeichnung für eine österreichische Verwaltungsstruktur, die größtmäßig mit den preußischen Provinzen vergleichbar ist. Das Gubernium Laibach hat seinen Sitz in der Stadt Laibach und umfasst ab 1825 die Gebiete Kärnten und Krain.³⁰

Preußen

Die preußische Provinz Schlesien erhält zum 1. August 1825 die Herrschaft Hoyerswerda von der Provinz Brandenburg. Das Gebiet kommt zum Regierungsbezirk Liegnitz.³¹

Nicht berücksichtigte Änderungen

Küstenlinie

Eine schwere Flut verursacht im Februar 1825 Überschwemmungen und Schäden an der Ost- und Nordfriesischen Küste. Sie zerstört unter anderem das Westdorf auf Baltrum, auch die nordfriesischen Halligen erleiden schwere Schäden.³²

Größere und langfristige Landverluste, die in *HGIS Germany* zu berücksichtigen wären, treten jedoch nicht ein.

1826

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Bernburg

Mit Vertrag vom 17. Juni 1826 wird auch das Unterherzogtum Anhalt-Bernburgs Teil des Preußischen Zollsystems. Somit gehört nun der gesamte Staat Anhalt-Bernburg zum Preußischen Zollsystem. Der Vertrag wird noch im Juli 1826 ratifiziert.³³

Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 136-243, hier S. 136; Klein, Mecklenburg und kleinere Norddeutsche Staaten, S. 731.

³⁰ Vgl. Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 330; Rudolf Hoke, Österreich, in: Kurt G. A. Jeserich u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 345-398, hier S. 369; Macartney, The Habsburg Empire, S. 202.

³¹ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 4: Schlesien, bearb. von Dieter Süttgen u.a., Marburg 1976, S. 8 und S. 119.

³² Vgl. Hans Homeier, Der Gestaltwandel der ostfriesischen Küste im Laufe der Jahrhunderte. Ein Jahrtausend ostfriesischer Deichgeschichte, in: Jannes Ohling, Hg., Ostfriesland im Schutze des Deichs. Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des ostfriesischen Küstenlandes, 4 Bde., Bd. 2., Krummhörn 1969, S. 3-78, hier S. 71; Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 42; Heinz Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet. Inseln, Watten und Marschen, Stuttgart 1973 (= Sammlung Geologischer Führer, Bd. 57), S. 64-71.

³³ Vgl. Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen vom 17. Juni 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 295-302. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 27; Thomas Klein, Sachsen-Anhalt, in: Georg

Lippe-Detmold

Die lippischen Exklaven Lipperode, Cappel und Grevenhagen werden mit Vertrag vom 9. bzw. 17. Juni 1826 Teil des Preußischen Zollsystems. Der Vertrag tritt am 8. September 1826 in Kraft.³⁴

Mecklenburg-Schwerin

Mit Vertrag vom 2. Dezember 1826 werden die mecklenburgischen Exklaven Rossow, Netzeband und Schönberg Teil des Preußischen Zollsystems. Der Vertrag tritt am 21. Dezember 1826 in Kraft.³⁵

Sachsen-Coburg-Saalfeld / Sachsen-Coburg und Gotha

Nach dem Tod des letzten Herzogs von Sachsen-Gotha-Altenburg am 11. Februar 1825 vermittelt der König von Sachsen zwischen den erbberechtigten Häusern der ernestinischen Linie, so dass am 15. November 1826 ein Erbvertrag geschlossen werden kann. Mit diesem Vertrag verzichtet Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Saalfeld auf das Fürstentum Saalfeld, das Amt Themar und einige coburgische Ortschaften. Im Gegenzug erhält er das Herzogtum Gotha sowie die Ämter Königsberg und Sonnenfeld von Sachsen-Hildburghausen. So entsteht das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, dessen Landesteile Sachsen-Coburg und Sachsen-Gotha in Personalunion verbunden sind.³⁶

Sachsen-Gotha-Altenburg

Nach dem Aussterben der Linie Sachsen-Gotha-Altenburg 1825 wird das Land zunächst von den verbleibenden ernestinischen Linien verwaltet. Mit Erbvertrag vom 15. November 1826 kommt es zu einer umfassenden territorialen Neuordnung in Thüringen. Die Gebiete von Sachsen-Gotha-Altenburg gehen in den neuen Staaten Sachsen-Coburg und Gotha und Sachsen-Altenburg auf.³⁷

Sachsen-Hildburghausen / Sachsen-Altenburg

Nach dem Tod des letzten Herzogs von Sachsen-Gotha-Altenburg am 11. Februar 1825 vermittelt der König von Sachsen zwischen den erbberechtigten Häusern der ernestinischen Linie, so dass am 15. November 1826 ein Erbvertrag geschlossen werden kann. Mit diesem Vertrag verzichtet Herzog Friedrich von Sachsen-Hildburghausen auf seine gesamten bisherigen Lande. Er erhält das Fürstentum Altenburg mit Ausnahme des

Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 245-276, hier S. 253; Gerlinde Schlenker u.a., Geschichte in Daten. Anhalt, München 1994, S. 192.

³⁴ Vgl. Vertrag zwischen Lippe-Deimold und Preußen vom 9. bzw. 17. Juni 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 287-293. Siehe auch: Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 171.

³⁵ Vgl. Vertrag zwischen Mecklenburg-Schwerin und Preußen vom 2. Dezember 1826, abgedr. in: CTS, 77, S. 11-19.

³⁶ Vgl. Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg vom 15. November 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 463-469. Siehe auch: Grundriß, Band 15, S. 5; Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, S. 104.

³⁷ Vgl. Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg vom 15. November 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 463-469. Siehe auch: Grundriß, Band 15, S. 5.

Amts Camburg, des Amts Kranichfeld sowie einiger Exklaven. So entsteht somit das Herzogtum Sachsen-Altenburg.³⁸

Sachsen-Meiningen

Nach dem Tod des letzten Herzogs von Sachsen-Gotha-Altenburg am 11. Februar 1825 vermittelt der König von Sachsen zwischen den erbberechtigten Häusern der ernestinischen Linie, so dass am 15. November 1826 ein Erbvertrag geschlossen werden kann. Mit diesem Vertrag erhält Sachsen-Meiningen das Herzogtum Hildburghausen ohne die Ämter Königsberg und Sonnenfeld, sieben Ortschaften aus dem Fürstentum Coburg sowie das Fürstentum Saalfeld mit dem Amt Themar. Aus altenburgischem Besitz erhält das Herzogtum Sachsen-Meiningen das zuvor gemeinsam verwaltete Amt Römhild ganz sowie das Amt Camburg, einen Teil des Amts Eisenberg, das Amt Kranichfeld und die in Sachsen-Weimar-Eisenach gelegenen Exklaven Lichtenhain und Mosen.³⁹

Nicht berücksichtigte Änderungen

Frankfurt / Hessen-Darmstadt / Hessen-Kassel

Die Freie Stadt Frankfurt erhält durch Vertrag mit Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel einen Teil des Waldgebietes Hohe Mark. Insgesamt erhält Frankfurt etwa 23 Morgen, die zu den Exklaven Bonames, Niedererlenbach-Dortelweil und Niederursel kommen.⁴⁰ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Frankfurt / Nassau

Mit Vertrag vom 29. September 1826 wird die Grenze zwischen Frankfurt und dem Herzogtum Nassau berichtigt. Nassau verzichtet auf ein Weidestück und einen Teil des Schwanheimer Bruchs. Frankfurt tritt einen Hof sowie 314 Morgen Wald an Nassau ab. Des Weiteren werden die Hoheitsverhältnis über einige strittige Wiesen bei Bonames geklärt.⁴¹ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Hannover / Oldenburg

Das bereits auf dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 dem Großherzogtum Oldenburg zugesprochene und seitdem auch unter oldenburgischer Verwaltung stehende Amt Wildeshausen wird 1826 förmlich von Hannover abgetreten.⁴²

³⁸ Vgl. Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg vom 15. November 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 463-469. Siehe auch: Grundriß, Band 15, S. 5; Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, S. 110.

³⁹ Vgl. Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg vom 15. November 1826, abgedr. in: CTS, 76, S. 463-469. Siehe auch: Grundriß, Band 15, S. 5; Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, S. 100.

⁴⁰ Vgl. Grundriß, Band 11, S. 272.

⁴¹ Vgl. Grundriß, Band 11, S. 272.

⁴² Vgl. Eckhardt, Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg, S. 283; Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 136; Klein, Mecklenburg und kleinere Norddeutsche Staaten, S. 730; Heinrich

Wildeshausen wird in *HGIS Germany* bereits seit 1820 Oldenburg zugerechnet.

1827

Berücksichtigte Änderungen

Braunschweig

Durch Teilung des braunschweigischen Amtes Vorfelde entsteht das Amt Calvörde, das die Exklave Calvörde umfasst.⁴³

Bremen / Hannover

Die Freie Hansestadt Bremen kauft mit Staatsvertrag vom 11. Januar 1827 von Hannover für 35.000 Taler ein Gebiet an der Mündung der Geste in die Weser um den Hafen Bremerhaven anzulegen. Bremen erhält etwa 0,9km² Fläche. Außerdem sichert Hannover für den Fall einer Hafenerweiterung weiteren Gebietserwerb zu. Im Gegenzug tritt Bremen etwa einen halben Quadratkilometer auf dem Gebiet der Freien Hansestadt an Hannover ab. Somit hat Hannover oberhalb des Orts Lilienthal die Staatshoheit auf beiden Ufern des Flusses Wörpe.⁴⁴

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden / Frankreich

Grenzvertrag zwischen dem Großherzogtum Baden und Frankreich vom 30. Januar 1827 über die Rheingrenze. Die Grenze am Rhein wurde bereits zuvor vertraglich geregelt, so im Vertrag von Lunéville oder im Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814. Allerdings lassen sich die Vertragstexte je nach Höhe des Wasserstands unterschiedlich interpretieren. Im Vertrag von 1827 werden deshalb die Begriffe Insel und Talweg genau definiert: Als Inseln werden Gebiete angesehen, die bei einer Rheinhöhe von 72 Zoll über Null in Basel⁴⁵ komplett von Wasser umgeben sind. Grenze zwischen Baden und Frankreich ist weiterhin der Talweg des Rheins, der als Fahrwasser flussabwärts bei normalem Wasserstand festgelegt wird.⁴⁶

Schmidt, Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, in: Dietrich Hagen u.a., Hg., Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Bergen, Oldenburg 1999 (= Niedersachsen – vom Grenzland zum Land in der Mitte, Bd. 4), S. 42-77, hier S. 68.

⁴³ Vgl. Hoffmann, Niedersachsen, S. 126; Römer, Braunschweig, S. 52f.

⁴⁴ Vgl. Vertrag zwischen Bremen und Hannover vom 11. Januar 1827, abgedr. in: CTS, 77, S. 57-70. Siehe auch: Wilhelm Lührs, Bremen, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 29-60, hier S. 36 und S. 53.

⁴⁵ Bzw. von 91 Zoll über Null in Vieux-Brisach, von 57 Zoll altem Maß bzw. 42 Zoll neuem Maß über Null in Straßburg sowie von 114 Zoll über Null in Helmlingen. Vgl. Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich vom 30. Januar 1827, abgedr. in CTS, 77, S. 97-103.

⁴⁶ Vgl. Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich vom 30. Januar 1827, abgedr. in CTS, 77, S. 97-103. Siehe auch: Günther Haselier, Baden, in: Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 448-470, hier S. 448.

Eine eigentliche Grenzänderung findet nicht statt.

1828

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Dessau

Mit Vertrag vom 17. Juli 1828 werden die Herzogtümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen Teil des Preußischen Zollsystems. Der Vertrag tritt mit Ratifikation in Kraft, diese erfolgt durch den Herzog von Anhalt-Dessau am 28. Juli 1828, durch den König von Preußen am 16. August 1828.⁴⁷

Anhalt-Köthen

Ebenso wie Anhalt-Dessau wird das Herzogtum Anhalt-Köthen mit gemeinsamem Vertrag vom 17. Juli 1828 Teil des Preußischen Zollsystems. Der Herzog von Anhalt-Köthen ratifiziert den Vertrag am 27. August 1828.⁴⁸

Mitteldeutscher Handelsverein

Mit Vertrag vom 24. September 1828 wird der Mitteldeutsche Handelsverein geschaffen. Aufgrund des Artikels IV. des Gründungsvertrags gilt er als Gegenverein zum Preußischen Zollsystem. Die Mitglieder verpflichten sich, nur dann einen Zollverband mit einem Nicht-Vereinsstaat einzugehen, wenn der ganze Handelsverein zustimmt. Ausgenommen von dieser Regelung bleiben Exklaven, die gänzlich von einem anderen Staat umschlossen sind. Unterzeichner des Vertrags sind Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Hannover, Hessen-Homburg, Hessen-Kassel, Nassau, Oldenburg, Reuß ältere Linie, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach und Schwarzburg-Rudolstadt.⁴⁹ Schwarzburg-Sondershausen tritt mit Vertrag vom 25. Dezember 1828 für seine Herrschaft Arnstadt und das Amt Gehren dem Mitteldeutschen Handelsverein nachträglich bei.⁵⁰

Preußisch-Hessischer Zollverein

Durch den Zollvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen vom 14. Februar 1828 entsteht der Preußisch-Hessische Zollverein. Ausgenommen bleibt das preußische

⁴⁷ Vgl. Vertrag zwischen Anhalt-Köthen, Anhalt-Dessau und Preußen vom 17. Juli 1828, abgedr. in: CTS, 78, S. 439-449. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 27.

⁴⁸ Vgl. Vertrag zwischen Anhalt-Köthen, Anhalt-Dessau und Preußen vom 17. Juli 1828, abgedr. in: CTS, 78, S. 439-449. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 27.

⁴⁹ Vgl. Vertrag zwischen Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Hannover, Hessen-Homburg, Hessen-Kassel, Nassau, Oldenburg, Reuß-Greiz, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt vom 24. September 1828, abgedr. in: CTS, 79, S. 79-92. Siehe auch: Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 179f; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 50-52.

⁵⁰ Vgl. Vertrag zwischen dem Mitteldeutschen Handelsverein und Schwarzburg-Sondershausen vom 25. Dezember 1828, abgedr. in: CTS, 79, S. 102-106.

Fürstentum Neuchâtel. Der Vertrag tritt am 1. Juli 1828 in Kraft.⁵¹

Sachsen

Der sächsische Regierungsbezirk Ergebirgischer Kreis wird 1828 von Carl August Wilhelm Eduard von Wietersheim übernommen. Er führt seine Amtsgeschäfte von Cunerdorf aus.⁵²

Süddeutscher Zollverein

Mit einem Vertrag zwischen den Königreichen Bayern und Württemberg vom 18. Januar 1828 entsteht der Süddeutsche Zollverein.⁵³ Außerdem gehören die Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen hinzu, die bereits seit 1824 ein gemeinsames Zollsystem mit Württemberg haben. Ausgenommen bleibt zunächst der bayerische Rheinkreis (Pfalz), Erzeugnisse aus dem Rheinkreis erhalten Zollbegünstigungen. Exklaven aller beteiligten Staaten, die sich außerhalb der Zolllinie befinden, werden dagegen hinsichtlich der Zölle als Ausland behandelt.⁵⁴ Der Süddeutsche Zollverein tritt am 1. Oktober 1828 in Kraft, am 26. September 1828 wird eine umfangreiche Vereins-Zollordnung erlassen.⁵⁵

Nicht berücksichtigte Änderungen

Küstenlinie

Ein neuer Deich schützt das Geestgebiet bei Emmerleff/Hoyer (heute Emmerlev in Dänemark).⁵⁶
Landgewinn wird auf diese Weise allerdings nicht erzielt.

⁵¹ Vgl. Zollvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen vom 14. Februar 1828, abgedr. in: CTS, 78, S. 83-95. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 41-47.

⁵² Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 14: Sachsen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1983, S. 164; Königlich sächsischer Hof-, Civil- und MilitärStaat im Jahr 1828, Leipzig 1828, S. 252, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 – 1854, Dresden 2001. Siehe auch: Allgemeine deutsche Biographie, hrsg. von der historischen Commission bei der königl. Akademie der Wissenschaften, Bd. 55: Nachträge bis 1899, Wandersleb – Zwirner, Leipzig 1910, S. 76. In Sachsen gibt es zahlreiche Orte mit den Namen Cu(n)ersdorf. An wahrscheinlichsten schien Cunersdorf bei Zwickau, heute Ortsteil der Stadt Kirchberg im Kreis Zwickauer Land. Vgl. Verwaltungsatlas des sächsischen Staatsministeriums des Inneren. URL:

www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/verwaltungsatlas/ (30. Januar 2007).

⁵³ Der Zollverein wird auch als Bayerisch-Württembergischer Zollverein bezeichnet.

⁵⁴ Vgl. Zollvertrag zwischen Bayern und Württemberg vom 18. Januar 1828, abgedr. in: CTS, 78, S. 43-61. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 41.

⁵⁵ Vgl. Zollvereinsordnung zwischen Bayern, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg vom 26. September 1828, abgedr. in CTS, 78, S. 107-136.

⁵⁶ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 35.

1829

Berücksichtigte ÄnderungenPreußen

Die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen werden durch Kabinettsorder vom 3. Dezember 1829 auch formell zu einer Provinz vereinigt, nachdem sie bereits seit 1824 unter der Verwaltung eines Oberpräsidenten zusammengefasst waren.⁵⁷

Sachsen-Coburg und Gotha

Die gothaische Exklave Amt Volkenroda wird mit Vertrag vom 4. Juli 1829 Teil des Preußischen Zollsystems. Der Vertrag tritt im August 1829 in Kraft.⁵⁸

Sachsen-Meiningen

Das Herzogtum Sachsen-Meiningen wird 1829 in die zwölf Verwaltungsämter Salzungen, Wasungen, Meiningen, Residenzstadt Meiningen, Römhild, Hildburghausen, Eisfeld, Sonneberg, Gräfenthal, Saalfeld, Camburg und Kranichfeld eingeteilt. Diese Einteilung betrifft auch die Exklaven Sachsen-Meiningens.⁵⁹

Nicht berücksichtigte ÄnderungenBayern / Österreich

Ein Vertrag zwischen Bayern und Österreich vom 18. März 1829 regelt die Verhältnisse des bayerischen Forstbesitzes in Österreich. Die betroffenen Wälder liegen in den Bezirken Leogang, Buchweisbach-Tal, Lofer, Unken, Steinbach-Tal sowie im Bezirk der Berchtesgadenschen Zinswäldungen. Die Landeshoheit über diese Gebiete liegt bereits seit 1816 bei Österreich. Des Weiteren hat die bayerische Regierung das Jagdrecht im Revier Fallek inne. Ebenfalls geregelt wird der österreichische Salzbergbau auf bayerischem Gebiet. Am Dürrenberg hat Österreich das Bergbaurecht über ein Grubenfeld, das Gebiet steht dabei weiterhin unter bayerischer Landeshoheit.

Eine Grenzänderung findet hier nicht statt, da die genannten Gebiete jeweils unter österreichischer bzw. bayerischer Landeshoheit bleiben.⁶⁰

Oldenburg

Der oldenburgische Thronerbe Paul Friedrich August nimmt den bereits auf dem Wiener Kongress zugesprochenen Titel des Großherzogs an. Sein Vater, Herzog Peter Friedrich Ludwig, hatte den Titel zeitlebens für sich abgelehnt.⁶¹

⁵⁷ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 1: Ost- und Westpreußen, bearb. von Dieter Süttgen, Marburg 1975, S. 9.

⁵⁸ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha vom 4. Juli 1829, abgedr. in: CTS, 79, S. 473-480.

⁵⁹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 112 und S. 135-145.

⁶⁰ Vgl. Vertrag zwischen Österreich und Bayern vom 18. März 1829, abgedr. in: CTS, 79, S. 337-360.

Oldenburg wird in *HGIS Germany* seit 1820 als Großherzogtum geführt.

Preußen / Frankreich

Mit Vertrag vom 23. Oktober 1829 wird die Grenze zwischen Preußen (Rheinprovinz, im Bereich des Regierungsbezirks Trier) und Frankreich zwischen den Orten Perl und Houve festgelegt. Die Grenze selbst bleibt unverändert, lediglich die Zuordnung von Gemeindeteilen und Vororten über die Grenze hinweg wird nun genau festgelegt.⁶²

1830

Berücksichtigte Änderungen

Bayern

Der bayerische Rheinkreis (Pfalz) kommt zum 1. Januar 1830 zum Süddeutschen Zollverein. Durch einen Handelsvertrag zwischen dem Süddeutschen Zollverein und dem Preußisch-Hessischen Zollverein vom 27. Mai 1829 war dieser Anschluss möglich geworden. Der Vertrag tritt zum 1. Januar 1830 in Kraft.⁶³

Braunschweig

Die Stadt Braunschweig wird Verwaltungssitz für den Distrikt Wolfenbüttel. Diese Veränderung auf Kreisebene wirkt sich auch auf die braunschweigische Exklave Ölsburg aus.⁶⁴

Hannover

Das als Verwaltungsexklave in der Landdrostei Hannover gelegene Patrimonialgericht Lauenbrück wird durch einen Gebietsstreifen mit der Landdrostei Lüneburg verbunden.⁶⁵

Hessen-Homburg

Durch Vertrag vom 31. Dezember 1829 wird das hessen-homburgische Amt Meisenheim mit Wirkung zum 1. Januar 1830 Teil des Preußischen Zollsystems.⁶⁶

⁶¹ Vgl. Eckhardt, Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg, S. 310; Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 137; Hermann Lübbling, Oldenburg, in: Georg Schnath u.a., Hg., Geschichte des Landes Niedersachsen, 6., aktualisierte Auflage, Freiburg, Würzburg 1994, S. 67-87, hier S. 80.

⁶² Vgl. Vertrag zwischen Frankreich und Preußen vom 23. Oktober 1829, abgedr. in: MET, 2, S. 837-840.

⁶³ Vgl. Handelsvertrag zwischen Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg vom 27. Mai 1829, abgedr. in: CTS, 79, S. 409-420. Siehe auch: Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 178, Gerd Kollmer-von Oheimb-Loup, Zollverein und Innovation. Die Reaktion württembergischer Textilindustrieller auf den deutschen Zollverein 1834-1874, St. Katharinen 1996 (= Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 22), S. 48f.

⁶⁴ Vgl. Römer, Braunschweig, S. 90.

⁶⁵ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 251 und S. 295.

⁶⁶ Vgl. Vertrag zwischen Hessen-Homburg und Preußen vom 31. Dezember 1829, abgedr. in: CTS, 80, S. 293-300. Siehe auch: Barbara Dörlemeyer, Fragmentarische Staatlichkeit. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg im Alten Reich und im Deutschen Bund, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe 44 (1995), S. 5-64, hier S. 25.

Hohenzollern-Sigmaringen

Das Obervogteiamt Beuron wird durch Verordnung vom 10. März 1830 mit dem Oberamt Wald vereinigt. Diese Veränderung auf Amtsebene wirkt sich auch auf die Exklave Bärenthal aus.⁶⁷

Oldenburg

Das oldenburgische Fürstentum Birkenfeld wird mit Vertrag vom 24. Juli 1830 Teil des Preußischen Zollsystems. Der Vertrag wird am 16. August 1830 durch den Großherzog von Oldenburg und am 30. August desselben Jahres durch den König von Preußen ratifiziert.⁶⁸ Neben dem homburgischen Oberamt Meisenheim und dem zu Sachsen-Coburg und Gotha gehörenden Fürstentum Lichtenberg ist das Fürstentum Birkenfeld das letzte von drei an den preußischen Regierungsbezirk Koblenz angrenzenden Gebieten, die 1830 Teil des Preußischen Zollsystems werden.

Sachsen

Der sächsische Regierungsbezirk Erzgebirgischer Kreis wird von Chemnitz aus verwaltet.⁶⁹

Sachsen-Coburg und Gotha

Mit Vertrag vom 6. März 1830 wird das Fürstentum Lichtenberg Teil des Preußischen Zollsystems. Lichtenberg liegt zwischen Rhein und Saar angrenzend an den preußischen Regierungsbezirk Koblenz, während das Hauptland Sachsen-Coburgs und Gothas in Thüringen liegt. Der Vertrag wird durch den preußischen König am 7. April und durch den Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha am 13. März 1830 ratifiziert.⁷⁰

Der Landesteil Gotha wird 1830 in die neun Justizämter Georgenthal, Gotha, Ichttershausen, Liebenstein, Ohrdruf, Tenneberg, Tonna, Volkenroda und Zella eingeteilt. Diese Einteilung hat auch Auswirkungen auf die Exklave Neuroda.⁷¹

⁶⁷ Vgl. Fritz Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, in: Fritz Kallenberg, Hg., Hohenzollern, Stuttgart 1996 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 23), S. 129-282, hier S. 131; Wilfried Schöntag, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 347-351, hier S. 348.

⁶⁸ Vgl. Vertrag zwischen Oldenburg und Preußen vom 24. Juli 1830, abgedr. in: CTS, 81, S. 85-95. Siehe auch: Eckhardt, Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg, S. 315; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 194.

⁶⁹ Vgl. Grundriß, Band 14, S. 164; Uebersicht der Königl. Sächs. Hof-, Staats- und Militärbehörden, Leipzig 1832, S. 44, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 – 1854, Dresden 2001.

⁷⁰ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha vom 6. März 1830, abgedr. in: CTS, 80, S. 351-358. Siehe auch: Krökel, Das preußisch-deutsche Zolltarifsystem, S. 19.

⁷¹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 235 und S. 238-246.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Österreich

Österreich erhält das gräflich Waldburg-Zeilsche Patrimonialgericht Lustenau. Lustenau war, anders als der Rest Vorarlbergs, in weiblicher Linie vererbbar und wurde daher seit 1790 getrennt von Vorarlberg vererbt. Als Vorarlberg 1814 an Österreich kam, erhob jedoch auch Bayern Anspruch auf das Gebiet. 1817 wird Lustenau gräfliches Patrimonialgericht innerhalb Österreichs. Endgültig kommt Lustenau 1830 zu Österreich, als die Grafen von Waldburg-Zeil auf ihre Rechte verzichten.⁷²

Die Grenze bleibt unverändert, da Lustenau bereits seit 1817 unter österreichischer Oberherrschaft stand.

1831

Berücksichtigte Änderungen

Baden / Württemberg

Mit Vertrag vom 19. Mai 1831 wird eine verschränkte Zollverwaltung für die badischen und württembergischen Exklaven vereinbart. Die in Württemberg gelegenen badischen Exklaven Schluchtern und Ruchsen werden Teil des Süddeutschen Zollvereins, ebenso die mit Württemberg gemeinsamen Kondominate Edelfingen und Widdern. Dagegen werden die in Baden gelegenen württembergischen Exklaven Bruderhof, Hohentwiel und Herschberg Teil des Badischen Zollsystems. Der Vertrag tritt am 1. Juni 1831 in Kraft.⁷³

Belgien / Luxemburg

1831 wird ein selbständiges Königreich Belgien ausgerufen. Als König wird Prinz Leopold von Sachsen-Coburg und Gotha berufen. Er legt am 21. Juli 1831 einen Eid auf die Verfassung ab.⁷⁴ Bereits am 4. Oktober 1830 hatte Belgien im Verlauf der Belgischen Revolution seine Unabhängigkeit von den Niederlanden erklärt.⁷⁵ Die Großmächte England, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland erkennen Belgiens Unabhängigkeit auf der Londoner Konferenz 1830/1831 an, allerdings ohne das ebenfalls von Belgien besetzte östliche Luxemburg, das als selbständiger Staat weiter bestehen soll. Dagegen erkennen die Niederlande Belgien zunächst nicht an und auch über die geplante Teilung Luxemburgs kann keine endgültige Einigung gefunden werden. So bleibt es bis 1839 bei

⁷² Vgl. Artikel Vorarlberg. URL: www.aeiou.at/aeiou.encyclp.v/885304.htm (1. Dezember 2005); Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 324; Wikipedia: Artikel Lustenau. URL: www.wikipedia.org/wiki/Lustenau (1. Dezember 2005).

⁷³ Vgl. Vertrag zwischen Baden und Württemberg vom 19. Mai 1831, abgedr. in: CTS, 81, S. 481-484.

⁷⁴ Vgl. Michael Erbe, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes, Stuttgart etc. 1993, S. 205; Norbert Lepszy, Wichard Woyke, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen 1985 (= Grundwissen – Länderkunden, Bd. 2), S. 11f.

⁷⁵ Vgl. Franz Petri, Belgien, Niederlande, Luxemburg von der Französischen Zeit bis zum Beginn der Deutschen Einigung 1794-1865, in: Theodor Schieder, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 5: Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981, S. 930-967, hier S. 946.

einem Interimszustand.⁷⁶

Polen

Nach dem polnischen Novemberaufstand 1830 und der Absetzung der Dynastie der Romanows durch das polnische Parlament am 25. Januar 1831 bricht der russisch-polnische Krieg aus. Im September 1831 kapituliert Warschau, Polen wird in der Folge enger an Russland gebunden und von der russischen Armee besetzt.⁷⁷

Preußen

Neutral-Moresnet wird zum Kondominat zwischen Preußen und Belgien. Neutral-Moresnet ist bereits seit 1816 Kondominat, nachdem sich Preußen und die Niederlande nicht über den genauen Grenzverlauf im ehemaligen Kanton Auel einigen konnten. Das umstrittene Gebiet wurde mit Vertrag vom 26. Juni 1816 zum Kondominat, das neu gebildete Königreich Belgien übernimmt 1831 die Vertragsnachfolge für die Niederlande.⁷⁸ Sowohl für Preußen als auch für Belgien galt Moresnet bei der Wareneinfuhr als Zollinland. Bei Warenausfuhr aus Moresnet wurde es dagegen als Zollausland behandelt.⁷⁹

Sachsen-Coburg und Gotha

Das sachsen-coburgische Amt Königsberg kommt mit Vertrag vom 14. Juni 1831 zum Bayerischen Zollsystem und zum Süddeutschen Zollverein. Das Amt Königsberg besteht aus den drei Exklaven Königsberg, Nassach und Erlsdorf und ist komplett von Bayern umschlossen.⁸⁰

Sachsen-Weimar-Eisenach

Mit Vertrag vom 25. Januar 1831 kommt die Exklave Lichtenberg zum Bayerischen Zollsystem und zum Süddeutschen Zollverein. Die Exklave Lichtenberg, die aufgrund ihres Amtssitzes auch als Exklave Ostheim v. d. Rhön bezeichnet wird, ist komplett von Bayern umschlossen und bildet ein selbständiges Amt.⁸¹

⁷⁶ Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850, Stuttgart 1960, S. 116-123; Gilbert Trausch, Deutschland und Luxemburg vom Wiener Kongreß bis zum heutigen Tage. Die Geschichte einer Entfremdung, in: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposiums 23. bis 25. September 1981, München 1983 (= Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Bd. 24), S. 185-210, hier S. 188-189.

⁷⁷ Vgl. Gotthold Rhode, Polen und die polnische Frage von den Teilungen bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: Theodor Schieder, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 5: Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981, S. 677-745, hier S. 681-727.

⁷⁸ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 12: Preußische Zentralbehörden, unmittelbare Gebiete Preußens, bearb. von Friedrich Wilhelm Wehrstedt und Walther Hubatsch, Marburg 1978, S. 265-268.

⁷⁹ Vgl. Martin Herzog, Fünfzig Häuser ohne Staat. Vom Glück im Niemandsland: Wie die Gemeinde Altenberg-Moresnet zwischen Holland, Belgien und Deutschland mehr als ein Jahrhundert lang der Geschichte trotzte, in: Die ZEIT, 28. Dezember 2006, S. 78.

⁸⁰ Vgl. Vertrag zwischen Bayern, Württemberg und Sachsen-Coburg und Gotha vom 14. Juni 1831, abgedr. in: CTS, 81, S. 489-496.

⁸¹ Vgl. Vertrag zwischen Bayern, Sachsen-Weimar-Eisenach und Württemberg vom 25. Januar 1831, abgedr. in: CTS, 81, S. 175-183.

1832

Berücksichtigte ÄnderungenBaden

Die bestehenden sechs Kreise werden durch eine Verordnung vom 26. Januar 1832 aufgehoben. Am 1. Mai 1832 wird das Großherzogtum Baden in vier Kreise, den Seekreis, den Oberrheinkreis, den Mittelrheinkreis und den Unterrheinkreis, eingeteilt. Die Sitze der Verwaltungsbehörden sind Konstanz, Freiburg, Rastatt und Mannheim. Das zuvor einem Regierungsbezirk gleich gestellte Stadtamt Karlsruhe wird in den Mittelrheinkreis eingegliedert.⁸²

Braunschweig

Durch Vertrag vom 9. Dezember 1831 werden zum 1. Januar 1832 einige Exklaven des Herzogtums Braunschweig Teil des Hannoverischen Zollsystems. Es handelt sich um das bei Bremen gelegene Amt Thedinghausen sowie um die in der Landdrostei Hildesheim gelegenen Exklaven Boden, Ölsburg und Ostharingen.⁸³

Hannover / Hessen-Kassel

Bei einem Gebietstausch zwischen dem Königreich Hannover und dem Kurfürstentum Hessen-Kassel erhält Hannover die in der Landdrostei Hildesheim gelegene Exklave Laubach sowie die Orte Pohle und Mollenfelde. Hessen-Kassel erhält das Gut Nienfeld, eine Feldmark, hannoverischen Anteil am Dorf Nieste sowie den Ort Wahnhausen.⁸⁴

Hessen-Darmstadt

In den hessischen Regierungsbezirken Oberhessen und Starkenburg werden mit Edikt vom 6. Juni 1832 (mit Wirkung zum 20. August 1832) die Regierungen aufgehoben. Für die Verwaltung werden die beiden bisher als „Provinzen“ bezeichneten Regierungsbezirke in Kreise eingeteilt. Die Kreisräte der Regierungssitze Darmstadt und Gießen behalten eine begrenzte mittelbehördliche Kompetenz. Sie haben als Provinzialkommissäre eine Aufsichtsfunktion über das gesamte Gebiet ihrer Regierungsbezirke. Die Provinzialregierung Mainz für den Regierungsbezirk Rheinhessen bleibt zunächst unverändert bestehen.⁸⁵

⁸² Vgl. Hugo Ott, Baden, in: Kurt G. A. Jeserich u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 583-607, hier S. 602; Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung, S. 6; Ulrike Redecker, Baden 1820-1945, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 319-334, hier S. 327f.

⁸³ Vgl. Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover vom 9. Dezember 1831, abgedr. in: CTS, 82, S. 281-297. Siehe auch: Arnold H. Price, The Evolution of the Zollverein. A Study of the Ideas and Institutions Leading to German Economic Unification between 1815 and 1833, Ann Arbor 1949 (= History and Political Science, Bd. 18), S. 156.

⁸⁴ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 10, S. 33 und S. 130.

⁸⁵ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 286; Thomas Klein, Hessische Staaten, in: Kurt G. A. Jeserich u. a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 645-677, hier S. 664; Reuling, Verwaltungs-Einteilung 1821-1855, S. 168.

Hessen-Kassel

Mit Vertrag vom 25. August 1831 wird das Kurfürstentum Hessen-Kassel Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1832 in Kraft. Ausgenommen bleiben der in Thüringen gelegene hessische Kreis Schmalkalden sowie die nördlich der hessischen Hauptlande gelegene Exklave Schaumburg.⁸⁶

Sachsen-Altenburg

Das Herzogtum Sachsen-Altenburg führt oberhalb der Amtsebene eine Kreisstruktur ein. Sachsen-Altenburg gliedert sich nun in einen Ostkreis (Altenburg, Schmölln, Ronneburg) und einen Westkreis (Eisenberg, Roda, Kahla und Orlamünde). Der Ostkreis wird durch reußisches Gebiet vom Westkreis getrennt. Diese Neueinteilung betrifft auch die Exklaven Sachsen-Altenburgs.⁸⁷

Waldeck

Das Fürstentum Waldeck wird, ohne das Gebiet Pyrmont, Teil des Preußischen Zollsystems. Der am 16. April 1831 geschlossene Vertrag tritt am 1. Januar 1832 in Kraft.⁸⁸

1833**Berücksichtigte Änderungen**Braunschweig:

Im Herzogtum Braunschweig tritt zum 1. Januar 1833 eine erneuerte Landesordnung in Kraft. Braunschweig gliedert sich nun in sechs Kreisdirektionen, denen die Kreisämter unterstellt sind. Von dieser Änderung auf Kreisebene sind auch die braunschweigischen Exklaven betroffen.⁸⁹

Thüringischer Zoll- und Handelsverein

Der Zollvertrag vom 10. Mai 1833 zwischen Hessen-Kassel, Preußen und den Thüringischen Staaten begründet den Thüringischen Zoll- und Handelsverein. Zum Gebiet des Vereins gehören die preußischen Landesteile in Thüringen (Stadt- und Landkreis Erfurt sowie die Kreise Schleusingen und Ziegenrück) und der kurhessische Kreis Schmalkalden. Sachsen-Weimar-Eisenach wird ohne die Exklaven Allstedt, Oldisleben

⁸⁶ Vgl. Zollvertrag zwischen Preußen, Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel vom 25. August 1831, abgedr. in: CTS, 82, S. 155-177. Siehe auch: Hans-Werner Hahn, Wirtschaftliche Integration im 19. Jahrhundert. Die hessischen Staaten und der Deutsche Zollverein, Göttingen 1982 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 52), S. 102.

⁸⁷ Vgl. Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, S. 110; Grundriß, Band 15, S. 159 und S. 177.

⁸⁸ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Waldeck vom 16. April 1831, abgedr. in: CTS, 81, S. 435-449. Siehe auch: Thomas Klein, Waldeck, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 257-288, hier S. 267.

⁸⁹ Vgl. Klein, Mecklenburg und kleiner Norddeutsche Staaten, S. 750; Römer, Braunschweig, S. 53.

und Ostheim Mitglied. Allstedt und Oldisleben sind seit 1823 Teil des Preußischen Zollsystems, Ostheim ist seit 1831 Teil des Bayerischen Zollsystems. Sachsen-Meiningen tritt mit seinem gesamten Staatsgebiet dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein bei, Sachsen-Coburg und Gotha dagegen ohne die Ämter Volkenroda, Königsberg und den Landesteil Fürstentum Lichtenberg. Die Exklave Volkenroda ist seit 1829 Teil des Preußischen Zollsystems, das aus drei Exklaven in Bayern bestehende Amt Königsberg seit 1831 Teil des Bayerischen Zollsystems und der Landesteil Lichtenberg gehört bereits seit 1830 zum Preußischen Zollsystem. Von Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt kommen die so genannten Unterherrschaften hinzu, die Oberherrschaften gehören seit 1819 bzw. seit 1822 zum Preußischen Zollsystem. Schließlich werden auch die Fürstentümer Reuß ältere Linie, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf und Reuß-Schleiz Teil des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins,⁹⁰ ebenso die bayerische Exklave Kaulsdorf.⁹¹ Bereits mit Vertrag vom 11. Mai 1833 schließt sich der Thüringische Zoll- und Handelsverein den Zollverträgen zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und den hessischen Staaten an. Am 1. Januar 1834 entsteht so der Deutsche Zollverein.⁹²

Nicht berücksichtigte Änderungen

Küstenlinie

Ein Deich an der ehemaligen Harlebucht wird 1833 fertig gestellt. Die Harlebucht war seit dem 16. Jahrhundert mit verschiedenen Deichen geschlossen worden.⁹³

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen-Weimar-Eisenach / Sachsen-Altenburg

Zum 1. Januar 1833 treten drei Grenzverträge zwischen Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Altenburg in Kraft. In den Verträgen vom 13. Juni und 16. Juni 1831 sowie vom 13. November 1832 werden strittige Grenzabschnitte und Herrschaftsverhältnisse geklärt sowie kleinere Grenzkorrekturen vorgenommen. Sachsen-Weimar-Eisenach erhält das Dorf Großlöbichau, die altenburgischen Anteile am Dorf und Rittergut Graitsch, ein Flurstück von Stadt-Bürgel, ein Gut im Dorf Wittersroda, das Gut Thalemann, den Münchengehren, die Wüstung Bobeck mit dem Waldstück Franzisches Holz sowie ein Gut in Kleinkröbnitz. An Sachsen-Altenburg gehen die Dörfer Bobeck (ohne die Wüstung und das Franzische Holz) und Unterrenthendorf, die weimarer Anteile an Grobsdorf, Rückersdorf und Dienstädt, der Gasthof „die Ziegenböcke“, der Gleichenschen Hof in Dröbnitz, ein Teil der Flur Reust sowie einzelne Häuser in den Orten Hellborn, Linda, Hilbersdorf, Keßlar und Hetzdorf.⁹⁴

⁹⁰ Vgl. Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Preußen, Reuß ältere Linie, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt vom 10. Mai 1833, abgedr. in: CTS, 83, S. 341-351. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 75f.

⁹¹ Vgl. Price, The Evolution of the Zollverein, S. 248.

⁹² Vgl. Vertrag zwischen Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Württemberg und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins vom 11. Mai 1833, abgedr. in: CTS, 83, S. 359-381. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 75f.

⁹³ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 115.

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1834

Berücksichtigte Änderungen

Deutscher Zollverein

Am 1. Januar 1834 eine Reihe von Verträgen in Kraft, die den Deutschen Zollverein begründen. Dieser Zollverbund vereint zahlreiche deutsche Territorialstaaten. Am 22. März 1833 legt ein Vertrag zwischen dem Süddeutschen Zollverein und dem Preußisch-Hessischen Zollverein den Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Zollgebiet zum 1. Januar 1834 fest. Bereits am 30. März 1833 tritt Sachsen dem Vertrag bei, die kleineren thüringischen Staaten schließen sich am 11. Mai 1833 an. Zuvor hatten sie den Thüringischen Zoll- und Handelsverein gegründet, über den sie korporative Mitglieder des neuen Deutschen Zollvereins geworden waren. Die an das preußische Zollsystem angeschlossenen Staaten Anhalts gehören ebenso zum Deutschen Zollverein wie Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, die weiterhin ein gemeinsames Zollsystem mit Württemberg hatten. Über das preußische Zollsystem gehören auch Gebietsteile Oldenburgs (Fürstentum Birkenfeld), Waldecks (Gebiet Waldeck) und Hessen-Homburgs (Oberamt Meisenheim) sowie die mecklenburgischen und lippischen Exklaven in Preußen zum Deutschen Zollverein.⁹⁵

Holstein / Schleswig

Für die mit Dänemark in Personalunion verbundenen Herzogtümer Holstein und Schleswig wird eine gemeinsame schleswig-holsteinische Regierung auf Schloss Gottorf in Schleswig eingerichtet.⁹⁶ Zuvor waren die Herzogtümer getrennt jeweils durch das zuständige Obergericht in Glückstadt (für das Herzogtum Holstein) und auf Schloss Gottorf (für das Herzogtum Schleswig) verwaltet worden. Die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei mit Sitz in Kopenhagen besteht fort.⁹⁷

⁹⁴ Vgl. Verträge zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar-Eisenach, vom 13. und 16. Juni 1831 sowie vom 13. November 1832, abgedr. in: CTS, 82, S. 1-93. Siehe auch: Grundriß, Band 15, S. 6.

⁹⁵ Vgl. Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg vom 22. März 1833, abgedr. in: CTS, 83, S. 219-240; Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen vom 30. März 1833, abgedr. in: CTS, 83, S. 285-308; Vertrag zwischen Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Württemberg und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins vom 11. Mai 1833, abgedr. in: CTS, 83, S. 359-381. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 74-81; Theo Sommerlad, Zollverein, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 8. Bd., 3., gänzlich umgearbeitete Auflage, Jena 1911, S. 1058-1065, hier S. 1061f.

⁹⁶ Vgl. Hans Schultz Hansen, Demokratie oder Nationalismus – Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830-1918, in: Ulrich Lange, Hg., Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996, S. 427-486, hier S. 429; Hans Harald Hennings, Schleswig-Holstein, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Textband (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 14-33, hier S. 15.

⁹⁷ Vgl. Hennings, Schleswig-Holstein, S. 15.

Preußen / Sachsen-Coburg und Gotha

Mit Abtretungsvertrag vom 31. Mai 1834 geht das sächsisch-coburgische Fürstentum Lichtenberg für eine jährliche Rente von 80.000 Talern bzw. eine Ablösesumme von 2,1 Millionen Talern an Preußen über. Das an die preußische Rheinprovinz angrenzende Gebiet war aufgrund der Wiener Verträge 1816 an Sachsen-Coburg-Saalfeld gekommen. Lichtenberg gehört nun zum Regierungsbezirk Trier und bildet dort per 1. April 1835 den preußischen Kreis St. Wendel.⁹⁸

Küstenlinie:

Zur Verbesserung des Küstenschutzes und des Verkehrs entsteht in den Jahren 1833 und 1834 ein Damm zu Hallig Nordstrandischmoor.⁹⁹

Nicht berücksichtigte Änderungen

Hessen-Kassel

Die teilsouveräne landgräfliche Nebenlinie Hessen-Rotenburg stirbt aus. Sie hatte zuvor das in der Provinz Niederhessen gelegene Gebiet „Rotenburger Quart“ auf Amtsebene verwaltet.¹⁰⁰

Diese Änderung betrifft keine von *HGIS Germany* beobachtete Verwaltungsebene.

1835

Berücksichtigte Änderungen

Hessen-Darmstadt

Der Regierungsbezirk Rheinhessen wird mit Edikt vom 4. Februar 1835 aufgehoben. Wie bereits 1832 die beiden anderen Regierungsbezirke Hessen-Darmstadts, wird er nun in Kreise eingeteilt. Eine begrenzte mittelbehördliche Kompetenz behält allerdings der Kreisrat des bisherigen Regierungssitzes Mainz. Er hat als Provinzialkommissar eine Aufsichtsfunktion über das gesamte Gebiet seines Regierungsbezirks.¹⁰¹

Hohenzollern-Sigmaringen

Ein Vertrag vom 12. Oktober 1835 legt fest, dass bestimmte Gebiete Hohenzollern-

⁹⁸ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha vom 31. Mai 1834, abgedr. in: CTS, 84, S. 309-315. Siehe auch: Dietmar Flach, Die Sachsen-Coburger Exklave Lichtenberg (1816-1834). Betrachtungen zu Land und Herrschaft in der Frühphase des Deutschen Bundes, in: Michael Gockel, Volker Wahl, Hg., Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Weimar etc. 1993, S. 355-385, hier S. 357 sowie S. 384f; Friedrich Facius, Thüringen, in: Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 500-549, hier S. 532.

⁹⁹ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 35 sowie S. 42.

¹⁰⁰ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 289; Grundriß, Band 11, S. 29.

¹⁰¹ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 286; Klein, Hessische Staaten, S. 664; Reuling, Verwaltungs-Einteilung 1821-1855, S. 168 und S. 173.

Sigmaringens in Zollfragen durch das Großherzogtum Baden verwaltet werden. Es handelt sich dabei um das sigmaringer Oberamt Wald, das bisher aufgrund seiner Lage als „Landzunge“ innerhalb Badens nicht zum Deutschen Zollverein gehörte. Hinzu kommen die Orte Bittelschiess und Ettisweiler des Oberamts Sigmaringen. Da die zum Oberamt Wald gehörende Exklave Bärenthal aufgrund ihrer Lage in Württemberg bereits zum Deutschen Zollverein gehört, ist diese nicht betroffen. Mit dem Eintritt Badens in den Deutschen Zollverein 1836 werden dann auch diese Hohenzollernschen Landesteile Teil des Zollvereins.¹⁰²

Sachsen

Im Königreich Sachsen lösen am 1. Mai 1835, basierend auf einer Verordnung vom 6. April 1835, vier Kreisdirektionen die vorherigen Kreise als mittlere Verwaltungsbehörden ab. Die Kreisdirektion Bautzen mit Sitz in der Stadt Bautzen¹⁰³ umfasst das Gebiet der ehemaligen Markgrafschaft Bautzen sowie das Justizamt Stolpen. Die Bezirke der Kreisdirektionen Dresden und Leipzig entsprechen in ihrem Umfang in etwa den Vorgängern Meißnischer Kreis und Leipziger Kreis. Die Kreisdirektion Zwickau umfasst dagegen in etwa den ehemaligen Vogtländischen und den Erzgebirgischen Kreis.¹⁰⁴

Steuerverein

Das Königreich Hannover und das Herzogtum Braunschweig schließen sich zum 1. Juni 1835 zum Steuerverein zusammen. Der Vertrag über den Steuerverein wurde bereits am 1. Mai 1834 unterzeichnet, er umfasst die Territorien Hannovers und Braunschweigs ohne die von dritten Staaten ganz umgebenen Gebiete. Hierbei ist die von Preußen umschlossene braunschweigische Exklave Calvörde betroffen. Ebenso wie der Deutsche Zollverein hat der Steuerverein einen einheitlichen Zolltarif. Entsprechend seiner Lage wird er mitunter auch als Norddeutscher Steuerverein bezeichnet. Durch die Gründung des Vereins bleibt dem Deutschen Zollverein zunächst der Zugang zur Nordsee verwehrt.¹⁰⁵

Nicht berücksichtigte Änderungen

Oldenburg

Der Hafenort Brake wird zum Freihafen.¹⁰⁶

Informationen zu Städten bietet *HGIS Germany* nur für Berlin, Dresden, Hannover, Karlsruhe, München und Stuttgart sowie für die Stadtstaaten, die als Polygone dargestellt sind.

¹⁰² Vgl. Vertrag zwischen Baden und Hohenzollern-Sigmaringen vom 12. Oktober 1835, abgedr. in: CTS, 85, S. 341-346.

¹⁰³ Auch Budyšin oder Budissin (sorbisch).

¹⁰⁴ Vgl. Karlheinz Blaschke, Königreich Sachsen und Thüringische Staaten, in: Kurt G. A. Jeserich u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 608-644, hier S. 619; Grundriß, Band 14, S. 11-14 sowie S. 124-210.

¹⁰⁵ Vgl. Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover vom 1. Mai 1834, abgedr. in: CTS, 84, S. 205-220. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 82; Klein, Königreich Hannover, S. 744; Rudolf Renz, Steuerverein, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 1166.

¹⁰⁶ Vgl. Wasser und Schifffahrtsamt Bremerhaven, Hg., Geschichtliches über Unter- und Außenweser. URL: www.wsa-bremerhaven.de/geschichte/chronik.html (20. Dezember 2006).

Preußen / Russland

Preußen und Russland erreichen 1835 eine Einigung über die genaue Grenze zwischen der preußischen Provinz Schlesien und Russland. Der Vertrag vom 20. Februar 1835 legt die Grenze zwischen dem Punkt, an dem sie die Provinz Posen berührt und dem Gebiet der Republik Krakow fest. Die Grenze folgt im Wesentlichen der bereits 1808 festgelegten Grenzlinie entlang des Flusses Prosna, nur für strittige zuvor Gebiete gibt es eine Neufestlegung.¹⁰⁷

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen, Stadt Dresden

Die Vororte Friedrichstadt, Antonstadt und Leipziger Vorstadt werden 1835 nach Dresden eingegliedert. Alle drei Vororte waren auch zuvor keine selbstständigen Gemeinden.¹⁰⁸

Die drei Orte sind in *HGIS Germany* bereits seit 1820 im Dresdner Stadtgebiet berücksichtigt.

1836**Berücksichtigte Änderungen**Baden

Das Großherzogtum Baden wird zum 1. Januar 1836 Teil des Deutschen Zollvereins. Eine Übereinkunft zwischen Baden und dem Königreich Württemberg vom November 1835 legt fest, dass mit dem Eintritt Badens in den Zollverein die 1831 vereinbarte Zollverwaltung der badischen Exklave Schluchtern und Ruchsen durch das Württembergische Zollsystem endet. Ebenso hört die Verwaltung der württembergischen Exklaven Hohentwiel, Bruderhof und Herschberg durch das Badische Zollsystem auf. Auch für die gemeinsamen Kondominate Widdern und Edelfingen soll die Zollverwaltung ab 1836 getrennt erfolgen.¹⁰⁹

Frankfurt

Mit Vertrag vom 2. Januar 1836 wird die Freie Stadt Frankfurt Teil des Deutschen Zollvereins. Der Vertrag tritt am 1. April 1836 in Kraft.¹¹⁰

¹⁰⁷ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Russland vom 20. Februar 1835, abgedr. in: CTS, 85, S. 77-89. Siehe auch: Grundriß, Band 4, S. 8.

¹⁰⁸ Vgl. Wilfrid Hahn, Auf dem Weg zur Großstadt, in: Dresdner Geschichtsverein, Hg., Dresden. Die Geschichte der Stadt. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Dresden 2002, S. 133-166, hier S. 145.

¹⁰⁹ Vgl. Vertrag zwischen Baden und Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Sachsen sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein vom 2. Mai 1835, abgedruckt in: CTS, 85, S. 129-153; Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg vom November 1835, abgedruckt in: CTS, 85, S. 355-357. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 84.

¹¹⁰ Vgl. Vertrag zwischen dem Senat der freien Stadt Frankfurt und Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein vom 2. Januar 1836, abgedruckt in: CTS, 85, S. 431-450. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 86f; Grundriß, Band 11, S. 274.

Hessen-Homburg

Der Landesteil Homburg der Landgrafschaft Hessen-Homburg wird mit Vertrag vom 20. Februar 1835 dem Hessisch-Darmstädtischen Zollsystem angeschlossen und über dieses auch Teil des Deutschen Zollvereins. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1836 in Kraft. Der Landesteil Meisenheim gehört bereits seit 1830 zum Preußischen Zollsystem und seit 1834 zum Deutschen Zollverein.¹¹¹

Nassau

Das Herzogtum Nassau schließt am 10. Dezember 1835 einen Vertrag über den Beitritt zum Deutschen Zollverein ab, der am 1. April 1836 wirksam wird.¹¹²

Oldenburg

Das Großherzogtum Oldenburg tritt mit seinem Landesteil Oldenburg dem Steuerverein bei. Der am 7. Mai 1836 unterzeichnete Vertrag tritt noch im selben Jahr in Kraft. Der Landesteil Fürstentum Birkenfeld ist bereits seit 1830 Teil des Preußischen Zollsystems, der in Holstein gelegene Landesteil Fürstentum Lübeck ist aufgrund seiner Lage ebenfalls nicht betroffen.¹¹³

Preußen

Zwischen den zur preußischen Provinz Brandenburg gehörenden Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt/Oder kommt es zu einem Gebietstausch. Der zum Regierungsbezirk Frankfurt/Oder gehörende Kreis Beeskow kommt zu Potsdam und bildet dort ab dem 1. Januar 1826 den Kreis Beeskow-Storkow. Potsdam gibt dagegen die Ortschaften Wentorff, Kemnitz und Falkenberg an Frankfurt ab, diese kommen zum Frankfurter Kreis Luckau.¹¹⁴

Württemberg, Stadt Stuttgart

Der Ort Berg wird nach Stuttgart eingemeindet.¹¹⁵

¹¹¹ Vgl. Vertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Hessen-Homburg vom 20. Februar 1835, abgedruckt in: CTS, Siehe auch: Dörlemeyer, Fragmentarische Staatlichkeit, S. 25; Grundriß, Band 11, S. 225; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 123.

¹¹² Vgl. Vertrag zwischen Nassau und Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein vom 10. Dezember 1835, abgedr. in: CTS, 85, S. 387-408. Siehe auch: Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 201; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 85-94.

¹¹³ Vgl. Vertrag zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg vom 7. Mai 1836, abgedr. in: CTS, 86, S. 131-146. Siehe auch: Eckhardt, Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg, S. 315; Renz, Steuerverein, S. 1166.

¹¹⁴ Vgl. Grundriß, Band 5, S. 63f.

¹¹⁵ Vgl. Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten, S. 14; Sauer, Das Werden einer Großstadt, S. 46.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Krakau

Die Republik Krakau wird 1836 durch Truppen Preußens, Österreichs und Russlands besetzt. Während die preußischen und russischen Truppen bald wieder abziehen, bleiben die österreichischen Truppen bis 1841. Wegen des Widerspruches Preußens kann Österreich die Republik Krakau aber zunächst nicht annectieren.¹¹⁶
HGIS Germany bildet die Besetzung von Gebieten nicht ab.

Oldenburg

Der Kniphausener Erbfolgestreit eskaliert im Sturm auf die Burg Kniphausen: Nach dem Tod des Grafen Wilhelm Gustav Friedrich von Bentinck entbrennt ein Erbfolgestreit zwischen seinem Sohn Gustav Adolf und den englischen Verwandten des Hauses. Diese versuchen 1836 die Burg Kniphausen zu stürmen, scheitern aber.¹¹⁷
 Die Herrschaft Kniphausen stand spätestens seit dem Berliner Abkommen von 1825 als standesherrliches Gebiet unter oldenburgischer Oberherrschaft. Eine Abbildung in *HGIS Germany* erübrigt sich daher.

1837

Berücksichtigte Änderungen

Hannover

Mit dem Tod Königs Wilhelm IV. (1765-1837) endet die Personalunion zwischen dem Königreich Hannover und Großbritannien. In Hannover wird Ernst August I. (1771-1831), der Onkel der neuen britischen Königin Victoria, zum König gekrönt.¹¹⁸

Bayern

Aufgrund der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bayerischen Regierungsbezirke umbenannt. Die bisherige Benennung erfolgte nach französischem Vorbild anhand von Flüssen, nun berücksichtigten die Namen die zum Königreich Bayern gehörenden Regionen. Mit der Umbenennung werden auch einige Gebietsveränderungen durchgeführt. Der bisherige Isarkreis erhält den Namen Oberbayern, Sitz des Regierungsbezirks ist München. Der Unterdonaukreis wird in Niederbayern umbenannt, Sitz ist Passau. Der Rheinkreis wird zur Pfalz mit Sitz in Speyer, der bisherige Regenkreis zum Regierungsbezirk Oberpfalz und Regensburg mit Sitz in Regensburg. Die Regierung des Bezirks Oberfranken sitzt in Bayreuth, das Gebiet hieß zuvor Obermainkreis. Der ehemalige Rezatkreis wird in Mittelfranken umbenannt, Sitz ist in Ansbach. Der

¹¹⁶ Vgl. Rhode, Polen und die polnische Frage, S. 710f.

¹¹⁷ Vgl. Lübbling, Oldenburg, S. 80.

¹¹⁸ Vgl. Dieter Brosius, Hannover und Preußen vor 1866, in: Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz. Beiträge zu einer Tagung am 2. November 1991 in Göttingen, Hannover 1995 (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes Südniedersachsen, Bd. 1), S. 23-30, hier S. 27; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 91f; Georg Schnath, Von der Entstehung der Territorien bis zur Entstehung des Landes Niedersachsen, in: Georg Schnath u.a., Hg., Geschichte des Landes Niedersachsen, 6., aktualisierte Auflage, Freiburg, Würzburg 1994, S. 19-66, hier S. 51f.

Untermainkreis mit Sitz in Würzburg wird zu Unterfranken und Aschaffenburg, der Oberdonaukreis erhält den Namen Schwaben und Aschaffenburg, Sitz der Regierung ist Augsburg. Unverändert bleiben die Gebiete der Pfalz sowie des Regierungsbezirks Unterfranken und Aschaffenburg.¹¹⁹

Nicht berücksichtigte Änderungen

Hannover / Preußen

Am 25. November 1837 endet die gemeinsame Verwaltung Preußens und Hannovers über die Gemeinden Hävern und Overstedt. Diese gehen nun vollständig an Preußen und kommen zum Regierungsbezirk Minden der Provinz Westfalen.¹²⁰
Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 werden diese Kondominate nicht abgebildet.

1838

Berücksichtigte Änderungen

Braunschweig

Zwischen dem Steuerverein und dem Deutschen Zollverein kommen am 1. November 1837 ein Handelsvertrag sowie mehrere Nebenverträge zustande. Mit diesen Verträgen gelangen das braunschweigische Fürstentum Blankenburg und die Exklave Calvörde zum 1. Januar 1838 zum Deutschen Zollverein. Die Verwaltung der genannten Gebiete erfolgt über das Preußische Zollsystem. Die Regelung betrifft auch den braunschweigischen Anteil an dem Dorf Pabstorf sowie das Dorf Hessen.¹²¹

Dänischer Zollverband

Die Zollverordnung vom 1. Mai 1838 schafft einen Zollverband zwischen den Herzogtümern Holstein und Schleswig und dem Königreich Dänemark. So entsteht einheitliches Zollgebiet, von dem nur die Städte Altona und Wandsbeck ausgeschlossen bleiben. Zwischen den Herzogtümern und Dänemark erhoben werden nun lediglich noch auf Kaffee und Spirituosen Zölle erhoben.¹²²

¹¹⁹ Vgl. Wilhelm Volkert, Bayern, in: Kurt G. A. Jeserich u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 503-550, hier S. 526f.

¹²⁰ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 8: Westfalen, bearb. von Walther Hubatsch, Marburg 1980, S. 134.

¹²¹ Vgl. Handelsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, Hannover sowie Oldenburg vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 119-137. Siehe auch: Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 163-171.

¹²² Vgl. Otto Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, 6. Auflage, Kiel 1966, S. 204; Axel Nielsen, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933, S. 462f; Friedrich Wilhelm Otto Ludwig Freiherr von Reden, Vergleichende Zusammenstellung der Grenz-Eingangs-Abgaben in Österreich, dem deutschen

Hannover

Aufgrund der am 1. November 1837 abgeschlossenen Verträge zwischen dem Steuerverein und dem Deutschen Zollverein kommt die hannoverische Grafschaft Hohnstein mit dem Amt Elbingerode zum Deutschen Zollverein. Die genannten Gebiete werden durch das Preußische Zollsystem verwaltet, der Vertrag tritt am 1. Januar 1838 in Kraft.¹²³

Preußen

Am 1. November 1837 kommt ein Handelsvertrag sowie Verträge zur Unterdrückung von Schleichhandel zwischen dem Deutschen Zollverein und dem Steuerverein zustande. Preußen tritt mit diesen Verträgen zum 1. Januar 1838 mit seinen Exklaven Heßlingen und Hehlingen dem Steuerverein bei. Ihre Lage schloss sie bisher vom Deutschen Zollverein aus. Des Weiteren kommen die bisher zum Zollverein gehörenden Dörfer Roclum und Würgassen sowie ein Teil des Kreises Minden (Provinz Westfalen) zum Steuerverein. Die Zollverwaltung der Gebiete liegt bei Hannover bzw. Braunschweig.¹²⁴

Schaumburg-Lippe

Am 1. Januar 1838 wird das Fürstentum Schaumburg-Lippe Teil des Steuervereins. Der Beitrittsvertrag wurde am 11. November 1837 geschlossen.¹²⁵

Nicht berücksichtigte ÄnderungenHannover / Preußen

Mit Grenzvertrag vom 25. November 1837 werden die Verhältnissen in den so genannten Mengedörfern (Kondominaten) Ovenstedt, Halle, Hävern, Glissen, Brüninghorstedt und Westenfeldt geregelt. Dabei erhält Preußen volle Landeshoheit über die Dörfer Ovenstedt und Hävern, in denen 100 bisher hannoverische Untertanen leben. Hannover erhält Glissen, Halle, Brüninghorstedt und Westenfeld, in denen 146 bisher preußische Untertanen leben. Der Vertrag tritt 1838 in Kraft.¹²⁶

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 werden die genannten Kondominate nicht abgebildet.

Zollverein, dem norddeutschen Steuerverein und den Herzogthümern Schleswig-Holstein, Frankfurt a. Main 1848, S. 41f.

¹²³ Vgl. Handelsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, Hannover sowie Oldenburg vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 119-137. Siehe auch: Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Hannover vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 139-147.

¹²⁴ Vgl. Handelsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, Hannover sowie Oldenburg vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 119-137. Siehe auch: Übereinkunft zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg sowie Preußen vom 1. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 155-161.

¹²⁵ Vgl. Vertrag zwischen Schaumburg-Lippe sowie Braunschweig, Hannover und Oldenburg vom 11. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 179-191. Siehe auch: Renz, Steuerverein, S. 1166.

¹²⁶ Vgl. Grenzvertrag zwischen Hannover und Preußen vom 25. November 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 229-246. Siehe auch: Grundriß, Band 10, S. 130-138.

1839

Berücksichtigte ÄnderungenBelgien / Luxemburg / Niederlande

König Wilhelm I. der Niederlande (1722-1843) erkennt eine bereits 1831 getroffene Vereinbarung über die Teilung Luxemburgs an. Belgien ist von nun ab gemäß Londoner Protokoll vom 19. April 1839 ein unabhängiger und neutraler Staat. Luxemburg wird geteilt: Der wallonisch geprägte Westteil kommt an Belgien, der östliche Teil mit der Stadt Luxemburg besteht als Großherzogtum Luxemburg weiter. Der so verkleinerte Staat ist weiterhin mit den Niederlanden in Personalunion verbunden und bleibt Teil des Deutschen Bundes. Als Ausgleich für den aus dem Deutschen Bund ausgeschiedenen Westteil Luxemburgs wird das niederländische Herzogtum Limburg¹²⁷ mit Beschluss vom 5. September 1839 Teil des Deutschen Bundes. Luxemburg und Limburg führen in der Bundesversammlung eine gemeinsame Stimme.¹²⁸

Oldenburg

Das oldenburgische Fürstentum Lübeck tritt mit dem Vertrag vom 4. Januar 1839 Teil dem Holsteinischen Zollsystem bei und wird Teil des Dänischen Zollverbandes, der neben Holstein auch Schleswig und das angrenzende Königreich Dänemark umfasst. Der Vertrag tritt am 20. Februar 1839 in Kraft.¹²⁹

Sachsen-Coburg und Gotha

Der Landesteil Gotha erhält eine neue Verwaltungsstruktur. Das Gebiet wird in elf Justiz- und Gerichtsämter und in einen standesherrlichen Kanzleibezirk unterteilt. Die neue Einteilung betrifft auch die Exklaven.¹³⁰

Sachsen-Meiningen

Die meiningische Exklave Mosen wird dem Verwaltungsamt Saalfeld zugeteilt.¹³¹

¹²⁷ Nicht zum Deutschen Bund kommen die Gemeinden Maastricht und Venlo.

¹²⁸ Vgl. Edward Hertslet, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 2: 1828 – 1863, London 1875, S. 981-984; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 2, S. 121-124; Trausch, *Deutschland und Luxemburg vom Wiener Kongreß bis zum heutigen Tage*, S. 189.

¹²⁹ Vgl. Vertrag über die Annahme eines Zollsystems zwischen Holstein und dem Fürstentum Lübeck vom 4. Januar 1839, abgedr. in: CTS, 88, S. 203-219; Patent betreffend das Zollcartell mit dem Fürstentum Lübeck vom 20. Februar 1839, abgedr. in: CTS, 88, S. 219. Siehe auch: Wolfgang Prange, *Der Landesteil Lübeck*, in: Eckhardt Albrecht, Heinrich Schmidt, Hg., *Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch*, Oldenburg 1987, S. 549-590, hier S. 563.

¹³⁰ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 226.

¹³¹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 112.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden

Der Grenzvertrag zwischen Baden und der Schweiz vom 1. März 1839 vereinbart eine Bereinigung der Landesgrenze zwischen dem Schweizer Kanton Schaffhausen und dem Großherzogtum Baden. Unstrittige Abschnitte der Grenzen bleiben unverändert. Ziel der Grenzbereinigung ist es, dass die Gemeindegrenzen mit den Staatsgrenzen zusammenfallen.¹³²

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Lippe-Detmold

Das badische Oberhofgericht entscheidet den Rechtsstreit zwischen Lippe-Detmold und am 22. Dezember 1838 zugunsten Lippe-Detmolds. Mit Patent vom 12. März 1839 nimmt der Fürst das Amt voll in Besitz. Es stand bereits seit 1748 unter detmolder Oberhoheit, weite Teile des Amts sind aber Privatbesitz des Fürsten von Schaumburg-Lippe.¹³³ Das Amt Blomberg ist in *HGIS Germany* seit 1820 bei Lippe-Detmold verzeichnet.

1840

Berücksichtigte Änderungen

Hohenzollern-Sigmaringen

Der Fürst von Fürstenberg tritt die Niedergerichtsherrschaft im Obervogteiamt Jungnau ab, das Amt wird aufgelöst und seine sieben Ortschaften auf die Oberämter Sigmaringen, Gammertingen und Strassberg verteilt. Die neue Verwaltungseinteilung betrifft auch die Exklave Thiergarten.¹³⁴

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden / Bayern

Baden tritt am 24. April 1840 das rechts des Rheins gelegene Vorgelände der Festung Gernersheim an Bayern ab. Im Gegenzug erhält Baden die im Rhein gelegene Kollerinsel.¹³⁵

¹³² Vgl. Vertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogtum Baden vom 1. März 1839, abgedr. in: CTS, 88, S. 331-340.

¹³³ Vgl. Walther Hubatsch, Thomas Klein, Lippe, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946. Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 183-240, hier S. 189; Dieter Poestges, Schaumburg-Lippe, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 241-256, hier S. 249; Wilhelm Wiegmann, Heimatkunde des Fürstentums Schaumburg-Lippe, Stadthagen 1912, S. 273.

¹³⁴ Vgl. Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, S. 133; Schöntag, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, S. 348-350.

¹³⁵ Vgl. Redecker, Schöntag: Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung, S. 10.

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Baden / Frankreich

Ein neuer Vertrag zwischen Baden und Frankreich über den Grenzverlauf am Rhein legt den Talweg des Flusses als Grenze zwischen den beiden Staaten fest.¹³⁶

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Bayern / Fürstentümer Reuß jüngere Linie

Am 13. August 1840 wird ein Grenzvertrag zwischen dem Königreich Bayern und den Fürstentümern des Hauses Reuß jüngere Linie abgeschlossen. In diesem Vertrag erkennen die Fürsten von Reuß-Lobenstein und Ebersdorf die derzeit geltende Landesgrenze an und verzichten damit auf Grundstücksansprüche bei und in dem Dorf Mödlareuth sowie bei der Stadt Hirschberg und dem Weiler Eichenstein. Daneben gibt das Gesamthaus Reuß jüngere Linie die Lehensherrlichkeit über 30 Rittergüter in Oberfranken auf, die seit 1810 zu Bayern gehören. Als Ausgleich erhält das Gesamthaus Reuß jüngere Linie 34.000 Gulden sowie weitere kleinere Summen für die Aufgabe verschiedener weiterer grundherrlicher Rechte. Bayern verzichtet seinerseits auf seine grundherrlichen Rechte an Grundstücken in den Fürstentümern Reuß jüngere Linie.¹³⁷

Der bisherige Grenzverlauf ändert sich durch diese Regelungen nicht.

Lauenburg

Ab Oktober 1840 führen Lauenburg und Holstein einen gemeinsamen Transitzollverband ein. Personen, die keine lauenburgischen Untertanen sind und Waren durch das Land befördern wollen, müssen eine Steuer entrichten.¹³⁸

Preußen / Russland

Bereits im Dezember 1837 kam zwischen Preußen und Russland ein Grenzvertrag über die Grenze zwischen der preußischen Provinz Preußen und Polen zustande. Betroffen ist die Grenze im Bereich des Flusses Memel bis zur Einmündung des Flusses Vicenta in den Fluss Pissa. Einige Entscheidungen über kleinere Grundstücke waren 1837 zunächst verschoben und einer Kommission übergeben worden. Der Vertrag tritt daher erst im August 1840 in Kraft.¹³⁹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

¹³⁶ Vgl. Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich vom 5. April 1840, abgedr. in: CTS, 90, S. 31-82.

Siehe auch: Haselier, Baden, S. 453.

¹³⁷ Vgl. Übereinkunft zwischen Bayern und den Fürstentümern Reuß jüngere Linie vom 13. August 1840, abgedr. in: CTS, 90, S. 319-337.

¹³⁸ Vgl. Jürgen De Vries, Bismarck und das Herzogtum Lauenburg. Die Eingliederung Lauenburgs in Preußen 1865-1879, Neumünster 1989 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 94), S. 131-148.

¹³⁹ Vgl. Grenzvertrag zwischen Preußen und Russland vom 8. bzw. 20. Dezember 1837, abgedr. in: CTS, 87, S. 259-275.

1841**Berücksichtigte Änderungen**

keine

Nicht berücksichtigte Änderungen

keine

1842**Berücksichtigte Änderungen**Braunschweig

Mit Vertrag vom 19. Oktober 1841 tritt das braunschweigische Hauptland dem Deutschen Zollverein bei.¹⁴⁰ Der Harz- und Weserdistrikt sowie die Exklaven Thedinghausen, Bodungen, Ostharingen und Ölsburg verbleiben hingegen zunächst beim Steuerverein.¹⁴¹

Hannover

Das Amt Elbingerode kommt 1842 von der Landdrostei Hildesheim zur Berghauptmannschaft Clausthal. Sowohl die Landdrostei als auch die Berghauptmannschaft sind hannoveranische Verwaltungseinheiten auf Ebene der Regierungsbezirke.¹⁴²

Am 1. Januar 1842 wird die südliche Hälfte des hannoverischen Amtes Fallersleben Teil des Deutschen Zollvereins. Das Gebiet liegt südlich der von Wolfsburg über Mörse nach Flechtdorf führenden Straße, einschließlich des Orts Mörse. Die Verwaltung übernimmt die braunschweigischen Zoll- und Steuerdirektion.¹⁴³

Hessen-Kassel

Aufgrund des Vertrags vom 13. November 1841 wird die kurhessische Grafschaft Schaumburg, die als Exklave nördlich des Hauptlandes liegt, zum 1. Januar 1842 Teil des Deutschen Zollvereins.¹⁴⁴

¹⁴⁰ Vgl. Vertrag zwischen Braunschweig und dem Zollverein vom 19. Oktober 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 151-174. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 109; Klein, Mecklenburg und kleiner Norddeutsche Staaten, S. 744.

¹⁴¹ Vgl. Vertrag zwischen Braunschweig, dem Zollverein, Hannover und Oldenburg vom 16. Dezember 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 389-394.

¹⁴² Vgl. Grundriß, Band 10, S. 367.

¹⁴³ Vgl. Übereinkunft zwischen Preußen und den übrigen Staaten des Zollvereins nebst Braunschweig einerseits und Hannover andererseits wegen des Anschlusses des südlichen Teiles des Amtes Fallersleben an den Zollverein vom 17. Dezember 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 414-420.

¹⁴⁴ Vgl. Vertrag zwischen Hessen-Kassel und dem Zollverein vom 13. November 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 257-263. Siehe auch: Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 231f; Hahn, Wirtschaftliche Integration im 19. Jahrhundert, S. 229.

Luxemburg

Das Großherzogtum Luxemburg gehört ab dem 1. April 1842 (Vertrag vom 8. Februar 1842) zum Preußischen Zollsystem und zum Deutschen Zollverein.¹⁴⁵

Lippe-Detmold

Das Fürstentum Lippe-Detmold tritt zum 1. Januar 1842 dem Preußischen Zollsystem und dem Deutschen Zollverein bei.¹⁴⁶

Preußen

Zum 1. Januar 1842 werden die an Braunschweig angrenzenden preußischen Exklaven Hehlingen und Heßlingen Teil des Deutschen Zollvereins.¹⁴⁷

Waldeck

Die zu Waldeck gehörende Grafschaft Pyrmont wird durch Vertrag vom 11. Dezember 1841 Teil des Preußischen Zollsystems und des Deutschen Zollvereins.¹⁴⁸

Küstenlinie

Ein neuer Deich wird im Bereich des Jadebusens fertig gestellt.¹⁴⁹

Nicht berücksichtigte ÄnderungenBelgien / Niederlande

Der Grenzvertrag zwischen dem Großherzogtum Belgien und den Niederlanden vom 5. November 1842 regelt einige noch strittige Grenzabschnitte. So kommt der westliche Teil des Orts Martelange zu Belgien, der östliche Teil zum Großherzogtum Luxemburg. Im Norden der Provinz Limburg wird die Zugehörigkeit einiger strittiger Grenzorte geklärt: Die Niederlande behalten die Orte Bergeroth, Stamproy, Breversroth, Heyroth, Haubroeckroth und Neer Itteren. Belgien behält den Ort Beersel.¹⁵⁰ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

¹⁴⁵ Vgl. Vertrag zwischen den Niederlanden und dem Zollverein vom 8. Februar 1842, abgedr. in: CTS, 93, S. 37-48. Siehe auch: Erbe, Belgien, Niederlande, Luxemburg, S. 267; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 110; Petri, Belgien, Niederlande, Luxemburg von der Französischen Zeit bis zum Beginn der Deutschen Einigung, S. 967.

¹⁴⁶ Vgl. Vertrag zwischen Lippe-Detmold und dem Zollverein vom 18. Oktober 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 121-131. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 109.

¹⁴⁷ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Braunschweig vom 19. Oktober 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 204-209.

¹⁴⁸ Vgl. Vertrag zwischen Waldeck und dem Zollverein vom 11. Dezember 1841, abgedr. in: CTS, 92, S. 361-370.

¹⁴⁹ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 119.

¹⁵⁰ Vgl. Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden vom 5. November 1842, abgedr. in: CTS, 94, S. 37-64. Siehe auch: Hertslet, The Map of Europe by Treaty, S. 1029-1030.

Frankfurt

Die Stadt Frankfurt kauft den auf ihrem Gebiet gelegenen ehemaligen Besitz des Deutschen Ritterordens von Österreich. Die Ordensgüter in Frankfurt waren aufgrund der Wiener Kongressakte 1815 an Österreich gefallen. Der Orden behält allerdings das so genannte Deutsche Haus und die Deutschordenskirche in Sachsenhausen.¹⁵¹ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen / Sachsen-Altenburg

Das Königreich Sachsen erhält acht Güter und sechs Häuser in dem Dorf Heyersdorf. Diese standen bisher unter der Gerichtsbarkeit des in Sachsen-Altenburg gelegenen Ritterguts Weißbach.¹⁵² Da das Gebiet auch vor 1842 bereits unter sächsischer Oberhoheit stand, ändert sich der eigentliche Grenzverlauf nicht.

Sachsen-Meiningen / Sachsen-Weimar-Eisenach

Das Herzogtum Sachsen-Meiningen vereinbart den Tausch einzelner Grundstücke mit Sachsen-Weimar-Eisenach.¹⁵³ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1843**Berücksichtigte Änderungen**

keine

Nicht berücksichtigte ÄnderungenBelgien / Niederlande

Belgien und die Niederlande schließen am 8. August 1843 einen Vertrag über den Austausch einiger Parzellen entlang der Grenze.¹⁵⁴ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Belgien / Niederlande (Luxemburg)

Der Grenzvertrag vom 7. August 1843 zwischen Belgien und den Niederlanden, die in

¹⁵¹ Vgl. Vertrag zwischen Österreich und Frankfurt über den Besitz des Deutschen Ordens im Territorium der Freien Stadt Frankfurt vom 18. März 1842, abgedr. in: CTS, 93, S. 113-117.

¹⁵² Vgl. Grundriß, Band 14, S. 15.

¹⁵³ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 6.

¹⁵⁴ Vgl. Grenzvertrag zwischen Belgien und den Niederlanden vom 8. August 1843, abgedr. in: CTS, 85, S. 223-244.

Personalunion mit Luxemburg verbunden sind, vereinbart den Austausch einiger Parzellen zwischen Belgien und Luxemburg.¹⁵⁵

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Dänemark (Holstein) / Oldenburg

Zum Jahresbeginn 1843 tritt der Grenzvertrag vom 14. Februar 1842 in Kraft. Das Personalunion mit Holstein verbundene Königreich Dänemark und Oldenburg vereinbaren, dass Oldenburg seine in Holstein gelegenen Exklaven abgibt. Es erhält dafür einige Ortschaften, die an den Landesteil Fürstentum Lübeck angrenzen.¹⁵⁶

Die erwähnten Exklaven wurden in *HGIS Germany* nicht berücksichtigt.

Mecklenburg / Preußen, Provinz Brandenburg

Preußen und Mecklenburg schließen 1843 einen Vergleich über die Grenze am Wentowsee. Sie wird nun auf die Mitte des Sees auf der Linie von der Einmündung des Flusses Polzow bis zum Ort Tornwo festgelegt.¹⁵⁷

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen

Die Stadt Hainichen kommt von der Kreisdirektion Dresden an die Kreisdirektion Leipzig. Hainichen hat 5580 Einwohner.¹⁵⁸

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen-Altenburg / Sachsen-Meiningen

Die Landesgrenze zwischen den Herzogtümern Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen wird begradigt. Dies betrifft die meiningischen Verwaltungssämter Saalfeld und Kranichfeld sowie das altenburgischen Kreisamt Kahla.¹⁵⁹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1844

Berücksichtigte Änderungen

Braunschweig

Im Jahr 1844 wird der Harz-Weser-Distrikt des Herzogtums Braunschweig, so wie das

¹⁵⁵ Vgl. Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden über die Grenze zwischen Belgien und Luxemburg vom 7. August 1843, abgedr. in: CTS, 95, S. 209-222.

¹⁵⁶ Vgl. Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 217; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 24; Prange, Der Landesteil Lübeck, S. 563.

¹⁵⁷ Vgl. Grundriß, Band 5, S. 18.

¹⁵⁸ Vgl. Die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879, Berlin 1879 (= Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs).

¹⁵⁹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 6f.

braunschweigische Hauptland bereits 1842, Teil des Deutschen Zollvereins. Die vom Königreich Hannover umschlossenen braunschweigischen Exklaven bleiben weiterhin im Steuerverein.¹⁶⁰

Küstenlinie

Ein neuer Deich wird im Bereich des Jadebusens fertig gestellt.¹⁶¹

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern / Österreich

Ein Grenzvertrag vom 30. Januar 1844 klärt strittige Abschnitte der Grenze zwischen dem Königreich Bayern und dem zu Österreich gehörenden Gubernium Tirol und Vorarlberg. Bayern erhält endgültig das Waldeigentum des Hofmarkbezirks Fischbauau, der an der Grenze zu Österreich im bayerischen Landgericht Miesbach liegt. Österreich erkennt des Weiteren die volle bayerische Landeshoheit über den Weiler Spielmannsau mit Trauchberg im Landgericht Sonthofen sowie über den Weiler Biesling (auch Biesings genannt) im Landgericht Lindau an. Hier hatte Österreich aufgrund von Verträgen aus dem 16. und 17. Jahrhundert noch Rechte in den Bereichen Steuern, Gerichtsbarkeit, Forsten und Jagd. Die bisher strittige Grenze am Laibach liegt von nun an in der Mitte des Flusses. Bayern erkennt die österreichische Landeshoheit über die Gemeinde Jungholz an. Diese Gemeinde ist nur über den Steinberg mit Tirol verbunden und ansonsten von bayerischem Gebiet umschlossen.¹⁶²

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Belgien / Frankreich

Der Grenzvertrag zwischen Belgien und Frankreich vom 26. September 1844 regelt die Grenze zwischen der französischen Gemeinde Douchery und den belgischen Gemeinden Pussemange und Sugny.¹⁶³

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1845

Berücksichtigte Änderungen

Bayern

Die Gemeinde Stierhöfstetten kommt vom bayerischen Regierungsbezirk Kreis

¹⁶⁰ Vgl. Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 236; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 126.

¹⁶¹ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 119.

¹⁶² Vgl. Grenzvertrag zwischen Österreich und Tirol über die Grenze von Tirol und Vorarlberg vom 30. Januar 1844, abgedr. in: CTS, 96, S. 33-46.

¹⁶³ Vgl. Grenzvertrag zwischen Belgien und Frankreich vom 26. September 1844, abgedr. in: CTS, 97, S. 321-324.

Mittelfranken an den Kreis Unterfranken und Aschaffenburg.¹⁶⁴

Hannover

Ein Vertrag zwischen Hannover und dem Deutschen Zollverein vom 16. Oktober 1845 verlängert die Zugehörigkeit der hannoverischen Grafschaft Hohnstein, des Amts Elbingerode sowie eines Teils des Amts Fallersleben zum Deutschen Zollverein. Daneben kommen die hannoverischen Exklaven Polle und Bodenwerder sowie eine Reihe von Grenzorten¹⁶⁵ neu zum Zollverein.¹⁶⁶

Küstenlinie

In Dithmarschen wird an der Nordseite der Mehldorfer Bucht der Christianskoog eingedeicht. Der neue Deich dient der Landgewinnung und schützt gleichzeitig den alten Deich von 1717.¹⁶⁷

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern / Sachsen-Meiningen

Der Staatsvertrag vom 23. August 1845 legt die Landesgrenze zwischen dem Königreich Bayern und Sachsen-Meiningen neu fest.¹⁶⁸

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen / Sachsen-Weimar-Eisenach

Das Königreich Sachsen erhält von Sachsen-Weimar-Eisenach Anteile an den Dörfern Stöcken und Waldhäuser aus dem Besitz der Rittergüter Teichwolframshausen und Wolframsdorf.¹⁶⁹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Schweiz

Die katholischen Kantone Freiburg, Luzern, Wallis, Zug und Schwyz schließen am 11. Dezember 1845 einen Sonderbund.¹⁷⁰

Die Schweiz liegt außerhalb des primären Beobachtungsraumes von *HGIS Germany*.

¹⁶⁴ Vgl. Hanns Hubert Hofmann, Hermann Hemmerich, Unterfranken. Geschichte seiner Verwaltungsstrukturen seit dem Ende des Alten Reiches 1814 bis 1980, Würzburg 1981, S. 21.

¹⁶⁵ Orte Walle, Harxbüttel, Bechtsbüttel, Wendebück aus dem Amt Gifhorn, Orte Croya und Zicherie aus dem Amt Knesebeck, Orte Ohrum, Dorstadt und Heiningen aus dem Amt Wöltingerode sowie die Orte Klein Lafferde und Lengede aus dem Amt Peine.

¹⁶⁶ Vgl. Vertrag über die Förderung gegenseitigen Handels und Konvention über die Unterdrückung von Schleichhandel vom 16. Oktober 1845, abgedr. in: CTS, 99, S. 47-53.

¹⁶⁷ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-17.

¹⁶⁸ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 7.

¹⁶⁹ Vgl. Grundriß, Band 14, S. 15.

¹⁷⁰ Vgl. Ulrich Im Hof, Geschichte der Schweiz, 5., verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart etc. 1991, S. 110-112.

1846

Berücksichtigte ÄnderungenBaden / Württemberg:

Im März 1846 kommt es aufgrund des Vertrags vom 28. Juni 1843 zu einem Gebietstausch zwischen Baden und Württemberg. Württemberg erhält die bisher gemeinsamen Kondominatsorte Widdern und Edelfingen sowie den Auhof (Gemeinde Illwangen), zwei Waldstücke in der Nähe des Orts Schlüchtern, die so genannte Falkensteiner Markung, den badischen Anteil am Ritterhof bei Oberlatbach und Teile der Orte Waggershausen und Siessen. Baden erhält die Orte Korb, Dippach, Hagenach und Untervessach sowie das Schlossgut Hersberg.¹⁷¹

Bayern, Stadt München

Die Stadtbezirke außerhalb des Burgfriedens werden nach München eingemeindet.¹⁷²

Österreich / Krakau

Nachdem österreichische Truppen einen Aufstand niedergeschlagen haben, annektiert Österreich die Stadt-Republik Krakau. Sie wird zu einem Kreis im österreichischen Königreich Galizien.¹⁷³

Österreich / Sachsen

Mit Bekanntmachung vom 15. Juli 1845 kommt die Stadt Schirgiswalde mit den Landgemeinden Neuschirgiswalde und Petersbach im Februar 1846 zum Königreich Sachsen. Schirgiswalde war bis dahin böhmische Exklave in der sächsischen Oberlausitz.¹⁷⁴

Küstenlinie

Ein Deich verkleinert die Ley-Bucht und gewinnt neues Festland.¹⁷⁵

¹⁷¹ Vgl. Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg vom 28. Juni 1843, abgedr. in: CTS, 95, S. 153-160. Siehe auch: Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern, S. 10.

¹⁷² Egon Dheus, München. Struktur einer Großstadt, Stuttgart 1968, S. 33.

¹⁷³ Vgl. Konvention zwischen Österreich, Preußen und Russland über die Inkorporation Krakaus nach Österreich vom 15. April 1846, abgedr. in: CTS, 99, S. 411-415. Siehe auch: Rainer Fuhrmann, Polen-Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft, 2., vollständig überarbeitete und ergänzte Neuauflage, Hannover 1990, S. 63; Wolfgang Häusler, Galizien, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 412-413, hier S. 413; Rhode, Polen und die polnische Frage, S. 712.

¹⁷⁴ Vgl. Blaschke, Königreich Sachsen und Thüringische Staaten, S. 632; Grundriß, Band 14, S. 15; Schirgiswalder Historie. URL: www.schirgiswalde.de/rubrik1/histor.html (20.01.2005).

¹⁷⁵ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 102-106.

1847

Berücksichtigte ÄnderungenAnhalt-Köthen

Nach dem Tod des letzten Herzogs Heinrich von Anhalt-Köthen (1778-1847) am 23. November 1847 besteht das Herzogtum zunächst als selbständiger Staat weiter. Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg haben die Landeshoheit und die Regierungsrechte gemeinsam inne, Herzog Leopold IV. von Anhalt-Dessau (1794-1871) übernimmt als Senior des Gesamthauses im Namen beider Herzöge die Landesregierung über das Kondominat.¹⁷⁶

Baden

Der Sitz des Mittelrheinkreises wird von Rastatt nach Karlsruhe verlegt.¹⁷⁷

Hannover, Stadt Hannover

Die Stadt Hannover gemeindet die Ernst-August-Stadt am 1. Mai 1847 ein.¹⁷⁸

Modena

Zwischen den italienischen Herzogtümern Lucca, Modena und Toskana findet aufgrund eines geheimen Vorvertrags vom 28. November 1844 und zwei weiterer Verträge vom 4. Oktober und 9. Dezember 1847 ein Gebietstausch statt. Dabei wird das Herzogtum Lucca an die Toskana angegliedert, der Herzog von Lucca übernimmt das Herzogtum Parma.¹⁷⁹ Das Herzogtum Modena erhält unter anderem die Exklave Guastalla von Parma.¹⁸⁰

Küstenlinie

Der Barlter Sommerkoog wird 1847 fertig gestellt, er bringt Holstein Landgewinn im Bereich Dithmarschen.¹⁸¹

Nicht berücksichtigte ÄnderungenHannover

Der 1845 als Konkurrenz zu Bremerhaven an der Geestemünde gegründete Hafenplatz

¹⁷⁶ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 534; Klein, Anhalt, S. 103 und S. 129; Schlenker u.a., Geschichte in Daten, S. 199.

¹⁷⁷ Vgl. Ott, Baden, S. 602; Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1815-1857, S. 7.

¹⁷⁸ Vgl. Brosius, Die Industriestadt, S. 315.

¹⁷⁹ Lucca und Toskana liegen außerhalb des Kartenschnitts von *HGIS Germany*. Im Kartenschnitt zu sehen sind jeweils das nördliche Parma und Modena sowie die Exklave Guastalla.

¹⁸⁰ Vgl. Geheimvertrag über einen Gebietstausch zwischen Österreich, Lucca, Modena, Sardinien und Toskana vom 28. November 1844, abgedr. in CTS, 97, S. 443-458; Vertrag zwischen Lucca und Toskana vom 4. Oktober 1847, abgedr. in: CTS, 101, S. 369-373. Siehe auch: Hertslet, The Map of Europe by Treaty, S. 1047-1060.

¹⁸¹ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-17.

wird durch Gesetz vom 19. Juni 1847 zum Freihafen.¹⁸²

Informationen zu Städten bietet *HGIS Germany* nur für Berlin, Dresden, Hannover, Karlsruhe, München und Stuttgart sowie für die Stadtstaaten, die als Polygone dargestellt sind.

Lucca, Modena, Parma, Toskana

Zwischen den italienischen Herzogtümern Lucca, Modena und Toskana findet aufgrund eines geheimen Vorvertrags vom 28. November 1844 und zwei weiterer Verträge vom 4. Oktober und 9. Dezember 1847 ein Gebietstausch statt.¹⁸³ Das Herzogtum Toskana wird um Lucca sowie um die Ortschaften Barga und Pietrasanta vergrößert. Der Herzog von Lucca übernimmt das Herzogtum Parma, das um die toskanischen Gebiete Pontremoli und Bagnone sowie um die modenischen Gebiete Bazzano, Treschietto, Villafranca, Castevoli und Mulazzo vergrößert wird. Modena erhält vom Gebiet des Herzogtums Lucca Montignoso, Minucciano, Castiglione und Gallicano sowie von Toskana Fivizzano, Albiano, Rico, Terrarossa und die Exklave Guastalla.¹⁸⁴

Nur der Norden von Modena und Parma liegt innerhalb des in *HGIS Germany* berücksichtigten Kartenausschnitts.

Schweiz

Auflösung des katholischen Sonderbunds in der Schweiz. Die Kantone Freiburg und Luzern werden einen Beschluss der schweizerischen Tagsatzung im November 1847 mit Waffengewalt eingenommen, die anderen Sonderbündler kapitulieren.¹⁸⁵

Die Schweiz liegt außerhalb des primären Beobachtungsraumes.

1848

Berücksichtigte Änderungen

Deutscher Bund

Die preußische Preußen sowie ein Teil der Provinz Posen werden Teil des Deutschen Bundes. Beide Gebiete waren bisher nicht aufgenommen worden, da sie vor 1806 nicht zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört hatten. In der Provinz Posen wird nur der westliche Teil mit überwiegend deutscher Bevölkerung zum Deutschen Bund zugehörig. Hierfür wird die Provinz durch eine in ihrem Lauf umstrittene Demarkationslinie in einen Teil innerhalb und einen Teil außerhalb des Deutschen Bundes getrennt.¹⁸⁶

¹⁸² Vgl. Peter-Michael Pawlik, Die rechtliche Struktur von Freihäfen und Hafenzonen. Eine vergleichende Darstellung von Aufbau und Ausgestaltung der zur Zeit bestehenden Freihäfen und Hafenzonen in Seehäfen, verbunden mit Überblicken über ihre geschichtliche Entwicklung in den verschiedenen Staaten, München 1974, S. 24f.

¹⁸³ Siehe auch oben.

¹⁸⁴ Vgl. Geheimvertrag über einen Gebietstausch zwischen Österreich, Lucca, Modena, Sardinien und Toskana vom 28. November 1844, abgedr. in CTS, 97, S. 443-458; Vertrag zwischen Lucca und Toskana vom 4. Oktober 1847, abgedr. in: CTS, 101, S. 369-373. Siehe auch: Hertslet, *The Map of Europe by Treaty*, S. 1047-1060.

¹⁸⁵ Vgl. Im Hof, *Geschichte der Schweiz*, S. 111.

Hessen-Darmstadt

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt schafft mit dem Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung vom 31. Juli 1848 zehn Regierungsbezirke. Die überregionalen Aufgaben der bisherigen drei Bezirke werden weiterhin durch die Kommissionen der Provinzstädte übernommen. Diese übergeordnete Struktur wird in *HGIS Germany* auf der Verwaltungsebene der Provinzen geführt. Starkenburg wird in die vier Regierungsbezirke Darmstadt, Dieburg, Heppenheim und Erbach eingeteilt, übergeordnete Aufgaben übernimmt die Kommission in Darmstadt. Oberhessen gliedert sich in die fünf Regierungsbezirke Biedenkopf, Alsfeld, Gießen, Friedberg und Nidda. Sitz der Provinz ist in Gießen. Rheinhessen wird zunächst nicht aufgliedert, hier entspricht der einzige Regierungsbezirk Mainz der gesamten Provinz. Bei diesen neuen Regierungsbezirken entspricht der Name des Bezirks jeweils auch der Bezirkshauptstadt.¹⁸⁷

Holstein / Schleswig

Der Waffenstillstandsvertrag von Malmö vom 26. August 1848 beendet den Deutsch-Dänischen-Krieg. Der Konflikt war dadurch entstanden, dass der neue dänische König Friedrich VII. (1808-1863) Schleswig enger an Dänemark binden wollte, während in Holstein und Schleswig im Laufe der revolutionären Entwicklungen des Jahres 1848 die Aufnahme Schlesiws in den Deutschen Bund gefordert wurde.¹⁸⁸ An dem bewaffneten Konflikt um Schleswig beteiligten sich preußische Truppen und ein Korps des Deutschen Bundes. Der Vertrag von Malmö legt eine neue gemeinsame Regierung für Holstein und Schleswig fest. Sie regiert im Namen des dänischen Königs, bei ihrer Berufung hat aber der preußische König Mitspracherecht.¹⁸⁹

Frankreich

Der französische König Louis Phillipe (1773-1850) dankt im Februar 1848 ab. Eine provisorische Regierung übernimmt zunächst die Macht und ruft eine Republik aus. Im April 1848 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt, im Dezember gewinnt Prinz Charles Louis Napoleon (1808-1873), ein Neffe Napoleons I., die Präsidentschaftswahlen.¹⁹⁰

¹⁸⁶ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 640-643; Rhode, Polen und die polnische Frage von den Teilungen bis zur Gründung des Deutschen Reiches, S. 719-720.

¹⁸⁷ Vgl. Franz, Hessen, S. 286; Klein, Hessische Staaten, S. 665; Reuling, Verwaltungseinteilung 1821-1855, S. 168-173.

¹⁸⁸ Tatsächlich beschließt das Vorparlament am 31. März die Aufnahme Schlesiws in den Deutschen Bund. Die Bundesversammlung wie die im Mai gewählt Nationalversammlung bestätigen diesen Beschluss allerdings nicht. Bei der Wahl zur Nationalversammlung werden aber fünf Abgeordnete aus Schleswig zugelassen. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 668-672; Wilhelm Ribhegge, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998, S. 83.

¹⁸⁹ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 217-222; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 441-443; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 666-673; Heinz-Gerhard Haupt, Von der Französischen Revolution bis zum Ende der Julimonarchie, in: Ernst Hinrichs, Hg., Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 207-250, hier S. 248; Charlotte Tacke, Von der Zweiten Republik bis zum Ersten Weltkrieg, in: Ernst Hinrichs, Hg., Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 251-290, hier S. 253-256.

¹⁹⁰ Vgl. Gordon A. Craig, Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bde., Bd. 1: Vom Wiener Kongress bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München 1978, S. 105-112.

Österreich, Illyrien

Das Königreich Illyrien, das die Gubernien Laibach und Küstenland umfasste, wird aufgelöst.¹⁹¹ Die Zugehörigkeit zum Königreich Illyrien verzeichnet *HGIS Germany* bis 1847 durch einen Namenszusatz bei der Provinzbeschreibung. Dieser entfällt nun.

Österreich, Lombardo-Venetien

Im österreichischen Gubernium Lombardo-Venetien, das nicht zum Deutschen Bund gehört, kommt es 1848 zu Unruhen. Für die Lombardei bildet sich in Mailand eine provisorische Regierung. Sie beschließt die Trennung von Österreich und den Anschluss an das benachbarte Sardinien. Sardische Truppen rücken in die Lombardei ein, das Gebiet wird aber von österreichischen Truppen unter Feldmarschall Radetzky zurückerobert. Im August 1848 ist die österreichische Herrschaft in der Lombardei wieder hergestellt. In Venetien kapitulieren die Repräsentanten Österreichs nach den Unruhen und es wird eine unabhängige Republik Venetien proklamiert.¹⁹²

Österreich, Ungarn

In Ungarn und den ungarischen Nebenländern bricht 1848 ein Bürgerkrieg aus. Nachdem im September der von Wien berufene außerordentliche Kommissar für Ungarn, Franz Philipp Graf von Lemberg (1791-1848), bei seiner Ankunft in Pest getötet wurde, werden ab Oktober 1848 österreichische Truppen nach Ungarn entsandt. Der österreichische Kaiser Ferdinand I. (1793-1875) dankt im Dezember 1848 zugunsten des neuen Kaisers Franz Joseph (1830-1916) ab. Diesen Thronwechsel erkennt die Regierung in Ungarn für die Stephanskronen jedoch nicht an.¹⁹³

Revolutionen und Kriegsereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab. Um auf die Situation in Österreich und Ungarn hinzuweisen, erhalten die historisch-geographischen Namen für die Gebiete Ungarn, Slowakei, Kroatien, Dalmatien den Zusatz „Bürgerkrieg“.

Österreich / Sachsen

Österreich tauscht mit dem Königreich Sachsen exklavierte Gebiete aus. Mit Vertrag vom 5. März 1848, der innerhalb von sechs Wochen in Kraft tritt, erhält Sachsen die österreichische Exklave Leutersdorf mit den Orten Neu- und Niederleutersdorf, Neuwalde und Josephsdorf. Die sächsische Exklave Neudörfel kommt an Österreich.¹⁹⁴

Preußen, Neuchâtel

In Neuchâtel (Neuenburg) wird am 30. April eine Verfassung verabschiedet, durch die Neuchâtel eine Republik wird. Das in der Schweiz gelegene Neuchâtel ist mit dem Königreich Preußen in Personalunion verbunden. Preußen erkennt deshalb die Änderung

¹⁹¹ Vgl. Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 366; Gerhard Taddey, Küstenland, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 688.

¹⁹² Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 565-566.

¹⁹³ Vgl. Jean Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, 2. Auflage, Wien etc. 1996, S. 599; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 566-570 sowie S. 712.

¹⁹⁴ Vgl. Grenzvertrag zwischen Sachsen und Österreich vom 5. März 1848, abgedr. in: CTS, 102, S. 109-156. Siehe auch: Blaschke, Königreich Sachsen und Thüringische Staaten, S. 632; Grundriß, Band 14, S. 15.

der Staatsform nicht an.¹⁹⁵

Reuß-Schleiz / Reuß jüngere Linie

Fürst Heinrich LXXII. von Reuß-Ebersdorf und Lobenstein (1797-1853) dankt 1848 zugunsten der Linie Reuß-Schleiz ab. Die zwei Fürstentümer Schleiz, Ebersdorf und Lobenstein sowie das bisher gemeinsam verwaltete Reuß-Gera werden zum Fürstentum Reuß jüngere Linie vereinigt.¹⁹⁶

Sachsen-Coburg und Gotha

Der standesherrliche Verwaltungsbezirk „Fürstlich Hohenlohe-Gräflisch Gleichensche Kanzlei zu Ohrdruf“ wird in ein Justizamt umgewandelt. Betroffen hiervon ist auch die Exklave Werningshausen.¹⁹⁷

Küstenlinie

Im Jahr 1848 werden zwei Deiche fertig gestellt, die am Jadebusen und bei Husum Land gewinnen. Bei Husum entsteht der so genannte Dockkoog als Vorarbeit für den geplanten Ausbau des Husumer Hafens.¹⁹⁸

Nicht berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Deutscher Bund

Im Jahr 1848 erleben die Staaten des Deutschen Bundes, aber auch das benachbarte europäische Ausland, eine nationale Erhebung, die als 1848er-Revolution oder auch als Märzrevolution bezeichnet wird. In den deutschen Staaten bringt die Bevölkerung liberale Forderungen nach mehr Demokratie, Pressefreiheit, Einführung einer Verfassung und nach einem geeinten deutschen Gesamtstaat vor. Im Laufe des Jahres 1848 kommt es aber auch zu Aufständen und Unruhen, die teils mit militärischen Mitteln niedergeschlagen werden. Im Mai wird eine gesamtdeutsche Nationalversammlung gewählt, die am 18. Mai 1848 in Frankfurt zusammentritt. Diese stellt eine provisorische Zentralgewalt, die die bisherigen Organe des Deutschen Bundes ablöst. Als so genannter Reichsverweser wird der österreichische Erzherzog Johann (1782-1859) berufen. Die Nationalversammlung berät in den Jahren 1848/49 über eine Verfassung für ein Gesamtdeutschland, bleibt sich aber in vielen Kernfragen, wie Staatsform oder die Zugehörigkeit Österreichs, uneinig.¹⁹⁹ Revolutionen und Kriegsereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

¹⁹⁵ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 191.

¹⁹⁶ Vgl. Hagen Enke, ...zimal Heinrich: Die Reußen, in: Konrad Scheurmann, Jördis Frank, Hg., Thüringen – Land der Residenzen 1485-1918. Neu entdeckt. Katalog zur 2. Thüringer Landesausstellung, Schloss Sondershausen, 15. Mai –3. Oktober 2004, 2 Bde., Bd. 1, Mainz 2004, S. 64-73, hier S. 67; Grundriß, 15, S. 6 und S. 307; Querfeld, Forschungen zur Geschichte des ehemaligen Reussenlandes, S. 105f.

¹⁹⁷ Vgl. Grundriß, 15, S. 242.

¹⁹⁸ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 25-31; Sindwoski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 117-120.

¹⁹⁹ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 502-633; Ribhegge, Das Parlament als Nation, S. 40f.

Braunschweig

Zum 1. Juli 1848 werden die braunschweigischen Ortschaften Hohenbüchen, Brunkensen, Coppengrave und Lütgenholtensen sowie das Gasthaus am Jerzer-Berge dem Steuerverein angeschlossen.²⁰⁰

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Hannover

In der hannoveranischen Stadt Harburg bei Hamburg wird ein Freihafen errichtet.²⁰¹ Informationen zu Städten bietet *HGIS Germany* nur für Berlin, Dresden, Hannover, Karlsruhe, München und Stuttgart sowie für die Stadtstaaten, die als Polygone dargestellt sind.

Holstein / Schleswig

Seit Ausbruch des Krieges gehören Schleswig und Holstein nicht mehr zum Dänischen Zollverband, sie werden zum Zollausland erklärt.²⁰²

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Oldenburg

Das oldenburgische Fürstentum Lübeck, das über das Holsteinische Zollsystem Teil des Dänischen Zollverbands ist, ist auch von den Entwicklungen in Schleswig und Holstein betroffen.²⁰³

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

1849

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Dessau / Anhalt-Köthen

Die Verordnung vom 24. Februar 1849 regelt die Verwaltung auf Kreisebene für Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen gemeinsam neu. Die beiden Staaten werden in insgesamt drei Kreise eingeteilt. Von dieser Neueinteilung sind auch die Exklaven betroffen.²⁰⁴

²⁰⁰ Vgl. Deklaration zwischen Braunschweig und Hannover betreffend den Einschluss einiger braunschweigischer Dörfer in den Steuerverein vom 17. Juni 1848, abgedr. in: CTS, 102, S. 291-293.

²⁰¹ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 236.

²⁰² Vgl. Ove Hornby, Die Frühindustrialisierung in Dänemark (ca. 1830-1870), in: Jürgen Brockstedt, Hg., Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, Neumünster 1983 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 5), S. 345-364, hier S. 348.

²⁰³ Vgl. Hornby, Die Frühindustrialisierung in Dänemark, S. 348.

²⁰⁴ Vgl. Thomas Klein, Anhalt, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 93-182, hier S. 126f.

Hessen-Kassel

Das Kurfürstentum Hessen-Kassel schafft zum 1. Februar 1849 die Regierungsbezirksstruktur ab. Aufgrund der Verordnung vom 22. Dezember 1848 wird das Land nun in neun obere Bezirksbehörden eingeteilt, die jeweils in ein bis drei Verwaltungsämter gegliedert sind. Die Exklaven Schaumburg und Schmalkalden machen jeweils einen eigenen Bezirk aus.²⁰⁵

Holstein

Nachdem Dänemark den Friedensvertrag von Malmö gekündigt hatte, flammt im April 1849 der Krieg um die Herzogtümer Schleswig und Holstein erneut auf. Am 10. Juli 1849 kommt es zu einem Waffenstillstand zwischen Preußen (in Namen des Deutschen Bundes) und Dänemark. Holstein wird seit Kündigung des Malmöer Friedensvertrages durch eine von der Exekutivgewalt in Frankfurt eingerichtete Statthalterschaft verwaltet, die ihren Sitz in Kiel hat. Die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei in Kopenhagen wird aufgelöst.²⁰⁶

Nassau

Mit Wirkung zum 1. Juli 1849 wird das Herzogtum Nassau auf Verwaltungsebene der Kreise in elf Kreisämter eingeteilt. Die Kreisämter sind jeweils in ein bis drei Amtsbezirke unterteilt. Die Exklave Reichelsheim macht ein eigenes Kreisamt aus, die Exklaven Harheim und Heddernheim gehören zum Kreisamt Höchst.²⁰⁷

Österreich

Für die Provinzen Österreichs führt das Patent vom 4. März 1849 die Bezeichnung Kronland ein. Zudem werden Salzburg, Kärnten und Schlesien zu selbständigen Kronländern. Salzburg wurde zuvor von Oberösterreich und Kärnten vom Gubernium in Laibach mitverwaltet. Für Schlesien bestand bisher eine gemeinsame Verwaltungsbehörde mit dem Kronland Mähren.²⁰⁸

Österreich / Ungarn

Im März 1849 oktroyiert Kaiser Franz Joseph von Österreich (1830-1916), Kaiser Ferdinand (1793-1875) war Ende des Jahres 1848 abgedankt, eine Verfassung, die auch Ungarn mit einschließt. Die neue Verfassung sieht vor, die bisherigen Länder zu reinen Verwaltungseinheiten herabzustufen. Im April setzt der ungarische Reichstag daraufhin

²⁰⁵ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 287; Grundriß, Band 11, S. 29-31.

²⁰⁶ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 200-222; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 447f; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 15; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 904.

²⁰⁷ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 287; Grundriß, Band 11, S. 129; Norbert Zabel, Räumliche Behördenorganisation im Herzogtum Nassau (1806-1866), Wiesbaden 1981 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 29), S. 123-174.

²⁰⁸ Vgl. Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 366; Karl Lechner, Österreich, in: Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 1-69, hier S. 51; Gerhard Taddey, Kronländer, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 680-681, hier S. 680.

das Haus Habsburg ab und erklärt Ungarn am 19. April 1849 zur unabhängigen Republik. Österreich zwingt Ungarn mit Unterstützung russischer Truppen im August 1849 zur Kapitulation. Ungarn wird wieder zum österreichischen Kronland, seine Nebenländer Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien zu selbständigen Kronländern.²⁰⁹

Österreich / Venetien

Mit dem Friedensvertrag vom 6. August 1849 zwischen Österreich und Sardinien erhält Österreich Lombardo-Venetien endgültig zurück. Im August 1849 endet auch die Republik Venedig, gesamt Venetien ist wieder in österreichischem Besitz.²¹⁰

Schleswig

Die Kriegshandlungen in Holstein und Schleswig flammen wieder auf. Am 10. Juli 1849 schließen Preußen (für den Deutschen Bund) und Dänemark erneut einen Waffenstillstand. Für Schleswig wird eine preußisch-dänisch-britische Landesverwaltung gebildet, die das Herzogtum im Namen des dänischen Königs von Flensburg aus verwaltet.²¹¹

Waldeck

Das Staatsgrundgesetz vom 23. Mai 1849 vereinigt das Fürstentum Waldeck und die Grafschaft Pyrmont zu einem Staat. Damit endet die Personalunion zwischen Waldeck und Pyrmont.²¹²

Nicht berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Deutscher Bund

Die Frankfurter Nationalversammlung beendet im Frühjahr 1849 ihre Verfassungsberatungen. Sie wählt am 28. März 1849 den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861) von der Versammlung zum Deutschen Kaiser. Dieser lehnt die Wahl aber ab. Die beschlossene Reichsverfassung wird nur von 28 deutschen Staaten anerkannt, u.a. nicht von Bayern, Hannover, Preußen und Sachsen. Bereits im Mai 1849 rufen Preußen, Österreich und Hannover ihre Abgeordneten aus der Nationalversammlung zurück. Die verbliebenen Parlamentarier übersiedeln im Laufe des Jahres zum Teil nach Stuttgart, zum Teil bleiben sie in Frankfurt. Am 20. Dezember legt Erzherzog Johann (1782-1859) die Reichsverweserschaft nieder, seine Aufgaben gehen an eine Bundeskommission über. Da die Tätigkeit dieser Kommission bis 1. Mai 1850 beschränkt ist, wird sie auch als Interim bezeichnet.²¹³

²⁰⁹ Vgl. Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 607; Hoke, Österreich, S. 371-373; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963, S. 31f; Lechner, Österreich, S. 57.

²¹⁰ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3., S. 33.

²¹¹ Vgl. Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen vom 10. Juli 1849, abgedr. in: CTS, 103, S. 207-219. Siehe auch: Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 200-222; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 447f; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 904.

²¹² Vgl. Klein, Waldeck, S. 262-266.

²¹³ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 817-884, Ribhegge, Das Parlament als Nation, S. 141f; Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen über die vorläufige Einrichtung einer Bundeskommission für den Deutschen Bund vom 30. September 1849, abgedr. in: CTS, 103, S. 285-289.

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Gesamter Beobachtungsraum: Erfurter Union

Die drei Königreiche Preußen, Hannover und Sachsen lehnen die von der Nationalversammlung entworfene Verfassung ab. Sie schließen sich am 26. Mai 1849 zur Errichtung eines deutschen Staates ohne Österreich zusammen. Am 28. Mai vereinbaren sie eine vorläufige Verfassung für eine Deutsche Union. Da das zukünftige Parlament in Erfurt zusammentreten soll, wird das Bündnis als Erfurter Union oder auch als Dreikönigsbündnis bezeichnet. Im Laufe des Jahres 1849 treten zahlreiche deutsche Staaten dem Vertrag bei, jedoch nicht Bayern, Württemberg, Holstein, Schleswig, Liechtenstein, Hessen-Homburg, Luxemburg und Frankfurt. Hannover und Sachsen legen daher ihre Mitgliedschaft in der Erfurter Union im Oktober 1849 nieder.²¹⁴ Da die Datenbankstruktur von *HGIS Germany* nur einen Eintrag im Bereich Staatenbund vorsieht, kann die Erfurter Union nicht berücksichtigt werden.

Preußen, Provinz Posen

Im Februar 1849 beschließt die Frankfurter Nationalversammlung eine Verlegung der Demarkationslinie nach Osten. Diese Linie teilt die Provinz Posen in einen Teil, der zum Deutschen Bund gehört und einen Teil außerhalb des Deutschen Bundes.²¹⁵

1850

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Bernburg

Die neue Gemeinde- und Kreisordnung für Anhalt-Bernburg vom 28. Februar 1850 unterteilt das Herzogtum in drei Kreisämter. Auch die Exklaven sind von dieser Neueinteilung betroffen.²¹⁶

Braunschweig

In Braunschweig werden 1850 die Ämter aufgelöst. Die Einteilung des Landes in die sechs Kreisdirektionen Blankenburg, Braunschweig, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden und Wolfenbüttel bleibt aber bestehen. Auch die Exklaven Braunschweigs sind von der Auflösung der Ämter betroffen.²¹⁷

²¹⁴ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 887-891. In Dezember 1849 gehören folgende Staaten der Erfurter Union an: Preußen, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen, Baden, Braunschweig, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Lippe-Detmold, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Nassau, Oldenburg, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg-Lippe, Waldeck, sowie Hamburg, Bremen und Lübeck.

²¹⁵ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 643.

²¹⁶ Vgl. Klein, Anhalt, S. 113f.

²¹⁷ Vgl. Römer, Braunschweig, S. 53.

Hessen-Darmstadt

Die Provinz Hessen-Darmstadt wird in die zwei Regierungsbezirke Mainz und Worms eingeteilt.²¹⁸

Hohenzollern-Hechingen / Hohenzollern-Sigmaringen

Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen danken nach Unruhen in ihren Ländern ab. Durch den Abtretungsvertrag vom 7. Dezember 1849 regelt kommen beide Fürstentümer an Preußen kommen. Im April 1850 nimmt Preußen das Gebiet in Besitz, die preußische Verfassung wird eingeführt und die bisherigen Landtage aufgehoben. Zur Verwaltung Hohenzollerns wird ein preußischer Kommissar bestimmt, die bisherigen Verwaltungsbehörden sowie die beiden Landesregierungen arbeiten zunächst weiter.²¹⁹

Lippe-Detmold / Preußen

Das bisher gemeinsame Kondominat Lippe-Detmold kommt mit Vertrag vom 17. Mai 1850 nun ganz an Preußen.²²⁰

Sachsen-Weimar-Eisenach

Die Verwaltung im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach wird 1850 neu organisiert. Die getrennten Landesregierungen für Eisenach und Weimar werden aufgelöst und die bisherigen Ämter abgeschafft. Sachsen-Weimar-Eisenach teilt sich nun in die fünf Verwaltungsbezirke Weimar I, Weimar II, Eisenach, Dermbach und Neustadt a. d. Orla. Von der neuen Verwaltungsstruktur sind auch die Exklaven betroffen.²²¹

Schwarzburg-Rudolstadt

Schwarzburg-Rudolstadt richtet 1850 die drei Landratsämter Rudolstadt, Königsee und Frankenhausen ein. Die Neueinteilung der Verwaltung betrifft auch die Exklaven Schwarzburg-Rudolstadts.²²²

Schwarzburg-Sondershausen

Das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen organisiert 1850 die Verwaltung neu. Es entstehen fünf Verwaltungsbezirke – Sonderhausen, Ebeleben, Greußen, Arnstadt und

²¹⁸ Vgl. Klein, Hessische Staaten, S. 665; Reuling, Verwaltungseinteilung 1821-1855, S. 168-173.

²¹⁹ Vgl. Vertrag zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Preußen vom 7. Dezember 1849, abgedr. in: CTS, 103, S. 375-382; Wilfried Beutter, Hohenzollern, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 551; Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, S. 155-159, Maren Kuhn-Rehfuß, Die Integration Hohenzollerns in Preußen, in: Peter Baumgart, Hg., Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln 1984 (= Neue Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Bd. 5), S. 299-326, hier S. 305.

²²⁰ Vgl. Vertrag zwischen Lippe-Detmold und Preußen vom 17. Mai 1850, abgedr. in: CTS, 104, S. 123-126. Siehe auch: Hubatsch, Klein, Lippe, S. 225.

²²¹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 52-53 und S. 75-82.

²²² Vgl. Grundriß, Band 15, S. 274.

Gehren. Auch die Exklaven Schwarzburg-Sondershausens sind von der neuen Verwaltungsstruktur betroffen.²²³

Waldeck

Die Kreisordnung vom 27. April 1850 gliedert das Fürstentum Waldeck in die vier Kreise Twiste, Eisenberg, Eder und Pyrmont. Die nördlich vom Hauptland gelegene Grafschaft Pyrmont macht einen eigenen Kreis aus. Die bisherigen sind Ämter aufgehoben.²²⁴

Nicht berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Deutscher Bund / Erfurter Union

Der Bundestag des Deutschen Bundes wird am 2. September wieder eröffnet. Zunächst bleiben aber die 22 Staaten fern, die Mitglied der Erfurter Union sind. Die Verfassung der Erfurter Union ist allerdings nur provisorisch in Kraft getreten, da nicht alle verbleibenden Mitgliedsstaaten diese annehmen wollen. Am 29. November 1850 wird die Olmützer Punktation zwischen Österreich und Preußen unterzeichnet. Dieser Vertrag vereinbart die Auflösung der Erfurter Union.²²⁵

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Braunschweig / Hannover

Hannover verzichtet 1850 auf einige Rechte am Ort Juliushall, an einer Faktorei in Gittelde und an der Hütte zu Badenhausen. Braunschweig entschädigt Hannover hierfür mit einigen Grundstücken, die zum gemeinsamen Kondominatsgebiet kommen.²²⁶

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Hessen-Kassel

Nachdem es in Hessen-Kassel wegen eines verfassungswidrigen Steuergesetzes zu Unruhen kam, wird das Kurfürstentum 1850 von Truppen des Deutschen Bundes besetzt. Zwei Kommissare leiten die Verwaltung, jeweils einer wird vom Deutschen Bund und einer von den Staaten der ehemaligen Erfurter Union gestellt.²²⁷

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Holstein / Schleswig

Mit dem Berliner Frieden vom 2. Juli 1850 kommen die Herzogtümer Holstein und Schleswig wieder unter dänische Herrschaft. Allerdings erkennt die Statthalterschaft in Holstein diesen Friedensvertrag zunächst nicht an. Der Deutsche Bund stellt einen Bundeskommissar für Holstein, der die Statthalterschaft ablösen soll. In der Olmützer

²²³ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 266-271.

²²⁴ Vgl. Klein, Waldeck, S. 264-288.

²²⁵ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 903-920.

²²⁶ Vgl. Römer, Braunschweig, S. 2.

²²⁷ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 911-927.

Punktation vom 29. November 1850 wird unter anderem beschlossen, dass der Deutsche Bund den militärisch gegen die Statthalterschaft in Holstein vorgeht (Bundesexekution).²²⁸ Revolutionen und Kriegsereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Schleswig

Die Zollschranke zwischen Schleswig und dem Dänischen Zollverband wird 1850 wieder aufgehoben. Das Herzogtum war bei Ausbruch des Krieges 1848 zum Zollausland erklärt worden.²²⁹

Revolutionen und Kriegsereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

1851

Berücksichtigte Änderungen

Hessen-Kassel

In Hessen-Kassel werden die 1849 abgeschafften Regierungsbezirke mit Verordnung vom 7. Juli 1851 wieder eingeführt. Erneut gliedert sich das Land in die vier so genannten Provinzen Niederhessen, Oberhessen, Fulda und Hanau.²³⁰

Holstein

Die beiden von Österreich und Preußen gestellten Kommissare des Deutschen Bundes lösen zum 1. Februar 1851 die holsteinische Statthalterschaft ab. Sie setzen eine Zivilbehörde ein, die Holstein im Namen des Deutschen Bundes für den dänischen König regiert. Ein österreichisches Interventionskorps des Deutschen Bundes rückt in Holstein ein.²³¹

Lauenburg

Ebenso wie Holstein wird Lauenburg 1851 von österreichischen Truppen besetzt.²³²

Preußen

Um die vormaligen Grenzen des Deutschen Bundes wiederherzustellen, scheiden die

²²⁸ Vgl. Friedensvertrag zwischen Dänemark und Preußen vom 2. Juli 1850, abgedr. in: CTS, 104, S. 155-158; Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen vom 29. November 1850, abgedr. in: CTS, 104, S. 461-466. Siehe auch: Brandt, *Geschichte Schleswig-Holsteins*, S. 222-224; Hansen, *Demokratie oder Nationalismus*, S. 448; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2, S. 904-921; Alexander Scharff, *Das Erste Londoner Protokoll. Ein Beitrag zur europäischen Problematik der Schleswig-Holstein Frage*, in: Alexander Scharff, *Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze*, Stuttgart 1969 (= Kieler Historische Studien, Bd. 6), S. 189-217, hier S. 189-217.

²²⁹ Vgl. Hornby, *Die Frühindustrialisierung in Dänemark*, S. 348.

²³⁰ Vgl. Franz, *Hessen 1820-1939*, S. 287; Grundriß, Band 11, S. 32.

²³¹ Vgl. Hansen, *Demokratie oder Nationalismus*, S. 448-452; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2, S. 933f.

²³² Vgl. Michael Busch, *Das Herzogtum Lauenburg unter der Herrschaft der Könige von Dänemark 1815-1865*, in: Eckardt Opitz, Hg., *Herzogtum Lauenburg. Das Land und seine Geschichte. Ein Handbuch*, Neumünster 2003, S. 298-330, hier S. 315; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Keine Reihe, 22 Bde., Bd. 22: Bundes- und Reichsbehörden, bearb. von Walther Hubatsch, Marburg 1983, S. 23.

preußischen Provinzen Posen und Preußen scheiden mit Bundesbeschluss vom 3. Oktober 1851 aus dem Bund wieder aus. Die Provinz Preußen war 1848 mit ihrem gesamten Gebiet, die Provinz Posen nur teilweise zum Deutschen Bund gekommen.²³³

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden / Bayern

Durch den Rheindurchstich bei Meckersheim fallen bayerische Gebietsteile an Baden.²³⁴ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Ungarn

Die Zolllinie zwischen Österreich und Ungarn wird zum 1. Oktober 1851 aufgehoben.²³⁵ Für Staaten außerhalb des primären Beobachtungsraumes gibt *HGIS Germany* keine Zollzugehörigkeit an.

1852

Berücksichtigte Änderungen

Frankreich

Louis Napoleon wird am 7. Dezember 1852 zum Kaiser von Frankreich ernannt und regiert nun als Napoleon III. Der Neffe Napoleons I. hatte 1848 die Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewonnen und sich 1851 mit einem Staatsstreich gegen das Parlament gewandt.²³⁶

Hessen-Darmstadt

Die vor 1848 gültige Verwaltungseinteilung Hessen-Darmstadts in die drei Regierungsbezirke Oberhessen, Rheinhessen und Starkenburg wird wieder hergestellt. Die Bezirke sind jeweils in mehrere Kreise unterteilt, wobei die Kreisräte der Städte Gießen, Mainz und Darmstadt eine Aufsichtsfunktion für den gesamten Regierungsbezirk haben.²³⁷

Holstein

Im Februar 1852 erhält der König von Dänemark seine Rechte an Holstein vollständig zurück, die vom Deutschen Bund eingesetzte Kommission zur Verwaltung Holsteins wird

²³³ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 133; Rhode, Polen und die polnische Frage, S. 720.

²³⁴ Vgl. Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern, S. 10.

²³⁵ Vgl. Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 615-624; Festenberg-Packisch, Geschichte des Zollvereins, S. 311.

²³⁶ Vgl. Craig, Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 112-145; Tacke, Von der Zweiten Republik bis zum Ersten Weltkrieg, S. 251-260.

²³⁷ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 288; Klein, Hessische Staaten, S. 665.

aufgehoben, und die österreichischen Truppen verlassen das Land. Für die Verwaltung der Herzogtümer Holstein und Lauenburg wird in Kopenhagen ein gemeinsames Ministerium gebildet.²³⁸

Lauenburg

Das Herzogtum Lauenburg wird 1852 gemeinsam mit Holstein dem neuen Ministerium für Holstein-Lauenburg in Kopenhagen unterstellt. Anders als Holstein und Schleswig behält Lauenburg aber eine eigene Regierungsbehörde im Land.²³⁹

Liechtenstein

Liechtenstein wird mit Vertrag vom 5. Juni 1852 Teil des Österreichischen Zollsystems.²⁴⁰

Lübeck

Zum 1. Januar 1852 wird Lübeck in die drei Verwaltungsbezirke Stadtamt, Landamt und Amt Travemünde eingeteilt. Von der neuen Verwaltungsstruktur sind auch die Exklaven Lübecks betroffen.²⁴¹

Preußen

Die Verordnung über die Verwaltungsorganisation in Hohenzollern vom 7. Januar 1852 fasst die beiden ehemaligen Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen zu dem Regierungsbezirk Hohenzollernsche Lande zusammen. Die in Sigmaringen sitzende Regierung unterstand nur in bestimmten Belangen der Rheinprovinz (Konsistorium, Provinzial-Schulkollegium, Medizinal-Kollegium, Oberbergamt), weshalb man auch von einer provinznähnlichen Stellung der Hohenzollernschen Lande spricht.²⁴²

Reuß jüngere Linie

Das Fürstentum Reuß jüngere Linie erhält 1852 eine neue Verwaltungsstruktur, es gliedert sich nun in die drei Kreise Gera, Ebersdorf und Schleiz. Von der neuen Verwaltungsgliederung sind auch die Exklaven betroffen.²⁴³

²³⁸ Vgl. Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 448f; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 16; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2, S. 934.

²³⁹ Vgl. Busch, Das Herzogtum Lauenburg unter der Herrschaft der Könige von Dänemark, S. 315; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 16.

²⁴⁰ Vgl. Vertrag zwischen Österreich und Liechtenstein über die Aufnahme Liechtensteins in das Österreichische Zollsystem vom 5. Juni 1852, abgedr. in: CTS, 108, S. 181-196. Siehe auch: Grundriß, Band 22, S. 30.

²⁴¹ Vgl. Antjekathrin Graßmann, Lübeck, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 1-28, hier S. 19-24.

²⁴² Vgl. Eberhard Gönner, Hohenzollern 1800 bis 1918, in: Hansmartin Schwarzmaier, Hg., Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, 4 Bde., Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992, S. 433-476, hier S. 462f; Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, S. 161; Schöntag, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, S. 14.

²⁴³ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 308.

Küstenlinie / Niederlande

Der in den Niederlanden gelegen See Haarlemmermeer wird zwischen 1848 und 1852 trocken gelegt, so entstehen insgesamt 18.000ha neues Land.²⁴⁴

Küstenlinie / Oldenburg

Ein neuer Deich wird 1852 im Westen des Jadebusens, nahe dem untergegangenen Dorf Oldebrügge, fertig gestellt.²⁴⁵

Nicht berücksichtigte ÄnderungenModena

Das Fürstentum Modena wird – ebenso wie das Fürstentum Parma – Teil des Österreichischen Zollsystems.²⁴⁶

Für Staaten außerhalb des primären Beobachtungsraumes gibt *HGIS Germany* keine Zollzugehörigkeit an.

Parma

Gemeinsam mit Modena wird das Fürstentum Parma Teil des Österreichischen Zollsystems.²⁴⁷

Für Staaten außerhalb des primären Beobachtungsraumes wird in *HGIS Germany* keine Zollzugehörigkeit eingetragen.

1853**Berücksichtigte Änderungen**Anhalt-Dessau / Anhalt-Bernburg / Anhalt Köthen

Im Mai 1853 beenden Anhalt-Bernburg und Anhalt-Dessau vertraglich ihre gemeinsame Landeshoheit (Kondominat) über das Herzogtum Anhalt-Köthen. Das Gebiet kommt an Anhalt-Dessau, das sich nun Herzogtum Anhalt-Dessau-Köthen nennt. Hauptstadt des neuen Staates ist Dessau.²⁴⁸

Bayern

Mit Wirkung zum 1. Oktober 1853 gibt der bayerische Regierungsbezirk Kreis

²⁴⁴ Vgl. Guus H. L. Tiesinga, Plannenmakers en uitvoerders, voor- en tegenstanders, in: Guus H. L. Tiesinga, Hg., Het Zuiderzeeproject. Voor- en tegenstanders, plannenmakers en uitvoerders, Lelystad 1990 (= Flevo Profiel, Bd. 6), S. 6-10, hier S. 7.

²⁴⁵ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 117-120.

²⁴⁶ Vgl. Zollvertrag zwischen Österreich, Modena und Parma vom 9. August 1852, abgedr. in: CTS, 108, S. 349-404.

²⁴⁷ Vgl. Zollvertrag zwischen Österreich, Modena und Parma vom 9. August 1852, abgedr. in: CTS, 108, S. 349-404.

²⁴⁸ Vgl. Klein, Anhalt, S. 129.

Mittelfranken die Gemeinde Gnodstadt aus dem Amtsgericht Uffenheim an den Regierungsbezirks Kreis Unterfranken und Aschaffenburg ab.²⁴⁹

Hamburg

Hamburgs Exklaven Groß-Hansdorf-Schmalenbeck, Wohldorf-Ohlstedt, Volksdorf und Farmsen-Berne werden zum 1. Juli 1853 Teil des Holsteinischen Zollsystems. Da Holstein Teil der Zollunion mit Schleswig und Dänemark ist, kommen die genannten Exklaven auch zum Dänischen Zollverband.²⁵⁰

Osmanisches Reich / Russland

Die an der Donau gelegenen Fürstentümer Moldau und Walachei werden 1853 von Russland besetzt, nachdem Verhandlungen mit dem Osmanischen Reich über die Stellung der orthodoxen Minderheit in den Fürstentümern gescheitert waren. Im Oktober 1853 kommt es zur Kriegserklärung, der so genannte Krimkrieg beginnt.²⁵¹ In der Web-Version von *HGIS Germany* liegen Moldau und Walachei außerhalb des Kartenausschnitts.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Holstein

Holstein gehört ab 1853 wieder zum Dänischen Zollverband. Dänemark hatte das Herzogtum bei Ausbruch des Krieges 1848 zum Zollaussland erklärt.²⁵² Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Oldenburg

Mit Vertrag vom 13. Februar 1853 wird das oldenburgische Fürstentum Lübeck erneut Teil des Holsteinischen Zollsystems und des Dänischen Zollverbands. Ebenso wie Holstein hatte Dänemark das Fürstentum Lübeck bei Ausbruch des Krieges 1848 zum Zollaussland erklärt.²⁵³ Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

²⁴⁹ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 23.

²⁵⁰ Vgl. Vertrag zwischen Dänemark und Hamburg über den Beitritt einiger Hamburger Exklaven zum Holsteinischen Zollsystem vom 20. Juni 1853, abgedr. in: CTS, 110, S. 347-354.

²⁵¹ Vgl. Edgar Hösch, Geschichte Rußlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums, Stuttgart etc. 1996, S. 265-267.

²⁵² Vgl. Hornby, Die Frühindustrialisierung in Dänemark, S. 348.

²⁵³ Vgl. Vertrag zwischen Dänemark und Oldenburg über die Einbeziehung des Fürstentums Lübeck in das holsteinische Zollsystem vom 13. Februar 1853, abgedr. in: CTS, 109, S. 293-300.

1854

Berücksichtigte Änderungen

Bayern

Die Stadt München gemeindet 1854 die Vororte Au, Haidhausen und Giesing ein. Die drei Gemeinden haben zusammen etwa 2.100 Einwohner.²⁵⁴

Hannover

Zum 1. Januar 1854 wird der norddeutsche Steuerverein mit dem Deutschen Zollverein vereinigt. Das Königreich Hannover wird Teil des Deutschen Zollvereins. Ausgeschlossen bleibt der Hafenort Geestemünde, der bereits zuvor Freihafen war.²⁵⁵

Nassau

Die 1849 eingeführten Kreisämter werden im Herzogtum Nassau durch Gesetz vom 24. Juli 1854 wieder aufgehoben. Die ältere Verwaltungsgliederung in 28 Ämter, die sowohl für die Justiz als auch für die Verwaltung zuständig sind, tritt wieder in Kraft. Die neue Verwaltungseinteilung betrifft auch die Exklaven Nassaus.²⁵⁶

Oldenburg

Zum 1. Januar 1854 wird Oldenburg Teil des Deutschen Zollvereins. Das Großherzogtum war, ebenso wie Hannover, zuvor Teil des Steuervereins.²⁵⁷

Oldenburg / Preußen

Das Großherzogtum Oldenburg verkauft mit dem sog. Jadevertrag vom 20. Juli 1853 etwa 300ha Land westlich der Jade sowie etwa 2ha östlich der Jade an Preußen. Das zunächst als Königlich Preussisches Jadegebiet bezeichnete Areal dient zur Anlage eines Kriegshafens und wird 1869 in Wilhelmshaven umbenannt. Die Übergabe des Gebiets an Preußen erfolgt am 23. November 1854. Das preußische Jadegebiet ist keiner Provinz und keinem Regierungsbezirk unterstellt, es wird durch ein Admiraltätskommissariat verwaltet und ist direkt der Staatsregierung in Berlin unterstellt.²⁵⁸

²⁵⁴ Vgl. Dheus, München, S. 35; Ralf Zerback, Unter der Kuratel des Staates. Die Stadt zwischen dem Gemeindeedikt von 1818 und der Gemeindeordnung von 1869, in: Richard Bauer, Hg., Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 274-307, hier S. 298.

²⁵⁵ Vgl. Vertrag und Preußen über die Verbindung des Steuervereins mit dem Zollverein vom 7. September 1851, abgedr. in: CTS, 106, S. 215-228. Siehe auch: Heide Barlmeyer-Hartlieb, Liberale Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen 1866-1884/85, in: Rainer Sabelleck, Hg., Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz. Beiträge zu einer Tagung am 2. November 1991 in Göttingen, Hannover 1995 (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes Südniedersachsen, Bd. 1), S. 125-142, hier S. 126; Dieter Brosius u.a., Niedersachsen, in: Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 561-584, hier S. 562; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 144 und S. 195; Renz, Steuerverein, S. 1166.

²⁵⁶ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 288; Grundriß, Band 11, S. 129-131; Zabel, Räumliche Behördenorganisation im Herzogtum Nassau, S. 192.

²⁵⁷ Vgl. Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 144 und S. 195; Lübbling, Oldenburg, S. 84.

Osmanisches Reich / Russland

Die Besetzung der Walachei durch Russland endet 1854.²⁵⁹

In der Web-Version von *HGIS Germany* liegt die Walachei außerhalb des Kartenausschnitts.

Preußen

Eine Verordnung vom 18. Januar 1854 hebt drei der zuvor zehn Oberamtsbezirke in den Hohenzollernschen Landen auf. Die Oberamtswänner hatten die gleiche Funktion wie die Kreisräte in anderen Teilen Preußens. Die Änderung der Verwaltungsgliederung betrifft auch die Exklaven Hohenzollerns.²⁶⁰

Sachsen-Altenburg

In Sachsen-Altenburg werden acht Gerichtsämter und ein Stadtgericht für Verwaltung und Rechtsprechung geschaffen. Die neue Verwaltungseinteilung betrifft auch die Exklaven Sachsen-Altenburgs.²⁶¹

Sachsen-Coburg und Gotha

Das Gerichtsamt Nazza wird 1854 zum Justizamt Nazza. Dies betrifft die zu Sachsen-Coburg und Gotha gehörende Exklave Nazza.²⁶²

Schaumburg-Lippe

Das Fürstentum Schaumburg-Lippe, das Teil des Hannoveranischen Zollsystems ist, wird ebenso wie Hannover Teil des Deutschen Zollvereins.²⁶³

Küstenlinie

Im holsteinischen Dithmarschen werden 1854 drei Deiche fertig gestellt. Ein Seedeich sichert nun das Vorland zwischen der kleinen, unbedeichten Insel Dieksand und dem 1787 errichteten Kronprinzenkoog. So entsteht der weit ins Watt hineinreichende Friedrichskoog. An der Meldorfer Buch entsteht der Alte Meldorfer Sommerkoog, er dient der Erhaltung des Meldorfer Hafens. Schließlich wird 1854 der Wöhrdener Sommerkoog fertig gestellt, der ein kleineres Anwachsgebiet im Norden der Meldorfer Bucht schützt.²⁶⁴

²⁵⁸ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg vom 20. Juli 1853, abgedr. in: CTS, 110, S. 439-451. Siehe auch: Hoffmann, Niedersachsen, S. 152; Waldemar Reinhardt, Die Stadt Wilhelmshaven in preußischer Zeit, in: Eckhardt Albrecht, Heinrich Schmidt, Hg., Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 637-659; Schmidt, Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, S. 69.

²⁵⁹ Vgl. Hösch, Geschichte Russlands, S. 265-267.

²⁶⁰ Vgl. Gönner, Hohenzollern 1800 bis 1918, S. 462f; Grundriß, Band 12, S. 223; Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, S. 132; Kuhn-Refus, Die Integration Hohenzollerns in Preußen, S. 312.

²⁶¹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 193-196; Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten, S. 112.

²⁶² Vgl. Grundriß, Band 15, S. 248.

²⁶³ Vgl. Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 144 und S. 195.

²⁶⁴ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-17.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden / Schweiz

In einem Staatsvertrag zwischen dem Großherzogtum Baden und der Schweiz wird die Mitte des Rheins als Grenze zwischen Baden und dem Schweizer Kanton Thurgau festgelegt.²⁶⁵

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Oldenburg

Das Großherzogtum Oldenburg kauft die Herrschaften Varel und Kniphausen. Über die beiden Gebiete hatte es einen langwierigen Rechtsstreit gegeben; der Graf von Bentinck erhält zwei Millionen Taler für die Abtretung seiner Rechte an den beiden Herrschaften.²⁶⁶ Varel und Kniphausen standen bereits zuvor unter oldenburgischer Oberherrschaft, so dass sich in der Abbildung von *HGIS Germany* keine Änderung ergibt.

1855

Berücksichtigte Änderungen

Preußen

Die hohenzollernschen Oberamtämänner werden durch Erlass vom 17. August 1855 den preußischen Landräten gleichgestellt. Die Bezeichnung Oberamtmann bleibt jedoch erhalten. Diese Verwaltungsänderung hat auch Auswirkungen auf die Exklaven.²⁶⁷

Im preußischen Jadegebiet, dem späteren Wilhelmshaven, werden Ämter eingeführt. Das größere, westliche der beiden Ämter heißt „Amt des westlichen Jadegebiets“ und hat seinen Sitz in Jever. Das kleinere, östliche „Amt des östlichen Jadegebiets“ hat seinen Sitz in Burhave.²⁶⁸

Sachsen

Das Königreich Sachsen erhält mit Gesetz vom 11. August 1855 eine neue Amtsstruktur. Die bisherigen Ämter werden aufgehoben und durch Gerichtsamtbezirke ersetzt. Daraus ergeben sich auch Änderungen an den Grenzen zwischen den in Sachsen Kreisdirektionen genannten Regierungsbezirken.²⁶⁹

²⁶⁵ Vgl. Vertrag zwischen Baden und der Schweiz bezüglich der Grenze vom 20. bzw. 31. Oktober 1854, abgedr. in: CTS, 112, S. 251-256.

²⁶⁶ Vgl. Alfred Bruns, Herrschaft Kniphausen, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 645; Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 136; Lübbling, Oldenburg, S. 81; Schmidt, Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, S. 69.

²⁶⁷ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 223; Schöntag, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, S. 349.

²⁶⁸ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 254f.

²⁶⁹ Vgl. Grundriß, Band 14, S. 14-17; Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Württemberg

Der Weiler Rossach kommt vom Regierungsbezirk Neckarkreis an den Regierungsbezirk Jagstkreis.²⁷⁰

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Küstenlinie

Auf der oldenburgischen Insel Wangerooge durchbricht die Silvesterflut von 1854/1855 die Dünen und zerstört das Dorf Wangerooge. Lediglich der so genannte alte Westturm bleibt stehen, das Dorf wird weiter östlich neu erbaut.²⁷¹

Lageveränderungen der Nordseeinseln werden in *HGIS Germany* nicht erfasst.

1856

Berücksichtigte Änderungen

Bremen

Um Schmuggel zu verhindern, werden mit Vertrag vom 26. Januar 1856 bestimmte Gebiete Bremens Teil des Deutschen Zollvereins. Betroffen sind die Dörfer Kirchhuchting, Mittelshuchting, Brookhuchting, Varrelgraben und Grolland, die im Westen des Bremer Landgebiets liegen sowie ein Gebiet rechts des Flusses Wümme und des Hollerdeichs mit den Orten Butendieck und Timmerslohe im Osten Bremens. Die Zollverwaltung für die beiden Gebiete erfolgt nun durch Oldenburg bzw. durch Hannover.²⁷²

Oldenburg

Im oldenburgischen Landesteil Fürstentum Birkenfeld werden die Ämter aufgehoben. Ihre Kompetenzen gehen an die Bürgermeistereien über.²⁷³

Reuß jüngere Linie

Das Fürstentum Reuß jüngere Linie benennt 1856 seine drei Kreise Gera, Ebersdorf und Schleiz in Landratsämter um. Diese Änderung hat auch Auswirkungen auf die Exklaven des Fürstentums.²⁷⁴

²⁷⁰ Vgl. Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879.

²⁷¹ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 92f.

²⁷² Vgl. Handelsvertrag und Übereinkunft zwischen Bremen und dem Zollverein vom 26. Januar 1856, abgedr. in: CTS, 114, S. 193-223. Siehe auch: Lührs, Bremen, S. 37.

²⁷³ Vgl. Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 237.

²⁷⁴ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 308.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Neuenburg (Neuchâtel)

Seit dem Revolutionsjahr 1848 ist das in Personalunion mit Preußen verbundene Fürstentum Neuenburg (Neuchâtel) eine Republik. Im Herbst 1856 plant der royalistisch gesinnte Friedrich Graf Pourtalès-Steiger eine Gegenrevolution, der republikanische Staatsrat Neuenburgs wird in einem Handstreich gefangen genommen. Bereits im Oktober 1856 können sich die republikanischen Kräfte wieder durchsetzen und nehmen ihrerseits 530 Gefangene.²⁷⁵

Revolutionen und Kriegsereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

Österreich / Sachsen

Sachsen verzichtet mit Vertrag vom 30. September bzw. 4. Oktober 1856 auf seine Rechte an der Bergwerksnutzung in den böhmischen Bergrevieren Platten und Gottesgabe.²⁷⁶ Keine Änderung am Grenzverlauf, da das Gebiet bereits zuvor unter österreichischer Oberherrschaft stand.

1857

Berücksichtigte Änderungen

Bayern

Der bayerische Regierungsbezirk Mittelfranken gibt elf Gemeinden an den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg ab. Es handelt sich um die Orte Enheim, Martinsheim, Gnötzheim und Bullenheim, die zuvor zum Landgericht Uffenheim gehörten, sowie um Wässerndorf, Iffigheim, Seinsheim, Hüttenheim, Herrnsheim, Willanzheim und Tiefenstockheim, die dem Landgericht Markt Bibart zugeordnet waren.²⁷⁷

Preußen

Nach mehreren gescheiterten Vermittlungsversuchen zwischen Preußen und dem mit Preußen in Personalunion verbundenen Neuenburg (Neuchâtel) verzichtet König Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861) in diesem Jahr auf seine Rechte an dem vormaligen Fürstentum. Bereits seit 1815 war Neuenburg (Neuchâtel) ein Kanton der Schweiz. Auch nach Aufhebung der Personalunion mit Preußen verbleibt das Land in der Eidgenossenschaft.²⁷⁸

²⁷⁵ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 191.

²⁷⁶ Vgl. Übereinkunft zwischen Österreich und Sachsen über die Beendigung der gemeinsamen Nutzung der Bergreviere Platten und Gottesgabe vom 30. September 1856 bzw. vom 4. Oktober 1856, abgedr. in: CTS, 116, S. 1-4.

²⁷⁷ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 23.

²⁷⁸ Vgl. Vertrag zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland und der Schweiz bezüglich Neuchâtel vom 26. Mai 1857, abgedr. in: CTS, 117, S. 9-12. Siehe auch: Grundriß, Band 12, S. 191.

Nicht berücksichtigte Änderungen

keine

1858

Berücksichtigte Änderungen

Oldenburg

Oldenburg erhält durch Verordnung vom 12. Juni 1858 eine neue Verwaltungsgliederung. Es entstehen 19 Amtsbezirke sowie drei Städte, die den Ämtern gleich gestellt sind. Die neue Verwaltungsgliederung betrifft auch die Insel Wangerooge.²⁷⁹

Osmanisches Reich

Mit dem 19. August 1858 werden die Vereinigten Fürstentümer Moldau und Walachei gegründet, aus denen später Rumänien hervorgeht. Sie stehen weiterhin unter Oberherrschaft des Sultans, sind aber in ihrer Verwaltung autonom.²⁸⁰ Im WebGIS von *HGIS Germany* liegen Moldawien und Walachei außerhalb des Kartenausschnitts.

Sachsen-Coburg und Gotha

Im Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha erfolgt 1858 die Trennung von Verwaltung und Justiz. Für die Verwaltung werden vier Landratsämter geschaffen, daneben gibt es sieben Städte mit Eigenverwaltung. Lediglich in den Exklaven Königsberg, Volkenroda und Nazza versehen die Justizämter weiterhin auch Verwaltungsaufgaben. Auch die beiden bisherigen Landesregierungen für Coburg und für Gotha fallen 1858 weg. Das neu geschaffene Staatsministerium verwaltet die beiden Landesteile aber weiterhin getrennt voneinander.²⁸¹

Schwarzburg-Rudolstadt

Das Landratsamt Rudolstadt fällt 1858 weg, seine Verwaltungsaufgaben gehen auf die Justizämter Rudolstadt, Blankenburg, Leutenberg und Stadtilm über. Aus dem Landratsamt Frankenhausen wird ein Amtsbezirk für die Exklave Schlotheim ausgegliedert. Die Änderungen an der Verwaltungsstruktur betreffen auch die Exklaven Schwarzburg-Rudolstadts.²⁸²

²⁷⁹ Vgl. Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 151-215; Hoffmann, Niedersachsen, S. 138-140.

²⁸⁰ Vgl. Vertrag über die Organisation der Fürstentümer Moldawien und Walachei zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland, Sardinien und der Türkei vom 19. August 1858, abgedr. in: CTS, 119, S. 349-361.

²⁸¹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 214-253.

²⁸² Vgl. Grundriß, Band 15, S. 274-287.

Küstenlinie

In der Region Dithmarschen (Herzogtum Holstein) wird 1858 der Hedwiger Sommerkoog fertig gestellt. Er schützt mit einem etwa vier Meter hohen Deich ein kleineres Anwachsgebiet vor dem Hedwigenkoog von 1696.²⁸³

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern

In den Jahren 1848 bis 1858 tauschen die bayerischen Regierungsbezirke einige Gemeinden untereinander aus.²⁸⁴
Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1859

Berücksichtigte Änderungen

Hannover

Im Königreich Hannover werden im Mai 1859 die unteren Verwaltungsbehörden, genannt Ämter, neu eingeteilt. Von dieser neuen Verwaltungsstruktur sind auch die Exklaven Hannovers betroffen.²⁸⁵

Die Vorstadt Hannovers wird in die Stadt Hannover eingemeindet, die Hauptstadt des Königreichs Hannover gewinnt so fast 20.000 neue Einwohner.²⁸⁶

Österreich

Nach dem Krieg zwischen Österreich, Frankreich und dem Königreich Sardinien regelt der Vorfrieden von Villafranca vom 11. Juli 1859, dass Österreich die Lombardei an Frankreich abtritt. Frankreich will das Gebiet an das italienische Königreich Sardinien-Piemont weitergeben. Die entsprechenden Friedens- und Gebietsübergabeverträge werden am 10. November 1859 geschlossen.²⁸⁷

²⁸³ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-18.

²⁸⁴ Vgl. Die Volkszahl der Deutschen Staaten, Jg. 1879.

²⁸⁵ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 131, S. 142, S. 185 und S. 238; Schnath, Von der Entstehung der Territorien bis zur Entstehung des Landes Niedersachsen, S. 53.

²⁸⁶ Vgl. Brosius, Die Industriestadt, S. 314.

²⁸⁷ Vgl. Vorfrieden zwischen Österreich und Frankreich vom 11. Juli 1859, abgedr. in: CTS, 120, S. 491-492. Vertrag zwischen Frankreich und Sardinien über die Abtretung der Lombardei vom 10. November 1859, abgedr. in: CTS, 121, S. 171-178. Siehe auch: Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 625f; Elisabeth Lichtenberger, Österreich, 2., völlig überarbeitete Auflage, Darmstadt 2002, S. 8; Rudolf Lill, Italien im Zeitalter des Risorgimento (1815-1870), in: Theodor Schieder, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 5: Europa von der französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981, S. 829-885, hier S. 869.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Österreich, Schweiz

Österreich und die Schweiz regulieren einen bis dahin strittigen Grenzabschnitt bei dem Ort Münster im schweizerischen Kanton Graubünden.²⁸⁸

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Parma, Modena, Toskana

Aufstände vertreiben die habsburgischen Regentenfamilien aus den Herzogtümern Parma und Modena sowie aus dem Großherzogtum Toskana.²⁸⁹

Revolutionen und Kriegereignisse bildet *HGIS Germany* nicht ab.

1860

Berücksichtigte Änderungen

Hessen-Darmstadt

Die Kreisämter Darmstadt, Mainz und Gießen erhalten mit Edikt vom 20. November 1860 weitere Funktionen im Bereich Polizei und Verwaltung. Die neue Bezeichnung für diese Behörden auf Regierungsbezirksebene ist Provinzialdirektion.²⁹⁰

Frankreich

Frankreich und das Königreich Sardinien schließen am 24. März 1860 einen Vertrag, der festlegt, dass Savoyen und Nizza an Frankreich übergehen.²⁹¹

Österreich

Vorarlberg, das zuvor von Tirol aus mitverwaltet wurde, wird zu einem eigenständigen Land mit Sitz in Bregenz. Trotz einer eigenen Landesverfassung, eines gewählten Landtags sowie eines eigenen Landeshauptmanns bleibt Vorarlberg allerdings weiterhin von Tirol abhängig.²⁹²

Sardinien-Piemont

Nach einer Volksbefragung schließen sich Parma und Modena, die sich mit Teilen der Papststaaten zu einem Übergangstaat namens Emilia zusammengeschlossen hatten, sowie

²⁸⁸ Vgl. Grenzregulierungsprotokoll zwischen Österreich und der Schweiz vom 13. September 1859, abgedr. in: CTS, 121, S. 91-96.

²⁸⁹ Vgl. Wolfgang Altgeld, Nebenland der großen europäischen Politik, in: Klaus Rother, Franz Tichy, Hg., Italien. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Darmstadt 2000, S. 70-76, hier S. 75; Harry Hearder, Italy in the Age of the Risorgimento 1790-1870, London, New York 1980, S. 225-228.

²⁹⁰ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 288; Klein, Hessische Staaten, S. 665.

²⁹¹ Vgl. Vertrag über die Vereinigung von Savoyen und Nizza mit Frankreich vom 24. März 1860, abgedr. in: CTS, 122, S. 23-26. Siehe auch: Lill, Italien im Zeitalter des Risorgimento (1815-1870), S. 870.

²⁹² Vgl. Lechner, Österreich, S. 69.

Toskana an Sardinien-Piemont an.²⁹³

In der Web-Version von *HGIS Germany* liegen der Kirchenstaat, Parma und Modena nur mit ihren nördlichen Grenzen innerhalb des Kartenschnitts. Toskana liegt außerhalb des Kartenschnitts.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Österreich

Das so genannte Oktoberdiplom von 1860 stellt die alten Verfassungen der Kronländer wieder her, das Banat und die Woiwodina werden wieder dem Königreich Ungarn angegliedert. Die ehemaligen Nebenländer Ungarns, Siebenbürgen sowie Kroatien, Slawonien und Dalmatien, bleiben aber weiterhin von Ungarn unabhängig.²⁹⁴ *HGIS Germany* erfasst Verwaltungsgrenzen nur innerhalb seines primären Beobachtungsraums (Deutscher Bund, Norddeutscher Bund, Deutsches Reich).

Im Jahr 1860 wird die Provinz Kärnten kurzfristig der Statthalterei in Graz unterstellt und verliert somit ihre Unabhängigkeit. Bereits 1861 erhält Kärnten erneut eine eigene Landesregierung und damit die Selbständigkeit. Ebenso wird Salzburg für 1860/1861 vorübergehend der Regierung für Oberösterreich in Linz unterstellt.²⁹⁵ *HGIS Germany* bildet diesen nur kurzzeitigen Zustand nicht ab.

Küstenlinie

Auf der Insel Baltrum entstehen an den Stränden im Westen und Nordwesten Strand- und Düenschutzwerke. Die Insel erreicht damit eine Lagekonstanz, zuvor hatte sie sich nach Osten verlagert (um circa 4,5km seit 1650).²⁹⁶ *HGIS Germany* bildet die Lageveränderungen der Nordseeinseln nicht ab.

1861

Berücksichtigte Änderungen

Bremen

Die Hansestadt Bremen und das Königreich Hannover vereinbaren am 25. Mai 1861, das Gebiet der Stadt Bremerhaven um 1,23km² in nördlicher Richtung zu erweitern.²⁹⁷

Frankreich / Monaco

Frankreich erhält von Monaco die Orte Menton und Roccabruna (Roquebrune). Der

²⁹³ Vgl. Header, Italy in the Age of the Risorgimento 1790-1870, S. 228; Lill, Italien im Zeitalter des Risorgimento (1815-1870), S. 870; Michael Seidlmayer, Geschichte Italiens. Vom Zusammenbruch des Römischen Reiches bis zum ersten Weltkrieg, Stuttgart 1962, S. 415.

²⁹⁴ Vgl. Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 626f und S. 660.

²⁹⁵ Vgl. Lechner, Österreich, S. 51-57.

²⁹⁶ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 74.

²⁹⁷ Vgl. Lührs, Bremen, S. 54.

Vertrag über die Gebietsübergabe kommt am 2. Februar 1861 in Paris zustande.²⁹⁸
Monaco liegt in der Web-Version von *HGIS Germany* außerhalb des Kartenschnitts.

Italien

Das Königreich Italien wird 1861 gegründet. Zunächst werden am 27. Januar 1861 Parlamentswahlen durchgeführt, das Parlament tritt ab Februar 1861 in Turin zusammen und wählt Viktor Emanuel II. zum König von Italien. Turin wird zum vorläufigen Regierungssitz. Noch nicht zu Italien gehören Rom und Latium, die weiterhin den Kirchenstaat bilden, sowie Venetien, das zu Österreich gehört.²⁹⁹

Preußen

In den Hohenzollernschen Landen werden die Oberämter Trochtelfingen und Wald aufgelöst. Die Oberämter im Regierungsbezirk Hohenzollern entsprechen den Kreisen in anderen Teilen Preußens. Diese Änderung betrifft auch die Exklaven des Regierungsbezirks.³⁰⁰

Im preußischen Jadegebiet, dem späteren Wilhelmshaven, entfällt das Amt des östlichen Jadegebiets zu Burhave. Beide Gebietsteile werden nun gemeinsam von Jever aus verwaltet, das dortige Amt wird umbenannt in Amt des Jadegebiets.³⁰¹

Die Stadt Berlin gemeindet zum 1. Januar 1861 die Vororte Moabit und Wedding sowie den nördlichen Teil Schönebergs und einen Teil Tempelhofs ein. Das Stadtgebiet vergrößert sich so um fast 70% auf 5.923 Hektar.³⁰²

Küstenlinie

Im Herzogtum Schleswig wird in der Region Eiderstedt 1861 der Simonsberger Koog fertig gestellt. Er dient der Gewinnung von Neuland, die im Vorland bei Simonsberg einen Schwerpunkt hat. Gegenüber der Insel Sylt kommt 1861 ein weiteres Landgewinnungsprojekt zum Abschluss. Der Neue Friedrichskoog deicht die ehemalige Wiedau-Bucht komplett ein.³⁰³

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden

Der badische Regierungsbezirk Seekreis gibt die Gemeinde Siedelbach mit 85 Einwohnern

²⁹⁸ Vgl. Vertrag zwischen Frankreich und Monaco über die Abtretung Mentones und Roccabrunas vom 2. Februar 1861, abgedr. in: MET, 2, S. 1462-1465.

²⁹⁹ Vgl. Altgeld, Nebenland der großen europäischen Politik, S. 76; Lill, Italien im Zeitalter des Risorgimento (1815-1870), S. 873.

³⁰⁰ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 223; Schöntag, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, S. 349.

³⁰¹ Vgl. Grundriß, Band 12, S. 255.

³⁰² Vgl. Günter Richter, Zwischen Revolution und Reichsgründung (1848-1870), in: Wolfgang Ribbe, Hg., Geschichte Berlins, 2 Bde., Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 605-796, hier S. 622f.

³⁰³ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 25-31 und S. 35-42.

an den Regierungsbezirk Oberrheinkreis ab.³⁰⁴

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Bayern / Sachsen-Meiningen

Bayern und Sachsen-Meiningen vereinbarten am 29. Oktober 1861 die Bereinigung ihrer Landesgrenzen. Betroffen ist der Grenzverlauf bei den bayerischen Gemeinden Roßrietgh, Sondheim und Rappershausen.³⁰⁵

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Schweiz / Italien

Der Grenzvertrag vom 5. Oktober 1861 regelt die Grenze zwischen der italienischen Lombardei und dem Schweizer Kanton Ticino. Der eigentliche Grenzverlauf wurde bereits 1752 zwischen Österreich und der Schweiz festgelegt. Die Lombardei war 1859 von Österreich an Italien gekommen. Der neue Vertrag regelt Grenzabschnitte, die 1752 zu ungenau beschrieben wurden sowie strittige Grenzfragen.³⁰⁶

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1862

Berücksichtigte Änderungen

Bayern

Bayern richtet für die Verwaltung neue Bezirksamter ein. In diesem Zusammenhang wird die Stadt München kreisunmittelbar.³⁰⁷

Holstein

Das Herzogtum Holstein erhält 1862 eine eigene Regierungsbehörde. Sie hat ihren Sitz in Plön. Die so genannte Holsteinische Regierung fungiert als Mittelbehörde zum Ministerium für Holstein-Lauenburg in Kopenhagen.³⁰⁸

Küstenlinie

An der Eidermündung entsteht 1862 ein neuer Deich, der den Wesselburener Koog schafft. Dies ist möglich, nachdem sich die Rinne der Eider durch zwei mittlerweile landfeste Halligen nach Norden verlagert hatte. Die Tümmelauer Bucht, die nördlich von St. Peter-Oding in der Region Eiderstedt liegt, wird durch den Südheverkoog verkleinert. Hier

³⁰⁴ Vgl. Die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879.

³⁰⁵ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 24.

³⁰⁶ Vgl. Übereinkunft zwischen Italien und der Schweiz über die umstrittene Grenze zwischen der Lombardei und dem Kanton Ticino vom 5. Oktober 1861, abgedr. in: CTS, 124, S. 361-381.

³⁰⁷ Vgl. Max Spindler, Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969, S. 36; Volkert, Bayern, S. 527.

³⁰⁸ Vgl. Hennings, Schleswig-Holstein, S. 16.

wurde zunächst gezielt Vorland gewonnen und 1862 eingedeicht.³⁰⁹ Im Jahr 1862 wird schließlich auch ein Deich am Dollart vollendet. Er riegelt die Scheemda-Bucht ab, die seit dem 16. Jahrhundert mit mehreren Deichen geschlossen wurde.³¹⁰

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern / Österreich

Mit dem Grenzvertrag vom 24. Juni 1862 werden einige strittige Grenzfragen im Fraischbezirk beigelegt. Der Vertrag betrifft einzelne Grundstücke und Waldungen sowie die bisher gemischte Landeshoheit in den Ortschaften Altalbenreuth, Gosel und Schönlied (nun bei Böhmen) sowie in Neualbenreuth, Hatzenreuth und Quernbach (nun bei Bayern). Der Vertrag vereinbart auch, dass Böhmen die volle Souveränität über den Ort Boden und Bayern die Souveränität über den Ort Ottengrün erhält.³¹¹ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Frankreich Schweiz

Die Grenze im Vailée des Dappes wird mit Grenzvertrag vom 8. Dezember 1862 zwischen Frankreich und der Schweiz neu geregelt.³¹² Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1863

Berücksichtigte Änderungen

Anhalt-Bernburg / Anhalt-Dessau-Köthen

Am 19. August 1863 stirbt der letzte Herzog von Anhalt-Bernburg. Das Gebiet Anhalt-Bernburgs kommt an Anhalt-Dessau-Köthen, das sich nun Herzogtum Anhalt nennt. Die Hauptstadt Anhalts ist Dessau.³¹³

Hannover / Oldenburg

Bei einem Gebietstausch zwischen Hannover und Oldenburg erhält Hannover die Bauernschaft Wachtum. Im Gegenzug kommen die Orte Lewinghausen und Düenkamp zu Oldenburg.³¹⁴

³⁰⁹ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-17 und S. 25-31.

³¹⁰ Vgl. Sindowski, Das ostfriesische Küstengebiet, S. 101.

³¹¹ Vgl. Grenzvertrag zwischen Österreich und Bayern vom 24. Juni 1862, abgedr. in: CTS, 126, S. 51-80.

³¹² Vgl. Traité relatif à la Vailée des Dappes vom 8. Dezember 1862, abgedr. in: CTS, 126, S. 418-420.

³¹³ Vgl. Klein, Anhalt, S. 131; Schlenker u.a., Geschichte in Daten, S. 207.

³¹⁴ Vgl. Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 186.

Holstein / Lauenburg

Im März 1863 erhalten Holstein und Lauenburg mit dem so genannten Märzpatent ein weitgehendes Recht auf Selbstverwaltung, Anders als im Fall Schleswigs lockert sich damit die Bindung an Dänemark. Aufgrund der Entwicklungen in Holstein, Lauenburg und Schleswig beschließt der Deutsche Bund die Militärexekution gegen Holstein. Truppen des Deutschen Bundes besetzen Holstein und Lauenburg. Die Verwaltung übernehmen im Dezember 1863 zwei Bundeskommissare mit Sitz in Altona, die allerdings nicht aktiv werden können. Nach dem Tod Königs Friedrichs VII. von Dänemark im November 1863 ist die Erbfolge zwischen Christian von Sonderburg-Glücksburg (1818-1906) und Friedrich von Sonderburg-Augustenburg umstritten. Christian besteigt als König Christian IX. den dänischen Thron, Friedrich baut in Kiel eine Gegenregierung auf.³¹⁵

Schleswig

Die neue dänische Verfassung, das so genannte Staatsgrundgesetz vom 13. November 1863, bindet Schleswig enger an Dänemark. Dänemark und Schleswig sollen einen gemeinsamen Reichsrat erhalten. Diese Regelung verstößt gegen die 1851/1852 nach dem ersten Schleswig-Krieg getroffenen Regelungen.³¹⁶

Nicht berücksichtigte Änderungen

Baden / Bayern

Am 1. September 1863 tritt ein Vertrag über die Bereinigung der Staatsgrenze zwischen dem Großherzogtum Baden und Bayern in Kraft. Dieser bereits am 4. August 1860 geschlossene Vertrag vereinbart nur geringfügige Grenzänderungen.³¹⁷ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Bayern / Hessen-Darmstadt

Verträge vom 20. April 1861 und vom 29. September 1863 regulieren die Grenze zwischen Bayern und dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt.³¹⁸ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

³¹⁵ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 231-234; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 457-467; Scharff, Das Erste Londoner Protokoll, S. 230; Wolfgang Steiniger, Schleswig-Holstein, in: Kurt G. A. Jeserich, u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 771-783, hier S. 779.

³¹⁶ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 231; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 454; Steiniger, Schleswig-Holstein, S. 768f; Gerhard Taddey, Schleswig-Holstein, in: Gerhard Taddey, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 1079-1081, hier S. 1080.

³¹⁷ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 24.

³¹⁸ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 24.

Bayern / Hessen-Kassel

Bayern und das Kurfürstentum Hessen-Kassel lösen zum 1. Dezember 1863 die bisher verschränkte Verwaltung in den Orten Obersinn, Mittelsinn und Züntersbach auf. Bayern erhält die alleinige Hoheit über die Orte Obersinn und Mittelsinn, Züntersbach geht an Hessen-Kassel. Betroffen sind jeweils eine Anzahl von Einzelhöfen und Anwesen sowie der so genannte Vierherrische Wald.³¹⁹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Italien / Schweiz

Italien und die Schweiz schließen am 27. August 1863 einen Grenzvertrag, der einige strittige Grenzabschnitte zwischen Italien und dem schweizerischen Kanton Grisons festlegt. Betroffen sind der Berg Slügen sowie das Bergeller-, das Lei- und das Puschlaver-Tal.³²⁰

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Hannover / Niederlande

Die strittige Grenze am Dollart wird mit Vertrag vom 19. März 1863 zwischen den Niederlanden und dem Königreich Hannover geregelt. Die beiden Länder teilen sich das umstrittene Gebiet, die Grenzlinie verläuft nun vom Rathausturm der Stadt Emden in einem Winkel von 6°, 46', 34'' gegen Westen.³²¹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1864**Berücksichtigte Änderungen**Anhalt

Die Exklave Großalsleben wird aus dem Kreis Dessau ausgegliedert und kommt zum Kreis Ballenstedt.³²²

Baden

Die Verordnungen vom 5. Oktober 1863 und vom 12. Juli 1864 organisieren die Verwaltung des Großherzogtums neu. Auf Ebene der Regierungsbezirke werden die vier Kreisregierungen durch ebenso viele Landeskommisariate ersetzt. Sie beaufsichtigen die

³¹⁹ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 291; Grundriß, Band 11, S. 34; Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 23f;

³²⁰ Vgl. Grenzvertrag über das Kanton Grisons zwischen Italien und der Schweiz vom 27. August 1863, abgedr. in: CTS, 128, S. 161-188.

³²¹ Vgl. Deklaration zwischen Hannover und den Niederlanden über die Richtigstellung der Grenzlinie beim Dollart vom 19. März 1863, abgedr. in: CTS, 127, S. 303-309.

³²² Vgl. Klein, Anhalt, S. 162.

neu geschaffenen Bezirksämter. Die Landeskommissariate, die nach ihren Verwaltungssitzen Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim benannt sind, haben lediglich Aufsichts- und Koordinationsfunktion. Ihr Aufgabenbereich ist damit kleiner als der der preußischen Regierungsbezirke.³²³

Bayern

Die bayerische Hauptstadt München gemeindet zum 1. Januar 1864 den Ort Ramersdorf ein. Ramersdorf hat etwa 600 Einwohner.³²⁴

Hamburg

Mit der Trennung Holsteins und Schleswigs von Dänemark endet auch der gemeinsame Zollverband, zu dem bis dahin die hamburgischen Exklaven in Holstein gehörten.³²⁵

Holstein, Lauenburg, Schleswig

Da Dänemark nicht bereit ist, das Staatsgrundgesetz zurückzunehmen,³²⁶ kommt es erneut zum Krieg zwischen Dänemark, Preußen und Österreich. Der Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 legt fest, dass Holstein, Lauenburg und Schleswig unter die gemeinsame Verwaltung Preußens und Österreichs gestellt werden. Damit endet die Personalunion mit Dänemark. Die Grenze zwischen Schleswig und Dänemark wird neu geregelt: An Schleswig kommen die bisherigen dänischen Exklave Mögeltondern, die dänischen Anteile an den Inseln Föhr, Sylt und Röm sowie die Insel Amrum. Dänemark erhält die Insel Ærøe sowie einige Gebiete an der Grenze zu Schleswig bei Kolding. Die Verwaltung der drei Herzogtümer übernehmen zwei Zivilkommissare mit Sitz in Schleswig.³²⁷

Italien

Neue Hauptstadt Italiens wird Florenz.³²⁸

Polen

Nach dem polnischen Aufstand der Jahre 1863 und 1864 verliert Polen seine Selbständigkeit. Das bisherige Zarentum Polen wird in Weichselgouvernement (russ. Privilinskij gubernie) umbenannt, die Verwaltung wird der russischen angeglichen.³²⁹

³²³ Vgl. Haselier, Baden, S. 458; Ott, Baden, S. 606-607.

³²⁴ Vgl. Elisabeth Angermaier, München als süddeutsche Metropole. Die Organisation des Großstadtausbaus 1870 bis 1914, in: Richard Bauer, Hg., Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 307-335, hier S. 322; Dheus, München, S. 35.

³²⁵ Vgl. Vertrag zwischen Dänemark und Hamburg über den Beitritt einiger Hamburger Exklaven zum Holsteinischen Zollsystem vom 20. Juni 1853, abgedr. in: CTS, 110, S. 347-354.

³²⁶ Siehe auch 1863.

³²⁷ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 232-237; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 455f; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 471-492; Jørgen Kühl, The National Minorities in the Danisch-German Border Region. The Case of the Germans in Sønderjylland/Denmark and the Danes in Schleswig-Holstein/Germany, Aabenraa 2002 (= Border Region Studies, Bd. 3), S. 26.

³²⁸ Vgl. Altgeld, Nebenland der großen europäischen Politik, S. 76.

³²⁹ Vgl. Enno Meyer, Grundzüge der Geschichte Polens, 3., erweiterte Auflage, Darmstadt 1990, S. 140; Hösch, Geschichte Russlands, S. 283f; Rhode, Polen und die polnische Frage, S. 739; Klaus Zernack, Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994 (= Propyläen Geschichte Europas, Erg.-Band), S. 342-346.

Oldenburg

Mit der Trennung Holsteins und Schleswigs von Dänemark endet auch der gemeinsame Zollverband, zu dem das oldenburgische Fürstentum Lübeck gehörte.³³⁰

Nicht berücksichtigte ÄnderungenBayern / Württemberg

Zwei Verträge zwischen Bayern und dem Königreich Württemberg vom 24. Mai und vom 13. Juni 1864 bereinigen die Grenze zwischen den beiden Staaten. Der Grenzverlauf am Fluss Tauber wird etwas nach Westen verlegt. Württemberg erhält als Entschädigung für den Gebietsverlust die Mayerhöfe südlich von Lindau.³³¹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen

Der sächsische Regierungsbezirk Dresden erhält das Dorf Bodenbach mit 202 Einwohnern vom Regierungsbezirk Leipzig.³³²

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1865**Berücksichtigte Änderungen**Holstein / Österreich:

Österreich und Preußen vereinbaren in der Gasteiner Konvention (14. August 1865), dass Holstein zukünftig durch einen österreichischen Statthalter verwaltet wird. Er hat seinen Sitz im Kieler Schloss. Formal besteht die gemeinsame Souveränität Preußens und Österreichs über Holstein weiter.³³³

Lauenburg

Die Konvention von Gastein vom 14. August 1865 vereinbart auch, dass das Herzogtum

³³⁰ Vgl. Vertrag zwischen Dänemark und Oldenburg über die Einbeziehung des Fürstentums Lübeck in das holsteinische Zollsystem vom 13. Februar 1853, abgedr. in: CTS, 109, S. 293-300.

³³¹ Vgl. Hofmann, Hemmerich, Unterfranken, S. 24; Redecker, Schöntag, Beiwort zu den Karten Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern, S. 19.

³³² Vgl. Die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879.

³³³ Vgl. Konvention zwischen Österreich und Preußen über die Abtretung des Herzogtums Launeburg an Preußen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, abgedr. in: CTS, 132, S. 343-347. Siehe auch: Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 238; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 458; Kurt Jürgensen, Die preußische Lösung der Schleswig-Holstein-Frage 1863-1867, in: Johannes Kunisch, Hg., Bismarck und seine Zeit, Berlin 1992 (= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, NF. 1), S. 57-82, hier S. 66; Steiniger, Schleswig-Holstein, S. 769f.

Lauenburg in den alleinigen Besitz Preußens kommt. Lauenburg ist in Personalunion mit Preußen verbunden, bleibt also ein eigenständiger Staat.³³⁴

Schleswig

Das Herzogtum Schleswig kommt durch die Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 unter die Verwaltung Preußens. Der zuständige Gouverneur nimmt seinen Sitz in Schleswig. Formal besteht die gemeinsame Souveränität Preußens und Österreichs über Schleswig weiter.³³⁵

Küstenlinie

In Holstein schützt der 1865 fertig gestellte Ketelsbütteler Sommerkoog ein Anwachsgebiet vor dem 1845 erbauten Christianskoog.³³⁶

1866

Berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Deutscher Bund

Der Deutsche Krieg von 1866 beginnt im Sommer, als Preußen zunächst Holstein militärisch besetzt. Der Deutsche Bund beschließt daraufhin die Bundesexekution gegen Preußen. Am 15. Juni erfolgt eine offizielle Kriegserklärung. Preußen gewinnt sowohl in Hannover als auch in Hessen. Außerdem dringen preußische Truppen in die österreichischen Provinzen Böhmen und Mähren ein. Am 26. Juli 1866 wird in Nikolsburg ein vorläufiger Friedensvertrag geschlossen, in dem Österreich der Auflösung des Deutschen Bundes zustimmt. Auch mit Württemberg, Baden, Bayern und Hessen-Darmstadt schließt Preußen Friedensverträge, die die Auflösung des Deutschen Bundes jeweils anerkennen. Der Deutsche Bund endet endgültig mit dem Prager Friedensvertrag vom 23. August 1866. Im Laufe des Jahres 1866 waren viele deutschen Staaten aus dem Bund ausgetreten. Zuletzt gehörten lediglich noch Österreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau und Liechtenstein dem Bund an.³³⁷ Der Deutsche Zollverein bestand trotz der Kriegshandlungen weiter.³³⁸ Bereits am 18. August schließen sich zahlreiche deutsche Staaten zu einem neuen Bündnis zusammen, dem Norddeutschen Bund. Nicht Mitglied des Norddeutschen Bundes werden

³³⁴ Vgl. Konvention zwischen Österreich und Preußen über die Abtretung des Herzogtums Launeburg an Preußen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, abgedr. in: CTS, 132, S. 343-347. Siehe auch: Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 238; Grundriß, Band 22, S. 24; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 15; Steiniger, Schleswig-Holstein, S. 769f.

³³⁵ Vgl. Konvention zwischen Österreich und Preußen über die Abtretung des Herzogtums Launeburg an Preußen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, abgedr. in: CTS, 132, S. 343-347. Siehe auch: Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 238; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 458; Jürgensen, Die preußische Lösung der Schleswig-Holstein-Frage 1863-1867, S. 66; Steiniger, Schleswig-Holstein, S. 769f.

³³⁶ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 13-17.

³³⁷ Vgl. Friedensvertrag zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 71-80. Siehe auch: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 568-577.

³³⁸ Vgl. Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 181.

Baden, Bayern, Württemberg und der südliche Teil Hessen-Darmstadts.³³⁹

Gesamter Beobachtungsraum: Norddeutscher Bund

Am 18. August 1866 schließen verschiedene norddeutsche Staaten einen Bündnisvertrag ab. Der Vertrag umfasst ein Militärbündnis, eine gemeinsame Bundesverfassung und ein gemeinsames Parlament. Unterzeichner sind zunächst Preußen, Anhalt, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Reuß jüngere Linie, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck. Am 26. September tritt Reuß ältere Linie dem Vertrag bei, am 8. Oktober Sachsen-Meiningen und schließlich das Königreich Sachsen mit Vertrag vom 21. Oktober 1866.³⁴⁰ Hessen-Darmstadt gehört mit seinen nördlich des Mains gelegenen Gebieten dem Bund an.³⁴¹

Bayern

Bayern und Preußen schließen am 22. August 1866 den Frieden von Berlin. Darin erkennt Bayern die Auflösung des Deutschen Bundes an und verpflichtet sich, einige Gebiete im Norden Bayerns an Preußen abzutreten. So erhält Preußen das Bezirksamt Gersfeld aus dem Kreis Oberfranken und Aschaffenburg mit insgesamt 54 Gemeinden und 23.304 Einwohnern, sowie einen Teil des Bezirksamts Gemünden mit 9.058 Einwohnern und die bayerische Exklave Kaulsdorf (506 Einwohner).³⁴²

Frankfurt

Die Freie Stadt Frankfurt wird mit Gesetz vom 20. September 1866 ein Teil Preußens. Die offizielle Besitznahme erfolgt mit einem Patent vom 3. Oktober 1866.³⁴³ *HGIS Germany* beobachtet Frankfurt ab 1866 – ebenso wie Berlin, Dresden, Hannover, Karlsruhe München und Stuttgart – als Stadtfläche. Die eigentliche Stadt Frankfurt besteht 1866 aus Altstadt, Neustadt und Sachsenhausen und umfasst mit Gemarkungen und Waldflächen etwa 70km². Zur Verwaltung wird ein „Kreis Frankfurt“ eingerichtet. Er

³³⁹ Siehe auch oben. Vgl. Präliminar-Friedensvertrag und Waffenstillstands-Convention zwischen Österreich und Preußen vom 26. Juli 1866, abgedr. in: CTS, 132, S. 463-468; Friedensvertrag zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 71-80. Siehe auch: Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 459; Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 644-654; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 568-577.

³⁴⁰ Vgl. Bündnisvertrag zwischen Anhalt, Bremen, Braunschweig, Hamburg, Lippe, Lübeck, Oldenburg, Preußen, Reuß-Schleiz, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Großherzogtum Sachsen, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen sowie Waldeck vom 18. August 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 39-45; Vertrag zwischen Preußen und Reuß-Greiz vom 26. September 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 185-188; Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen vom 8. Oktober 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 225-227; Friedensvertrag zwischen Sachsen und Preußen vom 21. Oktober 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 265-277.

³⁴¹ Siehe unter Hessen-Darmstadt.

³⁴² Vgl. Friedensvertrag zwischen Bayern und Preußen vom 22. August 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 53-63. Siehe auch: Ernst Deuerlein, Bayern, in: Georg Wilhelm Sante, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart. Würzburg 1971, S. 372-407, hier S. 380; Volkert, Bayern, S. 527.

³⁴³ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentum Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 555-556; Patent wegen Besitznahme der vormaligen freien Stadt Frankfurt, 3. Oktober 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 600-602. Siehe auch: Grundriß, Band 11, S. 279f.

umfasst neben dem Stadtgebiet auch die Landgemeinden Bonames, Bornheim, Hausen, Niederursel, Nieder- und Oberrad.³⁴⁴

Hannover

Das im deutsch-deutschen Krieg unterlegene Königreich Hannover fällt an Preußen. Das Annexionsgesetz vom 20. September 1866 macht Hannover zu einem Bestandteil des Preußischen Staates, die offizielle Besitzergreifung erfolgt am 3. Oktober 1866.³⁴⁵

Hessen-Darmstadt

Der Friedensvertrag zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt vom 3. September 1866 vereinbart, dass Hessen-Darmstadt mit seinen nördlich des Mains gelegenen Landesteilen dem Norddeutschen Bund beitrifft. Außerdem überlässt Hessen-Darmstadt Preußen die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die nach dem Tod des Landgrafen 1866 an Hessen-Darmstadt gefallen war sowie das so genannte Hinterland mit dem Kreis Biedenkopf, dem Kreis Vöhl einschließlich der Exklaven Eimelrod und Höringhausen und einem Teil des Kreises Gießen. Ebenfalls an Preußen kommen die Orte Niederursel und Rödelheim. Hessen-Darmstadt erhält im Gegenzug einige Gebiete aus vormals nassauischen und kurhessischen Besitz: das nassauische Amt Reichelsheim, den kurhessischen Distrikt Katzenberg, das Amt Nauheim sowie die Orte Treis an der Lumda, Massenheim und Rupendorf.³⁴⁶

Hessen-Homburg

Der letzte Landgraf von Hessen-Homburg stirbt am 24. März 1866. Hessen-Darmstadt erbt die Landgrafschaft, muss sie jedoch im Friedensvertrag vom 3. September 1866 an Preußen abtreten. Hessen-Homburg inklusive des Landesteils Meisenheim wird mit Gesetz vom 24. Dezember 1866 mit Preußen vereinigt.³⁴⁷

Hessen-Kassel

Das Kurfürstentum Hessen-Kassel unterliegt Preußen im Deutschen Krieg. Mit Gesetz vom 20. September 1866 wird Hessen-Kassel mit Preußen vereinigt, der Staat Hessen-Kassel endet. Die offizielle Besitznahme erfolgt am 3. Oktober 1866. Da erst 1867 eine neue preußische Provinz mit entsprechenden Regierungsbezirken für die Verwaltung entsteht, bestehen die vier kurhessischen Bezirke zunächst weiter.³⁴⁸

³⁴⁴ Vgl. Wilfried Forstmann, Frankfurt am Main in Wilhelminischer Zeit 1866-1918, in: Frankfurter Historische Kommission, Hg., Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen, Sigmaringen 1994 (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, Bd. 17), S. 349-422, hier S. 385.

³⁴⁵ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 555-556. Siehe auch: Barnmeyer-Hartlieb, Liberale Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen, S. 127; Brosius u.a., Niedersachsen, S. 568; Grundriß, Band 10, S. 131; Klein, Königreich Hannover, S. 685.

³⁴⁶ Vgl. Friedensvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen vom 3. September 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 147-157. Siehe auch: Franz, Hessen 1820-1939, S. 288-291; Grundriß, Band 11, S. 33 und S. 132.

³⁴⁷ Vgl. Friedensvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen vom 3. September 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 147-157. Siehe auch: Dörlemeyer, Fragmentarische Staatlichkeit., S. 31; Grundriß, Band 11, S. 226f.

³⁴⁸ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 555-556; Patent wegen Besitznahme des vormaligen Kurfürstentums Hessen vom 3.

Holstein / Schleswig

Mit dem Prager Friedensschluss zwischen Preußen und Österreich vom 23. August 1866 kommen die Herzogtümer Holstein und Schleswig an Preußen. Mit dem Gesetz vom 24. Dezember 1866 annektiert Preußen das Gebiet zunächst, die Übernahme erfolgt am 12. Januar 1867.³⁴⁹

Liechtenstein

Mit Ende des Deutschen Bundes gehört Liechtenstein – ebenso wie Österreich – nicht mehr zum Hauptbeobachtungsraum von *HGIS Germany*.

Luxemburg

Luxemburg bleibt auch nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bund im August 1866 weiterhin Teil des Deutschen Zollvereins.³⁵⁰ Es gehört damit auch weiterhin zum Hauptbeobachtungsraum von *HGIS Germany*.

Nassau

Preußen besiegt im Deutschen Krieg von 1866 auch das Herzogtum Nassau. Mit dem Gesetz vom 20. September 1866 wird Nassau mit Preußen vereinigt. Damit endet der Staat Nassau. Die Besitznahme des Landes erfolgt mit einem Patent vom 3. Oktober 1866.³⁵¹

Niederlande

Mit dem Ende des Deutschen Bundes gehört die niederländische Provinz Limburg nicht mehr zum Hauptbeobachtungsraum von *HGIS Germany*.

Österreich / Italien

Österreich tritt am 11. Juni 1866 Venetien an Frankreich ab, um sich dessen Neutralität mit Krieg gegen Italien zu versichern. Im Prager Friedensvertrag vom 23. August 1866 sowie in einem Friedensvertrag mit Italien vom 3. Oktober 1866 stimmt Österreich zu, dass Venetien mit Italien vereinigt wird.³⁵²

Mit dem Ende des Deutschen Bundes gehört Österreich nicht mehr zum Hauptbeobachtungsraum von *HGIS Germany*.

Oktober 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 594-596. Siehe auch: Franz, Hessen 1820-1939, S. 288; Grundriß, Band 11, S. 33 und S. 288.

³⁴⁹ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 240; Hansen, Demokratie oder Nationalismus, S. 459; Steiniger, Schleswig-Holstein, S. 770.

³⁵⁰ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 567.

³⁵¹ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentum Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 555-556; Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau, 3. Oktober 1866, abgedr. in: GS 1866, S. 597-599. Siehe auch: Grundriß, Band 11, S. 132.

³⁵² Vgl. Friedensvertrag zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 71-80; Friedensvertrag zwischen Österreich und Italien vom 3. Oktober 1866, abgedr. in: MET, 3, S. 1749-1759. Siehe auch: Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S. 626-655; Lichtenberger, Österreich, S. 8.

Preußen

Preußen annektiert Holstein und Schleswig und nimmt auch Hannover, Hessen-Kassel, Hessen-Homburg, Nassau, Frankfurt sowie Teile Hessen-Darmstadts und Bayerns in Besitz. Siehe jeweils dort.

Küstenlinie

Zwischen der Insel Nordstrand und der vorgelagerten Pohnshallig entsteht 1866 der Morsum-Koog. Er dient – ebenso wie ein Damm – der Aufschlickung zwischen Insel und Hallig.³⁵³

1867

Berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Norddeutscher Bund

Im Februar 1867 finden erste Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes statt. Aufgabe dieses Parlaments ist es, eine Verfassung zu erarbeiten, wobei die preußische Regierung einen Entwurf einbringt, der im April 1867 in veränderter Form angenommen wird. Anders als der Deutsche Bund von 1820 erhält der Norddeutsche Bund eine starke Exekutive. Neben dem Parlament vertritt ein Bundesrat die Mitgliedsstaaten. Die Exekutive besteht aus dem Bundespräsidium und dem Bundeskanzler, der wiederum vom Präsidium gewählt wird. Die Verfassung tritt am 1. Juli 1867 in Kraft. Das Bundespräsidium hat der preußische König inne. Bereits am 14. Juli 1867 ernennt er den preußischen Ministerpräsidenten zum Bundeskanzler. Am 31. August 1867 wird ein neuer Reichstag gewählt, da das Parlament vom Februar lediglich die Verfassung zu erarbeiten hatte.³⁵⁴

Anders als der Deutsche Bund macht der Norddeutsche Bund auch ein Zoll- und Handelsgebiet aus (Artikel 33 der Verfassung). Nicht mehr die einzelnen Länder sind Teil des Deutschen Zollvereins, sondern der Norddeutsche Bund für die ihm angehörenden Staaten. Nicht zum Norddeutschen Bund gehören Baden, Bayern, Württemberg und der südliche Teil Hessen-Darmstadts. Ebenso wie Luxemburg bleiben sie aber weiterhin Teil des Deutschen Zollvereins.³⁵⁵

Hamburg

Die in Holstein liegenden Exklaven Hamburgs werden zum 15. November 1867 Teil des Deutschen Zollvereins.³⁵⁶

Oldenburg

Das oldenburgische Fürstentum Lübeck erhält 1867 das holsteinische Amt Ahrensböök

³⁵³ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 35 und S. 42.

³⁵⁴ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 646-668.

³⁵⁵ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 630f.

³⁵⁶ Vgl. Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: ANDB, 1, S. 1109-1120, hier S. 1109.

(ohne das Dorf Travenhorst), die Güter Dunkelsdorf, Eckhorst, Mori, Groß-Steinrade und Stockelsdorf sowie die ehemaligen Stiftsdörfer Böbs, Schwinkenrade und Schwochel. Hierdurch werden die beiden bisher getrennten Teile des Fürstentums Lübeck vereinigt.³⁵⁷

Österreich

Ungarn erhält 1867 eine weitgehende Autonomie und eine parlamentarische Regierungsform.

Der so genannten Ausgleich mit Österreich vereinbart außerdem, dass Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien erneut Teil Ungarns werden. Kaiser Franz Joseph I. (1830-1916) lässt sich in Pest zum König von Ungarn krönen. Es entsteht die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie. Die österreichische Hälfte wird auch als Zisleithanien bezeichnet, Ungarn als Transleithanien.³⁵⁸

Preußen

Aus den 1866 hinzugewonnen hessischen Gebieten bildet Preußen im Februar 1867 die neuen Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden. Zum Regierungsbezirk Kassel gehören das ehemalige Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie die von Bayern abgetretenen Gebiete und der ehemals zu Hessen-Darmstadt gehörende Kreis Vöhl. Der Regierungsbezirk Wiesbaden umfasst das ehemalige Herzogtum Nassau, die Stadt Frankfurt, den Landesteil Homburg der Landgrafschaft Hessen-Homburg sowie die von Hessen-Darmstadt abgetretenen Kreise Biedenkopf und Gießen. Eduard von Moeller (1814-1880) nimmt als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau im April 1867 seine Arbeit auf³⁵⁹, bis dahin wurde das Gebiet von zwei preußischen Ziviladministratoren verwaltet.³⁶⁰

Preußen ergreift mit dem Patent vom 12. Januar 1867 Besitz von den Herzogtümern Holstein und Schleswig. Diese bilden als zunächst zwei getrennte Regierungsbezirke die neue Provinz Schleswig-Holstein. Ebenso wie der Staat Preußen ist auch die neue Provinz Teil des Deutschen Zollvereins.³⁶¹

Meisenheim, das bis 1866 zur Landgrafschaft Hessen-Homburg gehörte, kommt 1867 an die Rheinprovinz, ohne jedoch einem Regierungsbezirk anzugehören. Erst 1869 kommt das Gebiet als eigener Landkreis zum Regierungsbezirk Koblenz.³⁶²

³⁵⁷ Vgl. Vertrag über den Verzicht an den Herzogtümern Schleswig und Holstein zwischen Oldenburg und Preußen vom 27. September 1866, abgedr. in: CTS, 133, S. 193-195. Siehe auch: Hartmann, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, S. 137 und S. 217; Prange, Der Landesteil Lübeck, S. 569.

³⁵⁸ Vgl. Bérenger, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, S.606 und S. 659f; Lichtenberger, Österreich, S. 5.

³⁵⁹ Der Oberpräsidialbezirk Provinz Hessen-Nassau wird mit Erlass vom 7. Februar 1868 offiziell geschaffen. Vgl. Grundriß, Band 11, S. 288.

³⁶⁰ Vgl. Franz, Hessen 1820-1939, S. 288f; Grundriß, Band 11, S. 288, S. 319-326 und S. 423; Zabel, Räumliche Behördenorganisation im Herzogtum Nassau, S. 289.

³⁶¹ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 240f; Hennings, Schleswig-Holstein, S. 15; Kühl, The National Minorities in the Danisch-German Border Region, S. 26.

³⁶² Vgl. Grundriß, Band 7, S. 138.

Nicht berücksichtigte Änderungen

Bayern

Die Gemeinde Schaugau mit etwa 1.000 Einwohnern kommt vom Regierungsbezirk Oberbayern an den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg.³⁶³
Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Hamburg / Lübeck / Preußen

Preußen und die Hansestädte Hamburg und Lübeck vereinbaren am 20. Dezember 1867, die Elbe zu regulieren. Außerdem wird das beiden Städten gehörende Kondominat Geesthacht um drei Ortschaften vergrößert.³⁶⁴
Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Luxemburg

Das Großherzogtum Luxemburg wird mit dem Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 zu einem neutralen Staat.³⁶⁵

Waldeck

Waldeck und Preußen schließen am 18. Juli 1867 einen Vertrag, der die gesamte innere Verwaltung Waldecks und Pymonts an Preußen überträgt. Preußen erhält hierfür die gesamten Landeseinnahmen des Fürstentums, bestreitet aber auch sämtliche Verwaltungskosten. Die Verwaltung erfolgt im Namen des Fürsten durch einen von Preußen ernannten Landesdirektor.³⁶⁶

1868

Berücksichtigte Änderungen

Hamburg

Im Jahr 1868 kommen einige Gebiete der Hansestadt Hamburg zum Deutschen Zollverein. Es sind zunächst am 11. Februar 1868 Geesthacht, Bergedorf und ein Teil der Landschaft Billwärder Bille, am 1. November 1868 auch Landgebiete im Norden und im Süden Hamburgs sowie das Amt Ritzebüttel. Außerhalb des Zollvereins verbleiben weiterhin die

³⁶³ Vgl. Die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879.

³⁶⁴ Vgl. Rainer Postel, Hamburg, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 61-135, hier S. 74.

³⁶⁵ Vgl. Vertrag über das Großherzogtum Luxemburg zwischen Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Preußen und Russland vom 11. Mai 1867, abgedr. in: CTS, 135, S. 1-6. Siehe auch: Lepszy, Woyke, Belgien, Niederlande, Luxemburg, S. 174f; Trausch, Deutschland und Luxemburg vom Wiener Kongreß bis zum heutigen Tage, S. 206.

³⁶⁶ Vgl. Vertrag zwischen Preußen und Waldeck vom 18. Juli 1867, abgedr. in: CTS, 135, S. 231-237. Siehe auch: Klein, Waldeck, S. 268.

Stadt Hamburg mit den Vororten, die Elbinseln Finkenwärder und Moorwärder sowie die Vogteien Emsbüttel, Rotherbaum, Harvestehude, Eppendorf, Winterhude, Eilbeck, Borgfelde, Hohenfelde, Hamm und Horn. Die Vogteien Alterdorf, Barmbeck und Billwärder Bille kommen nur teilweise zum Deutschen Zollverein, ebenso bleibt der Cuxhavener Außendeich außerhalb des Zollgebiets.³⁶⁷

Hamburg / Lübeck

Hamburg erhält zum 1. Januar 1868 das bisher mit Lübeck gemeinsam verwaltete Kondominatsamt Bergedorf. Hierzu gehören das direkt an das hamburgische Gebiet angrenzende Bergedorf und die Exklave Geesthacht. Bergedorf und Geesthacht waren zuvor seit fast 450 Jahren von den beiden Hansestädten gemeinsam verwaltet worden, seit 1420 stellten Hamburg und Lübeck jeweils abwechselnd einen Amtmann, der seinen Sitz auf dem Bergedorfer Schloss hatte.³⁶⁸

Lauenburg

Das Herzogtum Lauenburg wird 1868 als Teil des Norddeutschen Bundes auch Teil des Deutschen Zollvereins. In Zollfragen verwaltet es die in Lauenburg gelegenen Exklaven Mecklenburgs und Lübeck mit. Grundlage für Lauenburgs Aufnahme in den Deutschen Zollverein ist eine Verordnung vom 30. Dezember 1867, die zum 5. Januar 1868 in Kraft tritt. Mit diesem Datum wird auch ein Transitzoll aufgehoben, der seit 1840 für den Warentransport durch Lauenburg gezahlt werden musste.³⁶⁹

Lübeck

Die Hansestadt Lübeck wird 1868 Teil des Deutschen Zollvereins.³⁷⁰

Mecklenburg-Schwerin

Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin wird 1868 Teil des Deutschen Zollvereins. Seine in Preußen gelegenen Exklaven Netzeband und Rossow waren bereits seit 1826 über das Preußische Zollsystem beim Deutschen Zollverein.³⁷¹

Mecklenburg-Strelitz

Mecklenburg-Strelitz wird zum 11. August 1868 Teil des Deutschen Zollvereins.³⁷²

³⁶⁷ Vgl. Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: ANDB, 1, S. 1109-1120, hier S. 1109-1112; Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Artikels 6 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867, vom 18. November 1868, abgedr. in: ArNDB, 2, S. 845-846. Siehe auch: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 630.

³⁶⁸ Vgl. Bezirksamt Bergedorf, Hg., Ein Jahrtausend Bergedorf, URL: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/bergedorf/geschichte/jahrtausend/start.html> (03.08.2004); Postel, Hamburg, S. 118.

³⁶⁹ Vgl. Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: ANDB, 1, S. 1109-1120, hier S. 1109. Siehe auch: De Vries, Bismarck und das Herzogtum Lauenburg, S. 148.

³⁷⁰ Vgl. Graßmann, Lübeck, S. 20; Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 183.

³⁷¹ Vgl. Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: ANDB, 1, S. 1109-1120, hier S. 1109. Siehe auch: Gerhard Köbler, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien und reichsunmittelbaren Geschlechter vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Darmstadt 1999, S. 388.

Preußen

Die einem Regierungsbezirk gleichgestellte Berghauptmannschaft Clausthal in der preußischen Provinz Hannover wird mit Verordnungen vom 9. September 1867 und vom 17. Juni 1868 aufgehoben. Das Gebiet der Berghauptmannschaft geht an die Landdrostei Hildesheim.³⁷³

Die Regierungsbezirke Holstein und Schleswig der preußischen Provinz Schleswig-Holstein werden zu einem Regierungsbezirk vereinigt. Dieser erhält den Namen Schleswig, sein Gebiet ist identisch mit der Provinz Schleswig-Holstein. Sitz der Regierung ist die Stadt Schleswig.³⁷⁴

Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz)

Eine neue Verwaltungsstruktur auf Ebene der Kreise gliedert das Fürstentum Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) in das Landratsamt Greiz und das Justizamt Burgk, das letztere erhält die Befugnisse eines Landratsamts. Diese neue Verwaltungseinteilung betrifft auch die Exklaven des Fürstentums.³⁷⁵

Sachsen-Weimar-Eisenach

Der Sitz des II. Weimarer Verwaltungsbezirks wird 1868 nach Apolda verlegt. Von dieser Änderung sind die Exklaven Allstedt und Oldisleben betroffen.³⁷⁶

Nicht berücksichtigte ÄnderungenGesamter Beobachtungsraum: Deutscher Zollverein

Am 8. Juli 1867 unterzeichnen die Mitglieder des Norddeutschen Bundes sowie Baden, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Luxemburg einen neuen Zollvereinsvertrag. Darin vereinbaren sie die Einrichtung eines Zollparlaments, in das der Norddeutsche Bund 279 Abgeordnete und die süddeutschen Staaten 85 Abgeordnete entsenden. Das Zollparlament hat seinen Sitz in Berlin.³⁷⁷

Baden

Die Stadt Karlsruhe wird um das Sallenwäldchen vergrößert. Dieses Waldgebiet mit insgesamt 11ha erhält Karlsruhe von der großherzoglichen Domänenverwaltung.³⁷⁸ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

³⁷² Vgl. Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: ANDB, 1, S. 1109-1120, hier S. 1109. Siehe auch: Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 183.

³⁷³ Vgl. Hoffmann, Niedersachsen, S. 93.

³⁷⁴ Vgl. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 245.

³⁷⁵ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 297; Querfeld, Forschungen zur Geschichte des ehemaligen Reussenlandes, S. 108.

³⁷⁶ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 35 und S. 75-82.

³⁷⁷ Vgl. Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 183-185; Grundriß, Band 22, S. 76.

³⁷⁸ Vgl. Manfred Koch, Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 14), S. 307.

Bayern / Österreich-Ungarn

Die österreichische Gemeinde Jungholz wird 1868 Teil des Bayerischen Zollsystems und über dieses auch Teil des Deutschen Zollvereins.³⁷⁹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Österreich-Ungarn / Schweiz

Die Schweiz und Österreich-Ungarn klären mit dem Grenzvertrag vom 14. Juli 1868 ein umstrittenes Grenzstück zwischen dem Kanton Graubünden und Tirol. Das strittige Gebiet am linken Innufer im Bereich der Mündung des Schergen- (oder Schalken-)bachs fällt an die Schweiz. Somit bilden Inn und ab der Mündung der Schergen- (oder Schalken-)bach die Landesgrenze.³⁸⁰

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Preußen / Niederlande

Preußen und die Niederlande vereinbaren in einem Grenzvertrag vom 11. Dezember 1868 einige kleinere Korrekturen an der Landesgrenze. Betroffen sind die Gemeinden Merkstein, Kerkrade, Rimburg, Eyselshoven und Uback over Worms. Hier ändert sich der Grenzverlauf durch eine Verlagerung des Flussbettes der Worms. Zudem macht das Austrocknen des Flusses Rigole eine Grenzkorrektur zwischen den Gemeinden Gangelst und Schinvelt notwendig.³⁸¹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Preußen / Sachsen-Altenburg

Preußen und Sachsen-Altenburg regulieren 1868 ihre gemeinsame Grenze. Dabei kommt der bisher altenburgische Anteil des Dorfs Willschütz an Preußen, während der bisher preußische Anteil des Dorfs Königshofen an Sachsen-Altenburg kommt.³⁸²

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

³⁷⁹ Vgl. Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Bayern über die Aufnahme der Tiroler Gemeinde Jungholz in das Bayerische Zoll- und Steuersystem vom 3. Mai 1868, abgedr. in: CTS, 137, S. 217-228.

³⁸⁰ Vgl. Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vom 14. Juli 1868, abgedr. in: CTS, 137, S. 391-394.

³⁸¹ Vgl. Grenzvertrag zwischen den Niederlanden und Preußen vom 11. Dezember 1868, abgedr. in: CTS, 138, S. 301-308.

³⁸² Vgl. Grundriß, Band 15, S. 7.

1869**Berücksichtigte Änderungen**Hannover

Der Amtssitz des bisherigen Amts Berum wird in die Stadt Norden verlegt. Gleichzeitig wird das Amt in Amt Norden umbenannt. Zu diesem Amt gehören auch die Inseln Juist, Norderney und Baltrum.³⁸³

Preußen

Der preußische Kriegshafen an der Jade erhält den Namens Wilhelmshaven.³⁸⁴

Das zuvor zur Landgrafschaft Hessen-Homburg gehörende Oberamt Meisenheim kommt 1869 an den Regierungsbezirk Koblenz. Preußen hatte Meisenheim 1866 erhalten, das Gebiet wurde aber zunächst keinem Regierungsbezirk zugeordnet. Meisenheim wird 1869 als Kreis Meisenheim dem Regierungsbezirk Koblenz (Rheinprovinz) angegliedert.³⁸⁵

Sachsen-Coburg und Gotha

Für die Exklaven Volkenroda und Nazza hatten bisher die zuständigen Justizämter auch Verwaltungsaufgaben versehen. 1868 werden Justiz und Verwaltung getrennt, die Verwaltungsaufgaben gehen an die Landratsämter über.³⁸⁶

Sachsen-Meiningen

Das Herzogtum Sachsen-Meiningen richtet die vier Kreise Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg und Saalfeld ein. Von dieser Verwaltungsänderung sind auch die Exklaven Sachsen-Meiningens betroffen.³⁸⁷

Nicht berücksichtigte ÄnderungenÖsterreich-Ungarn / Preußen

Österreich-Ungarn und Preußen klären mit dem Grenzvertrag vom 9. Februar 1869 einige strittige Grenzabschnitte. Beide Staaten tauschen kleinere Parzellen, um einen möglichst geraden Grenzverlauf zu erzielen. Sie einigen sich auch über ein seit mehr als 200 Jahren umstrittenes Grundstück an der Grenze zwischen der preußischen Herrschaft Greifenstein im Regierungsbezirk Liegnitz und der österreichischen Herrschaft Friedland in der Bezirkshauptmannschaft Friedland. Das Gebiet in der Größe von etwa 850 Morgen wird in der Mitte geteilt.³⁸⁸

³⁸³ Vgl. Grundriß, Band 10, S. 342.

³⁸⁴ Vgl. Lübbling, Oldenburg, S. 84; Reinhardt, Die Stadt Wilhelmshaven in preußischer Zeit, S. 637.

³⁸⁵ Vgl. Grundriß, Band 7, S. 12 und S. 138.

³⁸⁶ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 245-248.

³⁸⁷ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 117f.

³⁸⁸ Vgl. Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Preußen vom 9. Februar 1869, abgedr. in: CTS, 139, S. 27-55.

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Reuß jüngere Linie / Sachsen-Altenburg

Das Fürstentum Reuß jüngere Linie und das Herzogtum Sachsen-Altenburg beschließen 1869 eine Regulierung ihrer Landesgrenzen. Es werden einige Flurstücke ausgetauscht.³⁸⁹ Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Sachsen-Coburg und Gotha / Sachsen-Weimar-Eisenach

Bei einer Grenzregulierung zwischen dem Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha und dem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach tauschen beide Staaten jeweils einen Ort und ein Gut. Sachsen-Coburg und Gotha erhält Oesterbehringen und das Raingut, Sachsen-Weimar-Eisenach Stockhausen und das Simmsche Gut zu Seebach.³⁹⁰

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

1870

Berücksichtigte Änderungen

Preußen

Die Stadt Hannover gemeindet die Vororte Ohe und Glocksee zum 1. Januar 1870 ein.³⁹¹

Sachsen-Meiningen

Die Vereinigung der Verwaltungsämter Camburg und Saalfeld hat auch Auswirkungen auf die Exklaven Camburg, Vierzehnheiligen und Lichtenhain. Das neue, vergrößerte Verwaltungsamt Saalfeld hat seinen Sitz in der Stadt Saalfeld.³⁹²

1871

Berücksichtigte Änderungen

Gesamter Beobachtungsraum: Gründung des Deutschen Reichs

Das Deutsche Reich wird 1871 aus dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten gegründet. Baden und Hessen-Darmstadt hatten sich bereits am 15. November 1870 mit dem Norddeutschen Bund in einem Vertrag zusammengeschlossen. Bayern und Württemberg waren diesem Vertrag am 23. bzw. 25. November beigetreten.³⁹³ Für diesen

³⁸⁹ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 7.

³⁹⁰ Vgl. Grundriß, Band 15, S. 7.

³⁹¹ Vgl. Brosius, Die Industriestadt, S. 351; Grundriß, Band 10, S. 455.

³⁹² Grundriß, Band 15, S. 118.

neuen Staatenbund gilt die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit einigen kleineren Änderungen weiter. Im Dezember 1870 erhält das Bündnis den Namen Deutsches Reich. Die Verträge treten zum 1. Januar 1871 in Kraft. Am 18. Januar wird König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser gekrönt, im März 1871 finden Wahlen zum neuen, gesamtdeutschen Reichstag statt.³⁹⁴

Das Deutsche Reich, das nach Art. 33 seiner Verfassung ein einheitliches Zollgebiet umfasst, übernimmt die Funktionen des bisherigen Deutschen Zollvereins. Die Zollverwaltung des Deutschen Reichs obliegt zwar weiterhin den Ländern, diese führen sie aber für Rechnung des Reichs als Auftragsverwaltung weiter. Nicht zum Zollgebiet des Deutschen Reichs gehörten Hamburg und Bremen sowie einige kleinere Exklaven. Über separate Zollverträge gehört weiterhin Luxemburg zum Zollgebiet, ebenso wie die österreichische Gemeinde Jungholz.³⁹⁵

Mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 ändert sich der Fokus der Betrachtung in *HGIS Germany*. Eingestellt wird die Beobachtung der so genannten kleinen Einheiten wie Exklaven oder Kondominate, hier werden nur noch Änderungen an den Grenzen und der Zugehörigkeit zu Wirtschaftsräumen erfasst, aber nicht mehr die Zugehörigkeit zu Verwaltungsstrukturen auf den unteren Ebenen. Im Bereich der Wirtschaftsräume wird die Zugehörigkeit zu externen Zollsystemen nicht mehr angegeben, da das Deutsche Reich von nun an ein gemeinsames Zollgebiet darstellt.

Elsaß-Lothringen

Im Mai 1871 schließen Frankreich und das neu gegründete Deutsche Reich Frieden. Im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 wird vereinbart, dass Elsaß-Lothringen an das Deutsche Reich abgetreten wird. Mit einem Reichsgesetz vom 9. Juni 1871 wird das Gebiet zum so genannten Reichsland, die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen übt der deutsche Kaiser aus.³⁹⁶ Das Gesetz vom 30. Dezember 1871 teilt Elsaß-Lothringen zur Verwaltung in die drei Regierungsbezirke Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen ein.³⁹⁷

Frankreich

Frankreich wird 1871 zur Republik. Bereits nach der Niederlage von Sedan und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. (1808-1873) im September 1870 kam es in Paris zu Unruhen. In der Hauptstadt wurde die Republik ausgerufen, die Nationalversammlung war allerdings weiterhin monarchisch geprägt. Mit den Wahlen zur Nationalversammlung im Februar 1871 endet das französische Kaiserreich. Im August 1871 erhält der Chef der Exekutive vom Parlament den Titel Präsident der Französischen Republik.³⁹⁸

³⁹³ Vgl. Protokoll der Verhandlungen über die Einrichtung eines deutschen Staatenbundes zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund vom 15. November 1870, abgedr. in: CTS, 142, S. 137-143; Vertrag zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bund über die Einrichtung eines Deutschen Bundes vom 23. November 1870, abgedr. in: CTS, 142, S. 153-174; Vertrag zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund sowie Württemberg über den Beitritt Württemberg zur Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 25. November 1870, abgedr. in: CTS, 142, S. 201-219.

³⁹⁴ Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 738-756.

³⁹⁵ Vgl. Hahn, Geschichte des Deutschen Zollvereins, S. 187-195; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, S. 947-949.

³⁹⁶ Vgl. Friedensvertrag zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich vom 10. Mai 1871, abgedr. in: MET, 3, S. 1954-1962; Gesetz, betreffend die Vereinigung von Elsass und Lothringen mit dem Deutschen Reiche vom 9. Juni 1871, abgedr. in: ArNDB, 5, S. 79-80. Siehe auch: Grundriß, Band 22, S. 230-238.

³⁹⁷ Vgl. Grundriß, Band 22, S. 230-238.

³⁹⁸ Vgl. Rudolf von Albertini, Frankreich. Die Dritte Republik bis zum Ende des I. Weltkrieges (1870-1918), in: Theodor Schieder, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 6: Europa im Zeitalter der

Italien

Rom wird 1871 zur Hauptstadt Italiens.³⁹⁹

Küstenlinie

Gegenüber der Insel Oland wird 1871 vor dem Blumenkoog der sog. Blumen-Sommerkoog eingedeicht. Der Deich schützt ein Anwachsgebiet vor dem Blumenkoog.⁴⁰⁰

Nicht berücksichtigte ÄnderungenBremerhaven

Das Gebiet Bremerhavens vergrößert sich 1871 aufgrund eines Vertrags vom 8. Dezember 1869 um 0,34km².⁴⁰¹

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Italien

Italien gewinnt die Stadt Rom und Latium hinzu. Diese Gebiete gehörten zuvor zum Kirchenstaat, dem Papst bleibt lediglich die Vatikanstadt als Herrschaftsgebiet.⁴⁰²

HGIS Germany bildet lediglich den nördlichen Teil Italiens ab.

Preußen

Zwischen den preußischen Provinzen Sachsen und Hannover kommt es zu einer kleineren Grenzkorrektur. Betroffen sind die Orte Salza, Niedersachswerfen, Limlingrode und Osterhagen.⁴⁰³

Aufgrund der für *HGIS Germany* festgelegten Generalisierungsgrenze von 1:200.000 ist diese Änderung nicht darstellbar.

Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1968, S. 232-271, hier S. 232-234; Craig, Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 193f und S. 263f; Tacke, Von der Zweiten Republik bis zum Ersten Weltkrieg, S. 251-267;

³⁹⁹ Vgl. Altgeld, Nebenland der großen europäischen Politik, S. 75-77; Craig, Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 167.

⁴⁰⁰ Vgl. Prange, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, S. 35-42.

⁴⁰¹ Vgl. Lührs, Bremen, S. 54.

⁴⁰² Vgl. Altgeld, Nebenland der großen europäischen Politik, S. 75-77; Craig, Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, S. 167.

⁴⁰³ Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd.6: Provinz Sachsen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1975, S. 166 und S. 173.

3. Literatur zu den Grenzänderungen 1821-1871

Albertini, Rudolf von, Frankreich. Die Dritte Republik bis zum Ende des I. Weltkrieges (1870-1918), in: Schieder, Theodor, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 6: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1968, S. 232-271.

Allgemeine deutsche Biographie, hrsg. von der historischen Commission bei der königl. Akademie der Wissenschaften, Bd. 55: Nachträge bis 1899, Wandersleb – Zwirner, Leipzig 1910.

Altgeld, Wolfgang, Nebenland der großen europäischen Politik, in: Rother, Klaus, Franz Tichy, Hg., Italien. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Darmstadt 2000, S. 70-76.

Angermaier, Elisabeth, München als süddeutsche Metropole. Die Organisation des Großstadtausbaus 1870 bis 1914, in: Bauer, Richard, Hg., Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 307-335.

Artikel Vorarlberg. URL: www.aeiou.at/aeiou.encyclp.v/885304.htm (1. Dezember 2005).

Barmeyer-Hartlieb, Heide, Liberale Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen 1866-1884/85, in: Sabelleck, Rainer, Hg., Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz. Beiträge zu einer Tagung am 2. November 1991 in Göttingen, Hannover 1995 (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes Südniedersachsen, Bd. 1), S. 125-142.

Bérenger, Jean, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, 2. Auflage, Wien etc. 1996.

Beutter, Wilfried, Hohenzollern, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 551.

Bezirksamt Bergedorf, Hg., Ein Jahrtausend Bergedorf, URL: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/bergedorf/geschichte/jahrtausend/start.html> (03. August 2004).

Blaschke, Karlheinz, Königreich Sachsen und Thüringische Staaten, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 608-644.

Brandt, Otto, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriss, 6. Auflage, Kiel 1966.

Brosius, Dieter, Hannover und Preußen vor 1866, in: Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz. Beiträge zu einer Tagung am 2. November 1991 in Göttingen, Hannover 1995 (= Schriftenreihe des Landschaftsverbandes Südniedersachsen, Bd. 1), S. 23-30.

Brosius, Dieter, Die Industriestadt. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des I. Weltkriegs, in: Mlynek, Klaus, Waldemar R. Röhrbein, Hg., Geschichte der Stadt Hannover, 2 Bde., Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994, S. 273-404.

Brosius, Dieter u.a., Niedersachsen, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 561-584.

Bruns, Alfred, Herrschaft Kniphausen, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 645.

Bumiller, Casimir, 900 Jahre Wilflingen. Geschichte einer hohenzollerischen Exklave, in: Hohenzollernsche Heimat 45 (1995), S. 2-7.

Busch, Michael, Das Herzogtum Lauenburg unter der Herrschaft der Könige von Dänemark 1815-1865, in: Opitz, Eckardt, Hg., Herzogtum Lauenburg. Das Land und seine Geschichte. Ein Handbuch, Neumünster 2003, S. 298-330.

Craig, Gordon A., Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bde., Bd. 1: Vom Wiener Kongress bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München 1978.

Czech, Vinzenz, Vom Teilen und Herrschen: Erbteilung und Primogenitur, in: Scheurmann, Konrad, Jödis Frank, Hg., Thüringen – Land der Residenzen 1485-1918. Neu entdeckt. Katalog zur 2. Thüringer Landesausstellung, Schloss Sondershausen, 15. Mai – 3. Oktober 2004, 2 Bde., Bd. 1, Mainz 2004, S. 85-93.

De Vries, Jürgen, Bismarck und das Herzogtum Lauenburg. Die Eingliederung Lauenburgs in Preußen 1865-1879, Neumünster 1989 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 94), S. 131-148.

Deuerlein, Ernst, Bayern, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart. Würzburg 1971, S. 372-407.

Dheus, Egon, München. Struktur einer Großstadt, Stuttgart 1968.

Dörlemeyer, Barbara, Fragmentarische Staatlichkeit. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg im Alten Reich und im Deutschen Bund, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg vor der Höhe 44 (1995), S. 5-64.

Eckhardt, Albrecht, Friedrich-Wilhelm Schaer, Herzogtum und Großherzogtum Oldenburg im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus (1773-1847), in: Albrecht, Eckhardt, Heinrich Schmidt, Hg., Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 271-332.

Enke, Hagen, ...zimal Heinrich: Die Reußen, in: Scheurmann, Konrad, Jödis Frank, Hg., Thüringen – Land der Residenzen 1485-1918. Neu entdeckt. Katalog zur 2. Thüringer

Landesausstellung, Schloss Sondershausen, 15. Mai –3. Oktober 2004, 2 Bde., Bd. 1, Mainz 2004, S. 64-73.

Erbe, Michael, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes, Stuttgart etc. 1993.

Facius, Friedrich, Thüringen, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 500-549.

Festenberg-Packisch, Hermann von, Geschichte des Zollvereins mit besonderer Berücksichtigung der staatlichen Entwicklung Deutschlands, Leipzig 1869, Nachdruck Frankfurt a. Main 1986.

Flach, Dietmar, Die Sachsen-Coburger Exklave Lichtenberg (1816-1834). Betrachtungen zu Land und Herrschaft in der Frühphase des Deutschen Bundes, in: Michael Gockel, Volker Wahl, Hg., Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag, Weimar etc. 1993, S. 355-385.

Forstmann, Wilfried, Frankfurt am Main in Wilhelminischer Zeit 1866-1918, in: Frankfurter Historische Kommission, Hg., Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen, Sigmaringen 1994 (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, Bd. 17), S. 349-422.

Franz, Eckhart, Hessen 1820-1939, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 284-308.

Fuhrmann, Rainer, Polen-Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft, 2., vollständig überarbeitete und ergänzte Neuauflage, Hannover 1990.

Gönner, Eberhard, Hohenzollern 1800 bis 1918, in: Schwarzmaier, Hansmartin, Hg., Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, 4 Bde., Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992, S. 433-476.

Graßmann, Antjekathrin, Lübeck, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 1-28.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 1: Ost- und Westpreußen, bearb. von Dieter Süttgen, Marburg 1975.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 4: Schlesien, bearb. von Dieter Süttgen u.a., Marburg 1976.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 5: Brandenburg, bearb. von Werner Vogel, Marburg 1975.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd.6: Provinz Sachsen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1975.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 7: Rheinland, bearb. von Rüdiger Schütz, Marburg 1978.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 8: Westfalen, bearb. von Walther Hubatsch, Marburg 1980.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 10: Hannover, bearb. von Iselin Gundermann und Walther Hubatsch, Marburg 1981.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten), bearb. von Wolfgang Klötzer und Thomas Klein, Marburg 1979.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, 22 Bde., Bd. 12: Preußische Zentralbehörden, unmittelbare Gebiete Preußens, bearb. von Friedrich Wilhelm Wehrstedt und Walther Hubatsch, Marburg 1978.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 13: Mecklenburg, bearb. von Helge bei der Wieden, Marburg 1976.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 14: Sachsen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1983.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 15: Thüringen, bearb. von Thomas Klein, Marburg 1983.

Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, außerhalb der Reihe, 22 Bde., Bd. 22: Bundes- und Reichsbehörden, bearb. von Walther Hubatsch, Marburg 1983.

Hahn, Hans-Werner, Geschichte des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1984.

Hahn, Hans-Werner, Wirtschaftliche Integration im 19. Jahrhundert. Die hessischen Staaten und der Deutsche Zollverein, Göttingen 1982 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 52).

Hahn, Wilfrid, Auf dem Weg zur Großstadt, in: Dresdner Geschichtsverein, Hg., Dresden. Die Geschichte der Stadt. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Dresden 2002, S. 133-166.

Hansen, Hans Schultz, Demokratie oder Nationalismus – Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830-1918, in: Lange, Ulrich, Hg., Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996, S. 427-486.

Hartmann, Stefan, Großherzogtum (Freistaat) Oldenburg, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 136-243.

Haselier, Günther, Baden, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 448-470.

Haupt, Heinz-Gerhard, Von der Französischen Revolution bis zum Ende der Julimonarchie, in: Hinrichs, Ernst, Hg., Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 207-250.

Häusler, Wolfgang, Galizien, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 412-413.

Hearder, Harry, Italy in the Age of the Risorgimento 1790-1870, London, New York 1980.

Hellbling, Ernst C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Ein Lehrbuch für Studierende, Wien 1956 (= Rechts- und Staatswissenschaften, Bd. 13).

Hennings, Hans Harald, Schleswig-Holstein, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 14-33.

Hertslet, Edward, The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes, 3 Bde., Bd. 2: 1828 – 1863, London 1875.

Herzog, Martin, Fünfzig Häuser ohne Staat. Vom Glück im Niemandsland: Wie die Gemeinde Altenberg-Moresnet zwischen Holland, Belgien und Deutschland mehr als ein Jahrhundert lang der Geschichte trotzte, in: Die ZEIT, 28. Dezember 2006, S. 78.

Heß, Ulrich, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahr 1952, Jena, Stuttgart 1993 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Bd. 1).

Hoffmann, Friedrich, Niedersachsen, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 52-164.

Hofmann, Hanns Hubert, Hermann Hemmerich, Unterfranken. Geschichte seiner Verwaltungsstrukturen seit dem Ende des Alten Reiches 1814 bis 1980, Würzburg 1981.

- Hoke, Rudolf, Österreich, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 345-398.
- Homeier, Hans, Der Gestaltwandel der ostfriesischen Küste im Laufe der Jahrhunderte. Ein Jahrtausend ostfriesischer Deichgeschichte, in: Ohling, Jannes, Hg., Ostfriesland im Schutze des Deichs. Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des ostfriesischen Küstenlandes, 4 Bde., Bd. 2, Krummhörn 1969, S. 3-78.
- Hornby, Ove, Die Frühindustrialisierung in Dänemark (ca. 1830-1870), in: Brockstedt, Jürgen, Hg., Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, Neumünster 1983 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 5), S. 345-364.
- Hösch, Edgar, Geschichte Rußlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums, Stuttgart etc. 1996.
- Hubatsch, Walther, Thomas Klein, Lippe, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946. Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 183-240.
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850, Stuttgart 1960.
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963.
- Im Hof, Ulrich, Geschichte der Schweiz, 5., verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart etc. 1991, S. 110-112.
- Jürgensen, Kurt, Die preußische Lösung der Schleswig-Holstein-Frage 1863-1867, in: Kunisch, Johannes, Hg., Bismarck und seine Zeit, Berlin 1992 (= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, NF. 1), S. 57-82.
- Kallenberg, Fritz, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, in: Kallenberg, Fritz, Hg., Hohenzollern, Stuttgart 1996 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 23), S. 129-282.
- Klaus, Udo, Die Verwaltung der Provinz, in: Först, Walter, Hg., Das Rheinland in preußischer Zeit. 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz, Köln, Berlin 1965.
- Klein, Thomas, Hessische Staaten, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 645-677.
- Klein, Thomas, Königreich Hannover, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 678-715.

Klein, Thomas, Mecklenburg und kleinere Norddeutsche Staaten, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 715-762.

Klein, Thomas, Anhalt, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 93-182.

Klein, Thomas, Waldeck, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 257-288.

Klein, Thomas, Sachsen-Anhalt, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 245-276.

Köbler, Gerhard, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien und reichsunmittelbaren Geschlechter vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Darmstadt 1999.

Koch, Manfred, Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992 (=Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 14).

Kollmer-von Oheimb-Loup, Gerd, Zollverein und Innovation. Die Reaktion württembergischer Textilindustrieller auf den deutschen Zollverein 1834-1874, St. Katharinen 1996 (= Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 22).

Krökel, Karl, Das preußisch-deutsche Zolltarifsystem in seiner historischen Entwicklung seit 1818, Jena 1881 (= Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 8).

Kühl, Jørgen, The National Minorities in the Danisch-German Border Region. The Case of the Germans in Sønderjylland/ Denmark and the Danes in Schleswig-Holstein/ Germany, Aabenraa 2002 (= Border Region Studies, Bd. 3).

Kuhn-Rehfus, Maren, Die Integration Hohenzollerns in Preußen, in: Baumgart, Peter, Hg., Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln 1984 (= Neue Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Bd. 5), S. 299-326.

Lechner, Karl, Österreich, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“, 2 Bde., Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 1-69.

Lepszy, Norbert, Wichard Woyke, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen 1985 (= Grundwissen – Länderkunden, Bd. 2).

Lichtenberger, Elisabeth, Österreich, 2., völlig überarbeitete Auflage, Darmstadt 2002.

Lill, Rudolf, Italien im Zeitalter des Risorgimento (1815-1870), in: Schieder, Theodor, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 5: Europa von der französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981, S. 829-885.

Lindner, Heinrich, Geschichte und Beschreibung des Landes Anhalt, Dessau 1833.

Lübbing, Hermann, Oldenburg, in: Schnath, Georg u.a., Hg., Geschichte des Landes Niedersachsen, 6., aktualisierte Auflage, Freiburg, Würzburg 1994, S. 67-87.

Lührs, Wilhelm, Bremen, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 29-60.

Macartney, Carlile Aylmer, The Habsburg Empire 1790-1918, London 1968.

Meyer, Enno, Grundzüge der Geschichte Polens, 3., erweiterte Auflage, Darmstadt 1990.

Nielsen, Axel, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933.

Ott, Hugo, Baden, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 583-607.

Pawlik, Peter-Michael, Die rechtliche Struktur von Freihäfen und Hafenfreizonen. Eine vergleichende Darstellung von Aufbau und Ausgestaltung der zur Zeit bestehenden Freihäfen und Hafenfreizonen in Seehäfen, verbunden mit Überblicken über ihre geschichtliche Entwicklung in den verschiedenen Staaten, München 1974.

Petri, Franz, Belgien, Niederlande, Luxemburg von der Französischen Zeit bis zum Beginn der Deutschen Einigung 1794-1865, in: Schieder, Theodor, Hg., Handbuch der Europäischen Geschichte, 7 Bde., Bd. 5: Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1981, S. 930-967.

Poestges, Dieter, Schaumburg-Lippe, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981, S. 241-256.

Postel, Rainer, Hamburg, in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B: Mitteldeutschland, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, Marburg 1978, S. 61-135.

Prange, Werner, Die Bedeichungsgeschichte der Marschen in Schleswig-Holstein, in: Niedersächsischen Landesinstitut für Marschen- und Wurtenforschung, Hg., Probleme der Küstenforschung im südlichen Nordseegebiet, Bd. 16, Wilhelmshaven, Hildesheim 1986, S. 1-54.

Prange, Wolfgang, Der Landesteil Lübeck, in: Albrecht, Eckhardt, Heinrich Schmidt, Hg., Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987, S. 549-590.

Price, Arnold H., *The Evolution of the Zollverein. A Study of the Ideas and Institutions Leading to German Economic Unification between 1815 and 1833*, Ann Arbor 1949 (= *History and Political Science*, Bd. 18).

Querfeld, Werner, *Forschungen zur Geschichte des ehemaligen Reussenlandes*, in: Gockel, Martin, Volker Wahl, Hg., *Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag*, Weimar etc. 1993, S. 93-110.

Redecker, Ulrike, *Baden 1820-1945*, in: *Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*, Textband, Hannover 1977 (= *Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte*, Bd. 110), S. 319-334.

Redecker, Ulrike, Wilfried Schöntag, *Beiwort zu den Karten „Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1815-1857“ und „Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1858-1936“*, in: *Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg*, Hg., *Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen (Abschnitt VII, 4-5)*, 5. Lieferung, Stuttgart 1976, S. 1-24.

Reden, Friedrich Wilhelm Otto Ludwig Freiherr von, *Vergleichende Zusammenstellung der Grenz-Eingangs-Abgaben in Österreich, dem deutschen Zollverein, dem norddeutschen Steuerverein und den Herzogthümern Schleswig-Holstein*, Frankfurt a. Main 1848.

Reinhardt, Waldemar, *Die Stadt Wilhelmshaven in preußischer Zeit*, in: Albrecht, Eckhardt, Heinrich Schmidt, Hg., *Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch*, Oldenburg 1987, S. 637-659.

Renz, Rudolf, *Steuerverein*, in: Taddey, Gerhard, Hg., *Lexikon der deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges*, Stuttgart 1977, S. 1166.

Reuling, Ulrich, *Verwaltungs-Einteilung 1821-1855. Mit einem Anhang über die Verwaltungsgebietsreform in Hessen 1968-1981*, in: Schwind, Fred, Hg., *Geschichtlicher Atlas von Hessen, Text- und Erläuterungsband*, Marburg 1984, S. 164-179.

Rhode, Gotthold, *Polen und die polnische Frage von den Teilungen bis zur Gründung des Deutschen Reiches*, in: Schieder, Theodor, Hg., *Handbuch der Europäischen Geschichte*, 7 Bde., Bd. 5: *Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1981, S. 677-745.

Ribhegge, Wilhelm, *Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1998.

Richter, Günter, *Zwischen Revolution und Reichsgründung (1848-1870)*, in: Ribbe, Wolfgang, Hg., *Geschichte Berlins*, 2 Bde., Bd. 2: *Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart*, München 1987, S. 605-796.

Römer, Christoph, *Braunschweig*, in: *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1946, Reihe B: Mitteldeutschland*, hrsg. von Thomas Klein, 22 Bde., Bd. 16: *Mitteldeutschland (Kleinere Länder)*, Marburg 1981, S. 1-92.

Sandow, Erich, Pommern, in: Sante, Georg Wilhelm, Hg., Geschichte der Deutschen Länder. „Territorien-Plöetz“. 2 Bde. Bd. 2: Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, S. 118-142.

Sauer, Paul, Das Werden einer Großstadt. Stuttgart zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg 1871 bis 1914, Stuttgart 1988.

Scharff, Alexander, Das Erste ., Ein Beitrag zur europäischen Problematik der Schleswig-Holstein Frage, in: Scharff, Alexander, Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. Gesammelte Aufsätze, Stuttgart 1969 (= Kieler Historische Studien, Bd. 6), S. 189-217.

Schirgiswalder Historie. URL: www.schirgiswalde.de/rubrik1/histor.html (20.01.2005).

Schlenker, Gerlinde u.a., Geschichte in Daten. Anhalt, München 1994.

Schmidt, Heinrich, Die historische Entwicklung des Landes Oldenburg, in: Hagen, Dietrich u.a., Hg., Oldenburg. Land zwischen Nordsee und Dammer Bergen, Oldenburg 1999 (= Niedersachsen – vom Grenzland zum Land in der Mitte, Bd. 4), S. 42-77.

Schnath, Georg, Von der Entstehung der Territorien bis zur Entstehung des Landes Niedersachsen, in: Schnath, Georg u.a., Hg., Geschichte des Landes Niedersachsen, 6., aktualisierte Auflage, Freiburg, Würzburg 1994, S. 19-66.

Schöntag, Wilfried, Die Hohenzollernschen Lande 1820-1945, in: Verwaltungsgrenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Textband, Hannover 1977 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 110), S. 347-351.

Seidlmayer, Michael, Geschichte Italiens. Vom Zusammenbruch des Römischen Reiches bis zum ersten Weltkrieg, Stuttgart 1962.

Sindowski, Heinz, Das ostfriesische Küstengebiet. Inseln, Watten und Marschen, Stuttgart 1973 (= Sammlung Geologischer Führer, Bd. 57).

Sommerlad, Theo, Zollverein, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 8. Bd., 3., gänzlich umgearbeitete Auflage, Jena 1911, S. 1058-1065.

Spindler, Max, Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969.

Steindorff, Ludwig, Küstenland, in: Hösch, Edgar u.a., Hg., Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien etc. 2004, S. 405.

Steiniger, Wolfgang, Schleswig-Holstein, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 771-783.

Tacke, Charlotte, Von der Zweiten Republik bis zum Ersten Weltkrieg, in: Hinrichs, Ernst, Hg., Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 251-290.

Taddey, Gerhard, Kronländer, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 680-681.

Taddey, Gerhard, Küstenland, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 688.

Taddey, Gerhard, Schleswig-Holstein, in: Taddey, Gerhard, Hg., Lexikon der Deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, Stuttgart 1977, S. 1079-1081.

Tiesinga, Guus H. L., Plannenmakers en uitvoerders, voor- en tegenstanders, in: Tiesinga, Guus H. L., Hg., Het Zuiderzeeproject. Voor- en tegenstanders, plannenmakers en uitvoerders, Lelystad 1990 (= Flevo Profiel, Bd. 6), S. 6-10.

Trausch, Gilbert, Deutschland und Luxemburg vom Wiener Kongreß bis zum heutigen Tage. Die Geschichte einer Entfremdung, in: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981, München 1983 (= Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Bd. 24), S. 185-210.

Verwaltungsatlas des sächsischen Staatsministeriums des Inneren. URL: www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/verwaltungsatlas/ (30. Januar 2007).

Volkert, Wilhelm, Bayern, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a., Hg., Deutsche Verwaltungsgeschichte, 6 Bde., Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 503-550.

Die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816, Jg. 1879, Berlin 1879 (= Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs).

Wasser und Schifffahrtsamt Bremerhaven, Hg., Geschichtliches über Unter- und Außenweser. URL: www.wsa-bremerhaven.de/geschichte/chronik.html (20. Dezember 2006).

Wiegmann, Wilhelm, Heimatkunde des Fürstentums Schaumburg-Lippe, Stadthagen 1912.

Wikipedia: Artikel Lustenau. URL: www.wikipedia.org/wiki/Lustenau (1. Dezember 2005).

Zabel, Norbert, Räumliche Behrödenorganisation im Herzogtum Nassau (1806-1866), Wiesbaden 1981 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 29).

Zerback, Ralf, Unter der Kuratel des Staates. Die Stadt zwischen dem Gemeindeedikt von 1818 und der Gemeindeordnung von 1869, in: Bauer, Richard, Hg., Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 274-307.

Zernack, Klaus, Polen und Russland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994 (= Propyläen Geschichte Europas, Ergänzungs-Band).

4. Quellen zu den Grenzänderungen 1821-1871

Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg Rudolstadt, unterzeichnet in Berlin am 24. Juni 1822, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 72: 1822, New York 1969, S. 377-383.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Weimar-Eisenach, unterzeichnet in Berlin am 27. Juni 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 73: 1822-1824, New York 1969, S. 241-249.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Amt Mühlingen betreffend, unterzeichnet in Berlin am 10. Oktober 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 73: 1822-1824, New York 1969, S. 405-410.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Oberherzogtum betreffend, unterzeichnet in Berlin am 10. Oktober 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 73: 1822-1824, New York 1969, S. 411-421.

Übereinkunft über die Grenzziehung zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Braunschweig am 24. Juni 1824, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 74: 1824, New York 1969, S. 183-271.

Handels- und Zollverträge zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg, unterzeichnet am 24. Juli 1824, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 74: 1824, New York 1969, S. 353-366.

Abkommen zwischen dem Graf von Bentinck und dem Herzog von Oldenburg bezüglich der Herrschaft Kniphausen, unterzeichnet in Berlin am 8. Juni 1825, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 75: 1824-1825, New York 1969, S. 261-270.

Vertrag zwischen Lippe-Demold und Preußen, unterzeichnet in Detmold am 9. bzw. in Minden 17. Juni 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 76: 1825-1826, New York 1969, S. 287-293.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 17. Juni 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 76: 1825-1826, New York 1969, S. 295-302.

Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg, unterzeichnet in Hildburghausen, Coburg und Meiningen am 15. November 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 76: 1825-1826, New York 1969, S. 463-469.

Vertrag zwischen Mecklenburg-Schwerin und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 2. Dezember 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 77: 1826-1827, New York 1969, S. 11-19.

Vertrag zwischen Bremen und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 11. Januar 1827, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 77: 1826-1827, New York 1969, S. 57-70.

Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich, unterzeichnet in Straßburg am 30. Januar 1827, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 77: 1826-1827, New York 1969, S. 97-103.

Königlich sächsischer Hof-, Civil- und MilitärStaat im Jahr 1828, Leipzig 1828, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 – 1854, Dresden 2001.

Zollvertrag zwischen Bayern und Württemberg, unterzeichnet in München am 18. Januar 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828, New York 1969, S. 43-61.

Zollvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 14. Februar 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828, New York 1969, S. 83-95.

Vertrag zwischen Anhalt-Köthen, Anhalt-Dessau und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 17. Juli 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828, New York 1969, S. 439-449.

Vertrag zwischen Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Hannover, Hessen-Homburg, Hessen-Kassel, Nassau, Oldenburg, Reuß-Greiz, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt, unterzeichnet in Kassel am 24. September 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 79-92.

Zollvereinsordnung zwischen Bayern, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg veröffentlicht in Stuttgart am 26. September 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 107-136.

Vertrag zwischen dem Mitteldeutschen Handelsverein und Schwarzburg-Sondershausen unterzeichnet in Weimar am 25. Dezember 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 102-106.

Vertrag zwischen Österreich und Bayern, unterzeichnet in Wien am 18. März 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 337-360.

Handelsvertrag zwischen Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg, unterzeichnet in Berlin am 27. Mai 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 409-420.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha unterzeichnet in Berlin am 4. Juli 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 79: 1828-1829, New York 1969, S. 473-480.

Vertrag zwischen Frankreich und Preußen, unterzeichnet in Saarbrücken am 23. Oktober 1829, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 2: 1828-1863, London 1875, S. 837-840.

Vertrag zwischen Hessen-Homburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 31. Dezember 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 80: 1829-1830, New York 1969, S. 293-300.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in Berlin am 6. März 1830, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 80: 1829-1830, New York 1969, S. 351-358.

Vertrag zwischen Oldenburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 24. Juli 1830, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 85-95.

Vertrag zwischen Bayern, Sachsen-Weimar-Eisenach und Württemberg, unterzeichnet in München am 25. Januar 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 175-183.

Vertrag zwischen Preußen und Waldeck, unterzeichnet in Berlin am 16. April 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 435-449.

Vertrag zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet in Karlsruhe am 19. Mai 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 481-484.

Vertrag zwischen Bayern, Württemberg und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in München am 14. Juni 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 489-496.

Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 9. Dezember 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 281-297.

Zollvertrag zwischen Preußen, Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel, unterzeichnet in Berlin am 25. August 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 155-177.

Verträge zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar-Eisenach, unterzeichnet am 13. und 16. Juni 1831 sowie am 13. November 1832, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 1-93.

Uebersicht der Königl. Sächs. Hof-, Staats- und Militärbehörden, Leipzig 1832, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 – 1854, Dresden 2001.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg, unterzeichnet in Berlin am 22. März 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 219-240.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen, unterzeichnet in Berlin am 30. März 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 285-308.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Preußen, Reuß ältere Linie, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, unterzeichnet in Berlin am 10. Mai 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 341-351.

Vertrag zwischen Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Württemberg und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins, unterzeichnet in Berlin am 11. Mai 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 359-381.

Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 1. Mai 1834, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 84: 1833-1834, New York 1969, S. 205-220.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in Berlin am 31. Mai 1834, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 84: 1833-1834, New York 1969, S. 309-315.

Vertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Hessen-Homburg, unterzeichnet in Berlin am 20. Februar 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 63-69.

Vertrag zwischen Preußen und Russland, unterzeichnet in Berlin am 20. Februar 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 77-89.

Vertrag zwischen Baden und Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Sachsen sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 2. Mai 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 129-153.

Vertrag zwischen Baden und Hohenzollern-Sigmaringen, unterzeichnet am 12. Oktober 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 341-346.

Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet im November 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 355-357.

Vertrag zwischen Nassau und Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 10. Dezember 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 387-408.

Vertrag zwischen dem Senat der freien Stadt Frankfurt und Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 2. Januar 1836, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 431-450.

Vertrag zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg, unterzeichnet in Hannover am 7. Mai 1836, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 86: 1836-1837, New York 1969, S.131-146.

Handelsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, Hannover sowie Oldenburg, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 119-137.

Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S.139-147.

Übereinkunft zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg sowie Preußen, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 155-161.

Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 163-171.

Vertrag zwischen Schaumburg-Lippe sowie Braunschweig, Hannover und Oldenburg vom 11. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 179-191.

Grenzvertrag zwischen Hannover und Preußen, unterzeichnet in Bückeburg am 25. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 229-246.

Grenzvertrag zwischen Preußen und Russland, unterzeichnet in Gumbinnen am 8. bzw. 20. Dezember 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 259-275.

Vertrag über die Annahme eines Zollsystems zwischen Holstein und dem Fürstentum Lübeck, unterzeichnet in Kopenhagen am 4. Januar 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 203-219.

Patent betreffend das Zollcartell mit dem Fürstentum Lübeck, gegeben am 20. Februar 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 219.

Vertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogtum Baden, unterzeichnet in Karlsruhe am 1. März 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 331-340.

Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich, unterzeichnet in Karlsruhe am 5. April 1840, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 90: 1840, New York 1969, S. 31-82.

Übereinkunft zwischen Bayern und den Fürstentümern Reuß jüngere Linie, unterzeichnet in Bayreuth am 13. August 1840, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 90: 1840, New York 1969, S. 319-337.

Vertrag zwischen Lippe-Detmold und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 18. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 121-131.

Vertrag zwischen Braunschweig und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 151-174.

Vertrag zwischen Preußen und Braunschweig, unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 204-209.

Vertrag zwischen Hessen-Kassel und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 13. November 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 257-263.

Vertrag zwischen Waldeck und dem Zollverein, unterzeichnet am 11. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 361-370.

Vertrag zwischen Braunschweig, dem Zollverein, Hannover und Oldenburg, unterzeichnet in Berlin am 16. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-42, New York 1969, S. 389-394.

Übereinkunft zwischen Preußen und den übrigen Staaten des Zollvereins nebst Braunschweig einerseits und Hannover andererseits wegen des Anschlusses des südlichen Teiles des Amtes Fallersleben an den Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 17. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 414-420.

Vertrag zwischen den Niederlanden und dem Zollverein, unterzeichnet in Den Haag am 8. Februar 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 93: 1842, New York 1969, S. 37-48.

Vertrag zwischen Österreich und Frankfurt über den Besitz des Deutschen Ordens im Territorium der Freien Stadt Frankfurt, unterzeichnet in Frankfurt am 18. März 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 93: 1842, New York 1969, S. 113-117.

Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden, unterzeichnet in Den Haag am 5. November 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 94: 1842-1843, New York 1969, S. 37-64.

Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet in Stuttgart am 28. Juni 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 153-160.

Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden über die Grenze zwischen Belgien und Luxemburg, unterzeichnet in Maastricht am 7. August 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 209-222.

Grenzvertrag zwischen Belgien und den Niederlanden, unterzeichnet in Maastricht am 8. August 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 223-244.

Grenzvertrag zwischen Österreich und Tirol über die Grenze von Tirol und Vorarlberg, unterzeichnet in München am 30. Januar 1844, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 96: 1843-1844, New York 1969, S. 33-46.

Grenzvertrag zwischen Belgien und Frankreich, unterzeichnet in Sugny am 26. September 1844, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 97: 1844-1845, New York 1969, S. 321-324.

Geheimvertrag über einen Gebietstausch zwischen Österreich, Lucca, Modena, Sardinien und Toscana, unterzeichnet in Florenz am 28. November 1844, in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 97: 1844-1845, New York 1969, S. 444-458.

Vertrag über die Förderung des gegenseitigen Handels und Konvention über die Unterdrückung von Schleichhandel zwischen den Staaten der Hannoveranischen Zollvereinigung und Braunschweig sowie dem Zollverein, unterzeichnet in Braunschweig am 16. Oktober 1845, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 99: 1845-1846, New York 1969, S. 47-53.

Konvention zwischen Österreich, Preußen und Russland über die Inkorporation Kraukaus in Österreich, unterzeichnet am 15. April 1846 in Berlin, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 99: 1845-1846, New York 1969, S. 411-415.

Vertrag zwischen Lucca und Toskana, unterzeichnet in Florenz am 4. Oktober 1847, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 101: 1847, New York 1969, S. 369-373.

Grenzvertrag zwischen Sachsen und Österreich, unterzeichnet am 5. März 1848, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 102: 1847-1849, New York 1969, S. 109-156.

Deklaration zwischen Braunschweig und Hannover betreffend den Einschluss einiger braunschweigischer Dörfer in den Steuerverein, unterzeichnet in Hannover am 17. Juni 1848, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 102: 1847-1849, New York 1969, S. 291-293.

Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 10. Juli 1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 207-219.

Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen über die vorläufige Einrichtung einer Bundeskommission für den Deutschen Bund, unterzeichnet in Wien am 30. September 1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 285-289.

Vertrag zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 7. Dezember 1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 375-382.

Vertrag zwischen Lippe und Preußen, unterzeichnet am 17. Mai 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 123-126.

Friedensvertrag zwischen Dänemark und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 2. Juli 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 155-158.

Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet in Olmütz am 29. November 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 461-466.

Vertrag und Preußen über die Verbindung des Steuervereins mit dem Zollverein vom 7. September 1851, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 106: 1851, New York 1969, S. 215-228.

Vertrag zwischen Österreich und Liechtenstein über die Aufnahme Liechtensteins in das Österreichische Zollsystem unterzeichnet in Wien am 5. Juni 1852, abgedr. in: Parry,

Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 108: 1852*, New York 1969, S. 181-196.

Zollvertrag zwischen Österreich, Modena und Parma, unterzeichnet in Wien am 9. August 1852, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 108: 1852*, New York 1969, S. 349-404.

Vertrag zwischen Dänemark und Oldenburg über die Einbeziehung des Fürstentums Lübeck in das holsteinische Zollsystem, unterzeichnet in Hamburg am 13. Februar 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 109: 1852-1853*, New York 1969, S. 293-300.

Vertrag zwischen Dänemark und Hamburg über den Beitritt einiger Hamburger Exklaven zum Holsteinischen Zollsystem, unterzeichnet in Hamburg am 20. Juni 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 110: 1853*, New York 1969, S. 347-354.

Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg, unterzeichnet in Berlin am 20. Juli 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 110: 1853*, New York 1969, S. 439-451.

Vertrag zwischen Baden und der Schweiz bezüglich der Grenze, unterzeichnet in Stuttgart und Zürich am 20. bzw. 31. Oktober 1854, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 112: 1854-1855*, New York 1969, S. 251-256.

Handelsvertrag und Übereinkunft zwischen Bremen und dem Zollverein, unterzeichnet in Bremen am 26. Januar 1856, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 114: 1855-1856*, New York 1969, S. 193-223.

Übereinkunft zwischen Österreich und Sachsen über die Beendigung der gemeinsamen Nutzung der Bergreviere Platten und Gottesgabe, unterzeichnet in Dresden am 30. September 1856 bzw. in Wien am 4. Oktober 1856, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 116: 1856-1857*, New York 1969, S. 1-4.

Vertrag zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland und der Schweiz bezüglich Neuchâtel, unterzeichnet in Paris am 26. Mai 1857, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 117: 1857*, New York 1969, S. 9-12.

Vertrag über die Organisation der Fürstentümer Moldawien und Walachei zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland, Sardinien und der Türkei, unterzeichnet in Paris am 19. August 1858, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 119: 1858*, New York 1969, S. 349-361.

Vorfrieden zwischen Österreich und Frankreich, unterzeichnet in Villafranca am 11. Juli 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 120: 1858-1859*, New York 1969, S. 491-492.

Grenzregulierungsprotokoll zwischen Österreich und der Schweiz, unterzeichnet in Münster am 13. September 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 121: 1859-1860*, New York 1969, S. 91-96.

Vertrag zwischen Frankreich und Sardinien über die Abtretung der Lombardei, unterzeichnet in Zürich am 10. November 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 121: 1859-1860*, New York 1969, S. 171-178.

Vertrag über die Vereinigung von Savoyen und Nizza mit Frankreich, unterzeichnet in Turin am 24. März 1860, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 122: 1860*, New York 1969, S. 23-26.

Vertrag zwischen Frankreich und Monaco über die Abtretung Mentones und Roccabrunas, unterzeichnet in Paris am 2. Februar 1861, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 2: 1828-1863, London 1875, S. 1462-1465.

Übereinkunft zwischen Italien und der Schweiz über die umstrittene Grenze zwischen der Lombardei und dem Kanton Ticino, unterzeichnet in Luzern am 5. Oktober 1861, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 124: 1861*, New York 1969, S. 361-381.

Grenzvertrag zwischen Österreich und Bayern, unterzeichnet in Wien am 24. Juni 1862, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 126: 1862-1863*, New York 1969, S. 51-80.

Traité relatif la Vailée des Dappes, unterzeichnet in Bern am 8. Dezember 1862, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 126: 1862-1863*, New York 1969, S. 418-420.

Grenzvertrag über das Kanton Grisons zwischen Italien und der Schweiz, unterzeichnet in Tirano am 27. August 1863, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 128: 1863-1864*, New York 1969, S. 161-168.

Deklaration zwischen Hannover und den Niederlanden über die Richtigstellung der Grenzlinie beim Dollart, unterzeichnet in Den Haag/Hannover am 14/19. März 1863, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 127: 1863*, New York 1969, S. 303-309.

Konvention zwischen Österreich und Preußen über die Abtretung des Herzogtums Lauenburg an Preußen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 132: 1865*, New York 1969, S. 343-347.

Präliminar-Friedensvertrag und Waffenstillstands-Convention zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet in Nikolsburg am 26. Juli 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 132: 1865-1866*, New York 1969, S. 463-468.

Bündnisvertrag zwischen Anhalt, Bremen, Braunschweig, Hamburg, Lippe, Lübeck, Oldenburg, Preußen, Reuß-Schleiz, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Großherzogtum Sachsen, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen sowie Waldeck und Pymont, unterzeichnet am 18. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 39-45.

Friedensvertrag zwischen Bayern und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 22. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867. New York 1969, S. 53-63.

Friedensvertrag zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet am 23. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 71-80.

Friedensvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 3. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 147-157.

Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentum Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinets-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866, S. 555-556.

Vertrag zwischen Preußen und Reuß-Greiz, unterzeichnet in Berlin am 26. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 185-188.

Vertrag über den Verzicht an den Herzogtümern Schleswig und Holstein zwischen Oldenburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 27. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 193-195.

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Kurfürstentums Hessen vom 3. Oktober 1866, abgedr. in: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinets-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866, S. 594-596.

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau, 3. Oktober 1866, abgedr. in: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinets-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866, S. 597-599.

Patent wegen Besitznahme der vormaligen Freien Stadt Frankfurt, 3. Oktober 1866, abgedr. in: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinets-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866, S. 600-602.

Friedensvertrag zwischen Österreich und Italien vom 3. Oktober 1866, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 3: 1864-1875, London 1875, S. 1749-1759.

Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen, unterzeichnet in Berlin am 8. Oktober 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 225-227.

Friedensvertrag zwischen Sachsen und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 21. Oktober 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 265-277.

Vertrag über das Großherzogtum Luxemburg zwischen Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Preußen und Russland, unterzeichnet in London am 11. Mai 1867, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 135: 1867, New York 1969, S. 1-6.

Vertrag zwischen Preußen und Waldeck, unterzeichnet in Berlin am 18. Juli 1867, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 135: 1867, New York 1969, S. 231-237.

Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: Hirth, Georg, Hg., *Annalen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik*, Jg. 1, Berlin 1868, S. 1109-1120.

Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Artikels 6 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867, vom 18. November 1868, abgedr. in: *Archiv des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins. Jahrbuch für Staatsrecht, Verwaltung und Diplomatie des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins*, Jg. 2, Berlin 1869, S. 845-846.

Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Bayern über die Aufnahme der Tiroler Gemeinde Jungholz in das Bayerische Zoll- und Steuersystem, unterzeichnet in Wien am 3. Mai 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 137: 1868, New York 1976, S. 217-228.

Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vom 14. Juli 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 137: 1868, New York 1976, S. 391-394.

Grenzvertrag zwischen den Niederlanden und Preußen, unterzeichnet in Aachen am 11. Dezember 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 138: 1868-1869, New York 1976, S. 301-308.

Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Preußen, unterzeichnet in Wien am 9. Februar 1869, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 139: 1869, New York 1976, S. 27-55.

Protokoll der Verhandlungen über die Einrichtung eines deutschen Staatenbundes zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund, unterzeichnet in

Versailles am 15. November 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871*, New York 1976, S. 137-143.

Vertrag zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bund über die Einrichtung eines Deutschen Bundes, unterzeichnet in Versailles am 23. November 1870 abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871*, New York 1976, S. 153-174.

Vertrag zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund sowie Württemberg über den Beitritt Württemberg zur Verfassung des Norddeutschen Bundes, unterzeichnet in Berlin am 25. November 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871*, New York 1976, S. 201-219.

Kapitulationen zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund, unterzeichnet zwischen dem 2. September und dem 14. Dezember 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871*, New York 1976, S. 287-308.

Friedensvertrag zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, unterzeichnet in Frankfurt am 10. Mai 1871, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 3: 1864-1875, London 1875, S. 1954-1962.

Gesetz, betreffend die Vereinigung von Elsass und Lothringen mit dem Deutschen Reiche vom 9. Juni 1871, abgedr. in: *Archiv des Norddeutschen Bundes. Gesetze, Parlaments-Verhandlungen, diplomatische Aktenstücke, Berichte, Telegramme etc. betreffend den deutsch-französischen Krieg von 1870/71*, Jg. 5, Berlin 1874, S. 79-80.

Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg Rudolstadt, unterzeichnet in Berlin am 24. Juni 1822, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 72: 1822*, New York 1969, S. 377-383.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Weimar-Eisenach, unterzeichnet in Berlin am 27. Juni 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 73: 1822-1824*, New York 1969, S. 241-249.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Amt Mühlungen betreffend, unterzeichnet in Berlin am 10. Oktober 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 73: 1822-1824*, New York 1969, S. 405-410.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen das Oberherzogtum betreffend, unterzeichnet in Berlin am 10. Oktober 1823, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 73: 1822-1824*, New York 1969, S. 411-421.

Übereinkunft über die Grenzziehung zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Braunschweig am 24. Juni 1824, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 74: 1824*, New York 1969, S. 183-271.

Handels- und Zollverträge zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg, unterzeichnet am 24. Juli 1824, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 74: 1824*, New York 1969, S. 353-366.

Abkommen zwischen dem Graf von Bentinck und dem Herzog von Oldenburg bezüglich der Herrschaft Kniphausen, unterzeichnet in Berlin am 8. Juni 1825, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 75: 1824-1825*, New York 1969, S. 261-270.

Vertrag zwischen Lippe-Demold und Preußen, unterzeichnet in Detmold am 9. bzw. in Minden 17. Juni 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 76: 1825-1826*, New York 1969, S. 287-293.

Vertrag zwischen Anhalt-Bernburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 17. Juni 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 76: 1825-1826*, New York 1969, S. 295-302.

Vertrag über die Teilung von Sachsen-Gotha-Altenburg, unterzeichnet in Hildburghausen, Coburg und Meiningen am 15. November 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 76: 1825-1826*, New York 1969, S. 463-469.

Vertrag zwischen Mecklenburg-Schwerin und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 2. Dezember 1826, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 77: 1826-1827*, New York 1969, S. 11-19.

Vertrag zwischen Bremen und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 11. Januar 1827, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 77: 1826-1827*, New York 1969, S. 57-70.

Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich, unterzeichnet in Straßburg am 30. Januar 1827, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 77: 1826-1827*, New York 1969, S. 97-103.

Königlich sächsischer Hof-, Civil- und MilitärStaat im Jahr 1828, Leipzig 1828, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, *Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 - 1854*, Dresden 2001.

Zollvertrag zwischen Bayern und Württemberg, unterzeichnet in München am 18. Januar 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828*, New York 1969, S. 43-61.

Zollvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 14. Februar 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828*, New York 1969, S. 83-95.

Vertrag zwischen Anhalt-Köthen, Anhalt-Dessau und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 17. Juli 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 78: 1827-1828*, New York 1969, S. 439-449.

Vertrag zwischen Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Hannover, Hessen-Homburg, Hessen-Kassel, Nassau, Oldenburg, Reuß-Greiz, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt, unterzeichnet in Kassel am 24. September 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 79-92.

Zollvereinsordnung zwischen Bayern, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg veröffentlicht in Stuttgart am 26. September 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 107-136.

Vertrag zwischen dem Mitteldeutschen Handelsverein und Schwarzburg-Sondershausen unterzeichnet in Weimar am 25. Dezember 1828, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 102-106.

Vertrag zwischen Österreich und Bayern, unterzeichnet in Wien am 18. März 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 337-360.

Handelsvertrag zwischen Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg, unterzeichnet in Berlin am 27. Mai 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 409-420.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha unterzeichnet in Berlin am 4. Juli 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 79: 1828-1829*, New York 1969, S. 473-480.

Vertrag zwischen Frankreich und Preußen, unterzeichnet in Saarbrücken am 23. Oktober 1829, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 2: 1828-1863, London 1875, S. 837-840.

Vertrag zwischen Hessen-Homburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 31. Dezember 1829, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 80: 1829-1830*, New York 1969, S. 293-300.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in Berlin am 6. März 1830, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 80: 1829-1830*, New York 1969, S. 351-358.

Vertrag zwischen Oldenburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 24. Juli 1830, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 81: 1830-1831*, New York 1969, S. 85-95.

Vertrag zwischen Bayern, Sachsen-Weimar-Eisenach und Württemberg, unterzeichnet in München am 25. Januar 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 81: 1830-1831*, New York 1969, S. 175-183.

Vertrag zwischen Preußen und Waldeck, unterzeichnet in Berlin am 16. April 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 435-449.

Vertrag zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet in Karlsruhe am 19. Mai 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 481-484.

Vertrag zwischen Bayern, Württemberg und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in München am 14. Juni 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 81: 1830-1831, New York 1969, S. 489-496.

Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 9. Dezember 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 281-297.

Zollvertrag zwischen Preußen, Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel, unterzeichnet in Berlin am 25. August 1831, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 155-177.

Verträge zwischen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar-Eisenach, unterzeichnet am 13. und 16. Juni 1831 sowie am 13. November 1832, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 82: 1831-1832, New York 1969, S. 1-93.

Uebersicht der Königl. Sächs. Hof-, Staats- und Militärbehörden, Leipzig 1832, abgedr. in: Sächsisches Ministerium des Innern, Sächsische Staatshandbücher, CD 2: Jahrgänge 1877 - 1854, Dresden 2001.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern und Württemberg, unterzeichnet in Berlin am 22. März 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 219-240.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen, unterzeichnet in Berlin am 30. März 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 285-308.

Zollvertrag zwischen Hessen-Kassel, Preußen, Reuß ältere Linie, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, unterzeichnet in Berlin am 10. Mai 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 341-351.

Vertrag zwischen Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Württemberg und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins, unterzeichnet in Berlin am 11. Mai 1833, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 83: 1832-1833, New York 1969, S. 359-381.

Vertrag zwischen Braunschweig und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 1. Mai 1834, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 84: 1833-1834, New York 1969, S. 205-220.

Vertrag zwischen Preußen und Sachsen-Coburg und Gotha, unterzeichnet in Berlin am 31. Mai 1834, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 84: 1833-1834. New York 1969, S. 309-315.

Vertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Hessen-Homburg, unterzeichnet in Berlin am 20. Februar 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 63-69.

Vertrag zwischen Preußen und Russland, unterzeichnet in Berlin am 20. Februar 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 77-89.

Vertrag zwischen Baden und Bayern, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Preußen, Sachsen sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 2. Mai 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 129-153.

Vertrag zwischen Baden und Hohenzollern-Sigmaringen, unterzeichnet am 12. Oktober 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836. New York 1969, S. 341-346.

Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet im November 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 355-357.

Vertrag zwischen Nassau und Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 10. Dezember 1835, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 387-408.

Vertrag zwischen dem Senat der freien Stadt Frankfurt und Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt sowie dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein, unterzeichnet in Berlin am 2. Januar 1836, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 85: 1834-1836, New York 1969, S. 431-450.

Vertrag zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg, unterzeichnet in Hannover am 7. Mai 1836, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 86: 1836-1837, New York 1969, S.131-146.

Handelsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, Hannover sowie Oldenburg, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 119-137.

Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Hannover, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S.139-147.

Übereinkunft zwischen Braunschweig, Hannover und Oldenburg sowie Preußen, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 155-161.

Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Frankfurt, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsverein, Württemberg und Braunschweig, unterzeichnet in Hannover am 1. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 163-171.

Vertrag zwischen Schaumburg-Lippe sowie Braunschweig, Hannover und Oldenburg vom 11. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 179-191.

Grenzvertrag zwischen Hannover und Preußen, unterzeichnet in Bückeburg am 25. November 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 229-246.

Grenzvertrag zwischen Preußen und Russland, unterzeichnet in Gumbinnen am 8. bzw. 20. Dezember 1837, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 87: 1837-1838, New York 1969, S. 259-275.

Vertrag über die Annahme eines Zollsystems zwischen Holstein und dem Fürstentum Lübeck, unterzeichnet in Kopenhagen am 4. Januar 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 203-219.

Patent betreffend das Zollcartell mit dem Fürstentum Lübeck, gegeben am 20. Februar 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 219.

Vertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogtum Baden, unterzeichnet in Karlsruhe am 1. März 1839, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 88: 1838-1839, New York 1969, S. 331-340.

Grenzvertrag zwischen Baden und Frankreich, unterzeichnet in Karlsruhe am 5. April 1840, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 90: 1840, New York 1969, S. 31-82.

Übereinkunft zwischen Bayern und den Fürstentümern Reuß jüngere Linie, unterzeichnet in Bayreuth am 13. August 1840, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 90: 1840, New York 1969, S. 319-337.

Vertrag zwischen Lippe-Detmold und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 18. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 121-131.

Vertrag zwischen Braunschweig und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 151-174.

Vertrag zwischen Preußen und Braunschweig, unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 204-209.

Vertrag zwischen Hessen-Kassel und dem Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 13. November 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 257-263.

Vertrag zwischen Waldeck und dem Zollverein, unterzeichnet am 11. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 361-370.

Vertrag zwischen Braunschweig, dem Zollverein, Hannover und Oldenburg, unterzeichnet in Berlin am 16. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-42, New York 1969, S. 389-394.

Übereinkunft zwischen Preußen und den übrigen Staaten des Zollvereins nebst Braunschweig einerseits und Hannover andererseits wegen des Anschlusses des südlichen Teiles des Amtes Fallersleben an den Zollverein, unterzeichnet in Berlin am 17. Dezember 1841, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 92: 1841-1842, New York 1969, S. 414-420.

Vertrag zwischen den Niederlanden und dem Zollverein, unterzeichnet in Den Haag am 8. Februar 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 93: 1842, New York 1969, S. 37-48.

Vertrag zwischen Österreich und Frankfurt über den Besitz des Deutschen Ordens im Territorium der Freien Stadt Frankfurt, unterzeichnet in Frankfurt am 18. März 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 93: 1842, New York 1969, S. 113-117.

Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden, unterzeichnet in Den Haag am 5. November 1842, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 94: 1842-1843, New York 1969, S. 37-64.

Übereinkunft zwischen Baden und Württemberg, unterzeichnet in Stuttgart am 28. Juni 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 153-160.

Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden über die Grenze zwischen Belgien und Luxemburg, unterzeichnet in Maastricht am 7. August 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg.

und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 209-222.

Grenzvertrag zwischen Belgien und den Niederlanden, unterzeichnet in Maastricht am 8. August 1843, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 95: 1843, New York 1969, S. 223-244.

Grenzvertrag zwischen Österreich und Tirol über die Grenze von Tirol und Vorarlberg, unterzeichnet in München am 30. Januar 1844, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 96: 1843-1844, New York 1969, S. 33-46.

Grenzvertrag zwischen Belgien und Frankreich, unterzeichnet in Sugny am 26. September 1844, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 97: 1844-1845, New York 1969, S. 321-324.

Geheimvertrag über einen Gebietstausch zwischen Österreich, Lucca, Modena, Sardinien und Toscana, unterzeichnet in Florenz am 28. November 1844, in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 97: 1844-1845, New York 1969, S. 444-458.

Vertrag über die Förderung des gegenseitigen Handels und Konvention über die Unterdrückung von Schleichhandel zwischen den Staaten der Hannoveranischen Zollvereinigung und Braunschweig sowie dem Zollverein, unterzeichnet in Braunschweig am 16. Oktober 1845, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 99: 1845-1846, New York 1969, S. 47-53.

Konvention zwischen Österreich, Preußen und Russland über die Inkorporation Kraukaus in Österreich, unterzeichnet am 15. April 1846 in Berlin, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 99: 1845-1846, New York 1969, S. 411-415.

Vertrag zwischen Lucca und Toskana, unterzeichnet in Florenz am 4. Oktober 1847, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 101: 1847, New York 1969, S. 369-373.

Grenzvertrag zwischen Sachsen und Österreich, unterzeichnet am 5. März 1848, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 102: 1847-1849, New York 1969, S. 109-156.

Deklaration zwischen Braunschweig und Hannover betreffend den Einschluss einiger braunschweigischer Dörfer in den Steuerverein, unterzeichnet in Hannover am 17. Juni 1848, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 102: 1847-1849, New York 1969, S. 291-293.

Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 10. Juli 1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 207-219.

Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen über die vorläufige Einrichtung einer Bundeskommission für den Deutschen Bund, unterzeichnet in Wien am 30. September

1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 285-289.

Vertrag zwischen Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 7. Dezember 1849, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 103: 1849-1850, New York 1969, S. 375-382.

Vertrag zwischen Lippe und Preußen, unterzeichnet am 17. Mai 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 123-126.

Friedensvertrag zwischen Dänemark und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 2. Juli 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 155-158.

Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet in Olmütz am 29. November 1850, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 104: 1850, New York 1969, S. 461-466.

Vertrag und Preußen über die Verbindung des Steuervereins mit dem Zollverein vom 7. September 1851, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 106: 1851, New York 1969, S. 215-228.

Vertrag zwischen Österreich und Liechtenstein über die Aufnahme Liechtensteins in das Österreichische Zollsystem unterzeichnet in Wien am 5. Juni 1852, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 108: 1852, New York 1969, S. 181-196.

Zollvertrag zwischen Österreich, Modena und Parma, unterzeichnet in Wien am 9. August 1852, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 108: 1852, New York 1969, S. 349-404.

Vertrag zwischen Dänemark und Oldenburg über die Einbeziehung des Fürstentums Lübeck in das holsteinische Zollsystem, unterzeichnet in Hamburg am 13. Februar 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 109: 1852-1853, New York 1969, S. 293-300.

Vertrag zwischen Dänemark und Hamburg über den Beitritt einiger Hamburger Exklaven zum Holsteinischen Zollsystem, unterzeichnet in Hamburg am 20. Juni 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 110: 1853, New York 1969, S. 347-354.

Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg, unterzeichnet in Berlin am 20. Juli 1853, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 110: 1853, New York 1969, S. 439-451.

Vertrag zwischen Baden und der Schweiz bezüglich der Grenze, unterzeichnet in Stuttgart und Zürich am 20. bzw. 31. Oktober 1854, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 112: 1854-1855, New York 1969, S. 251-256.

Handelsvertrag und Übereinkunft zwischen Bremen und dem Zollverein, unterzeichnet in Bremen am 26. Januar 1856, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 114: 1855-1856, New York 1969, S. 193-223.

Übereinkunft zwischen Österreich und Sachsen über die Beendigung der gemeinsamen Nutzung der Bergreviere Platten und Gottesgabe, unterzeichnet in Dresden am 30. September 1856 bzw. in Wien am 4. Oktober 1856, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 116: 1856-1857, New York 1969, S. 1-4.

Vertrag zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland und der Schweiz bezüglich Neuchâtel, unterzeichnet in Paris am 26. Mai 1857, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 117: 1857, New York 1969, S. 9-12.

Vertrag über die Organisation der Fürstentümer Moldawien und Walachei zwischen Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Russland, Sardinien und der Türkei, unterzeichnet in Paris am 19. August 1858, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 119: 1858, New York 1969, S. 349-361.

Vorfrieden zwischen Österreich und Frankreich, unterzeichnet in Villafranca am 11. Juli 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 120: 1858-1859, New York 1969, S. 491-492.

Grenzregulierungsprotokoll zwischen Österreich und der Schweiz, unterzeichnet in Münster am 13. September 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 121: 1859-1860, New York 1969, S. 91-96.

Vertrag zwischen Frankreich und Sardinien über die Abtretung der Lombardei, unterzeichnet in Zürich am 10. November 1859, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 121: 1859-1860, New York 1969, S. 171-178.

Vertrag über die Vereinigung von Savoyen und Nizza mit Frankreich, unterzeichnet in Turin am 24. März 1860, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 122: 1860, New York 1969, S. 23-26.

Vertrag zwischen Frankreich und Monaco über die Abtretung Mentones und Roccabrunas, unterzeichnet in Paris am 2. Februar 1861, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 2: 1828-1863, London 1875, S. 1462-1465.

Übereinkunft zwischen Italien und der Schweiz über die umstrittene Grenze zwischen der Lombardei und dem Kanton Ticino, unterzeichnet in Luzern am 5. Oktober 1861, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 124: 1861, New York 1969, S. 361-381.

Grenzvertrag zwischen Österreich und Bayern, unterzeichnet in Wien am 24. Juni 1862, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series*, Volume 126: 1862-1863, New York 1969, S. 51-80.

Traité relatif la Vailée des Dappes, unterzeichnet in Bern am 8. Dezember 1862, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 126: 1862-1863, New York 1969, S. 418-420.

Grenzvertrag über das Kanton Grisons zwischen Italien und der Schweiz, unterzeichnet in Tirano am 27. August 1863, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 128: 1863-1864, New York 1969, S. 161-168.

Deklaration zwischen Hannover und den Niederlanden über die Richtigstellung der Grenzlinie beim Dollart, unterzeichnet in Den Haag/Hannover am 14/19. März 1863, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 127: 1863, New York 1969, S. 303-309.

Konvention zwischen Österreich und Preußen über die Abtretung des Herzogtums Lauenburg an Preußen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 132: 1865, New York 1969, S. 343-347.

Präliminar-Friedensvertrag und Waffenstillstands-Convention zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet in Nikolsburg am 26. Juli 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 132: 1865-1866, New York 1969, S. 463-468.

Bündnisvertrag zwischen Anhalt, Bremen, Braunschweig, Hamburg, Lippe, Lübeck, Oldenburg, Preußen, Reuß-Schleiz, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Großherzogtum Sachsen, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen sowie Waldeck und Pymont, unterzeichnet am 18. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 39-45.

Friedensvertrag zwischen Bayern und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 22. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 53-63.

Friedensvertrag zwischen Österreich und Preußen, unterzeichnet am 23. August 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 71-80.

Friedensvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 3. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867, New York 1969, S. 147-157.

Gesetz betreffend die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentum Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der Preußischen Monarchie vom 20. September 1866, abgedr. in: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinets-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866, S. 555-556.

Vertrag zwischen Preußen und Reuß-Greiz, unterzeichnet in Berlin am 26. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867*, New York 1969, S. 185-188.

Vertrag über den Verzicht an den Herzogtümern Schleswig und Holstein zwischen Oldenburg und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 27. September 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867*, New York 1969, S. 193-195.

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Kurfürstentums Hessen vom 3. Oktober 1866, abgedr. in: *Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinetts-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866*, S. 594-596.

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau, 3. Oktober 1866, abgedr. in: *Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinetts-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866*, S. 597-599.

Patent wegen Besitznahme der vormaligen Freien Stadt Frankfurt, 3. Oktober 1866, abgedr. in: *Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten. Chronologische Zusammenstellung der in der Gesetz-Sammlung enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Kabinetts-Ordres, Erlasse und Publikanda, Jahrgang 1866*, S. 600-602.

Friedensvertrag zwischen Österreich und Italien vom 3. Oktober 1866, abgedr. in: Hertslet, Edward, *The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes*, 3 Bde., Bd. 3: 1864-1875, London 1875, S. 1749-1759.

Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen, unterzeichnet in Berlin am 8. Oktober 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867*, New York 1969, S. 225-227.

Friedensvertrag zwischen Sachsen und Preußen, unterzeichnet in Berlin am 21. Oktober 1866, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 133: 1866-1867*, New York 1969, S. 265-277.

Vertrag über das Großherzogtum Luxemburg zwischen Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Preußen und Russland, unterzeichnet in London am 11. Mai 1867, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 135: 1867*, New York 1969, S. 1-6.

Vertrag zwischen Preußen und Waldeck, unterzeichnet in Berlin am 18. Juli 1867, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., *The Consolidated Treaty Series, Volume 135: 1867*, New York 1969, S. 231-237.

Der territoriale Abschluss des Deutschen Zollvereins im Jahre 1868, abgedr. in: Hirth, Georg, Hg., *Annalen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik*, Jg. 1, Berlin 1868, S. 1109-1120.

Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Artikels 6 des Zollvereinigungs-Vertrages vom 8. Juli 1867, vom 18. November 1868, abgedr. in: Archiv des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins. Jahrbuch für Staatsrecht, Verwaltung und Diplomatie des Norddeutschen Bundes und des Zollvereins, Jg. 2, Berlin 1869, S. 845-846.

Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Bayern über die Aufnahme der Tiroler Gemeinde Jungholz in das Bayerische Zoll- und Steuersystem, unterzeichnet in Wien am 3. Mai 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 137: 1868, New York 1976, S. 217-228.

Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vom 14. Juli 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 137: 1868, New York 1976, S. 391-394.

Grenzvertrag zwischen den Niederlanden und Preußen, unterzeichnet in Aachen am 11. Dezember 1868, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 138: 1868-1869, New York 1976, S. 301-308.

Grenzvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Preußen, unterzeichnet in Wien am 9. Februar 1869, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 139: 1869, New York 1976, S. 27-55.

Protokoll der Verhandlungen über die Einrichtung eines deutschen Staatenbundes zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund, unterzeichnet in Versailles am 15. November 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871, New York 1976, S. 137-143.

Vertrag zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bund über die Einrichtung eines Deutschen Bundes, unterzeichnet in Versailles am 23. November 1870 abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871, New York 1976, S. 153-174.

Vertrag zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und dem Norddeutschen Bund sowie Württemberg über den Beitritt Württemberg zur Verfassung des Norddeutschen Bundes, unterzeichnet in Berlin am 25. November 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871, New York 1976, S. 201-219.

Kapitulationen zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund, unterzeichnet zwischen dem 2. September und dem 14. Dezember 1870, abgedr. in: Parry, Clive, Hg. und Bearb., The Consolidated Treaty Series, Volume 142: 1870-1871, New York 1976, S. 287-308.

Friedensvertrag zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, unterzeichnet in Frankfurt am 10. Mai 1871, abgedr. in: Hertslet, Edward, The Map of Europe by Treaty; Showing the Various Political and Territorial Changes which Have Taken Place since the General Peace of 1814. With Numerous Maps and Notes, 3 Bde., Bd. 3: 1864-1875, London 1875, S. 1954-1962.

Gesetz, betreffend die Vereinigung von Elsass und Lothringen mit dem Deutschen Reiche vom 9. Juni 1871, abgedr. in: Archiv des Norddeutschen Bundes. Gesetze, Parlaments-

Verhandlungen, diplomatische Aktenstücke, Berichte, Telegramme etc. betreffend den deutsch-französischen Krieg von 1870/71, Jg. 5, Berlin 1874, S. 79-80.

Teil 2

Räume

Inhaltsverzeichnis von Teil 2

- 1. Vorbemerkung 135
- 2. Tabellarische Übersichten 137
 - 2.1 Staaten 137
 - 2.2 Provinzen 202
 - 2.3 Regierungsbezirke 232
 - 2.4 Exklaven 344
 - 2.5 Kondominatsgebiete 542

1. Vorbemerkung des Herausgebers

Neben den Veränderungen von Grenzen war die sich ebenfalls verändernde Zuordnung von Räumen bzw. Raumteilen zu Staaten, Staatenbünden und Zollvereinen eine der Hauptaufgaben, die das Projekt *HGIS Germany* zu lösen hatte. Jeder im System verzeichnete Flächenteil (Polygon) war in jedem Jahr der Erfassung einen - oder in der Regel mehreren - Flächen zugeordnet, und diese Zuordnungen veränderten sich im Zeitraum der Erfassung. Im WebGIS von *HGIS Germany* können diese Veränderungen jahresbezogen mit dem Flächen-Info-Button abgefragt werden. Um den Benutzer auch einen Eindruck der kontinuierlichen Veränderung über längere Zeiträume hinweg zu geben, sind in den nachfolgenden Datenblättern diese Veränderungen für den Zeitraum 1821-1871 systematisiert worden und werden in Tabellenform wiedergegeben, und zwar getrennt nach Staaten, Provinzen, Regierungsbezirken, Exklaven und Kondominatsgebieten. Im Gegensatz zu den Grenzänderungen, die pro Jahr ausgewiesen werden, steht in diesem Teil der Dokumentation der Ablauf von Veränderungen über einen längeren Zeitraum von 50 Jahren pro Gebietseinheit im Vordergrund der Betrachtung. Leider konnten aus Zeitgründen die Jahre ab 1872 nicht dokumentiert werden, aber auch hier ist die Änderungsfrequenz in dem nicht dokumentierten Teil wesentlich geringer als in dem nachstehend dokumentierten Zeitraum 1821-1871. Die einführenden Kurzbeschreibungen der Staaten, Provinzen und Regierungsbezirken wurden von Dorlis Blume verfasst (s. auch Bd. 4 dieser Reihe). Bei Recherche und Texterfassung zu diesem Teilband war neben der Bearbeiterin zudem Tamara Wagner maßgeblich beteiligt.

2. Tabellarische Übersichten

2.1 Staaten

Anhalt-Bernburg

Das Herzogtum Anhalt-Bernburg befindet sich in Mitteldeutschland. Es verteilt sich auf sieben Gebietsteile. Hauptstadt des souveränen Staates ist Bernburg, Sitz des Hofes Ballenstedt. Nach dem Tod des letzten Herzogs von Anhalt-Bernburg, Alexander Karl (1805-1863) am 19. August 1863, geht Anhalt-Bernburg an das Haus Dessau über und gehört fortan zum Herzogtum Anhalt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Anhalt-Bernburg
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	848 km ²
4.	Gebietsteile:	7

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	9 „Justizämter“ sowie 2 „Städte“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1863
16.	Im HGIS bis:	1862

Änderungen ab 1821

1826

13. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1863

15. Existenz: Ende des Staates Anhalt-Bernburg

Anhalt-Dessau

Das Herzogtum Anhalt-Dessau befindet sich in Mitteldeutschland. Es verteilt sich auf fünf Landesteile sowie zwei Exklaven. Hauptstadt und Sitz des Hofes ist Dessau, Residenzen befinden sich in Mosigkau, Oranienbaum und Zerbst. 1847 übernimmt Anhalt-Dessau die Verwaltung des Herzogtums Anhalt-Köthen, mit dem es sich 1853 zum Herzogtum Anhalt-Dessau-Köthen vereinigt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Anhalt-Dessau
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	864 km ²
4.	Gebietsteile:	6

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	7 „Justizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1853 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1852 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 13. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1853

- | | | |
|-----|-----------|--------------------------------|
| 15. | Existenz: | Ende des Staates Anhalt-Dessau |
|-----|-----------|--------------------------------|
-

Anhalt-Köthen

Das Herzogtum Anhalt-Köthen befindet sich in Mitteldeutschland und verteilt sich auf 4 Gebietsteile. Hauptstadt und Sitz des Hofes ist Köthen. Nach dem Tod des letzten Herzogs von Anhalt-Köthen, Heinrich (1778-1847) am 23. November 1847 wird das Land unter die Verwaltung von Anhalt-Dessau gestellt und 1853 mit diesem zum Herzogtum Anhalt-Dessau-Köthen vereinigt.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Anhalt-Köthen |
| 2. | Status: | Herzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 732 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 4 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-----------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 7 „Justizämter“ |

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1853 (ab 1847 als Kondominat)
16.	Im HGIS bis:	1852 (ab 1847 als Kondominat)

Änderungen ab 1821

1828

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1847

2.	Status:	Herzogtum, unter gemeinsamer externer Verwaltung
----	---------	--

1853

15.	Existenz:	Ende des Staates Anhalt-Köthen
-----	-----------	--------------------------------

Anhalt-Dessau-Köthen

Das Herzogtum Anhalt-Dessau-Köthen entsteht 1853 aus der Vereinigung der Herzogtümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen. Das Herzogtum befindet sich in Mitteldeutschland. Es besteht aus dem Dessau-Köthener Hauptteil, dem kleineren Landesteil Warmsdorf-Sandersleben sowie drei Exklaven. Hauptstadt und Sitz des Hofes ist Dessau, Residenzen befinden sich in Mosigkau, Oranienbaum, Zerbst und Köthen. Mit dem Tod des letzten Herzogs von Anhalt-Bernburg 1863 kommen alle anhaltischen Länder in den Besitz der Dessauer Linie, die ihre Gebiete nun unter dem Namen Herzogtum Anhalt zusammenfasst.

Ausgangsjahr 1853

1.	Name:	Anhalt-Dessau-Köthen
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.596 km ²
4.	Gebietsteile:	6

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	3 „Kreise“
8.	Ämter:	keine

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

Existenz

15.	Existent bis:	1863
16.	Im HGIS bis:	1862

Änderungen ab 1854

1863

15.	Existenz:	Ende des Staates Anhalt-Dessau-Köthen
-----	-----------	---------------------------------------

Anhalt

Das Herzogtum Anhalt entsteht 1863 aus der Vereinigung der Herzogtümer Anhalt-Bernburg und Anhalt-Dessau-Köthen. Es befindet sich in Mitteldeutschland und bildet, abgesehen von sechs Exklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Residenzen befinden sich neben Dessau in Oranienbaum, Mosigkau, Ballenstedt, Bernburg, Köthen und Zerbst.

Ausgangsjahr 1863

1.	Name:	Anhalt
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.444 km ²
4.	Gebietsteile:	7

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	6 „Kreise“
8.	Ämter:	keine

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

Existenz

15.	Existent bis:	1933
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1864

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Baden

Das Großherzogtum Baden befindet sich in Süddeutschland. Es bildet abgesehen von einigen En- und Exklaven ein geschlossenes Staatsgebiet, das sich bis 1914 nur unwesentlich verändert. Die Kondominate Widdern und Edelfingen werden bis 1846 von

Baden und Württemberg gemeinsam verwaltet, das Kondominat Kürnbach bis 1904 gemeinsam mit Hessen-Darmstadt. Hauptstadt und Regierungssitz ist Karlsruhe. Residenzen befinden sich neben Karlsruhe in Mannheim, Baden-Baden und bis 1832 auch in Bruchsal.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Baden
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	14.996 km ²
4.	Gebietsteile:	6

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	6 „Kreise“, 1 „Stadtamt“
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	81 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1952
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1832

6.	Regierungsbezirke:	4 „Kreise“, 1 „Stadtamt“
----	--------------------	--------------------------

1836

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1864

6.	Regierungsbezirke:	4 „Landeskommissarbezirke“
----	--------------------	----------------------------

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: *Nicht* Teil des Norddeutschen Bundes

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Bayern

Das Königreich Baiern, seit 1828 offiziell „Bayern“ geschrieben, befindet sich in Süddeutschland. Es besteht aus den zwei getrennt voneinander liegenden Landesteilen Pfalz und Bayern sowie der Exklave Kaulsdorf. Hauptstadt und Regierungssitz ist München. Hauptresidenz ist neben München Schloss Nymphenburg, eine Sommerresidenz befindet sich seit 1852 in Edenkoben (Pfalz).

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Bayern
 2. Status: Königreich
 3. Fläche (GIS-Wert): 76.321 km²
 4. Gebietsteile: 3

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: 8 „Kreise“
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 203 „Landgerichte“, 51 „Herrschaftsgerichte“, 23 „Städte“, 2 „Regierungs- und Justizkanzleien“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|-------------------------------|
| 15. | Existent bis: | noch existent (als Freistaat) |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | <i>Nicht</i> Teil des Norddeutschen Bundes |
|----|--------------------------|--|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Braunschweig

Das Herzogtum Braunschweig befindet sich in Nordwestdeutschland und besteht aus drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Unter gemeinsamer Verwaltung von Braunschweig und Hannover steht die „Kommunion-Unterharz“, die gemeinsame Rechte an Bergwerken und Hütten beinhaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Braunschweig, einige Regierungseinrichtungen befinden sich in Wolfenbüttel. Residenz der Herzöge ist zunächst das Braunschweiger Schloss „Grauer Hof“. Als dies 1830 abbrennt, residiert der Herzog bis zum Neubau des Braunschweiger Residenzschlosses 1837 in Schloss Richmond bei Braunschweig. Weitere Residenzen sind das Wolfenbütteler Schloss und das 1867 fertiggestellte Schloss Sibyllenort im schlesischen Fürstentum Oels.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Braunschweig |
| 2. | Status: | Herzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.730 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 8 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|------------|-------|
| 5. | Provinzen: | keine |
|----|------------|-------|

6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	5 „Distrikte“
8.	Ämter:	17 „Kreisgerichte“, 2 „Städte“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1946
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1835

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
-----	--------------------------	------------------------

1838

13.	Externes Zollsystems:	Teile des Staatsgebiets werden dem Preußischen Zollsystem – und damit dem Deutschen Zollverein - angeschlossen
-----	-----------------------	--

1842

14.	Zoll- und Handelsverein:	Gesamtgebiet Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Bremen

Das Staatsgebiet der Freien Hansestadt Bremen befindet sich in Norddeutschland und besteht aus zwei, seit 1827 drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Hauptstadt und Regierungssitz ist die Stadt Bremen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Bremen
2.	Status:	Freie Stadt
3.	Fläche (GIS-Wert):	256 km ²
4.	Gebietsteile:	2

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	2 „Landherrschaften“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	noch existent (Bundesland)
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Frankfurt

Das Gebiet der Freien Stadt Frankfurt befindet sich in Westdeutschland. Neben dem Stadtgebiet Frankfurt gehören zum Staatsgebiet sechs Exklaven. Hauptstadt und Sitz der Regierung ist die Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt ist zudem Hauptstadt des Deutschen Bundes, Sitz der Bundesversammlung (Bundestag) und anderer Bundeseinrichtungen. Nach Auflösung des Bundes wird die Freie Stadt 1866 von Preußen annektiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Frankfurt |
| 2. | Status: | Freie Stadt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 106 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 7 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | keine |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|---------------------------------------|
| 15. | Existent bis: | 1866 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1865 (als Staat), 1914 (als Gemeinde) |

Änderungen ab 1821

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

15. Existenz: Ende der Freien Stadt Frankfurt. Beginn der Zeit als preußische Gemeinde

Hamburg

Das Staatsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg befindet sich in Norddeutschland. Hauptstadt und Regierungssitz ist die Stadt Hamburg. Neben dem Stadtgebiet Hamburgs und seinen Vororten zählen zum Staatsgebiet der Hansestadt Cuxhaven und die Nordsee-Insel Neuwerk sowie sechs Exklaven. An das Herzogtum Lauenburg grenzen die sogenannten beiderstädtischen Kondominate Geesthacht und Bergedorf, die von Lübeck und Hamburg gemeinsam verwaltet werden.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hamburg
2.	Status:	Freie Stadt
3.	Fläche (GIS-Wert):	345 km ²
4.	Gebietsteile:	9

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	1 „Amt“, 2 „Distrikte“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|---------------------------------|
| 15. | Existent bis: | noch existent (als Bundesland) |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Norddeutscher Bund |
|----|--------------------------|--------------------|

1868

- | | | |
|----|---------------|-----------------------------------|
| 4. | Gebietsteile: | 10 (einschließlich Amt Bergedorf) |
|----|---------------|-----------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Hannover

Das Königreich Hannover befindet sich in Norddeutschland und besteht aus drei teilweise getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Unter gemeinsamer Verwaltung von Braunschweig und Hannover steht die „Kommunion-Unterharz“, die gemeinsame Rechte an Bergwerken und Hütten beinhaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Hannover. Die Könige residieren bis 1837 in London, danach in Hannover und Herrenhausen. 1866 wird das Königreich Hannover von Preußen annektiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Hannover |
| 2. | Status: | Königreich |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 38.735 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 11 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|---|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | 5 „Provinzialregierungen“,
1 „Hoheitskommissariat“ sowie |

- | | | |
|----|---------|---|
| 7. | Kreise: | 1 „Berghauptmannschaft
keine |
| 8. | Ämter: | 119 „Ämter“, 29 „amtsfreie Städte“, 25
„Patrimonialgerichte“, 12 „Amtsvogteien“,
18 „adelige Gerichte“, 8 „königliche Gerichte“
sowie 2 „Obergerichte“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | Großbritannien |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|---------------------------------------|
| 15. | Existenz bis: | 1866 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1865 (ab 1866 als preußische Provinz) |

Änderungen ab 1821

1823

- | | | |
|----|--------------------|--|
| 6. | Regierungsbezirke: | 6 „Landdrosteien“, 1 „Berghauptmannschaft“ |
|----|--------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1837

- | | | |
|-----|----------------|---|
| 10. | Personalunion: | Ende der Personalunion mit Großbritannien |
|-----|----------------|---|

1854

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|-----|-----------|-------------------------------|
| 15. | Existenz: | Ende des Königreichs Hannover |
|-----|-----------|-------------------------------|
-

Hessen-Darmstadt

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt befindet sich in Mitteldeutschland und besteht aus zwei getrennt liegenden Landesteilen. Zum Großherzogtum gehören insgesamt zwölf Exklaven sowie das gemeinsam mit Baden verwaltete Kondominat Kürnbach. Hauptstadt, Regierungssitz und Residenz ist Darmstadt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hessen-Darmstadt
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	8.345 km ²
4.	Gebietsteile:	14

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	3 „Provinzen“
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	11 „Kantone“, 51 „Dominialämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1945
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1834

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1848

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 5. | Provinzen: | 3 „Provinzen“ |
| 6. | Regierungsbezirke: | 10 „Regierungsbezirke“ |

1850

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 6. | Regierungsbezirke: | 11 „Regierungsbezirke“ |
|----|--------------------|------------------------|

1852

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | 3 „Provinzialkommissariate“ |

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Hessen-Darmstadt wird mit seinem nördlichen Teil (dem Regierungsbezirk „Provinz Oberhessen“) Mitglied im Norddeutschen Bund. |
|----|--------------------------|--|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Hessen-Homburg

Die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die sich selbst Landgraftum nennt, befindet sich in Mittelddeutschland und besteht aus zwei getrennt liegenden Landesteilen. Hauptstadt und Residenz der Landgrafschaft ist Homburg vor der Höhe, dass sich ab 1912 Bad Homburg vor der Höhe nennt. Mit dem Tod des Landgrafen Ferdinand (1783-1866) am 24. März 1866 fällt die Landgrafschaft gemäß Erbvertrag an Hessen-Darmstadt. Als Folge des Deutschen Krieges geht sie aber bereits durch den Prager Frieden vom 23. August 1866 an Preußen über.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Hessen-Homburg |
| 2. | Status: | Landgrafschaft |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 221 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 2 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |

- | | | |
|----|---------|----------------------|
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 1 „Amt“, 1 „Oberamt“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1866 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1865 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|-----|-----------|---------------------------------|
| 15. | Existenz: | Ende des Staates Hessen-Homburg |
|-----|-----------|---------------------------------|

Hessen-Kassel

Das Staatsgebiet des Kurfürstentums Hessen, auch Kurhessen oder Hessen-Kassel genannt, befindet sich in Mitteldeutschland. Zu Hessen-Kassel gehören sieben Exklaven verschiedener Größe. Hauptstadt, Regierungssitz und Residenz ist Kassel mit der Orangerie und der Sommerresidenz Wilhelmshöhe. 1866 wird Hessen-Kassel von Preußen annektiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|---------|---------------|
| 1. | Name: | Hessen-Kassel |
| 2. | Status: | Kurfürstentum |

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9.368 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 7 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 77 „Ämter“, 5 „Städte“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1866 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1865 |

Änderungen ab 1821

1821

- | | | |
|----|--------------------|---------------|
| 6. | Regierungsbezirke: | 4 „Provinzen“ |
|----|--------------------|---------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1849

- | | | |
|----|--------------------|-------|
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
|----|--------------------|-------|

1851

6. Regierungsbezirke: 4 „Provinzen“
1866

15. Existenz: Ende des Staates Hessen-Kassel

Hohenzollern-Hechingen

Das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen befindet sich in Süddeutschland und bildet ein im Wesentlichen geschlossenes Staatsgebiet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Hechingen. Nach der Abdankung des regierenden Fürsten 1849 wird Hohenzollern-Hechingen Preußen angegliedert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Hohenzollern-Hechingen
2. Status: Fürstentum
3. Fläche (GIS-Wert): 256 km²
4. Gebietsteile: 2

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
6. Regierungsbezirke: keine
7. Kreise: keine
8. Ämter: keine

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
10. Staatengemeinschaft: keine
11. Personalunion: keine
12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existenz bis: 1849
16. Im HGIS bis: 1849

Änderungen ab 1821

1824

13. Externes Zollsystem: Teil des Württembergischen Zollsystems

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1849

15. Existenz: Ende des Staates Hohenzollern-Hechingen

Hohenzollern-Sigmaringen

Das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen befindet sich in Süddeutschland und besteht aus drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Die Kondominate Emerfeld-Warmthal und Dürmentingen werden von Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg gemeinsam verwaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Sigmaringen. Nach der Abdankung des regierenden Fürsten 1849 wird Hohenzollern-Sigmaringen Preußen angegliedert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hohenzollern-Sigmaringen
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	906 km ²
4.	Gebietsteile:	11

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	6 „Oberämter“ und 4 „Obervogteiämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1849 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1849 |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 13. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1849

- | | | |
|-----|-----------|---|
| 15. | Existenz: | Ende des Fürstentums Hohenzollern-Sigmaringen |
|-----|-----------|---|

Holstein

Zusammen mit den Herzogtümern Schleswig und Lauenburg gehört das Herzogtum Holstein bis 1864 zum dänischen Gesamtstaat mit der Hauptstadt Kopenhagen. Der dänische König ist in Personalunion Herzog von Holstein. Hauptstadt und Sitz der unteren Regierungsbehörden ist Glückstadt. Holstein liegt in Norddeutschland zwischen Nord- und Ostsee und bildet ein zusammenhängendes Staatsgebiet. Holstein ist – im Gegensatz zu Schleswig – Teil des Deutschen Bundes. Nach Ende des Deutschen Krieges 1866 fällt das zwischenzeitlich von Österreich verwaltete Herzogtum Holstein an Preußen und wird 1867 gemeinsam mit Schleswig als Provinz Schleswig-Holstein in den preußischen Staat integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Holstein |
| 2. | Status: | Herzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8.279 km ² |

4. Gebietsteile: 1

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 144 „adlige Güter“, 21 „Ämter“, 14 „Städte“, 2 „Herrschaften“, 2 „Landschaften“, 1 „Grafschaft“, 3 „Klöster“, sowie „Harden“, „Kirchspiele“, „Fideicommißgüter“ und „Kanzleigüter“, „Wildnisse“, „Lübische Güter“, „Lübische Stadtstiftsdörfer“, „Octroyierte Köge“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: Dänemark
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1867
 16. Im HGIS bis: 1866 (ab 1864: Kondominat)

Änderungen ab 1821

1838

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Dänischen Zollverbands

1848

2. Status: Herzogtum, unter gemeinsamer Regierung

1849

2. Status: Herzogtum, von Statthalterschaft verwaltet

1850

2. Status: Herzogtum

1851

2. Status: Herzogtum, unter Verwaltung der Bundeskommission

1852

2. Status: Herzogtum (in Personalunion mit Dänemark)

1864

2. Status: Herzogtum, unter gemeinsamer Verwaltung Preußens und Österreichs
 11. Personalunion: Ende der Personalunion mit Dänemark
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

1865

2. Status: Herzogtum, verwaltet durch einen österreichischen Statthalter

1866

15. Existenz: Ende des Herzogtums Holstein

Lauenburg

Zusammen mit den Herzogtümern Schleswig und Holstein gehört das Herzogtum Lauenburg bis 1864 zum dänischen Gesamtstaat mit der Hauptstadt Kopenhagen. Seit 1815 ist der dänische König in Personalunion Herzog von Lauenburg. Lauenburg befindet sich in Norddeutschland und bildet ein zusammenhängendes Staatsgebiet. Hauptstadt und Sitz der unteren Regierungsbehörden ist Ratzeburg. Wie Holstein ist Lauenburg Teil des Deutschen Bundes, 1865 bis 1876 ist es in Personalunion mit der preußischen Krone verbunden.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Lauenburg
 2. Status: Herzogtum
 3. Fläche (GIS-Wert): 1.230 km²
 4. Gebietsteile: 1

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine

8. Ämter: 4 „Ämter“, 3 „Städte“, 22 „adlige Güter“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund (über Holstein)
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: Dänemark
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1876
 16. Im HGIS bis: 1875

Änderungen ab 1821

1863

2. Status: Herzogtum, unter Verwaltung der Bundeskommission

1864

2. Status: Herzogtum, unter gemeinsamer externer Verwaltung
 11. Personalunion: Ende der Personalunion mit Dänemark, Beginn des Kondominats zwischen Preußen und Österreich.

1865

2. Status: Herzogtum
 11. Personalunion: Preußen
 13. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1868

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein besteht aus den zusammenhängenden Landschaften Vaduz und Schellenberg. Es liegt im Süden des Bundesgebietes und ist der kleinste Staat des Deutschen Bundes, dem es bis zu dessen Auflösung 1866 angehört. Neben dem Fürstentum Liechtenstein hat das Haus Liechtenstein weitere Besitzungen in Österreich, Mähren, Schlesien, der Lausitz, Ungarn und der Steiermark. Hauptstadt und Regierungssitz des Landes ist Vaduz. Die fürstliche Residenz befindet sich, ebenso wie die oberste Verwaltungsbehörde, bis 1938 in Wien.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Liechtenstein |
| 2. | Status: | Fürstentum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 155 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 1 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | keine |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------------------------------------|
| 15. | Existent bis: | noch existent als souveräner Staat |
| 16. | Im HGIS bis: | 1865 |

Änderungen ab 1821

1852

13. Externes Zollsystem: Teil des Österreichischen Zollsystems

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Ende der Mitgliedschaft im Deutschen Bund

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Lippe-Detmold

Das Fürstentum Lippe, nach der Residenz der regierenden Linie auch Lippe-Detmold genannt, befindet sich in Nordwestdeutschland. Es besteht im Wesentlichen aus einem zusammenhängenden Staatsgebiet. Das Kondominat Lippstadt wird von Preußen und Lippe-Detmold gemeinsam verwaltet. Hauptstadt, Residenz und Regierungssitz ist Detmold. Weitere Residenzen befinden sich in Schieder, Brake bei Lemgo und Sternberg, ein Jagdschloss in Lopshorn.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Lippe-Detmold
 2. Status: Fürstentum
 3. Fläche (GIS-Wert): 1.259 km²
 4. Gebietsteile: 5

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 12 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1945 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1842

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 13. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Norddeutscher Bund |
|----|--------------------------|--------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Lübeck

Das Staatsgebiet der Freien und Hansestadt Lübeck befindet sich in Norddeutschland. Neben dem eigentlichen Stadtgebiet Lübeck und seinen Vororten, zählen zu Lübeck neun Exklaven. Zudem verwaltet Lübeck bis 1868 gemeinsam mit Hamburg die Kondominate Geesthacht und Bergedorf. Hauptstadt und Regierungssitz ist die Stadt Lübeck.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------------------------|
| 1. | Name: | Lübeck |
| 2. | Status: | Freie Stadt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 315 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 10 (dazu 2 des Kondominats Bergedorf) |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 5 „Bezirke“ |

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1937
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1868

4.	Gebietsteile:	Verlust des mit Hamburg verwalteten Kondominats Bergedorf
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Luxemburg

Das 1815 durch die Wiener Kongreßakte begründete Großherzogtum Luxemburg ist bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes und wird in Personalunion vom niederländischen Königshaus Nassau-Oranien regiert. Ab 1890 stellt das Haus Nassau-Weilburg die luxemburgischen Regenten. Hauptstadt und Bundesfestung ist die Stadt Luxemburg. Luxemburg befindet sich im Westen des Deutschen Bundes und hat ein zusammenhängendes Staatsgebiet. 1839 fällt mehr als die Hälfte des Staatsgebiets an das 1830 gegründete Königreich Belgien. Nur noch der kleinere, östliche Teil verbleibt bis 1866 im Deutschen Bund und bis 1918 im deutschen Zollgebiet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Luxemburg
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	7.065 km ²
4.	Gebietsteile:	1

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	nicht erhoben
6.	Regierungsbezirke:	nicht erhoben
7.	Kreise:	nicht erhoben
8.	Ämter:	nicht erhoben

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	Niederlande
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	noch existent als souveräner Staat
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen am 1821

1842

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat	Ende der Mitgliedschaft im Deutschen Bund
----	-------------------------	---

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Mecklenburg-Schwerin

Das Staatsgebiet des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin befindet sich in Norddeutschland. Die nördliche Grenze bildet die Ostsee. Zu Mecklenburg-Schwerin gehören die drei Exklaven Ahrensberg, Rossow und Netzeband sowie die Ostsee-Insel Poel. Hauptstadt ist Schwerin. Als Residenz fungiert bis 1837 Ludwigslust, danach Schwerin.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Mecklenburg-Schwerin
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	12.772 km ²
4.	Gebietsteile:	4

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	29 „Domanialämter“, „Ritterschaftliche Ämter“, „Klosterämter“, 40 „Städte“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	Mecklenburg-Strelitz

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1933
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1868

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Mecklenburg-Strelitz

Das Staatsgebiet des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz befindet sich in Norddeutschland und besteht aus zwei getrennt voneinander liegenden Landesteilen, dem Fürstentum Ratzeburg und dem Herzogtum Strelitz. Zum Staatsgebiet gehören zudem sieben Exklaven. Haupt- und Residenzstadt ist Neustrelitz.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Mecklenburg-Strelitz |
| 2. | Status: | Großherzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.599 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 9 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|--|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 4 „Dominialämter“, 84 „Ritterschaftliche Güter“, 9 „Städte“, 1 „Amtsbezirk“ sowie 1 „Landvogtei“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | Mecklenburg-Schwerin |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1933 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1868

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Nassau

Das Staatsgebiet des Herzogtums Nassau befindet sich im Westen Deutschlands. Hauptstadt und Regierungssitz ist Wiesbaden. Der Sitz des Hofes befindet sich in Schloss Biebrich, ab 1839 auch im Wiesbadener Stadtschloss. Die alten Nassauer Residenzen in Weilburg, Hachenburg, Oranienstein und Montabaur werden fast nur noch als Jagdaufenthalte genutzt. 1866 wird Nassau von Preußen annektiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Nassau
 2. Status: Herzogtum
 3. Fläche (GIS-Wert): 4.855 km²
 4. Gebietsteile: 4

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 28 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines

14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1866

16. Im HGIS bis: 1865

Änderungen ab 1821

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

15. Existenz: Ende des Staates Nassau

Österreich (Staatsgebiet im Deutschen Bund)

Das zum Deutschen Bund gehörige österreichische Staatsgebiet liegt im Süden des Bundesgebiets und bildet ein im Wesentlichen geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Wien. Residenzen befinden sich in Wien und Prag, Nebenresidenzen sind Schönbrunn bei Wien und Belvedere in Wien. Nach seiner Niederlage im Deutschen Krieg 1866 scheidet Österreich aus dem Deutschen Bund aus und ist gezwungen, der Auflösung des Deutschen Bundes und der Bildung des Norddeutschen Bundes unter preußischer Führung zuzustimmen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Österreich
 2. Status: Kaisertum
 3. Fläche (GIS-Wert): 198.939 km² (Gebiete im Deutschen Bund)
 4. Gebietsteile: 1

Administrative Gliederung

5. Provinzen: 6 „Gubernien“ und 2 „Landesregierungen“
 6. Regierungsbezirke: nicht erhoben
 7. Kreise: „Kreise“ bzw. „Viertel“
 8. Ämter: „Landgerichte“, „Pflegergerichte“ sowie „Patrimonialämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund (mit den westlichen Gebieten)
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1918
16.	Im HGIS bis:	1865

Änderungen ab 1821

1849

5.	Provinzen:	11 „Kronländer“
----	------------	-----------------

1860

5.	Provinzen:	12 „Kronländer“
----	------------	-----------------

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende der Mitgliedschaft im Deutschen Bund Die Beobachtung Österreichs endet.
----	--------------------------	---

Oldenburg

Das Großherzogtum Oldenburg besteht aus den drei voneinander getrennten Landesteilen Oldenburg, Fürstentum Lübeck und Birkenfeld sowie der Insel Wangerooge. Hauptstadt, Regierungssitz und Residenz der Großherzöge ist die Stadt Oldenburg. Weitere Residenzen befinden sich in Eutin, Jever und Rastede.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Oldenburg
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	6.153 km ²
4.	Gebietsteile:	6

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	3 „Landesteile“
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	26 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1946
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1836

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
-----	--------------------------	------------------------

1854

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Preußen

Das Königreich Preußen liegt in Nord- und Mitteldeutschland. Es teilt sich in zwei große, nicht miteinander verbundene Landesteile, die im Nordwesten bzw. Osten Deutschlands liegen. Die nördliche Grenze ist die Ostsee. Als Oberbehörden bestehen im Königreich Preußen seit 1818 Provinzen, und zwar zunächst Niederrhein, Jülich-Kleve-Berg, Westfalen, Provinz Sachsen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Westpreußen und Ostpreußen. Die im östlichen Teil Preußens gelegenen Provinzen Posen, Westpreußen und Ostpreußen sind – außer in den Jahren 1848-1851 - nicht Bestandteil des Deutschen Bundes. 1822 werden Jülich-Kleve-Berg und Niederrhein zur Rheinprovinz, und 1829 bis 1878 West- und Ostpreußen zur Provinz Preußen zusammengefaßt. 1867 werden aus den neu hinzugewonnenen Gebieten die Provinzen Hessen-Nassau, Hannover und Schleswig-Holstein gebildet. 1876 wird das über eine Personalunion mit Preußen verbundene Herzogtum Lauenburg in die Provinz Schleswig-Holstein integriert. Ab 1883 bildet die Hauptstadt Berlin eine eigene Provinz. Im persönlichen Besitz des preußischen Königs befindet sich der Schweizer Kanton Neuenburg (Neuchâtel). Das Gebiet Neutral-Moresnet bei Aachen wird von Preußen und den Niederlanden gemeinsam verwaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Berlin, Residenzen befinden sich in Berlin, Potsdam und dem seinerzeit noch nicht eingemeindeten Charlottenburg bei Berlin sowie in Königsberg und Breslau.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Preußen
2.	Status:	Königreich
3.	Fläche (GIS-Wert):	273.799 km ² (einschließlich der östlichen Provinzen)
3a.	Fläche (GIS-Wert):	181.923 km ² (ohne die nicht zum Deutschen Bund zählenden östlichen Provinzen)
4.	Gebietsteile:	34

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	10 „Provinzen“
6.	Regierungsbezirke:	27 „Regierungsbezirke“
7.	Kreise:	330 „Kreise“
8.	Ämter:	nicht erhoben

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund (ohne die östlichen Provinzen)
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15. Existent bis: 1945
 16. Im HGIS bis: 1914

Änderungen ab 1821

1822

5. Provinzen: 9 „Provinzen“ (statt 10)
 6. Regierungsbezirke: 25 „Regierungsbezirke“ (statt 27)

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1829

5. Provinzen: 8 „Provinzen“ (statt 9)

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1849

9. Staatenbund/Bundesstaat: Ostprovinzen im Deutschen Bund

1850

6. Regierungsbezirke: 27 „Regierungsbezirke“ (statt 25)

1851

9. Staatenbund/Bundesstaat: Ostprovinzen *nicht* im Deutschen Bund

1852

6. Regierungsbezirke: 26 „Regierungsbezirke“ (statt 27)

1866

5. Provinzen: 9 „Provinzen“ (statt 8)
 9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1867

5. Provinzen: 11 „Provinzen“ (statt 9)
 6. Regierungsbezirke: 30 „Regierungsbezirke“ (statt 26)

1868

6. Regierungsbezirke: 29 „Regierungsbezirke“ (statt 30)

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz)

Das Staatsgebiet des Fürstentums Reuß ältere Linie oder Reuß-Greiz liegt in Mittelddeutschland. Es besteht aus den zwei getrennt voneinander liegenden Landesteilen Greiz und Burgk sowie vier Exklaven. Hauptstadt und Regierungssitz ist Greiz, wo sich auch die Residenz, das Untergreizer Schloss, befindet. In Burgk gibt es ein Jagdschloss.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz)
 2. Status: Fürstentum
 3. Fläche (GIS-Wert): 331 km²
 4. Gebietsteile: 6

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 4 „Ämter“, 1 „Fürstliches Stadtvogtegericht“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1919

16. Im HGIS bis: 1914

Änderungen ab 1821

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins (als Korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein).

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Reuß-Ebersdorf

Das Staatsgebiet des Fürstentums Reuß-Ebersdorf liegt in Mitteldeutschland. Es besteht aus sieben getrennt voneinander liegenden Gebietsteilen. Das Kondominat Fürstentum Gera steht unter gemeinsamer Verwaltung der Fürstentümer Reuß-Schleiz, Reuß-Ebersdorf und Reuß-Lobenstein. Hauptstadt und Regierungssitz ist Ebersdorf. Das Residenzschloss befindet sich ebenfalls in der Hauptstadt. Nach dem Tod des letzten Fürsten von Reuß-Lobenstein 1824 wird Reuß-Ebersdorf mit Reuß-Lobenstein zum Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf vereinigt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Reuß-Ebersdorf
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	147 km ²
4.	Gebietsteile:	7

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	1 „Justizamt“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	Fürstengemeinschaft Reuß jüngere Linie
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1824
16.	Im HGIS bis:	1823

Änderungen ab 1821

1824

15.	Existenz:	Ende des Staates Reuß-Ebersdorf
-----	-----------	---------------------------------

Reuß-Lobenstein

Das Fürstentum Reuß-Lobenstein liegt in Mitteldeutschland und besteht aus zwei getrennt voneinander liegenden Gebietsteilen. Hauptstadt und Regierungssitz ist Lobenstein. Das Residenzschloss liegt ebenfalls in der Hauptstadt. Das Kondominat Fürstentum Gera steht unter gemeinsamer Verwaltung der Fürstentümer Reuß-Schleiz, Reuß-Ebersdorf und Reuß-Lobenstein. Eine zweite, gemeinsame Regierung der Fürstentümer Reuß jüngere Linie befindet sich daher in Gera. Nach dem Tod des letzten Fürsten von Reuß-Lobenstein 1824 wird das Fürstentum mit Reuß-Ebersdorf zum Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf vereinigt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Reuß-Lobenstein
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	141 km ²

4. Gebietsteile: 2

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 1 „Justizamt“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: Fürstengemeinschaft Reuß jüngere Linie
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1824
 16. Im HGIS bis: 1823

Änderungen ab 1821

1824

15. Existenz: Ende des Staates Reuß-Lobenstein

Reuß-Schleiz

Das Fürstentum Reuß-Schleiz liegt in Mitteldeutschland und bildet ein geschlossenes Staatsgebiet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Schleiz. Das Residenzschloss befindet sich ebenfalls in der Hauptstadt. Das Kondominat Fürstentum Gera steht bis 1848 unter gemeinsamer Verwaltung der Fürstentümer Reuß-Schleiz, Reuß-Ebersdorf und Reuß-Lobenstein. Im Jahre 1848 überträgt der regierende Fürst von Reuß-Lobenstein und Ebersdorf sein Fürstentum auf die Linie Reuß-Schleiz. Aus der Vereinigung dieses Fürstentums mit dem bislang gemeinsam verwalteten Kondominat Fürstentum Gera und dem Fürstentum Reuß-Schleiz entsteht das Fürstentum Reuß jüngere Linie.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Reuß-Schleiz

2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	226 km ²
4.	Gebietsteile:	1

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	1 „Justizamt“ , 1 „Amtspflege“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	Fürstengemeinschaft Reuß jüngere Linie
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1848
16.	Im HGIS bis:	1847

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins (als Korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)
-----	--------------------------	--

1848

15.	Existenz:	Ende des Staates Reuß-Schleiz
-----	-----------	-------------------------------

Reuß-Lobenstein und Ebersdorf

Das Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf entsteht 1824 aus der Vereinigung der Fürstentümer Reuß-Lobenstein und Reuß-Ebersdorf. Es befindet sich in Mitteldeutschland und bildet ein geschlossenes Staatsgebiet. Hauptstadt ist Lobenstein. Regierungssitze sind Lobenstein und Ebersdorf. Das Residenzschloss liegt in Ebersdorf. Das Kondominat Fürstentum Gera steht unter gemeinsamer Verwaltung von Reuß-Schleiz und Reuß-Lobenstein und Ebersdorf. Mit der Abdankung des regierenden Fürsten zugunsten der Linie Reuß-Schleiz im Jahre 1848 geht das Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf in die neu geschaffenen Fürstentum Reuß jüngere Linie auf.

Ausgangsjahr 1824

1.	Name:	Reuß-Lobenstein und Ebersdorf
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	288 km ²
4.	Gebietsteile:	1

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	2 „Justizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	Fürstengemeinschaft Reuß jüngere Linie
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1848
16.	Im HGIS bis:	1847

Änderungen ab 1825

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins (als Korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)

1848

15. Existenz: Ende des Staates Reuß-Lobenstein und Ebersdorf

Reuß-Gera (Kondominat)

Das Fürstentum Reuß-Gera befindet sich in Mitteldeutschland und besteht aus vier getrennt voneinander liegenden Gebietsteilen. Seit dem Tod des letzten Fürsten von Reuß-Gera im Jahre 1802 steht das Fürstentum Gera als Kondominat unter der gemeinsamen Verwaltung der Fürstentümer Reuß jüngere Linie, namentlich von Reuß-Ebersdorf, Reuß-Lobenstein und Reuß-Schleiz. Gera ist Sitz der gemeinschaftlichen Landesregierung der Fürstentümer Reuß jüngere Linie und das Schloss Osterstein bei Gera ist gemeinsame Nebenresidenz der Fürsten Reuß jüngere Linie. Nach Übertragung des Staatsgebiets des Fürstentums Reuß-Lobenstein und Ebersdorf an die Linie Reuß-Schleiz im Jahre 1848 werden beide Fürstentümer mit dem bisher gemeinsam verwalteten Kondominat Fürstentum Gera zum Fürstentum Reuß jüngere Linie vereinigt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Reuß-Gera
2.	Status:	Fürstentum (Kondominat)
3.	Fläche (GIS-Wert):	304 km ²
4.	Gebietsteile:	4

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	2 „Justizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	Fürstengemeinschaft Reuß jüngere Linie
11.	Personalunion:	keine

12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keiner

14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1848

16. Im HGIS bis: 1847

Änderungen ab 1821

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

15. Existenz: Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz und das Kondominat Reuß-Gera werden zum Fürstentum Reuß jüngere Linie vereinigt.

Reuß jüngere Linie (Reuß-Schleiz)

Das Fürstentum Reuß jüngere Linie entsteht 1848 aus der Vereinigung des Fürstentums Reuß-Schleitz mit dem Fürstentum Reuß-Lobenstein und Ebersdorf und dem bisherigen Kondominat Fürstentum Gera. Das Staatsgebiet des Fürstentums liegt in Mitteldeutschland. Es besteht im Wesentlichen aus zwei getrennt voneinander liegenden Landessteilen. Hauptstadt und Regierungssitz ist Gera, Residenzen befinden sich in Gera, Schleiz und Ebersdorf.

Ausgangsjahr 1848

1. Name: Reuß jüngere Linie (Reuß-Schleiz)
 2. Status: Fürstentum
 3. Fläche (GIS-Wert): 817 km²

4. Gebietsteile: 5

Administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: keine
 7. Kreise: keine
 8. Ämter: 3 „Justizämter“, 1 „Bezirksamt“,
 1 „Amtspflege“

Überstaatliche Zuordnung

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutscher Bund
 10. Staatengemeinschaft: keine
 11. Personalunion: keine
 12. Staatsunion: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: Mitglied des Deutschen Zollvereins

Existenz

15. Existent bis: 1919
 16. Im HGIS bis: 1914

Änderungen ab 1849

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich
 14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Sachsen

Das Königreich Sachsen befindet sich in Mitteldeutschland. Es bildet ein im Wesentlichen geschlossenes Staatsgebiet, das sich bis 1914 nur wenig verändert. Hauptstadt und Sitz des Hofes ist Dresden. Sommerresidenzen befinden sich in Pillnitz und Moritzburg.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Sachsen |
| 2. | Status: | Königreich |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 15.182 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 4 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|----------------------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | 5 „Kreise“ |
| 7. | Kreise: | 11 „Amtshauptmannschaften“ |
| 8. | Ämter: | 54 „Amtsbezirke“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|-------------------------------|
| 15. | Existent bis: | noch existent (als Freistaat) |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1835

- | | | |
|----|--------------------|----------------------|
| 6. | Regierungsbezirke: | 4 „Kreisdirektionen“ |
|----|--------------------|----------------------|

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Norddeutscher Bund |
|----|--------------------------|--------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Sachsen-Altenburg

Das Herzogtum Sachsen-Altenburg entsteht 1826 aus dem Altenburger Landesteil des früheren Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg und wird nun von der vormaligen Linie Sachsen-Hildburghausen regiert, die das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Hildburghausen dafür an Sachsen-Meiningen abtritt. Das Herzogtum Sachsen-Altenburg befindet sich in Mitteldeutschland und besteht aus den zwei voneinander getrennten Landesteilen Fürstentum Altenburg und Stadtroda sowie acht Exklaven. Hauptstadt und Regierungssitz ist Altenburg. Residenzen befinden sich in Altenburg und Eisenberg.

Ausgangsjahr 1826

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Sachsen-Altenburg |
| 2. | Status: | Herzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.244 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 10 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 3 „Kreisämter“ sowie 2 „Justizämter“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1920 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1827

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins (als Korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Sachsen-Coburg und Gotha

Das Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha entsteht 1826 aus dem Gothaer Landesteil von Sachsen-Gotha-Altenburg, dem Coburger Anteil von Sachsen-Coburg-Saalfeld sowie kleineren Gebietsteilen von Sachsen-Hildburghausen. Das Herzogtum besteht aus den drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen Gotha und Coburg in Mitteldeutschland sowie dem Fürstentum Lichtenberg in Südwestdeutschland. Zum Staatsgebiet gehören zudem neun Exklaven. Hauptstadt und Regierungssitz ist Gotha. Residenzen sind Schloss Friedenstein in Gotha und Schloss Ehrenburg in Coburg, in denen der Hof abwechselnd residiert. Eine Nebenresidenz befindet sich in Callenberg.

Ausgangsjahr 1826

1. Name: Sachsen-Coburg und Gotha
 2. Status: Herzogtum
 3. Fläche (GIS-Wert): 2.534 km²
 4. Gebietsteile: 12

Politisch-administrative Gliederung

5. Provinzen: keine
 6. Regierungsbezirke: 3 „Landesteile“

- | | | |
|----|---------|--|
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 10 „Ämter“, 4 „Justizämter“ sowie
3 „Kantone“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | Zwischen den Herzogtümern Coburg und
Gotha besteht formal eine Personalunion |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1920 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1827

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 6. | Regierungsbezirke: | 2 „Landesteile“ |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins (als
Korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll-
und Handelsverein) |

1866

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Norddeutscher Bund |
|----|--------------------------|--------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Sachsen-Coburg-Saalfeld

Das Staatsgebiet des Herzogtums Sachsen-Coburg-Saalfeld besteht aus vier getrennt voneinander liegenden Gebietsteilen. Hauptstadt, Regierungssitz und Residenz ist Coburg. Nach dem Tod des letzten Herzogs der Gotha-Altenburger Linie im Jahre 1825 wird der sachsen-ernestinische Gesamtbesitz neu aufgeteilt. In diesem Zuge wird das Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld 1826 aufgelöst: Der Coburger Anteil inklusive Fürstentum Lichtenberg bildet zusammen mit Gotha das neue Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, der Saalfelder und der Themarer Landesteil gehen an Sachsen-Meiningen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Sachsen-Coburg-Saalfeld
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.498 km ²
4.	Gebietsteile:	4

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	6 „Justizämter“ , 3 „Kantone“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1826
16.	Im HGIS bis:	1825

Änderungen ab 1821

1826

15.	Existenz:	Ende des Staates Sachsen-Coburg-Saalfeld
-----	-----------	--

Sachsen-Gotha-Altenburg

Das Staatsgebiet des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg befindet sich in Mitteleuropa und besteht hauptsächlich aus den zwei getrennt voneinander liegenden Fürstentümern Altenburg und Gotha sowie zahlreichen Exklaven. Hauptstadt und Regierungssitz ist Gotha, Residenzen befinden sich in Gotha, Eisenberg und Altenburg. Nach dem Tod des letzten Herzogs der Gotha-Altenburger 1825 wird das Herzogtum im Folgejahr aufgelöst und die Güter auf die neu gegründeten Herzogtümer Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen aufgeteilt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Sachsen-Gotha-Altenburg
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.878 km ²
4.	Gebietsteile:	22

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	2 „Landesteile“
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	16 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1826
16.	Im HGIS bis:	1825

Änderungen ab 1821

1826

15.	Existenz:	Ende des Staates Sachsen-Gotha-Altenburg
-----	-----------	--

Sachsen-Meiningen

Das Staatsgebiet des Herzogtums Sachsen-Meiningen liegt in Mitteldeutschland und besteht aus zwei getrennt voneinander liegenden Landesteilen sowie zwei Exklaven. Das Kondominat Römhild wird bis 1826 gemeinsam mit dem Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg verwaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Meiningen. Die Residenz befindet sich in Meiningen, eine Nebenresidenz in Altenstein. Nach dem Tod des letzten Herzogs der Gotha-Altenburger Linie im Jahre 1825 wird der sachsen-ernestinische Gesamtbesitz neu aufgeteilt. Ohne selbst auf Gebiete verzichten zu müssen, erhält Sachsen-Meiningen Teile der aufgelösten Herzogtümer Sachsen-Coburg-Saalfeld, Sachsen-Hildburghausen und Sachsen-Gotha-Altenburg hinzu und erreicht damit eine Verdoppelung seines Staatsgebiets.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Sachsen-Meiningen
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.089 km ²
4.	Gebietsteile:	4

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	10 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1920
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1826

3:	Fläche (GIS-Wert):	2.403 km ²
----	--------------------	-----------------------

4.	Gebietsteile:	12
1828		
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
1833		
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
1834		
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins (als korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)
1866		
9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
1871		
9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Sachsen-Weimar-Eisenach

Das Staatsgebiet des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach befindet sich in Mitteldeutschland und besteht aus den beiden Fürstentümern Weimar und Eisenach sowie zahlreichen Exklaven. Hauptstadt und Regierungssitz ist Weimar, Residenzen befinden sich in Weimar und Eisenach.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Sachsen-Meiningen
2.	Status:	Großherzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.775 km ²
4.	Gebietsteile:	17

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	2 „Fürstentümer“
7.	Kreise:	3 „Kreise“
8.	Ämter:	30 „Justizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1920
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins (als korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)
-----	--------------------------	--

1850

6.	Regierungsbezirke:	keine
----	--------------------	-------

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Schaumburg-Lippe

Das Fürstentum Schaumburg-Lippe befindet sich in Nordwestdeutschland und bildet ein zusammenhängendes Staatsgebiet. Das Residenzschloss befindet sich in Bückeburg, eine weitere Residenz in Stadthagen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Schaumburg-Lippe
2.	Status:	Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	346 km ²
4.	Gebietsteile:	1

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	4 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1947
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1838

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuerverein
-----	--------------------------	-----------------------

1854

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Hannoverischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1866

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Norddeutscher Bund |
| 13. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutsches Reich |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Schleswig

Zusammen mit den Herzogtümern Holstein und Lauenburg gehört das Herzogtum Schleswig bis 1864 zum dänischen Gesamtstaat mit der Hauptstadt Kopenhagen. Der dänische König ist in Personalunion Herzog von Schleswig. Hauptstadt und Sitz der unteren Regierungsbehörden ist die Stadt Schleswig. Von 1854-1864 nutzt der dänische König Schloss Glücksburg als Nebenresidenz. Nach Ende des Deutschen Krieges 1866 fällt das zwischenzeitlich von Preußen und Österreich gemeinsam verwaltete Herzogtum an Preußen und wird 1867 gemeinsam mit Holstein als Provinz Schleswig-Holstein in den preußischen Staat integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Schleswig |
| 2. | Status: | Herzogtum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9.123 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 26 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|---|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | keine |
| 7. | Kreise: | keine |
| 8. | Ämter: | 11 „Ämter“, 7 „Landschaften“, 13 „Städte“, 110 „adlige Güter“, 1 „Kloster“, sowie „Harden“, „Kirchspiele“, „Fideicommißgüter“ und „Kanzleigüter“, „Wildnisse“, „Lübische Güter“, „Lübische Stadtstiftsdörfer“, „Octroyierte Köge“ |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Nicht Mitglied im Deutschen Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | Dänemark |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13. Externes Zollsystem: keines
 14. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

15. Existent bis: 1867
 16. Im HGIS bis: 1866 (ab 1864: Kondominat)

Änderungen ab 1821

1838

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Dänischen Zollverbands

1848

2. Status: Herzogtum, unter gemeinsamer Regierung

1849

2. Status: Herzogtum, von Landeskommission verwaltet

1850

2. Status: Herzogtum (in Personalunion mit Dänemark)

1863

2. Status: Herzogtum, mit Staatsgrundgesetz an das Königreich Dänemark angegliedert

1864

2. Status: Herzogtum, unter externer Verwaltung Preußens und Österreichs

11. Personalunion: Ende der Personalunion mit Dänemark

14. Zoll- und Handelsverein: keiner

1865

2. Status: Herzogtum, unter externer Verwaltung Preußens

1866

2. Status: Herzogtum, durch Preußen annektiert

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

15. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1867

15. Existenz: Ende des Staates Schleswig

Schwarzburg-Rudolstadt

Das Staatsgebiet des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt liegt in Mitteldeutschland. Es besteht aus drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Hauptstadt und Regierungssitz ist Rudolstadt, Residenzen befinden sich in Rudolstadt, Schwarzburg und Frankenhausen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Schwarzburg-Rudolstadt
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.036 km ²
4.	Gebietsteile:	10

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	2 „Herrschaften“ bzw. „Landeshauptmannschaften“
8.	Ämter:	12 „Ämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1920
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsverein

1833

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins (als korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: Norddeutscher Bund

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Schwarzburg-Sondershausen

Das Staatsgebiet des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen liegt in Mitteldeutschland. Es besteht im Wesentlichen aus drei getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Hauptstadt und Regierungssitz ist Sondershausen. Residenzen befinden sich in Sondershausen und Ebeleben.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Schwarzburg-Sondershausen
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	838 km ²
4.	Gebietsteile:	6

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	2 „Herrschaften“
8.	Ämter:	7 „Justizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	keine
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1920
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1833

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins (als korporatives Mitglied über den Thüring. Zoll- und Handelsverein)
-----	--------------------------	--

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Waldeck

Das Fürstentum Waldeck liegt in Nordwestdeutschland und besteht aus den zwei getrennt voneinander liegenden Landesteilen Fürstentum Waldeck und Grafschaft Pyrmont. Pyrmont ist bis 1849 in Personalunion, danach in Realunion mit Waldeck verbunden. Sitz der Regierung und Residenz des Fürsten ist Arolsen. Hauptstadt der Grafschaft Pyrmont ist Pyrmont.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Waldeck
2.	Status:	Fürstentum
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.079 km ²
4.	Gebietsteile:	2

Administrative Gliederung

5.	Provinzen:	keine
6.	Regierungsbezirke:	keine
7.	Kreise:	keine
8.	Ämter:	5 „Oberjustizämter“

Überstaatliche Zuordnung

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutscher Bund
10.	Staatengemeinschaft:	keine
11.	Personalunion:	Pyrmont
12.	Staatsunion:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

13.	Externes Zollsystem:	keines
14.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

15.	Existent bis:	1929
16.	Im HGIS bis:	1914

Änderungen ab 1821

1842

13.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
14.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1849

11.	Personalunion:	Ende der Personalunion mit Pyrmont. Pyrmont wird Teil des Staatsgebiets.
-----	----------------	---

1866

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Norddeutscher Bund
----	--------------------------	--------------------

1871

9.	Staatenbund/Bundesstaat:	Deutsches Reich
----	--------------------------	-----------------

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets
-

Württemberg

Das Königreich Württemberg befindet sich in Süddeutschland. Es bildet, abgesehen von einigen En- und Exklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet, das sich bis 1914 nur unwesentlich verändert. Die Kondominate Widdern und Edelfingen werden bis 1846 von Baden und Württemberg gemeinsam verwaltet. Die Kondominate Emerfeld-Warmthal und Dürmentingen werden von Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg gemeinsam verwaltet. Hauptstadt und Regierungssitz ist Stuttgart. Residenzen befinden sich in Stuttgart und Ludwigsburg.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Württemberg |
| 2. | Status: | Königreich |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 19.535 km ² |
| 4. | Gebietsteile: | 5 |

Administrative Gliederung

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------------------|
| 5. | Provinzen: | keine |
| 6. | Regierungsbezirke: | 4 „Kreise“ und 1 „Stadtdirektion“ |
| 7. | Kreise: | 63 „Oberamtsbezirke“ |
| 8. | Ämter: | keine |

Überstaatliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------|
| 9. | Staatenbund/Bundesstaat: | Deutscher Bund |
| 10. | Staatengemeinschaft: | keine |
| 11. | Personalunion: | keine |
| 12. | Staatsunion: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 13. | Externes Zollsystem: | keines |
| 14. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|-----|---------------|------|
| 15. | Existent bis: | 1952 |
| 16. | Im HGIS bis: | 1914 |

Änderungen ab 1821

1822

6. Regierungsbezirke: 4 „Kreise“

1828

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

9. Staatenbund/Bundesstaat: *Nicht* Teil des Norddeutschen Bundes

1871

9. Staatenbund/Bundesstaat: Deutsches Reich

14. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

2.2 Provinzen

a) Preußen

Provinz Brandenburg

Die preußische Provinz Brandenburg befindet sich in Ostdeutschland und bildet mit Ausnahme der innerhalb des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz gelegenen Exklave Klein-Menow ein geschlossenes Gebiet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Brandenburg
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	40.967 km ²
4.	Hauptstadt:	Potsdam

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	noch existent (als Bundesland)
----	---------------	--------------------------------

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Norddeutschen Bundes
----	--------------------------	-------------------------------

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutsches Reich |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Provinz Hannover

Die preußische Provinz Hannover wird 1867 aus dem 1866 von Preußen annektierten ehemaligen Königreich Hannover gebildet. Sie befindet sich in Norddeutschland und besteht aus drei teilweise getrennt voneinander liegenden Landesteilen. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Hannover.

Ausgangsjahr 1866

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Hannover |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 38.748 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Hannover |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|-------------------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Norddeutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1946 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1867

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutsches Reich |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Provinz Hessen-Nassau

Hessen-Nassau wird 1867 aus den 1866 von Preußen annektierten Staaten Hessen-Kassel, Nassau und Frankfurt sowie aus preußischem Territorialgewinn nach den Friedensverträgen mit Bayern und Hessen-Darmstadt gebildet. Sie umfasst mit Ausnahme des Gebiets Schaumburg, der Exklave Schmalkalden sowie einiger weiteren kleineren Exklaven ein zusammenhängendes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Kassel.

Ausgangsjahr 1867

1.	Name:	Hessen-Nassau
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	15.689 km ²
4.	Hauptstadt:	Kassel

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Norddeutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

Existenz

9.	Existent bis:	1944
----	---------------	------

Änderungen ab 1868

1871

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutsches Reich
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Jülich-Kleve-Berg

Die preußische Provinz Jülich-Kleve-Berg befindet sich in Westdeutschland und bildet ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Köln. Die Provinz wird im Zuge einer Reorganisation der preußischen Oberbehörden 1822 aufgelöst, ihr Gebiet wird in die Neugegründete Rheinprovinz eingebracht.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Jülich-Kleve-Berg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9.628 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Köln |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existenz bis: | 1822 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|-----------|-------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende der Provinz Jülich-Kleve-Berg. |
|----|-----------|-------------------------------------|
-

Provinz Niederrhein

Die preußische Provinz Niederrhein befindet sich in Westdeutschland und bildet mit Ausnahme der Exklaven Krofdorfer Wald und Wetzlar-Braunfels ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Koblenz.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Niederrhein |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 16.611 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Koblenz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1822 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|-----------|------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende der Provinz Niederrhein |
|----|-----------|------------------------------|
-

Provinz Ostpreußen

Die preußische Provinz Ostpreußen ist mit Ausnahme der Jahre 1848-1851 nicht Teil des Deutschen Bundes und gehört zu den östlichen Gebieten des Königreichs Preußen.

Sie bildet ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Königsberg.

Von 1828 bis 1878 bildet Ostpreußen gemeinsam mit Westpreußen die Provinz Preußen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Ostpreußen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 36.980 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Königsberg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|-------------|
| 9. | Existent bis: | 1829 (1945) |
|----|---------------|-------------|

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1829

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Vereinigung der Provinzen Ostpreußen und Westpreußen zur Provinz Preußen. Vorläufiges Ende der Provinz Ostpreußen. |
|----|-----------|--|
-

Provinz Pommern

Die preußische Provinz Pommern liegt in Norddeutschland und bildet mit Ausnahme der im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin gelegenen Exklave Zettmin ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Stettin.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Pommern |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 29.607 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Stettin |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1947 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Norddeutschen Bundes
----	--------------------------	-------------------------------

1871

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Reich
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Posen

Die preußische Provinz Posen gehört zu den östlichen Gebieten des Königreichs Preußen. Mit Ausnahme der Jahre 1848-1851, in denen die Gebietsteile mit überwiegend deutscher Bevölkerung aufgenommen wurden, war sie nicht Teil des Deutschen Bundes. Die Provinz Posen bildet ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist die Stadt Posen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Posen
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	29.536 km ²
4.	Hauptstadt:	Posen

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	<i>Nicht</i> Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existenz bis:	1920
----	---------------	------

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes (teilweise)

1851

6. Staatenbund/Bundesstaat: *Nicht* Teil des Deutschen Bundes

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Reich

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Preußen

Im Zeitraum von 1829 bis 1877 werden die preußischen Provinzen Westpreußen und Ostpreußen zu einer gemeinsamen Provinz Preußen zusammengefasst. Die westpreußischen Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder und die ostpreußischen Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen bleiben dabei unverändert bestehen. Die preußische Provinz Preußen ist mit Ausnahme der Jahre 1848-1851 nicht Teil des Deutschen Bundes und gehört zu den östlichen Gebieten des Königreichs Preußen. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Königsberg.

Ausgangsjahr 1829

1.	Name:	Preußen
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	62.336 km ²
4.	Hauptstadt:	Königsberg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
----	--------	---------

6. Staatenbund/Bundesstaat: *Nicht* Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: Preußisch-Hessischer Zollverein

Existenz

9. Existenz bis: 1878

Änderungen ab 1830

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1849

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

1851

6. Staatenbund/Bundesstaat: *Nicht* Teil des Deutschen Bundes

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Reich
 8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Rheinprovinz

Die preußische Rheinprovinz entsteht 1822 aus dem Zusammenschluss der preußischen Provinzen Niederrhein und Jülich-Kleve-Berg. Sie befindet sich in Westdeutschland und bildet mit Ausnahme der Exklaven Krofdorfer Wald und Wetzlar-Braunfels ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Koblenz.

Ausgangsjahr 1822

1. Name: Rheinprovinz
 2. Historische Bezeichnung: Provinz
 3. Fläche (GIS-Wert): 26.239 km²

4. Hauptstadt: Koblenz

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: 1946

Änderungen ab 1823

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Reich
8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Sachsen

Die preußische Provinz Sachsen befindet sich in Mitteldeutschland und bildet mit Ausnahme der exklavierten Kreise Schleusingen und Ziegenrück sowie 15 Exklaven ein zusammenhängendes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Magdeburg.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Provinz Sachsen
2. Historische Bezeichnung: Provinz
3. Fläche (GIS-Wert): 25.318 km²

4. Hauptstadt: Magdeburg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: 1947

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Reich
8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Schlesien

Die preußische Provinz Schlesien befindet sich im Osten des Deutschen Bundes und bildet ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Breslau.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Schlesien
2. Historische Bezeichnung: Provinz
3. Fläche (GIS-Wert): 40.513 km²
4. Hauptstadt: Breslau

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Staatenbund/Staatenbund: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1941 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|----|--------------------------|-------------------------------|
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Norddeutschen Bundes |
|----|--------------------------|-------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutsches Reich |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Provinz Schleswig-Holstein

Die Provinz Schleswig-Holstein wird 1867 aus den 1866 von Preußen annektierten ehemaligen Herzogtümern Holstein und Schleswig gebildet. Sie liegt in Norddeutschland zwischen Nord- und Ostsee und bildet ein zusammenhängendes Gebiet. Innerhalb Schleswig-Holsteins befinden sich vier zu Hamburg gehörenden Enklaven. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist zunächst Kiel, ab 1879 Schleswig.

Ausgangsjahr 1867

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Schleswig-Holstein |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 17.234 km ² |

4. Hauptstadt: Kiel

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als Bundesland)

Änderungen ab 1868

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutsches Reich
8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Westfalen

Die preußische Provinz Westfalen befindet sich in Westdeutschland und bildet mit Ausnahme der zwischen den Fürstentümern Lippe-Detmold und Waldeck gelegenen Exklave Lügde ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Münster.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Westfalen
2. Historische Bezeichnung: Provinz
3. Fläche (GIS-Wert): 20.116 km²
4. Hauptstadt: Münster

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: 1946

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Norddeutschen Bundes

1871

6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Reich

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollgebiets

Provinz Westpreußen

Die preußische Provinz Westpreußen ist mit Ausnahme der Jahre 1848-1851 nicht Teil des Deutschen Bundes und gehört zu den östlichen Gebieten des Königreichs Preußen. Sie bildet ein geschlossenes Gebiet. Hauptstadt und Sitz des Oberpräsidenten ist Danzig. Von 1828 bis 1878 bildet Westpreußen gemeinsam mit Ostpreußen die Provinz Preußen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Westpreußen
 2. Historische Bezeichnung: Provinz
 3. Fläche (GIS-Wert): 25.355 km²
 4. Hauptstadt: Danzig

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
 6. Staatenbund/Staatenbund: *Nicht* Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: 1829 (1945)

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: il des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1829:

9. Existenz: Vereinigung der Provinzen Ostpreußen und Westpreußen zur Provinz Preußen.
Vorläufiges Ende der Provinz Westpreußen

b) Österreich (Gebiet im Deutschen Bund)

Provinz Böhmen

Die Provinz Böhmen gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1820 das Königreich Böhmen. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Prag. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Böhmen
2. Historische Bezeichnung: Gubernium, Königreich
3. Fläche (GIS-Wert): 51.600 km²
4. Hauptstadt: Prag

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: 1918

Änderungen ab 1821

1849

2. Historische Bezeichnung: Kronland

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Kärnten

Die österreichische Provinz Kärnten gehört zum Deutschen Bund und umfasst das Herzogtum Kärnten. Hauptstadt ist Klagenfurt. Bis 1848 war Kärnten vom Gubernium Laibach mitverwaltet worden.

Ausgangsjahr 1849

1. Name: Kärnten
 2. Historische Bezeichnung: Kronland, Herzogtum
 3. Fläche (GIS-Wert): 11.486 km²
 4. Hauptstadt: Klagenfurt

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
 6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1850

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Küstenland

Die Provinz Küstenland gehört teilweise zum Deutschen Bund und ist 1820 bis 1848 Teil des Königreichs Illyrien. Sie umfasst 1820 die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, Triest, die Markgrafschaft Istrien, das frühere ungarische Küstengebiet (Litorale) und einen Teil Kroatiens am rechten Saveufer. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Triest. Ab 1849 führt die Provinz zusätzlich den historischen Namen Kronland. Zum Deutschen Bund zählen nur Gebietsteile der in der Provinz liegenden gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska sowie der Markgrafschaft Istrien.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Küstenland (Königreich Illyrien)
2.	Historische Bezeichnung:	Gubernium
3.	Fläche (GIS-Wert):	8.658 km ² (4.569 km ² im Deutschen Bund)
4.	Hauptstadt:	Triest

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes (teilweise)

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	1919
----	---------------	------

Änderungen ab 1821

1848

1.	Name:	Küstenland
----	-------	------------

1849

2.	Historische Bezeichnung:	Kronland
----	--------------------------	----------

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende des Deutschen Bundes
----	--------------------------	---------------------------

Provinz Laibach

Die Provinz Laibach gehört zum Deutschen Bund und ist 1820 bis 1848 Teil des Königreichs Illyrien. Sie umfasst 1820 das Herzogtum Krain sowie den östlichen Teil des Herzogtums Kärnten. Ab 1825 gehört das gesamte Herzogtum Kärnten zu Laibach, bis es 1849 eine eigenständige Provinz bildet. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Laibach. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Laibach (Königreich Illyrien)
2.	Historische Bezeichnung:	Gubernium
3.	Fläche (GIS-Wert):	16.597 km ²
4.	Hauptstadt:	Laibach

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	1918
----	---------------	------

Änderungen ab 1821

1848

1.	Name:	Laibach
----	-------	---------

1849

1.	Zweitname:	Krain
2.	Historische Bezeichnung:	Kronland

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende des Deutschen Bundes
----	--------------------------	---------------------------

Provinz Mähren

Die österreichische Provinz Mähren gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1849 die Markgrafschaft Mähren. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Brünn. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1849

1.	Name:	Mähren
2.	Historische Bezeichnung:	Kronland, Markgrafschaft
3.	Fläche (GIS-Wert):	22.320 km ²
4.	Hauptstadt:	Brünn

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	1918
----	---------------	------

Änderungen ab 1850

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende des Deutschen Bundes
----	--------------------------	---------------------------

Provinz Mähren und Schlesien

Die österreichische Provinz Mähren und Schlesien gehört zum Deutschen Bund und umfaßt 1820 das nach dem Siebenjährigen Krieg bei Österreich verblieben Herzogtum Schlesien sowie die Markgrafschaft Mähren. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Brünn.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Mähren und Schlesien
2.	Historische Bezeichnung:	Gubernium
3.	Fläche (GIS-Wert):	27.573 km ²

4. Hauptstadt: Brünn

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existenz bis: 1849

Änderungen ab 1821

1849

9. Existenz: Ende der Provinz Mähren und Schlesien

Provinz Niederösterreich

Die Provinz Niederösterreich gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1820 das Erzherzogtum Niederösterreich. Sitz der Regierung (bzw. der Landesregierung) ist Wien. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Niederösterreich
2. Historische Bezeichnung: Landesregierung, Erzherzogtum
3. Fläche (GIS-Wert): 19.799 km²
4. Hauptstadt: Wien

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1821

1849

2. Historische Bezeichnung: Kronland

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Oberösterreich

Die Provinz Oberösterreich gehört zum Deutschen Bund und umfaßt 1820 das Erzherzogtum Oberösterreich sowie (bis 1848) das Gebiet des Herzogtums Salzburg. Sitz der Regierung (bzw. der Landesregierung) ist Linz. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Oberösterreich
 2. Historische Bezeichnung: Landesregierung
 3. Fläche (GIS-Wert): 18.955 km²
 4. Hauptstadt: Linz

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
 6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1821

1849

2. Historische Bezeichnung: Kronland

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Salzburg

Die österreichische Provinz Salzburg gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1849 das Gebiet des Herzogtums Salzburg. Sitz der Regierung Salzburg. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet. Bis 1848 war Salzburg von Oberösterreich mitverwaltet worden.

Ausgangsjahr 1849

1. Name: Salzburg
 2. Historische Bezeichnung: Kronland, Herzogtum
 3. Fläche (GIS-Wert): 7.159 km²
 4. Hauptstadt: Salzburg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
 6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1850

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Schlesien (Österreich)

Die österreichische Provinz Schlesien gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1849 das nach dem Siebenjährigen Krieg bei Österreich verblieben Herzogtum Schlesien. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Troppau. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1849

1.	Name:	Schlesien (Öst.)
2.	Historische Bezeichnung:	Kronland, Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	5.253 km ²
4.	Hauptstadt:	Troppau

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	1918
----	---------------	------

Änderungen ab 1850

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende des Deutschen Bundes
----	--------------------------	---------------------------

Provinz Steiermark

Die österreichische Provinz Steiermark gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1820 das Herzogtum Steiermark. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Graz. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Steiermark
2.	Historische Bezeichnung:	Gubernium, Herzogtum
3.	Fläche (GIS-Wert):	28.424 km ²

4. Hauptstadt: Graz

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1821

1849

2. Historische Bezeichnung: Kronland

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Tirol

Die österreichische Provinz Tirol gehört zum Deutschen Bund und umfasst die gefürstete Grafschaft Tirol. Hauptstadt ist Innsbruck. Bis 1859 wurde von Innsbruck aus auch das Land Vorarlberg verwaltet.

Ausgangsjahr 1860

1. Name: Tirol
2. Historische Bezeichnung: Kronland, gefürstete Grafschaft
3. Fläche (GIS-Wert): 26.544 km²
4. Hauptstadt: Innsbruck

Administrative Zuordnung

5. Staat: Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat: Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1861

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Tirol und Vorarlberg

Die österreichische Provinz Tirol und Vorarlberg gehört zum Deutschen Bund und umfasst 1820 die gefürstete Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg. Sitz der Regierung (bzw. des Guberniums) ist Innsbruck. Ab 1849 werden die österreichischen Provinzen auch als Kronländer bezeichnet.

Ausgangsjahr 1820

1. Name:	Tirol und Vorarlberg
2. Historische Bezeichnung:	Gubernium
3. Fläche (GIS-Wert):	28.970 km ²
4. Hauptstadt:	Innsbruck

Administrative Zuordnung

5. Staat:	Österreich
6. Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem:	keines
8. Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9. Existent bis: 1860

Änderungen ab 1821

1849

2. Historische Bezeichnung: Kronland

1860

9. Existenz: Ende der Provinz Tirol und Vorarlberg

Provinz Vorarlberg

Die österreichische Provinz Vorarlberg gehört zum Deutschen Bund und umfaßt das Land Vorarlberg. Hauptstadt ist Bregenz. Bis 1859 war Vorarlberg gemeinsam mit Tirol verwaltet worden.

Ausgangsjahr 1860

1.	Name:	Vorarlberg
2.	Historische Bezeichnung:	Kronland, Land
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.426 km ²
4.	Hauptstadt:	Bregenz

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9. Existent bis: noch existent (als österr. Bundesland)

Änderungen ab 1861

1866

6. Staatenbund/Bundesstaat: Ende des Deutschen Bundes

Provinz Zator - Teil der Provinz Galizien und Lodomerien

Die zum Deutschen Bund zählenden westgalizischen Herzogtümer Zator und Auschwitz werden in HGIS Germany als „Provinz Zator“ geführt. Hauptstadt ist Zator. Im eigentlichen Sinne ist diese „Provinz Zator“ Bestandteil der größeren Provinz bzw. des Königreichs und (ab 1849) Kronlands Galizien und Lodomerien.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Zator – Teil Galizien und Lodomeriens
2.	Historische Bezeichnung:	Teil eines Gubernium
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.451 km ²
4.	Hauptstadt:	Zator

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Österreich
6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Teil des Deutschen Bundes

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

Existenz

9.	Existent bis:	1918
----	---------------	------

Änderungen ab 1821

1849

2.	Historische Bezeichnung:	Teil eines Kronland
----	--------------------------	---------------------

1866

6.	Staatenbund/Bundesstaat:	Ende des Deutschen Bundes
----	--------------------------	---------------------------

c) Hessen-Darmstadt

Provinz Starkenburg

Die Provinz Starkenburg existiert 1848 bis 1852 und gliedert sich in die vier Regierungsbezirke Darmstadt, Dieburg, Erbach und Heppenheim. Sitz der Regierung (bzw. der Kommission) ist Darmstadt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------------------|
| 1. | Name: | Starkenburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kommissionsbezirk der Provinzstadt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.052 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Darmstadt |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existenz bis: | 1852 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1849

1852

- | | | |
|----|-----------|------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende der Provinz Starkenburg |
|----|-----------|------------------------------|

Provinz Oberhessen

Die Provinz Oberhessen existiert 1848 bis 1852 und gliedert sich in die fünf Regierungsbezirke Alsfeld, Biedenkopf, Friedberg, Gießen und Nidda. Sitz der Regierung (bzw. der Kommission) ist Gießen.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------------------|
| 1. | Name: | Oberhessen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kommissionsbezirk der Provinzstadt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.965 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Gießen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1852 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1849

1852

- | | | |
|----|-----------|-----------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende der Provinz Oberhessen |
|----|-----------|-----------------------------|
-

Provinz Rheinhessen

Die Provinz Rheinhessen existiert 1848 bis 1852 und ist zunächst mit ihrem einzigen Regierungsbezirk Mainz identisch. Ab 1850 gliedert sie sich in die Regierungsbezirke Mainz und Worms. Sitz der Regierung (bzw. der Kommission) ist Mainz.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------------------|
| 1. | Name: | Rheinhessen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kommissionsbezirk der Provinzstadt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.328 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Mainz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Staatenbund/Bundesstaat: | Teil des Deutschen Bundes |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

Existenz

- | | | |
|----|---------------|------|
| 9. | Existent bis: | 1852 |
|----|---------------|------|

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz:

Ende der Provinz Rheinhessen

2.3 Regierungsbezirke

a) Baden

Regierungsbezirk Dreisamkreis

Der Dreisamkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 26. November 1809 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet, Regierungssitz ist Freiburg. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und der Dreisamkreis auf die Mittelbehörden Seekreis bzw. Mittelrheinkreis aufgeteilt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Dreisamkreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.501 km ²
4.	Hauptstadt:	Freiburg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Baden
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1832

Änderungen ab 1821

1832

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Dreisamkreis
----	-----------	---

Regierungsbezirk Freiburg

Das Landeskommissariat Freiburg ersetzt auf Grundlage des Organisationsgesetzes für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 weitgehend den bisherigen Oberrheinkreis des Großherzogtums Baden. Im Gegensatz zu den bisherigen Kreisregierungen nimmt das Landeskommissariat als Regionalbehörde ausschließlich Aufsichts- und

Koordinierungsaufgaben für die 1864 eingerichteten Bezirksämter wahr. Regierungssitz ist Freiburg.

Ausgangsjahr 1864

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Freiburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landeskommissarbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.716 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Freiburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Baden-Württemberg |

Änderungen ab 1865

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird 1819 als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden eingerichtet. Die Stadt Karlsruhe liegt inmitten des badischen Murg- und Pfinkreises. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und das Stadtamt Karlsruhe in den neu eingerichteten Mittelrheinkreis integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Karlsruhe |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Stadtamt |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Karlsruhe |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1832 |

Änderungen ab 1821

1832

- | | | |
|----|-----------|--------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Karlsruhe |
|----|-----------|--------------------------------------|
-

Regierungsbezirk Karlsruhe

Das Landeskommissariat Karlsruhe ersetzt auf Grundlage des Organisationsgesetzes für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 weitgehend den bisherigen Mittelrheinkreis des Großherzogtums Baden. Im Gegensatz zu den Kreisregierungen nimmt das Landeskommissariat als Regionalbehörde ausschließlich Aufsichts- und Koordinierungsaufgaben für die 1864 eingerichteten Bezirksämter wahr. Regierungssitz ist Karlsruhe.

Ausgangsjahr 1864

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Karlsruhe |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landeskommissarbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.569 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Karlsruhe |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Baden-Württemberg |

Änderungen ab 1865

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Kinzigkreis

Der Kinzigkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnung vom 26. November 1809 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet. Regierungssitz ist Offenburg. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und der Kinzigkreis in den neu eingerichteten Mittelrheinkreis integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Kinzigkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.478 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Offenburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1832 |

Änderungen ab 1821

1832

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Kinzigkreis |
|----|-----------|--|
-

Regierungsbezirk Konstanz

Das Landeskommissariat Konstanz ersetzt auf Grundlage des Organisationsgesetzes für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 weitgehend den bisherigen Seekreis des Großherzogtums Baden. Im Gegensatz zu den bisherigen Kreisregierungen nimmt das Landeskommissariat als Regionalbehörde ausschließlich Aufsichts- und Koordinierungsaufgaben für die 1864 eingerichteten Bezirksämter wahr. Regierungssitz ist Konstanz.

Ausgangsjahr 1864

1.	Name:	Konstanz
2.	Historische Bezeichnung:	Landeskommissarbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	4.218 km ²
4.	Hauptstadt:	Konstanz

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Baden
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	1945

Änderungen ab 1865

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Main- und Tauberkreis

Der Main- und Tauberkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnung vom 26. November 1809 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet. Regierungssitz ist Wertheim. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und der Main- und Tauberkreis in den neu eingerichteten Unterrheinkreis integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Main- und Tauberkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.517 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Wertheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1832 |

Änderungen ab 1821

1832

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Main- und Tauberkreis |
|----|-----------|--|

Regierungsbezirk Mannheim

Das Landeskommissariat Mannheim ersetzt auf Grundlage des Organisationsgesetzes für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 den bisherigen Unterrheinkreis des Großherzogtums Baden. Im Gegensatz zu den Kreisregierungen nimmt das Landeskommissariat als Regionalbehörde ausschließlich Aufsichts- und Koordinierungsaufgaben für die 1864 eingerichteten Bezirksämter wahr. Regierungssitz ist Mannheim.

Ausgangsjahr 1864

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Mannheim |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landeskommissarbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.447 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Mannheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1865

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Mittelrheinkreis

Der Mittelrheinkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird am 1. Mai 1832 aus dem Murg- und Pfinkreis sowie Teilen des Neckarkreises und des Dreisamkreises als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden eingerichtet. Regierungssitz ist zunächst Rastatt, ab 1847 Karlsruhe. Mit dem Organisationsgesetz für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 wird der Mittelrheinkreis durch das Landeskommissariat Karlsruhe ersetzt.

Ausgangsjahr 1832

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Mittelrheinkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.121 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Karlsruhe |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1864 |

Änderungen ab 1833

1836

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Mittelrheinkreis |
|----|-----------|---|
-

Regierungsbezirk Murg- und Pfinkreis

Der Murg- und Pfinkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird 1819 als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet. Regierungssitz ist Durlach. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und der Murg- und Pfinkreis in den neu eingerichteten Mittelrheinkreis integriert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Murg- und Pfinkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.221 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Durlach |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existenz bis: | 1832 |

Änderungen ab 1821

1832

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Murg- und Pfinkreis |
|----|-----------|--|
-

Regierungsbezirk Neckarkreis

Der Neckarkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 26. November 1809 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet. Regierungssitz ist Mannheim. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung aufgelöst und der Neckarkreis in die neu eingerichteten Mittelbehörden Unterrheinkreis und Mittelrheinkreis integriert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Neckarkreis (Baden)
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.864 km ²
4.	Hauptstadt:	Mannheim

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Baden
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1832

Änderungen ab 1821

1832

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Neckarkreis
----	-----------	--

Regierungsbezirk Oberrheinkreis

Der Oberrheinkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird am 1. Mai 1832 aus dem Dreisamkreis sowie Teilen des Kinzigkreises als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden eingerichtet. Regierungssitz ist Freiburg. Mit dem Organisationsgesetz für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 wird der Oberrheinkreis durch das Landeskommisariat Freiburg ersetzt.

Ausgangsjahr 1832

1.	Name:	Oberrheinkreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.077 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Freiburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1864 |

Änderungen ab 1833

1836

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Oberrheinkreis |
|----|-----------|---|

Regierungsbezirk Seekreis

Der Seekreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnung vom 26. November 1809 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden gegründet. Regierungssitz ist Konstanz. 1832 wird die bestehende Kreiseinteilung im Großherzogtum Baden aufgelöst. Der Seekreis bleibt als einzige Mittelbehörde bestehen und wird erst 1864 durch das Landeskommisariat Konstanz ersetzt.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Seekreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.359 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Konstanz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1864 |

Änderungen ab 1821

1836

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-----------|-------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Seekreis |
|----|-----------|-------------------------------------|
-

Regierungsbezirk Unterrheinkreis

Der Unterrheinkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird am 1. Mai 1832 aus dem Main- und Tauberkreis sowie Teilen des Neckarkreises als Mittelbehörde des Großherzogtums Baden eingerichtet. Regierungssitz ist Mannheim. Mit dem Organisationsgesetz für die innere Verwaltung vom 5. Oktober 1863 wird der Unterrheinkreis durch das Landeskommisariat Mannheim ersetzt.

Ausgangsjahr 1832

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Unterrheinkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.382 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Mannheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------|
| 5. | Staat: | Baden |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1864 |

Änderungen ab 1833

1836

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1864

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Unterrheinkreis

b) Bayern**Regierungsbezirk Isarkreis**

Der Isarkreis wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist München. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Isarkreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Oberbayern auf.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Isarkreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	16.159 km ²
4.	Hauptstadt:	München

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Bayern
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existenz bis:	1837

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1837

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Isarkreis

Regierungsbezirk Mittelfranken

Der Kreis Mittelfranken ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Rezatkreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Ansbach.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Mittelfranken |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 7.627 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Ansbach |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk des Freistaats Bayern |

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Niederbayern

Der Kreis Niederbayern ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Unterdonaukreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Passau.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Niederbayern |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10.708 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Passau |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk des Freistaats Bayern |

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Oberbayern

Der Kreis Oberbayern ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Isarkreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist München.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|------------|
| 1. | Name: | Oberbayern |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 17.239 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | München |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk des Freistaats Bayern |

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Oberdonaukreis

Der Oberdonaukreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Augsburg. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Oberdonaukreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Schwaben und Neuburg auf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Oberdonaukreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9.700 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Augsburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1837

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Oberdonaukreis |
|----|-----------|---|
-

Regierungsbezirk Oberfranken

Der Kreis Oberfranken, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Obermainkreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Bayreuth. Zu Oberfranken gehört zudem die Exklave Kaulsdorf, welche sich zwischen Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt befindet.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Oberfranken |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6.813 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Bayreuth |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

- | | | |
|----|---------------|--|
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk des Freistaats Bayern |
|----|---------------|--|

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Obermainkreis

Der Obermainkreis wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Bayreuth. Zum Obermainkreis gehört die Exklave Kaulsdorf, welche sich zwischen Sachsen-Coburg-Saalfeld und Schwarzburg-Rudolstadt befindet. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Obermainkreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Oberfranken auf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Obermainkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8.830 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Bayreuth |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1837

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Obermainkreis

Regierungsbezirk Oberpfalz und Regensburg

Der Kreis Oberpfalz und Regensburg ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Regenkreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Regensburg.

Ausgangsjahr 1837

1.	Name:	Oberpfalz und Regensburg
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	9.811 km ²
4.	Hauptstadt:	Regensburg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Bayern
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	noch existent als Regierungsbezirk Oberpfalz des Freistaats Bayern

Änderungen ab 1838

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Pfalz

Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die in Bayern bestehenden Kreise umbenannt. Der ehemalige Rheinkreis bleibt in Größe und Umfang unverändert bestehen und nennt sich fortan Pfalz.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Pfalz |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6.003 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Speyer |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1946 |

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg

Der Kreis Schwaben und Neuburg, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Oberdonaukreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Augsburg.

Ausgangsjahr 1837

- | | | |
|----|--------------------------|----------------------|
| 1. | Name: | Schwaben und Neuburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9.256 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Augsburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk Schwaben des Freistaats Bayern |

Änderungen ab 1838

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Regenkreis

Der Regenkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Regensburg. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Regenkreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Oberpfalz und Regensburg auf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Regenkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10.186 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Regensburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1837

- | | | |
|----|-----------|---------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Regenkreis |
|----|-----------|---------------------------------------|

Regierungsbezirk Rezatkreis

Der Rezatkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Ansbach. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Rezatkreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Mittelfranken auf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Rezatkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8.194 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Ansbach |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|----------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
|----|----------------------|--------|

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1837

- | | | |
|----|-----------|---------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Rezatkreis |
|----|-----------|---------------------------------------|
-

Regierungsbezirk Rheinkreis

Der Rheinkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Speyer. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt. Der Rheinkreis bleibt in Größe und Umfang unverändert bestehen und nennt sich fortan Pfalz.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Rheinkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6.003 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Speyer |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1829

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1837

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Rheinkreis

Regierungsbezirk Unterdonaukreis

Der Unterdonaukreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Passau. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Unterdonaukreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Niederbayern auf.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Unterdonaukreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	8.385 km ²
4.	Hauptstadt:	Passau

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Bayern
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existenz bis:	1837

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1837

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Unterdonaukreis

Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg

Der Kreis Unterfranken und Aschaffenburg, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ersetzt auf der Grundlage der Verordnung vom 29. November 1837 weitgehend den bisherigen Untermainkreis als Mittelbehörde des Königreichs Bayern. Regierungssitz ist Würzburg.

Ausgangsjahr 1837

1.	Name:	Unterfranken und Aschaffenburg
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	8.860 km ²
4.	Hauptstadt:	Würzburg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Bayern
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	noch existent als Regierungsbezirk Unterfranken des Freistaats Bayern

Änderungen ab 1838

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|----|--------------------------|--|
-

Regierungsbezirk Untermainkreis

Der Untermainkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage der Verordnungen von 1808 und 1817 nach französischem Vorbild als Mittelbehörde des Königreichs Bayern gegründet. Regierungssitz ist Würzburg. Mit der Verordnung vom 29. November 1837 werden die bestehenden Kreise umbenannt und teilweise neu gegliedert. Der Untermainkreis geht in dem neu eingerichteten Kreis Unterfranken und Aschaffenburg auf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Untermainkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8.860 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Würzburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------|
| 5. | Staat: | Bayern |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1837 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1837

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Untermainkreis |
|----|-----------|---|
-

c) Hannover

Regierungsbezirk Aurich

Gemäß den Bestimmungen der Wiener Kongressakte vom Juni 1815 überträgt das Königreich Preußen dem Königreich Hannover per Patent vom 28. September 1815 das Fürstentum Ostfriesland mit dem angegliederten Harlinger Land. Auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 wird die Provinzialregierung Aurich als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Aurich. Die Provinzialregierung ist zuständig für das Fürstentum Ostfriesland und das Harlinger Land. Mit dem Edikt "betreffend die Bildung der künftigen Staatsverwaltung" vom 12. Oktober 1822 wird die Provinzialregierung aufgelöst und 1823 aus denselben Gebietsteilen die Landdrostei Aurich gebildet. Zu Aurich gehören zudem die Nordsee-Inseln Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog und Spiekeroog.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Aurich
2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialregierung
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.149 km ²
4.	Hauptstadt:	Aurich

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hannover
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1946

Änderungen ab 1821

1823

2.	Historische Bezeichnung:	Landdrostei
----	--------------------------	-------------

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1835

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
----	--------------------------	------------------------

1854

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

Regierungsbezirk Berghauptmannschaft Clausthal

Auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 wird die Berghauptmannschaft am Oberharz, ab 1823 nach dem Regierungssitz Berghauptmannschaft Clausthal genannt, als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Clausthal. Die Berghauptmannschaft hat neben der Verwaltung der Hannoverschen Harzgebiete auch die Aufsicht der gemeinsam mit Braunschweig verwalteten „Kommunion-Unterharz“ inne, die gemeinsame Rechte an Bergwerken und Hütten beinhaltet.

Auf Grundlage der Landdrostei-Ordnung vom 18. April 1823 entsteht die Berghauptmannschaft Clausthal neu aus dem Königlichen Berg- und Forstamt Clausthal und den sieben Bergstädten Altenau, St. Andreasberg, Clausthal, Grund, Lautenthal, Wildemann und Zellerfeld.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Berghauptmannschaft Clausthal
2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialregierung
3.	Fläche (GIS-Wert):	591 km ²
4.	Hauptstadt:	Clausthal

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hannover
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1868

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1835

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Steuervereins

1854

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Hannover

1868

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Berghauptmannschaft Clausthal

Regierungsbezirk Grafschaft Bentheim

Gemäß Artikel 32 der Wiener Kongressakte vom Juni 1815 wird die zunächst durch frühere Verpfändung durch den Grafen von Bentheim an Hannover gekommene Grafschaft Bentheim dem Königreich Hannover übergeben. Auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 wird die Provinzialregierung Grafschaft Bentheim als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Bentheim. Die Provinzialregierung ist für die gesamte Grafschaft Bentheim zuständig. Mit dem Edikt "betreffend die Bildung der künftigen Staatsverwaltung" vom 12. Oktober 1822 wird die Provinzialregierung aufgelöst und der 1823 neu gebildeten Landdrostei Osnabrück angegliedert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Grafschaft Bentheim
2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialregierung
3.	Fläche (GIS-Wert):	899 km ²
4.	Hauptstadt:	Bentheim

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hannover
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existenz bis:	1823

Änderungen ab 1821

1823

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Grafschaft Bentheim |
|----|-----------|--|
-

Regierungsbezirk Grafschaft Hohnstein

Gemäß den Bestimmungen der Wiener Kongressakte vom Juni 1815 wird die Grafschaft Hohnstein von Preußen an das Königreich Hannover abgetreten, das zunächst eine provisorische Regierung einrichtet. Auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 wird das Königliche Hoheitskommissariat für die Grafschaft Hohnstein als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Ilfeld.

Mit dem Edikt "betreffend die Bildung der künftigen Staatsverwaltung" vom 12. Oktober 1822 wird das Hoheitskommissariat aufgelöst und die Verwaltung der 1823 gebildeten Landdrostei Hildesheim übertragen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|----------------------|
| 1. | Name: | Grafschaft Hohnstein |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Hoheits-Kommissariat |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 197 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Ilfeld |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|----------|
| 5. | Staat: | Hannover |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1823 |

Änderungen ab 1821

1823

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Grafschaft Hohnstein |
|----|-----------|---|
-

Regierungsbezirk Hannover

Auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 wird die Provinzialregierung Hannover als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Hannover. Die Provinzialregierung ist zuständig für die Fürstentümer Alenberg, Göttingen, Grubenhagen, Lüneburg und Hildesheim sowie die Grafschaften Hoya und Diepholz. Zur Provinzialregierung Hannover gehören auch die Exklaven Bodenwerder und Polle. Auf Grundlage der Landdrostei-Ordnung vom 18. April 1823 wird aus Teilen der bisherigen Provinzialregierung Hannover die Landdrostei Hannover als Mittelbehörde des Königreichs Hannover gebildet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hannover
2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialregierung
3.	Fläche (GIS-Wert):	21.485 km ²
4.	Hauptstadt:	Hannover

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hannover
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1946

Änderungen ab 1821

1823

2.	Historische Bezeichnung:	Landdrostei
----	--------------------------	-------------

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1835

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
----	--------------------------	------------------------

1854

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1866

- | | | |
|----|----------|----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Hannover |

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Hildesheim

Die Landdrostei Hildesheim wird auf Grundlage der Landdrostei-Ordnung vom 18. April 1823 aus Teilen der bisherigen Provinzialregierung Hannover als Mittelbehörde des Königreichs Hannover gebildet.

Ausgangsjahr 1823

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Hildesheim |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landdrostei |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.631 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Hildesheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|----------|
| 5. | Staat: | Hannover |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1946 |

Änderungen ab 1824

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1835

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|----|--------------------------|------------------------|

1854

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|----|----------|----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Hannover |

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Lüneburg

Die Landdrostei Lüneburg wird auf Grundlage der Landdrostei-Ordnung vom 18. April 1823 aus Teilen der bisherigen Provinzialregierung Hannover als Mittelbehörde des Königreichs Hannover gebildet. Regierungssitz ist die Stadt Lüneburg.

Ausgangsjahr 1823

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Lüneburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landdrostei |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11.014 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Lüneburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|----------|
| 5. | Staat: | Hannover |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1946 |

Änderungen ab 1824

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1835

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Steuervereins

1854

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

5. Staat: Preußen
6. Provinz: Hannover

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Osnabrück

Die Provinzialregierung Osnabrück wurde auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Osnabrück. Mit dem Edikt "betreffend die Bildung der künftigen Staatsverwaltung" vom 12. Oktober 1822 wird die Provinzialregierung Osnabrück aufgelöst und mit der Grafschaft Bentheim zusammengelegt. Aus beiden Gebieten entsteht 1823 die Landdrostei Osnabrück.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Osnabrück
2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialregierung
3.	Fläche (GIS-Wert):	5.502 km ²
4.	Hauptstadt:	Osnabrück

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hannover
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1946

Änderungen ab 1821

1823

2. Historische Bezeichnung: Landdrostei

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1835

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Steuervereins

1854

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Hannover

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Stade

Die Provinzialregierung Stade wurde auf Grundlage des Reskripts vom 14. Juli 1816 als Mittelbehörde des Königreichs Hannover eingerichtet. Regierungssitz ist Stade. Mit dem Edikt "betreffend die Bildung der künftigen Staatsverwaltung" vom 12. Oktober 1822 wird die Provinzialregierung aufgelöst und 1823 die Landdrostei Stade gebildet.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Stade
 2. Historische Bezeichnung: Provinzialregierung
 3. Fläche (GIS-Wert): 6.910 km²
 4. Hauptstadt: Stade

Administrative Zuordnung

5. Staat: Hannover

6. Provinz: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

9. Existent bis: 1946

Änderungen ab 1821

1823

2. Historische Bezeichnung: Landdrostei

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1835

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Steuervereins

1854

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Hannover

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

d) Hessen-Darmstadt

Regierungsbezirk Oberhessen

Die Provinz Oberhessen, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet seit 1803 eine Mittelbehörde des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, Regierungssitz ist Gießen.

Zu Oberhessen gehören die in Hessen-Kassel liegenden Exklaven Vöhl, Höringhausen und Eimelrod sowie die in Nassau liegenden Exklaven "Waldstück nordöstlich Dillingsdorf", Steinbach (mit einem exklavierten Waldstück), "Waldstück nördlich Homburg v.d.H." und Waldstück Heidenstock. Oberhessen gliedert sich seit 1821 in die elf Kreise Gießen, Grünberg, Alsfeld, Lauterbach, Biedenkopf, Vöhl, Vilbel, Friedberg, Büdingen, Nidda und Schotten. Im Jahre 1874 wird die Zahl der Kreise auf sechs reduziert: Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Gießen, Lauterbach und Schotten. Zwischen 1832 und 1860 übernehmen Kreisräte wesentliche Aufgaben der Provinzialregierung.

Von 1848 bis 1852 ersetzen fünf dann so benannte Regierungsbezirke - Biedenkopf, Alsfeld, Gießen, Nidda und Friedberg - vorübergehend die Kreise. Die vormaligen Provinzen werden zu Oberbehörden.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Oberhessen
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.957 km ²
4.	Hauptstadt:	Gießen

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hessen-Darmstadt
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existenz bis:	1848

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1832

2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialkommissariat
----	--------------------------	------------------------

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1848

9.	Existenz:	Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks
----	-----------	--

Oberhessen

1852

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Wiederherstellung des Regierungsbezirks
Oberhessen |
|----|-----------|---|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine
endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Rheinhessen

Die Provinz Rheinhessen, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet seit 1816 eine Mittelbehörde des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, Regierungssitz ist Mainz.

Auf dem Wiener Kongress 1815 waren die rheinhessischen Gebiete Hessen-Darmstadt u.a. als Ausgleich für das an Preußen abgetretene Herzogtum Westphalen zugestanden worden. Von 1801 bis 1814 gehörte das Gebiet zu Frankreich; das Französische Recht in Form des Code Napoléon behält auch unter Hessen-Darmstädter Regierung seine Gültigkeit, wodurch sich die Justiz Rheinhessens von der der beiden anderen Hessen-Darmstädter Mittelbehörden Starkenburg und Oberhessen unterscheidet. Entsprechend den französischen Verwaltungsstrukturen gliedert sich Rheinhessen zunächst in die elf Kantone Mainz, Nieder-Olm, Ober-Ingelheim, Bingen, Wollstein, Wörrstadt, Oppenheim, Bechtheim, Alzey, Pfeddersheim und Worms. 1835 wird die Verwaltungsstruktur an die der beiden anderen Hessen-Darmstädter Mittelbehörden Starkenburg und Oberhessen angepasst, und es werden die fünf Kreise Mainz, Bingen, Oppenheim, Alzey und Worms gebildet. Zwischen 1832 und 1860 übernehmen die Kreisräte wesentliche Aufgaben der Provinzialregierung.

Von 1848 bis 1852 ersetzen zwei dann so benannte Regierungsbezirke - Mainz und Worms - vorübergehend die Kreise, die vormaligen Provinzen werden zu Oberbehörden. Der Regierungsbezirk Worms wird 1850 eingerichtet. In den Jahren 1848 bis 1849 entspricht der Regierungsbezirk Mainz in seinem Umfang Rheinhessen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Rheinhessen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.328 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Mainz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1848 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinzialkommissariat |
|----|--------------------------|------------------------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks
Rheinessen |
|----|-----------|--|

1852

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Wiederherstellung des Regierungsbezirks
Rheinessen |
|----|-----------|---|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine
endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Starkenburg

Die Provinz Starkenburg, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet seit 1803 eine Mittelbehörde des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, Regierungssitz ist

Darmstadt. Zu Starkenburg gehören die zwischen dem badischen und dem württembergischen Neckarkreis liegende Exklave Wimpfen sowie die Exklaven "Flurstück nördlich Rappenu", Finkenhof und Helmhof, die sich im Neckarkreis des Großherzogtums Baden befinden.

Starkenburg gliedert sich 1821 in die zehn Kreise Bensheim, Darmstadt, Dieburg, Erbach, Groß-Gerau, Heppenheim, Lindenfels, Neustadt, Offenbach und Wimpfen. Im Jahre 1874 wird die Zahl der Kreise auf sieben reduziert: Bensheim, Darmstadt, Dieburg, Erbach, Groß-Gerau, Heppenheim und Offenbach. Zwischen 1832 und 1860 übernehmen die Kreisräte wesentliche Aufgaben der Provinzialregierung.

Von 1848 bis 1852 ersetzen vier dann so benannte Regierungsbezirke - Darmstadt, Dieburg, Heppenheim und Erbach – vorübergehend die Kreise, die vormaligen Provinzen werden zu Oberbehörden.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Starkenburg
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.059 km ²
4.	Hauptstadt:	Darmstadt

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hessen-Darmstadt
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1848

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1832

2.	Historische Bezeichnung:	Provinzialkommissariat
----	--------------------------	------------------------

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1848

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks Starkenburg |
|----|-----------|--|

1852

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Wiederherstellung des Regierungsbezirks Starkenburg |
|----|-----------|---|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirke 1848-1852

Regierungsbezirk Alsfeld

Der Regierungsbezirk Alsfeld wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Oberhessen. Sitz der Regierung ist Alsfeld. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Alsfeld |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.058 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Alsfeld |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Oberhessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existenz bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Alsfeld
-

Regierungsbezirk Biedenkopf

Der Regierungsbezirk Biedenkopf wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Oberhessen. Sitz der Regierung ist Biedenkopf. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Biedenkopf |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 716 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Biedenkopf |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Oberhessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existenz bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Biedenkopf
-

Regierungsbezirk Darmstadt

Der Regierungsbezirk Darmstadt wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Starkenburg. Sitz der

Regierung ist Darmstadt. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Darmstadt |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 955 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Darmstadt |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Starkenburg |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

- | | | |
|----|-----------|--------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Darmstadt |
|----|-----------|--------------------------------------|

Regierungsbezirk Dieburg

Der Regierungsbezirk Dieburg wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Starkenburg. Sitz der Regierung ist Dieburg. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Dieburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 629 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Dieburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
|----|--------|------------------|

6. Provinz: Starkenburg

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins
 9. Existent bis: 1852

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Dieburg

Regierungsbezirk Erbach

Der Regierungsbezirk Erbach wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Starkenburg. Sitz der Regierung ist Erbach. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

1. Name: Erbach
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 649 km²
 4. Hauptstadt: Erbach

Administrative Zuordnung

5. Staat: Hessen-Darmstadt
 6. Provinz: Starkenburg

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins
 9. Existent bis: 1852

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Erbach

Regierungsbezirk Friedberg

Der Regierungsbezirk Friedberg wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Oberhessen. Sitz der Regierung ist Friedberg. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Friedberg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 645 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Friedberg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Oberhessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existenz bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Friedberg

Regierungsbezirk Gießen

Der Regierungsbezirk Gießen wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Oberhessen. Sitz der

Regierung ist Gießen. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Gießen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 732 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Gießen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Oberhessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

- | | | |
|----|-----------|-----------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Gießen |
|----|-----------|-----------------------------------|

Regierungsbezirk Heppenheim

Der Regierungsbezirk Heppenheim wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Starkenburg. Sitz der Regierung ist Heppenheim. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Heppenheim |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 791 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Heppenheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
|----|--------|------------------|

6. Provinz: Starkenburg

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins
 9. Existent bis: 1852

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Heppenheim

Regierungsbezirk Mainz

Der Regierungsbezirk Mainz wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er entspricht in seinem Umfang der Provinz Rheinhessen. Sitz der Regierung ist Mainz. 1850 gibt der Bezirk einen Teil seines Gebiets an den neuen Regierungsbezirk Worms ab. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

1. Name: Mainz
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 1.328 km²
 4. Hauptstadt: Mainz

Administrative Zuordnung

5. Staat: Hessen-Darmstadt
 6. Provinz: Rheinhessen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins
 9. Existent bis: 1852

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Mainz
-

Regierungsbezirk Nidda

Der Regierungsbezirk Nidda wird am 31. Juli 1848 mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Verwaltung“ geschaffen. Er ist Teil der Provinz Oberhessen. Sitz der Regierung ist Nidda. Bereits mit Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | |
|-----------------------------|---------------------|
| 1. Name: | Nidda |
| 2. Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. Fläche (GIS-Wert): | 807 km ² |
| 4. Hauptstadt: | Nidda |

Administrative Zuordnung

- | | |
|-------------|------------------|
| 5. Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. Provinz: | Oberhessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| 7. Externes Zollsystem: | keines |
| 8. Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. Existenz bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Nidda
-

Regierungsbezirk Worms

Der Regierungsbezirk Worms wird 1850 durch Teilung des Regierungsbezirks Mainz geschaffen. Er ist Teil der Provinz Rheinhessen. Sitz der Regierung ist Worms. Bereits mit

Verordnung vom 12. Mai 1852 wird er aufgehoben und durch die bis 1848 geltende Kreiseinteilung erneut ersetzt.

Ausgangsjahr 1848

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Worms |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 593 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Worms |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 6. | Provinz: | Rhein Hessen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1852 |

Änderungen ab 1849

1852

- | | | |
|----|-----------|----------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Worms |
|----|-----------|----------------------------------|

e) Hessen-Kassel

Regierungsbezirk Fulda

Die Provinz Fulda, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage des Organisationsedikts vom 21. August 1821 als Mittelbehörde des Kurfürstentums Hessen-Kassel gebildet, Regierungssitz ist Fulda. Zur Provinz Fulda gehören die Exklave Schmalkalden, die von Sachsen-Gotha-Altenburg, dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt und Sachsen-Meiningen umgeben ist sowie die in Sachsen-Meiningen liegende Exklave Barchfeld. Die Provinz Fulda umfasst das Großherzogtum Fulda mit Ausnahme des Amtes Salmünster, das der Provinz Hanau angegliedert ist, das Fürstentum Hersfeld, die Grafschaft Schmalkalden und das Amt Friedewald. 1821 ist sie in die Kreise Fulda, Hünfeld, Hersfeld und Schmalkalden untergliedert. Die Kreiseinteilung bleibt bis zur Annexion des Kurfürstentums Hessen-Kassel durch Preußen 1866 weitgehend erhalten. In der Revolutionszeit - von Februar 1849 bis September 1851 - ist Hessen-Kassel in neun Bezirksdirektionen eingeteilt, welche die Provinzen als Mittelbehörden vorübergehend ersetzen.

Ausgangsjahr 1821

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Fulda |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Provinz |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.756 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Gießen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------------|
| 5. | Staat: | Hessen-Kassel |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1867 |

Änderungen ab 1822

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks Fulda |
|----|-----------|--|

1851

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Wiederherstellung des Regierungsbezirks Fulda |
|----|-----------|---|

1866

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | keine |

1867

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Fulda

Regierungsbezirk Hanau

Die Provinz Hanau, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage des Organisationsedikts vom 21. August 1821 als Mittelbehörde des Kurfürstentums Hessen-Kassel gebildet, Regierungssitz ist Hanau. Innerhalb der Hessen-Darmstädter Provinz Oberhessen befindet sich die Exklave Dorheim. Die Provinz Hanau besteht aus der ehemaligen Grafschaft Hanau, dem zuvor zu Fulda gehörenden Amt Salmünster und aus den fürstlich und gräflich Isenburgischen Hoheitsämtern Birstein, Langenselbold, Wächtersbach und Meerholz. 1821 ist sie in die Kreise Hanau, Gelnhausen, Salmünster und Schlüchtern untergliedert. Zum 1. Januar 1830 wird der Kreis Salmünster aufgelöst. Die Kreiseinteilung bleibt ansonsten bis zur Annexion des Kurfürstentums Hessen-Kassel durch Preußen 1866 weitgehend erhalten. In der Revolutionszeit - von Februar 1849 bis September 1851 - ist Hessen-Kassel in neun Bezirksdirektionen eingeteilt, welche die Provinzen als Mittelbehörden vorübergehend ersetzen.

Ausgangsjahr 1821

1.	Name:	Hanau
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.402 km ²
4.	Hauptstadt:	Hanau

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hessen-Kassel
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1867

Änderungen ab 1822

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

9. Existenz: Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks
Hanau

1851

9. Existenz: Wiederherstellung des Regierungsbezirks
Hanau

1866

5. Staat: Preußen

6. Provinz: keine

1867

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Hanau

Regierungsbezirk Niederhessen

Die Provinz Niederhessen, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage des Organisationsedikts vom 21. August 1821 als Mittelbehörde des Kurfürstentums Hessen-Kassel gebildet, Regierungssitz ist Kassel. Zu Niederhessen gehören die Exklaven Schaumburg und Laubach. Schaumburg ist vom Fürstentum Schaumburg-Lippe, der Provinzialregierung Hannover, dem Fürstentum Lippe-Detmold und dem Regierungsbezirk Minden umgeben, Laubach liegt im südlichen Teil der Provinzialregierung Hannover. Niederhessen umfasst den unteren Teil der ehemaligen Landgrafschaft gleichen Namens sowie das Fürstentum Fritzlar und die Grafschaft Schaumburg. 1821 ist Niederhessen in die Kreise Kassel, Hofgeismar, Wolfhagen, Fritzlar, Homberg, Melsungen, Witzenhausen, Eschwege, Rotenburg und Schaumburg untergliedert. Die Kreiseinteilung bleibt bis zur Annexion des Kurfürstentums Hessen-Kassel durch Preußen 1866 weitgehend erhalten. In der Revolutionszeit - von Februar 1849 bis September 1851 - ist Hessen-Kassel in neun Bezirksdirektionen eingeteilt, welche die Provinzen als Mittelbehörden vorübergehend ersetzen.

Ausgangsjahr 1821

1.	Name:	Niederhessen
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	4.281 km ²
4.	Hauptstadt:	Kassel

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hessen-Kassel
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1867

Änderungen ab 1822

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1832

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1848

9.	Existenz:	vorläufiges Ende des Regierungsbezirks Niederhessen
----	-----------	--

1851

9.	Existenz:	Wiederherstellung des Regierungsbezirks Niederhessen
----	-----------	---

1866

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	keine

1867

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Niederhessen
----	-----------	---

Regierungsbezirk Oberhessen

Die Provinz Oberhessen, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf der Grundlage des Organisationsedikts vom 21. August 1821 als Mittelbehörde des Kurfürstentums Hessen-Kassel gebildet, Regierungssitz ist Marburg. Zu Oberhessen gehört die Exklave Distrikt Katzenberg, die sich innerhalb der Hessen-Darmstädter Provinz Oberhessen befindet. Oberhessen umfasst den oberen Teil der ehemaligen Landgrafschaft Hessen sowie die Grafschaft Ziegenhain. 1821 ist es in die Kreise Marburg, Kirchhain, Frankenberg und Ziegenhain untergliedert. Die Kreiseinteilung bleibt bis zur Annexion des Kurfürstentums Hessen-Kassel durch Preußen 1866 weitgehend erhalten. In der Revolutionszeit - von Februar 1849 bis September 1851 - ist Hessen-Kassel in neun Bezirksdirektionen eingeteilt, welche die Provinzen als Mittelbehörden vorübergehend ersetzen.

Ausgangsjahr 1821

1.	Name:	Oberhessen (H.-Kassel)
2.	Historische Bezeichnung:	Provinz
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.927 km ²
4.	Hauptstadt:	Marburg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Hessen-Kassel
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1867

Änderungen ab 1822

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1832

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1848

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Vorläufiges Ende des Regierungsbezirks Oberhessen |
|----|-----------|---|

1851

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Wiederherstellung des Regierungsbezirks Oberhessen |
|----|-----------|--|

1866

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | keine |

1867

- | | | |
|----|-----------|---------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Oberhessen |
|----|-----------|---------------------------------------|

f) Oldenburg

Regierungsbezirk Fürstentum Birkenfeld

Das Fürstentum Birkenfeld wird dem Großherzogtum Oldenburg auf dem Wiener Kongress als Entschädigung für im Zuge der französischen Besatzung verlorene Gebiete zugestanden. Im Jahre 1817 gibt Preußen, das das Gebiet zwischenzeitlich verwaltet hatte, das Fürstentum an Oldenburg ab. Die Provinzialregierung Birkenfelds bewahrt weitgehende Eigenständigkeit und hat in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks. Regierungssitz ist Birkenfeld.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Fürstentum Birkenfeld |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landesteil |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 527 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Birkenfeld |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-----------|
| 5. | Staat: | Oldenburg |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

9. Existent bis: 1937

Änderungen ab 1821

1830

7. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Fürstentum Lübeck

Das seit 1773 in Personalunion mit dem Großherzogtum Oldenburg verbundene Fürstbistum Lübeck wird nach dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 säkularisiert und als weltliches Fürstentum Oldenburg angegliedert. Die Provinzialregierung Lübecks bewahrt weitgehende Eigenständigkeit und hat in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks. Regierungssitz ist Eutin.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Fürstentum Lübeck
 2. Historische Bezeichnung: Landesteil
 3. Fläche (GIS-Wert): 379 km²
 4. Hauptstadt: Eutin

Administrative Zuordnung

5. Staat: Oldenburg
 6. Provinz: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner
 9. Existent bis: 1937

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1839

7. Externes Zollsystem: Teil des Holsteinischen Zollsystems

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Dänischen Zollvereins

1864

7. Externes Zollsystem: *Nicht* Teil des Holsteinischen Zollsystems

8. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Dänischen Zollvereins

1867

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Herzogtum Oldenburg

Das Herzogtum Oldenburg, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 15. September 1814 als Mittelbehörde des Großherzogtums Oldenburg eingerichtet. Regierungssitz ist die Stadt Oldenburg. Zum Herzogtum Oldenburg gehört die Nordseeinsel Wangerooge und das jenseits der Weser befindliche Land Wührden.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Herzogtum Oldenburg

2. Historische Bezeichnung: Landesteil

3. Fläche (GIS-Wert): 5.247 km²

4. Hauptstadt: Oldenburg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Oldenburg

6. Provinz: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1946 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1836

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|----|--------------------------|------------------------|

1854

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

g) Preußen

Regierungsbezirk Aachen

Der preußische Regierungsbezirk Aachen wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Niederrhein gegründet, Regierungssitz ist Aachen. Ende 1820 ist er in die Kreise Aachen-Stadt, Aachen-Land, Düren, Erkelenz, Eupen, Geilenkirchen, Gemünd, Heinsberg, Jülich, Malmedy und Montjoie untergliedert. Ab 1822 ist der Regierungsbezirk Teil der neu gegründeten Rheinprovinz. Der Kreis Gemünd nennt sich ab 1829 Kreis Schleiden.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Aachen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.181 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Aachen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Niederrhein |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1972 |

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|----------|--------------|
| 6. | Provinz: | Rheinprovinz |
|----|----------|--------------|

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Arnsberg

Der preußische Regierungsbezirk Arnsberg wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Westfalen gegründet, Regierungssitz ist Arnsberg. 1820 ist er in die Kreise Altena, Arnsberg, Bochum, Brilon, Dortmund, Eslohe, Hagen, Hamm, Iserlohn, Lippstadt, Olpe, Siegen, Soest und Wittgenstein eingeteilt. An Stadtkreisen werden neu gebildet: 1875 Dortmund, 1876 Bochum, 1887 Hagen, 1896 Gelsenkirchen, 1899 Witten, 1901 Hamm, 1906 Herne, 1907 Iserlohn und Lüdenscheid, sowie 1911 Hörde. An Landkreisen entstehen zudem 1885 Bochum, Gelsenkirchen und Hattingen sowie 1887 Hörde und Schwelm.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|-------|----------|
| 1. | Name: | Arnsberg |
|----|-------|----------|

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 7.091 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Arnsberg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Westfalen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Nordrhein-Westfalen |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Berlin

Die preußische Stadt Berlin befindet sich in Ostdeutschland und bildet ein geschlossenes Gebiet umgeben von der preußischen Provinz Brandenburg. Bis 1821 ist die Stadt Berlin Regierungsbezirk der preußischen Provinz Brandenburg und ab 1881 selbständige preußische Provinz. In der Zwischenzeit wird Berlin im HGIS als statistischer Bezirk weitergeführt. Die Stadt Berlin ist Hauptstadt des Königreichs Preußen. Zudem ist die Stadt von 1867 bis 1870 Sitz der Bundeseinrichtungen des Norddeutschen Bundes und ab 1871 Hauptstadt des Deutschen Reichs.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|-------|--------|
| 1. | Name: | Berlin |
|----|-------|--------|

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 15 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Berlin |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Brandenburg |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1822 |

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Berlin
(im HGIS als statistischer Bezirk weitergeführt
bis 1880) |
|----|-----------|---|

Regierungsbezirk Breslau

Der preußische Regierungsbezirk Breslau wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Schlesien gegründet, Regierungssitz ist Breslau. Ende 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Breslau-Stadt, Breslau-Land, Brieg, Frankenstein, Glatz, Polnisch Wartenberg, Guhrau, Habelschwerdt, Militsch, Münsterberg, Namslau, Neumarkt, Nimptsch, Oels, Ohlau, Reichenbach, Schweidnitz, Steinau, Strehlen, Striegau, Trebnitz, Waldenburg und Wohlau untergliedert. 1854 wird aus Teilen des Kreises Glatz der Kreis Neurode gebildet. Polnisch Wartenberg wird 1888 in "Groß Wartenberg" umbenannt. Seit 1899 bildet die Stadt Schweidnitz einen eigenen Stadtkreis, und ab 1907 auch die Stadt Brieg.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Breslau |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 13.712 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Breslau |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
|----|--------|---------|

6. Provinz: Schlesien

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

9. Existent bis: 1945

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Bromberg

Der preußische Regierungsbezirk Bromberg 1815 als Mittelbehörde der Provinz Großherzogtum Posen gegründet, Regierungssitz ist Bromberg.

1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Bromberg, Chodziesen, Czarnikau, Gnesen, Inowraclaw, Mogilno, Schubin, Wirsitz und Wongorowitz untergliedert. 1875 kommt der Bromberger Stadtkreis hinzu, 1886 werden Strelno, 1887 Filehne, Witkowo und Znin als Kreise neu gebildet. 1877 wird der Kreis Chodziesen in "Kolmar in Posen" und 1904 Inowraclaw in "Hohensalza" umbenannt.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Bromberg
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 11.697 km²
 4. Hauptstadt: Bromberg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Posen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

9. Existenz bis: 1919 (1945)

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Danzig

Der preußische Regierungsbezirk Danzig wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Westpreußen gegründet, Regierungssitz ist Danzig. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Berent, Danzig-Stadt, Danzig-Land, Elbing, Karthaus, Marienburg, Neustadt und Preußisch Stargard untergliedert. Seit 1874 bildet Elbing einen eigenen Stadtkreis. 1887 kommen per die Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung, Dirschau und Putzig hinzu, der Kreis Danzig-Land wird aufgelöst.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Danzig
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 7.734 km²
 4. Hauptstadt: Danzig

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Westpreußen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|-------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1919 (1945) |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1829

- | | | |
|----|----------|---------|
| 6. | Provinz: | Preußen |
|----|----------|---------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Düsseldorf

Der preußische Regierungsbezirk Düsseldorf wird 1816 als Mittelbehörde der Provinz Jülich-Kleve-Berg gegründet, Regierungssitz ist Düsseldorf. 1820 ist der Regierungsbezirk in die neun Kreise Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gladbach, Grevenbroich, Krefeld, Lennep, Neuß und Solingen untergliedert. 1822 kommen die zuvor zum Regierungsbezirk Kleve gehörenden Kreise Dinslaken, Rees, Kleve, Rheinberg, Geldern und Kempen hinzu, wobei bereits ein Jahr später die Kreise Rheinberg und Geldern zum Kreis Geldern sowie Essen und Dinslaken zum Kreis Duisburg vereinigt werden. Ab 1822 ist der Regierungsbezirk Teil der neu gegründeten Rheinprovinz. 1857 wird der Kreis Moers neu gebildet, 1859 der Kreis Essen wiedererrichtet, 1861 die Stadtkreise Barmen und Elberfeld sowie der Kreis Mettmann gebildet. 1872 kommen die Stadtkreise Düsseldorf und Krefeld hinzu, 1873 der Stadtkreis Essen, 1874 der Stadtkreis Duisburg und der Landkreis Mülheim an der Ruhr sowie 1887 der Kreis Ruhrort. Es folgen die Stadtkreise Mönchen-Gladbach (1888) und Remscheid (1888), Solingen (1896), Oberhausen (1901), Mülheim an der Ruhr (1904), Rheydt (1907), Hamborn (1911) und Neuß (1913).

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------|
| 1. | Name: | Düsseldorf |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5.524 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Düsseldorf |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Jülich-Kleve-Berg |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Nordrhein-Westfalen |

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|----------|--------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
|----|----------|--------------|

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Erfurt

Der preußische Regierungsbezirk Erfurt wird als Mittelbehörde der Provinz Sachsen gegründet, Regierungssitz ist Erfurt. Zum Regierungsbezirk Erfurt gehören zahlreiche Exklaven: Der exklavierte Kreis Schleusingen, der exklavierte Kreis Ziegenrück, Wandersleben, Benneckenstein, Blintendorf, Gefell, Sparnberg, Blankenberg und Kamsdorf. 1820 ist der Regierungsbezirk Erfurt in die Kreise Erfurt, Obereichsfelder Kreis (Heiligenstadt), Hohenstein, Langensalza, Mühlhausen, Hennebergscher Kreis (Schleusingen), Weißensee, Untereichsfelder Kreis (Worbis), Kreis Neustadt (Ziegenrück)

und Erfurt untergliedert. An Stadtkreisen kommen neu hinzu 1872 Erfurt, 1882 Nordhausen und 1892 Mühlhausen.
Erfurt ist Verwaltungssitz des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Erfurt |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.585 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Erfurt |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Sachsen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1944 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Frankfurt/Oder

Der preußische Regierungsbezirk Frankfurt/Oder wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Brandenburg gegründet, Regierungssitz ist Frankfurt/Oder. 1820 ist der Regierungsbezirk untergliedert in die Landkreise Arnswalde, Calau, Cottbus, Crossen, Friedeberg, Guben, Königsberg/Neumark, Küstrin, Landsberg, Lebus, Luckau, Lübben, Soldin, Sorau,

Spremberg, Sternberg, Züllichau sowie den Stadtkreis Frankfurt/Oder. Der Kreis Küstrin wird 1836 wieder aufgelöst. An Stadtkreisen kommen hinzu 1884 Guben, 1886 Cottbus, 1892 Landsberg und 1897 Forst.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Frankfurt/Oder |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 19.890 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Frankfurt/Oder |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Brandenburg |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Gumbinnen

Der preußische Regierungsbezirk Gumbinnen wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Ostpreußen gegründet, Regierungssitz ist Gumbinnen. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Angerburg, Darkehmen, Goldap, Gumbinnen, Heydekrug, Insterburg, Johannsburg, Lötzen, Lyck, Niederung, Oletzko, Pillkallen, Ragnit, Sensburg, Stallupönen

und Tilsit untergliedert. Ab 1896 bildet Tilsit, und ab 1902 auch Insterburg einen eigenen Stadtkreis. 1905 gibt der Regierungsbezirk Gumbinnen die Kreise Johannisburg, Lötzen, Lyck und Sensburg an den neuzubildenden Regierungsbezirk Allenstein ab.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Gumbinnen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 15.795 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Gumbinnen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Ostpreußen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1829

- | | | |
|----|----------|---------|
| 6. | Provinz: | Preußen |
|----|----------|---------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Hohenzollern-Hechingen

Nach der Abdankung des Fürsten Friedrich Wilhelm II. Constantin (1801-1869) und der Übernahme durch Preußen 1850 wird das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen zwar in den preußischen Staat integriert, die Hechinger Regierung bleibt aber zunächst im Amt. Hauptstadt und Regierungssitz ist Hechingen. Bei der Übernahme durch Preußen 1850 besteht lediglich ein Oberamt Hechingen. Mit Verordnung vom 7. Januar 1852 werden die Regierungen Hohenzollern-Hechingens und Hohenzollern-Sigmaringens zum gemeinsamen Regierungsbezirk Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) vereinigt.

Ausgangsjahr 1850

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 1. | Name: | Hohenzollern-Hechingen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Fürstliche Regierung unter preußischem Kommissar |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 256 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Hechingen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1852 |

Änderungen ab 1851

1852

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Hohenzollern-Hechingen |
|----|-----------|---|

Regierungsbezirk Hohenzollern-Sigmaringen

Nach der Abdankung des Fürsten Karl Anton (1811-1885) und der Übernahme durch Preußen 1850 wird das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen zwar in den preußischen Staat integriert, die Sigmaringer Regierung bleibt aber zunächst im Amt. Zu Hohenzollern-Sigmaringen gehören die acht Exklaven Thalheim, Thiergarten, Igelswies, Tautenbronn, Mühlhausen, Langenenslingen, Bärenthal und Achberg-Esseratsweiler sowie die Kondominate Emerfeld-Warmthal und Dürmentingen, die gemeinsam mit Württemberg verwaltet werden. Bei der Übernahme durch Preußen 1850 bestehen die Oberämter

Ostrach, Wald, Sigmaringen, Strassberg, Gammertingen, Haigerloch und Glatt sowie die Obervogteiämter Achberg und Trochtelfingen. Mit Verordnung vom 7. Januar 1852 werden die Regierungen Hohenzollern-Hechingsens und Hohenzollern-Sigmaringens zum gemeinsamen Regierungsbezirk Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) vereinigt.

Ausgangsjahr 1850

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 1. | Name: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Fürstliche Regierung unter preußischem Kommissar |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 903 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Sigmaringen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1852 |

Änderungen ab 1851

1852

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Hohenzollern-Sigmaringen |
|----|-----------|---|

Regierungsbezirk Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen)

Nach der Abdankung der Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen zugunsten Preußens im Jahre 1849 bestehen für eine Übergangszeit die Regierungen Hechingsens und Sigmaringens zunächst weiter. Mit Verordnung vom 7. Januar 1852 wird dann der Regierungsbezirk Hohenzollernsche Lande, auch Regierungsbezirk Sigmaringen genannt, als Mittelbehörde gebildet und direkt der Krone Preußens unterstellt. Lediglich die Militär-, Schul-, Medizinal- und Bergbauangelegenheiten unterstehen den Behörden der Rheinprovinz in Koblenz und Bonn. Regierungssitz ist Sigmaringen. Die Exklaven Thalheim, Thiergarten, Igelswies, Tautenbronn und Mühlhausen befinden sich in Baden, Wilflingen, Langenenslingen und Bärenthal in Württemberg und Achberg-Esseratsweiler an der südlichen Grenze von Württemberg und Bayern. 1852 ist der Regierungsbezirk in die Oberämter Achberg, Gammertingen, Glatt, Haigerloch, Hechingen, Ostrach, Sigmaringen, Straßberg,

Trochtelfingen und Wald untergliedert. 1854 werden Glatt dem Oberamt Haigerloch, Straßberg dem Oberamt Gammertingen und Achberg dem Oberamt Sigmaringen angegliedert. 1861 fällt Trochtelfingen an das Oberamt Gammertingen, Wald an das Oberamt Sigmaringen und 1862 Ostrach ebenfalls an das Oberamt Sigmaringen. Die Amts- und Landesordnung von 1873 verfügt schließlich die Bildung der vier Bezirke Sigmaringen, Gammertingen, Hechingen und Haigerloch.

Ausgangsjahr 1852

1.	Name:	Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen)
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk mit erweiterten Befugnissen
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.163 km ²
4.	Hauptstadt:	Sigmaringen

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Rheinprovinz

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	1945

Änderungen ab 1853

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Holstein

Der preußische Regierungsbezirk Holstein wird 1867 als Mittelbehörde der Provinz Schleswig-Holstein gegründet, Regierungssitz ist Kiel. 1867 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Altona-Stadt, Kiel, Norderdithmarschen, Oldenburg in Holstein, Pinneberg, Plön, Segeberg, Steinburg, Stormarn, Süderdithmarschen und Rendsburg untergliedert.

Ausgangsjahr 1867

1.	Name:	Holstein
----	-------	----------

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8.192 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Kiel |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Schleswig-Holstein |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1868 |

Änderungen ab 1868

1868

- | | | |
|----|-----------|-------------------------------------|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Holstein |
|----|-----------|-------------------------------------|

Regierungsbezirk Kassel

Der preußische Regierungsbezirk Kassel wird 1867 aus dem 1866 von Preußen annektierten Kurfürstentum Hessen-Kassel sowie den von Bayern an Preußen abgetretenen Gebieten Gersfeld und Orb und dem von Hessen-Darmstadt abgetretenen Kreis Vöhl inklusive der Enklaven Eimelrod und Höringhausen gebildet. Regierungssitz ist Kassel. 1868 wird die Mittelbehörde der neugebildeten Provinz Hessen-Nassau unterstellt. Zum Regierungsbezirk gehören zudem die Exklaven Eimelrod, Höringhausen, Schmalkalden, Barchfeld und Schaumburg mit einer dazugehörenden Exklave. Der Regierungsbezirk ist in die 23 Kreise Kassel-Stadt, Kassel-Land, Eschwege, Fritzlar, Hofgeismar, Homberg, Melsungen, Rotenburg, Witzenhausen, Wolfhagen, Marburg, Frankenberg, Kirchhain, Ziegenhain, Fulda, Hersfeld, Hünfeld, Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern, Schmalkalden, Rinteln und Gersfeld untergliedert. Diese Kreiseinteilung bleibt fast unverändert bis zur Verwaltungsreform von 1932 bestehen.

Ausgangsjahr 1867

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Kassel |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10.120 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Kassel |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Hessen-Nassau |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Hessen |

Änderungen ab 1868

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Kleve

Der preußische Regierungsbezirk Kleve wird auf 1815 als Mittelbehörde der Provinz Jülich-Kleve-Berg gegründet, Regierungssitz ist Kleve. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Dinslaken, Geldern, Kempen, Kleve, Rees und Rheinberg untergliedert

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Kleve |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.872 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Kleve |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Jülich-Kleve-Berg |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1822 |

Änderungen ab 1821

1822

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Kleve
-

Regierungsbezirk Koblenz

Der preußische Regierungsbezirk Koblenz wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Niederrhein gegründet, Regierungssitz ist Koblenz. 1820 ist der Regierungsbezirk Koblenz in die Kreise Adenau, Ahrweiler, Altenkirchen, Braunsfels, Cochem, St. Goar, Koblenz, Kreuznach, Linz, Mayen, Neuwied, Simmern, Zell und den exklavierten Kreis Wetzlar untergliedert. Ab 1822 ist der Regierungsbezirk Teil der neu gegründeten Rheinprovinz. Im selben Jahr wird der Kreis Linz mit dem Kreis Neuwied vereinigt und der Kreis Braunsfels dem Kreis Wetzlar angeschlossen. Das 1866 von Preußen übernommene Oberamt Meisenheim der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Homburg wird 1869 als Kreis Meisenheim an den Regierungsbezirk Koblenz angeschlossen. 1887 wird der Stadtkreis Koblenz gebildet.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Koblenz |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5.848 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Koblenz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Niederrhein |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existenz bis: | 2000 |

Änderungen ab 1821

1822

6. Provinz: Rheinprovinz

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Köln

Der preußische Regierungsbezirk Köln wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Jülich-Kleve-Berg gegründet, Regierungssitz ist Köln. Ende 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Bergheim, Bonn, Köln-Stadt, Köln-Land, Gimborn, Homburg, Lechenich, Mülheim am Rhein, Rheinbach, Siegburg, Waldbröl und Wipperfürth untergliedert. Ab 1822 ist der Regierungsbezirk Teil der Neugegründeten Rheinprovinz. 1825 werden die Kreise Gimborn und Homburg zum Kreis Gummersbach vereinigt. 1827 erfolgt die Umbenennung des Kreises Lechenich in Kreis Euskirchen. 1887 kommt der Stadtkreis Bonn und 1901 der Stadtkreis Mülheim am Rhein hinzu.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Köln
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 4.104 km²
 4. Hauptstadt: Köln

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
 6. Provinz: Niederrhein

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner
 9. Existent bis: noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Nordrhein-Westfalen

Änderungen ab 1821

1822

6. Provinz: Rheinprovinz

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Königsberg

Der preußische Regierungsbezirk Königsberg wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Ostpreußen gegründet, Regierungssitz ist Königsberg. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Allenstein, Braunsberg, Preußisch Eylau, Fischhausen, Friedland, Gerdauen, Heiligenbeil, Heilsberg, Preußisch Holland, Königsberg-Stadt, Königsberg-Land, Labiau, Memel, Mohrungen, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg, Röbel, und Wehlau untergliedert. 1905 gibt der Regierungsbezirk Königsberg die Kreise Allenstein, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode und Röbel an den neuzubildenden Regierungsbezirk Allenstein ab.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Königsberg
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 21.185 km²
 4. Hauptstadt: Königsberg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
 6. Provinz: Ostpreußen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1829

- | | | |
|----|----------|---------|
| 6. | Provinz: | Preußen |
|----|----------|---------|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Köslin

Der preußische Regierungsbezirk Köslin wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Pommern gegründet, Regierungssitz ist Köslin. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Belgard, Dramburg, Fürstentum, Lauenburg-Bütow, Neustettin, Rummelsburg, Schivelbein, Schlawe und Stolp untergliedert. 1845 wird der Kreis Lauenburg-Bütow in die Kreise Lauenburg und Bütow und 1872 der Kreis Fürstentum in die Kreise Bublitz, Köslin und Kolberg-Körlin geteilt. Ab 1898 bildet die Stadt Stolp einen eigenen Stadtkreis.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Köslin |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 13.777 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Köslin |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Pommern |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1947 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Liegnitz

Der preußische Regierungsbezirk Liegnitz wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Schlesien gegründet, Regierungssitz ist Liegnitz. Ende 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Bolkenhain, Bunzlau, Freystadt, Glogau, Goldberg-Haynau, Görlitz, Grünberg, Hirschberg, Jauer, Landshut, Lauban, Liegnitz, Löwenberg, Lüben, Rothenburg/Oberlausitz, Sagan, Schönau und Sprottau untergliedert. Die 1825 von der preußischen Provinz Brandenburg abgetretene Herrschaft Hoyerswerda bildet einen eigenen Landkreis. 1873 kommt der Stadtkreis Görlitz und 1874 der Stadtkreis Liegnitz hinzu.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Liegnitz |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 13.461 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Liegnitz |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Schlesien |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Magdeburg

Der preußische Regierungsbezirk Magdeburg wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Sachsen gegründet, Regierungssitz ist Magdeburg. Zu dem Regierungsbezirk gehören die Exklaven Heßlingen und Hehlingen 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Calbe, Wanzleben, Wolmirstedt, Neuhaldensleben, Jerichow I-Ziesar, Jerichow II, Aschersleben (Quedlinburg), Oschersleben, Osterwieck, Stendal, Salzwedel, Osterburg, Gardelegen sowie die Stadtkreise Magdeburg und Halberstadt untergliedert. 1823 wird der Landkreis Stolberg-Wernigerode gebildet und 1825 die Kreise Osterwieck und Oschersleben aufgelöst. An Stadtkreisen kommen hinzu 1891 Halberstadt, 1901 Aschersleben, 1909 Stendal und 1911 Quedlinburg.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Magdeburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11.324 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Magdeburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|--------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
|----|--------|---------|

6. Provinz: Sachsen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

9. Existenz bis: 2003

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Marienwerder

Der preußische Regierungsbezirk Marienwerder wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Westpreußen gegründet, Regierungssitz ist Marienwerder. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Flatow, Graudenz, Konitz, Deutsch Krone, Kulm, Löbau, Marienwerder, Rosenberg, Schlochau, Schwetz, Strasburg, Stuhm und Thorn untergliedert. 1875 wird der Kreis Konitz in die Kreise Konitz und Tuchel geteilt. Der Kreis Briesen wird 1887 aus Teilen der Kreise Graudenz, Kulm, Strasburg und Thorn gebildet. Ab 1900 bilden die Städte Graudenz und Thorn jeweils einen eigenen Stadtkreis.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Marienwerder
 2. Historische Bezeichnung: Regierungsbezirk
 3. Fläche (GIS-Wert): 17.621 km²
 4. Hauptstadt: Marienwerder

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen

6. Provinz: Westpreußen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines

8. Zoll- und Handelsverein: keiner

9. Existent bis: 1919 (1945)

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1829

6. Provinz: Preußen

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Merseburg

Der preußische Regierungsbezirk Merseburg 1815 als Mittelbehörde der Provinz Sachsen gegründet, Regierungssitz ist Merseburg. Zu dem Regierungsbezirk gehören die Exklave Altlöbnitz, Kischlitz, Löbnitz, Priorau-Schierau-Möst, Pösigk und Repau. 1820 ist der Regierungsbezirk Merseburg in die Landkreise Bitterfeld, Delitzsch, Eckartsberga, Liebenwerda, Mansfelder Gebirgskreis (Mansfeld), Mansfelder Seekreis (Eisleben), Merseburg, Querfurt, Saalkreis, Sangerhausen, Schweinitz (Herzberg), Torgau, Weißenfels und Zeitz sowie die Stadtkreise Halle und Naumburg untergliedert. Der Stadtkreis Halle wird 1828 wieder aufgelöst und die Stadt Halle "unmittelbarer Aufsicht des Königs" unterstellt. Die größeren Städte lösen sich als eigene Stadtkreise heraus: 1899 Weißenfels, 1901 Zeitz, 1908 Eisleben und 1914 Naumburg.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Merseburg

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10.408 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Merseburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Sachsen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1944 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Minden

Der preußische Regierungsbezirk Minden wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Westfalen gegründet, Regierungssitz ist Minden. Zu dem Regierungsbezirk gehört die Exklave Lügde. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Bielefeld, Brakel, Bünde, Büren, Halle, Herford, Höxter, Minden-Stadt, Minden-Land, Paderborn, Rahden, Warburg und Wiedenbrück untergliedert. 1832 werden die Kreise Brakel und Höxter zum Kreis Höxter zusammengelegt, der Kreis Bünde aufgelöst und der Kreis Rahden in Lübbecke umbenannt. 1878 wird der Stadtkreis Bielefeld und 1911 der Stadtkreis Herford gebildet.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|-------|--------|
| 1. | Name: | Minden |
|----|-------|--------|

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5.244 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Minden |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Westfalen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Münster

Der preußische Regierungsbezirk Münster wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Westfalen gegründet, Regierungssitz ist Münster. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Ahaus, Beckum, Borken, Coesfeld, Lüdinghausen, Münster-Stadt, Münster-Land, Recklinghausen, Steinfurt, Tecklenburg und Warendorf untergliedert. 1901 werden der Stadtkreis Recklinghausen und 1912 der Stadtkreis Buer neu gebildet.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Münster |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6.970 km ² |

4. Hauptstadt: Münster

Administrative Zuordnung

5. Staat: Preußen
6. Provinz: Westfalen

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
8. Zoll- und Handelsverein: keiner
9. Existent bis: noch existent als Regierungsbezirk im Bundesland Nordrhein-Westfalen

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Oppeln

Der preußische Regierungsbezirk Oppeln wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Schlesien gegründet, Regierungssitz ist Oppeln. Ende 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Beuthen, Cosel, Falkenberg, Groß-Strehlitz, Grottkau, Kreuzburg, Leobschütz, Lublinitz, Neisse, Neustadt, Oppeln, Pleß, Ratibor, Rosenberg, Rybnik und Tost (-Gleiwitz) untergliedert. 1873 wird der Kreis Beuthen in die Kreise Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz und Zabrze geteilt. Ab 1890 bildet Beuthen einen eigenen Stadtkreis, es folgen 1897 Gleiwitz, 1898 Königshütte, 1899 Kattowitz und Oppeln, 1903 Ratibor und 1911 Neisse.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Oppeln

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 13.339 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Oppeln |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-----------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Schlesien |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Posen

Der preußische Regierungsbezirk Posen wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Großherzogtum Posen gegründet, Regierungssitz ist Posen. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Adelnau, Birnbaum, Bomst, Buk, Fraustadt, Kosten, Kröben, Krotoschin, Meseritz, Obornik, Peysern, Pleschen, Posen-Land, Posen-Stadt, Samter, Schildberg, Schrimm und Schroda untergliedert. 1887 kommen die Kreise Gostyn, Grätz, Jarotschin, Kempen, Koschmin, Lissa, Neutomischel, Ostrowo, Posen-Ost, Posen-West, Rawitsch, Schmiegel und Schwerin an der Warthe hinzu, die Kreise Buk, Kröben und Posen Land werden aufgelöst.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Posen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 17.839 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Posen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Posen |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|-------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1919 (1945) |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Potsdam

Der preußische Regierungsbezirk Potsdam wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Brandenburg gegründet, Regierungssitz ist Potsdam. Zu dem Regierungsbezirk gehört die Exklave Klein Menow. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Teltow-Storkow, Zauch-Belzig, Jüterbog-Luckenwalde, Oberhaveland, Westhaveland, Ruppin, Ostprieignitz, Westprieignitz, Prenzlau, Templin, Angermünde, Beeskow-Storkow sowie den Stadtkreis Potsdam untergliedert. Nach Auflösung des Regierungsbezirks Berlin zum 1. Januar 1822 behält Berlin bis 1875 einen den Kreisen gleichgestellten Status innerhalb des Regierungsbezirks Potsdam bei. Beginnend mit Charlottenburg 1876 werden zudem folgende Stadtkreise eingerichtet: 1881 Brandenburg,

1887 Spandau, 1899 Schöneberg und Rixdorf, 1907 Deutsch-Wilmersdorf, 1908 Lichtenberg sowie 1911 Eberswalde.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Potsdam
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	20.236 km ²
4.	Hauptstadt:	Potsdam

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Brandenburg

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1945

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Schleswig

Der preußische Regierungsbezirk Schleswig wird 1867 als Mittelbehörde der Provinz Schleswig-Holstein gegründet, Regierungssitz ist Schleswig. 1867 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Apenrade, Eckernförde, Eiderstedt, Fehmarn (Landschaft), Flensburg, Husum, Hadersleben, Schleswig, Sonderburg und Tondern untergliedert. Auf Grundlage der Kabinettsordre vom 20. Juni 1868 wird aus den Regierungsbezirken Schleswig und

Holstein ein vergrößerter Bezirk Schleswig als alleinige Mittelbehörde der Provinz Schleswig-Holstein gebildet, Regierungssitz ist Schleswig. Gebiet und Grenzen entsprechen denen der Provinz Schleswig-Holstein. Der Regierungsbezirk setzt sich 1868 zusammen aus den zuvor zum Regierungsbezirk Schleswig gehörenden Kreisen Apenrade, Eckernförde, Eiderstedt, Fehmarn (Landschaft), Flensburg, Husum, Hadersleben, Schleswig, Sonderburg und Tondern sowie den zuvor zum Regierungsbezirk Holstein gehörenden Kreisen Altona-Stadt, Kiel, Norderdithmarschen, Oldenburg in Holstein, Pinneberg, Plön, Segeberg, Steinburg, Stormarn, Süderdithmarschen und Rendsburg. Nach Eingliederung des Herzogtums Lauenburg in die Provinz Schleswig-Holstein wird 1876 der Kreis Herzogtum Lauenburg eingerichtet. Ab 1883 bildet Kiel und ab 1889 Flensburg einen eigenen Stadtkreis. Die 1891 von Großbritannien an das Deutsche Reich abgetretene Ostsee-Insel Helgoland wird als Landgemeinde dem Kreis Süderdithmarschen angegliedert. Ab 1901 bilden Wandsbek und Neumünster jeweils einen eigenen Stadtkreis. Der 1883 entstandene Landkreis Kiel wird 1907 in Kreis Bordesholm umbenannt.

Ausgangsjahr 1867

1.	Name:	Schleswig
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	9.042 km ²
4.	Hauptstadt:	Schleswig

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Schleswig-Holstein

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	1945

Änderungen ab 1868

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Stettin

Der preußische Regierungsbezirk Stettin wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Pommern gegründet, Regierungssitz ist Stettin. Zum Regierungsbezirk gehören die Exklave Zettemin sowie die Ostsee-Inseln Usedom, Wollin, Krieks mit einer kleinen unbewohnten Nachbarinsel und Griestow vor Cammin. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Anklam, Cammin, Demmin, Greifenberg (-Osten), Greifenhagen, Naugard, Pyritz, Randow, Regenwalde, Saatzig, Stettin-Stadt, Ückermünde und Usedom-Wollin untergliedert. Der Stadtkreis Stettin wird 1826 aufgelöst und 1857 wieder eingerichtet. 1901 wird der Stadtkreis Stargard neu gebildet.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Stettin
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	11.839 km ²
4.	Hauptstadt:	Stettin

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Pommern

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1947

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Stralsund

Die preußische "Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30. April 1815" sah zunächst vor, das 1815 von Schweden abgetretene Gebiet Neuvorpommern dem Regierungsbezirk Stettin anzugliedern. Erst am 5. Januar 1818 wird ein eigener Regierungsbezirk Stralsund als Mittelbehörde der Provinz Pommern gebildet, dessen Regierungssitz sich in Stralsund befindet.. Zum Regierungsbezirk gehören die Ostsee-Inseln Zingst, Hiddensee, Ummanz, Rügen, Vilm, Ruden und Greifswalder Oie. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Franzburg, Greifswald, Grimmen und Rügen untergliedert. Ab 1874 bildet Stralsund, und ab 1913 Greifswald einen eigenen Stadtkreis.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Stralsund
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	3.991 km ²
4.	Hauptstadt:	Stralsund

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Pommern

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1932

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Trier

Der preußische Regierungsbezirk Trier wird 1815 als Mittelbehörde der Provinz Niederrhein gegründet, Regierungssitz ist Trier. 1820 ist der Regierungsbezirk in die Kreise Bernkastel, Bitburg, Daun, Merzig, Ottweiler, Prüm, Saarbrücken, Saarburg, Saarlouis, Trier-Stadt, Trier-Land und Wittlich untergliedert. Ab 1822 ist der Regierungsbezirk Teil der neu gegründeten Rheinprovinz. 1834 erwirbt Preußen das Fürstentum Lichtenberg von Sachsen-Coburg und Gotha und gliedert es als Kreis St. Wendel dem Regierungsbezirk Trier an. 1909 wird Saarbrücken in einen Stadt- und einen Landkreis unterteilt.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Trier
2.	Historische Bezeichnung:	Regierungsbezirk
3.	Fläche (GIS-Wert):	6.581 km ²
4.	Hauptstadt:	Trier

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Preußen
6.	Provinz:	Niederrhein

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	2000

Änderungen ab 1821

1822

6.	Provinz:	Rheinprovinz
----	----------	--------------

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
----	----------------------	-----------------------------------

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|----|--------------------------|--|
-

Regierungsbezirk Wiesbaden

Der preußische Regierungsbezirk Wiesbaden wird 1867 aus dem 1866 von Preußen annektierten Herzogtum Nassau, der ebenfalls annektierten Freien Stadt Frankfurt sowie den von Hessen-Darmstadt abgetretenen Gebieten Kreis Biedenkopf und Homburger Landesteil der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Homburg eingerichtet. Regierungssitz ist Wiesbaden. 1868 wird die Mittelbehörde der neu gebildeten Provinz Hessen-Nassau unterstellt. Der Regierungsbezirk ist 1867 zunächst in die Kreise Dill-Kreis, Ober-Westerwald-Kreis, Unter-Westerwald-Kreis, Ober-Lahn-Kreis, Unter-Lahn-Kreis, Rheingau-Kreis, Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Unter-Taunus-Kreis, Ober-Taunus-Kreis, Stadtkreis Frankfurt am Main und Hinterland-Kreis untergliedert. Die Kreisordnung vom 7. Juni 1885 hebt noch bestehende nassauische Verwaltungsstrukturen endgültig auf und erweitert die Zahl der Kreise von 12 auf 18. 1886 bestehen folgende Kreise: Biedenkopf, Dillkreis, Oberwesterwaldkreis, Westerburg, Unterwesterwaldkreis, Oberlahnkreis, Limburg, Unterlahnkreis, St. Goarshausen, Rheingaukreis, Landkreis Wiesbaden, Untertaunuskreis, Usingen, Obertaunuskreis, Höchst, Landkreis Frankfurt am Main, Stadtkreis Wiesbaden und Stadtkreis Frankfurt am Main.

Ausgangsjahr 1867

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Wiesbaden |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Regierungsbezirk |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5.570 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Wiesbaden |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------------|
| 5. | Staat: | Preußen |
| 6. | Provinz: | Hessen-Nassau |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1945 |

Änderungen ab 1868

1871

- | | | |
|----|----------------------|-----------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|----|--------------------------|--|
-

h) Sachsen

Regierungsbezirk Bautzen

Die Kreisdirektion Bautzen, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 6. April 1835 aus der Oberlausitz sowie dem zuvor zum Meißner Kreis gehörenden Amt Stolpen als Mittelbehörde des Königreichs Sachsen gebildet. Regierungssitz ist Bautzen. Innerhalb der Kreisdirektion befinden sich die österreichischen Enklaven Leutersdorf und Schirgiswalde. Ende 1835 ist die Kreisdirektion Bautzen in die zwei Amtshauptmannschaften Bautzen und Zittau untergliedert. 1848 werden die von Österreich an das Königreich Sachsen abgetretenen Enklaven Schirgiswalde und Leutersdorf in die Kreisdirektion eingegliedert. 1855 geht Stolpen zurück an die Kreisdirektion Dresden. Ab 1874 nennen sich die Kreisdirektionen Kreishauptmannschaften.

Ausgangsjahr 1835

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Bautzen |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreisdirektion |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.474 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Bautzen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Sachsen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1952 |

Änderungen ab 1836

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Dresden

Die Kreisdirektion Dresden, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 6. April 1835 aus dem Meißner Kreis als Mittelbehörde des Königreichs Sachsen gebildet, ohne das an die Kreisdirektion Bautzen überstellte Amt Stolpen zu übernehmen und zuzüglich der zuvor zum Erzgebirgischen Kreis gehörenden Ämter Altenberg, Frauenstein und Freiberg. Regierungssitz ist Dresden. Die zur Kreisdirektion Dresden gehörende Exklave Neudörfel liegt in Österreich. Im Jahre 1835 gliedert sich die Kreisdirektion Dresden in die fünf Amtshauptmannschaften Dresden, Meißen, Pirna, Großenhain und Freiberg. Die Amtshauptmannschaft Großenhain wird 1838 aufgelöst. 1855 kommen Stolpen von der Kreisdirektion Bautzen und das Amt Nossen von der Kreisdirektion Leipzig an die Kreisdirektion Dresden. Ab 1874 nennen sich die Kreisdirektionen Kreishauptmannschaften. 1880 wird die Amtshauptmannschaft Dresden in Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt aufgegliedert.

Ausgangsjahr 1835

1.	Name:	Dresden
2.	Historische Bezeichnung:	Kreisdirektion
3.	Fläche (GIS-Wert):	4.438 km ²
4.	Hauptstadt:	Dresden

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
9.	Existent bis:	noch existent als Regierungsbezirk im Freistaat Sachsen

Änderungen ab 1836

1871

7.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
8.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Erzgebirgischer Kreis

Der Erzgebirgische Kreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet von 1816 bis 1835 eine Mittelbehörde des Königreichs Sachsen. Regierungssitz ist zunächst Reichenbrand bei Chemnitz, ab 1828 Cunersdorf und ab 1830 Chemnitz. Die zum Erzgebirgischen Kreis gehörende Exklave Taubenpreskeln liegt im Thüringischen zwischen Reuß-Gera, Sachsen-Gotha-Altenburg und Sachsen-Weimar-Eisenach. Die Exklave Hilbersdorf sächsischen Anteils grenzt an die Sachsen-Gotha-Altenburger Exklave Hilbersdorf, die Reuß-Geraer Exklave Lichtenberg sowie die Sachsen-Weimar-Eisenacher Exklave Rußdorf. Der Erzgebirgische Kreis ist ein Teil der alten Markgrafschaft Meißen und führt den Namen des Gebirges an dem er liegt. 1820 ist er in vier Amtshauptmannschaften untergliedert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Erzgebirgischer Kreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	4.658 km ²
4.	Hauptstadt:	Reichenbrand

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1835

Änderungen ab 1821

1828

4.	Hauptstadt:	Cunersdorf
8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1830

4.	Hauptstadt:	Chemnitz
----	-------------	----------

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1835

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Erzgebirgischer Kreis |
|----|-----------|--|

Regierungsbezirk Leipzig

Die Kreisdirektion Leipzig, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 6. April 1835 aus dem Leipziger Kreis sowie dem zuvor zum Meißner Kreis gehörenden Amt Oschatz sowie den zuvor zum Erzgebirgischen Kreis gehörenden Ämtern Nossen, Penig, Rochsburg und Wechselburg als Mittelbehörde des Königreichs Sachsen gebildet. Regierungssitz ist Leipzig. 1835 ist die Kreisdirektion in die drei Amtshauptmannschaften Borna, Grimma und Rochlitz untergliedert. Zum 1. Oktober 1838 kommt Döbeln als vierte Amtshauptmannschaft hinzu. 1855 geht das Amt Nossen an die Kreisdirektion Dresden. Ab 1874 werden die Kreisdirektionen in Kreishauptmannschaften umbenannt.

Ausgangsjahr 1835

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Leipzig |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreisdirektion |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.589 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Leipzig |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Sachsen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | noch existent als Regierungsbezirk im Freistaat Sachsen |

Änderungen ab 1836

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Leipziger Kreis

Der Leipziger Kreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet von 1816 bis 1835 eine Mittelbehörde des Königreichs Sachsen. Regierungssitz ist Prießnitz bei Borna. Der Leipziger Kreis besteht aus dem großen Teil des alten Osterlandes, einem Teil des Pleißnerlandes, den Grafschaften Wurzen und Rochlitz, der Burggrafschaft Leisnig und der Herrschaft Colditz. 1820 ist der Leipziger Kreis in drei Amtshauptmannschaften untergliedert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Leipziger Kreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.644 km ²
4.	Hauptstadt:	Leipzig

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1835

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1835

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Leipziger Kreis
----	-----------	--

Regierungsbezirk Meißner Kreis

Der Meißner Kreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet von 1816 bis 1835 eine Mittelbehörde des Königreichs Sachsen. Regierungssitz ist Dresden. Die

zum Meißner Kreis gehörende Exklave Neudörfel liegt in Österreich. Der Meißner Kreis leitet seinen Namen von der alten Markgrafschaft Meißen ab. 1820 ist er in vier Amtshauptmannschaften untergliedert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Meißner Kreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	4.350 km ²
4.	Hauptstadt:	Dresden

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1835

Änderungen ab 1821

1828

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
----	--------------------------	---

1834

8.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
----	--------------------------	--------------------------------

1835

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Meißner Kreis
----	-----------	--

Regierungsbezirk Oberlausitz

Die Oberlausitz, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet von 1816 bis 1835 eine Mittelbehörde des Königreichs Sachsen. Regierungssitz ist Bautzen. Die Oberlausitz führt ihren Namen nach dem bei Sachsen verbliebenen Teil der Markgrafschaft Lausitz; die Niederlausitz und ein Teil der ehemaligen Oberlausitz mussten nach den Bestimmungen des Wiener Kongresses 1815 an Preußen abgetreten werden. 1820 ist die Oberlausitz in die Vierstdte, einige Standesherrschaften und Stifte sowie den Landkreis Oberlausitz untergliedert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------|
| 1. | Name: | Oberlausitz |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Markgrafschaft, Markgraftum |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2.091 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Bautzen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Sachsen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1835 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1835

- | | | |
|----|-----------|--|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Oberlausitz |
|----|-----------|--|
-

Regierungsbezirk Vogtländischer Kreis

Der Vogtländische Kreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, bildet von 1816 bis 1835 eine Mittelbehörde des Königreichs Sachsen. Regierungssitz ist Plauen. Der Vogtländische Kreis macht einen Teil des alten Vogtlandes aus, das im Mittelalter von kaiserlichen Vögten oder Statthaltern regiert wurde und besteht aus den ehemaligen Herrschaften Plauen und Voigtsberg. 1820 ist er in die Ämter Plauen und Voigtsberg untergliedert. Innerhalb des Vogtländischen Kreises liegen zudem die Schönburgischen Rezessherrschaften.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|-------|----------------------|
| 1. | Name: | Vogtländischer Kreis |
|----|-------|----------------------|

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.437 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Plauen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Sachsen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1835 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1835

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Vögtländischer Kreis |
|----|-----------|---|

Regierungsbezirk Zwickau

Die Kreisdirektion Zwickau, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage der Verordnung vom 6. April 1835 aus dem Vogtländischen Kreis und dem Erzgebirgischen Kreis als Mittelbehörde des Königreichs Sachsen gebildet, ohne die an die Kreisdirektion Leipzig abgetretenen Ämter Nossen, Penig, Rochsburg und Wechselburg sowie die an die Kreisdirektion Dresden abgetretenen Ämter Altenberg, Frauenstein und Freiberg. Regierungssitz ist Zwickau. 1835 gliedert sich die Kreisdirektion in die vier Amtshauptmannschaften Chemnitz, Zwickau, Niederforchheim und Plauen. Ab 1874 nennen sich die Kreisdirektionen Kreishauptmannschaften. Per Verordnung vom 9. Juli 1900 bilden die Bezirke Annaberg, Chemnitz, Flöha, Glauchau, und Marienberg sowie der Stadtbezirk Chemnitz eine eigene Kreishauptmannschaft Chemnitz, die am 1. Oktober 1900 ihre Verwaltungsfunktionen aufnimmt.

Ausgangsjahr 1835

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Zwickau |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreisdirektion |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.679 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Zwickau |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|---------|
| 5. | Staat: | Sachsen |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 9. | Existent bis: | 1952 |

Änderungen ab 1836

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

i) Sachsen-Coburg und Gotha

Regierungsbezirk Herzogtum Coburg

Das Herzogtum Coburg, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird mit Gründung Sachsen-Coburg und Gothas 1826 als Mittelbehörde eingerichtet. Regierungssitz ist Coburg. Zum Herzogtum gehören zudem die Exklaven Nassach, Erlsdorf und Königsberg in Bayern.

Ausgangsjahr 1826

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Herzogtum Coburg |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landesteil |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 577 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Coburg |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1920 |

Änderungen ab 1827

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Regierungsbezirk Herzogtum Gotha

Das Herzogtum Gotha, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird mit Gründung Sachsen-Coburg und Gothas 1826 als Mittelbehörde eingerichtet. Regierungssitz ist Gotha. Zum Herzogtum gehören zudem die Exklaven Neukirchen-Lauterbach, Nazza, Werningshausen, Neuroda, Trassdorf und Volkenroda.

Ausgangsjahr 1826

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Herzogtum Gotha |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landesteil |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.448 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Gotha |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|--------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1920 |

Änderungen ab 1827

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

j) Sachsen-Coburg-Saalfeld**Regierungsbezirk Fürstentum Lichtenberg**

Für das Fürstentum Lichtenberg wird durch die Verordnungen von 1816 und 1821 eine eigene Landesregierung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Saalfeld eingerichtet. Regierungssitz ist St. Wendel. Nach der Auflösung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Saalfeld geht das Fürstentum Lichtenburg an das Neugeschaffene Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha über.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|-------|------------------------|
| 1. | Name: | Fürstentum Lichtenberg |
|----|-------|------------------------|

- | | | |
|----|--------------------------|---------------------|
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landesteil |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 508 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | St. Wendel |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Coburg-Saalfeld |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1834 |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|--------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
|----|--------|--------------------------|

1828

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1830

- | | | |
|----|----------------------|----------------------------------|
| 7. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|----|----------------------|----------------------------------|

1833

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Fürstentum Lichtenberg |
|----|-----------|---|

k) Sachsen-Gotha-Altenburg

Regierungsbezirk Fürstentum Altenburg

Das Fürstentum Altenburg, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ist eine Mittelbehörde des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg, Regierungssitz ist Altenburg. Zum Fürstentum gehören die Exklaven Treppendorf, Vierzehnheiligen, Lichtenhain,

Mosen, Mumsdorf, Neukirchen, Rußdorf, Röpsen, Ammelstädt, Saalthal, Schweinitz und Hilbersdorf. Nach der Auflösung des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg geht das Fürstentum Altenburg an das Neugeschaffene Herzogtum Sachsen-Altenburg über.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Fürstentum Altenburg
2.	Historische Bezeichnung:	Landesteil
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.370 km ²
4.	Hauptstadt:	Altenburg

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen-Gotha-Altenburg
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existent bis:	1826

Änderungen ab 1821

1826

9.	Existenz:	Ende des Regierungsbezirks Fürstentum Altenburg
----	-----------	---

Regierungsbezirk Fürstentum Gotha

Das Fürstentum Gotha, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ist eine Mittelbehörde des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg, Regierungssitz ist Gotha. Zum Fürstentum gehören zudem die Exklaven Neukirchen-Lauterbach, Nazza, Werningshausen, Neuroda, Traßdorf, Kranichfeld und Volkenroda. Nach der Auflösung des Herzogtums Sachsen-Gotha-Altenburg geht das Fürstentum Gotha an das neugeschaffene Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha über.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Fürstentum Gotha
2.	Historische Bezeichnung:	Landesteil
3.	Fläche (GIS-Wert):	1.507 km ²
4.	Hauptstadt:	Gotha

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1826 |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-----------|---|
| 9. | Existenz: | Ende des Regierungsbezirks Fürstentum Gotha |
|----|-----------|---|

1) Sachsen-Weimar-Eisenach

Regierungsbezirk Fürstentum Eisenach

Das Fürstentum Eisenach, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ist seit 1815 eine Mittelbehörde des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach. Regierungssitz ist Eisenach. Zum Fürstentum Eisenach gehören die Exklaven Seebach, Zillbach, Forstgebiet Wasungen und Lichtenberg. Im Jahre 1850 werden die Mittelbehörden aufgelöst und eine Neueinteilung in fünf Verwaltungsbezirke vorgenommen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Fürstentum Eisenach |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Landesteil |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1.327 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Weimar |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------------------|
| 5. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1850 |

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Fürstentum Eisenach

Regierungsbezirk Fürstentum Weimar

Das Fürstentum Weimar, das in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, ist seit 1815 eine Mittelbehörde des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach. Regierungssitz ist Weimar. Zum Fürstentum gehören die Exklaven Allstedt, Oldisleben, Bösleben, Ilmenau, Kleinkröbnitz, Thränitz, Rußdorf, Teichwolframsdorf und Förthen sowie der getrennt liegende Landesteil Neustadt an der Orla. Im Jahre 1850 werden die Mittelbehörden aufgelöst und eine Neueinteilung in fünf Verwaltungsbezirke vorgenommen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Fürstentum Weimar
2.	Historische Bezeichnung:	Landesteil
3.	Fläche (GIS-Wert):	2.447 km ²
4.	Hauptstadt:	Weimar

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Sachsen-Weimar-Eisenach
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
9.	Existenz bis:	1850

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

9. Existenz: Ende des Regierungsbezirks Fürstentum Weimar

m) Württemberg

Regierungsbezirk Donaukreis

Der Donaukreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage des Organisationsedikts vom 18. November 1817 als Mittelbehörde des Königreichs Württemberg eingerichtet. Regierungssitz ist Ulm. Zum Donaukreis gehören zudem die Exklaven Jettkofen und Wirnsweiler in Hohenzollern-Sigmaringen sowie die von Hohenzollern-Sigmaringen und Württemberg gemeinsam verwalteten Kondominate Emerfeld-Warmthal und Dürmentingen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Donaukreis
2.	Historische Bezeichnung:	Kreis
3.	Fläche (GIS-Wert):	6.286 km ²
4.	Hauptstadt:	Ulm

Administrative Zuordnung

5.	Staat:	Württemberg
6.	Provinz:	keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7.	Externes Zollsystem:	keines
8.	Zoll- und Handelsverein:	keiner

9. Existent bis: 1924

Änderungen ab 1821

1828

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Bayerisch-Württembergischen Zollvereins (Süddeutscher Zollverein)

1834

8. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

7. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 8. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Regierungsbezirk Jagstkreis

Der Jagstkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage des Organisationsedikts vom 18. November 1817 als Mittelbehörde des Königreichs Württemberg eingerichtet. Regierungssitz ist Ellwangen. Zum Jagstkreis gehört die Exklave Deubach in Baden.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Jagstkreis
 2. Historische Bezeichnung: Kreis
 3. Fläche (GIS-Wert): 5.223 km²
 4. Hauptstadt: Ludwigsburg

Administrative Zuordnung

5. Staat: Württemberg
 6. Provinz: keine

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

7. Externes Zollsystem: keines
 8. Zoll- und Handelsverein: keiner
 9. Existent bis: 1924

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Bayerisch-Württembergischen Zollvereins (Süddeutscher Zollverein) |
|----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Neckarkreis

Der Neckarkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage des Organisationsedikts vom 18. November 1817 als Mittelbehörde des Königreichs Württemberg eingerichtet. Regierungssitz ist Ludwigsburg.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Neckarkreis (Württ.) |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3.384 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Mannheim |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Württemberg |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1924 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Bayerisch-Württembergischen Zollvereins (Süddeutscher Zollverein) |
|----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Schwarzwaldkreis

Der Schwarzwaldkreis, der in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage des Organisationsedikts vom 18. November 1817 als Mittelbehörde des Königreichs Württemberg eingerichtet. Regierungssitz ist Reutlingen. Zum Schwarzwaldkreis gehören die Exklaven Bruderhof und Hohentwiel in Baden sowie die zwischen Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen liegende Exklave Mägerkingen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Schwarzwaldkreis |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Kreis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4.634 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Reutlingen |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Württemberg |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1924 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Bayerisch-Württembergischen Zollvereins (Süddeutscher Zollverein) |
|----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------------------|
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 7. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Regierungsbezirk Stadt Stuttgart

Die Stadt Stuttgart, die in etwa die Funktion eines Regierungsbezirks hat, wird auf Grundlage des Organisationsedikts vom 18. November 1817 als Mittelbehörde des Königreichs Württemberg eingerichtet. Regierungssitz ist Stuttgart. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1822 wird die für Stuttgart zuständige Stadtdirektion aufgehoben und Stuttgart in den Neckarkreis eingegliedert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Stadt Stuttgart |
| 2. | Historische Bezeichnung: | Stadtdirektion |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 30 km ² |
| 4. | Hauptstadt: | Stuttgart |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|-------------|
| 5. | Staat: | Württemberg |
| 6. | Provinz: | keine |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|----|--------------------------|--------|
| 7. | Externes Zollsystem: | keines |
| 8. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 9. | Existent bis: | 1822 |

Änderungen ab 1821

1822

9. Existenz:

Ende des Regierungsbezirks Stadt Stuttgart

2.4 Exklaven

Exklave Abtlöbnitz

Die Exklave Abtlöbnitz gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 5 km südlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Sie ist bewohnt. 1871 wird Abtlöbnitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Abtlöbnitz |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Merseburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Achberg-Esseratsweiler

Die Exklave Achberg-Esseratsweiler gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 30 km südlich des hohenzollern-sigmaringenschen Staatsgebiets. Sie ist bewohnt; für 1857 wird eine Einwohnerzahl von 600 Personen in 11 Gemeinden angegeben. Achberg-Esseratsweiler ist seit 1806 exklaviert. In diesem Jahr kam es vom Deutschen Ritterorden an Hohenzollern-Sigmaringen. 1871 wird Achberg-Esseratsweiler Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|------------------------|
| 1. | Name: | Achberg-Esseratsweiler |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 12 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1850

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollern-Sigmaringen |

1852

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet.
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Adelsreuthe

Die Exklave Adelsreuthe gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 20 km östlich des badischen Staatsgebiets (Seekreis). Die Exklave ist bewohnt; für 1848 wird eine Einwohnerzahl von 128 Personen in dem Dorf Adelsreuthe angegeben. Adelsreuthe ist seit 1803 exklaviert. In diesem Jahr fiel die Gemeinde im Rahmen der Säkularisation des Klosters Salem an Baden. 1871 wird Adelsreuthe Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Baden bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Adelsreuthe |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Baden |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Seekreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1864

6. Regierungsbezirk: Konstanz

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Ahrensberg

Die Exklave Ahrensberg gehört 1820 zu Mecklenburg-Schwerin und liegt etwa 20 km östlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Schwerin. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Ahrendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Schwerin bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Ahrensberg
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 18 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Mecklenburg-Schwerin
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Allstedt

Die Exklave Allstedt gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 20 km nördlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 2600 Personen in den Stadt Allstedt angegeben. Allstedt ist seit 1554 exklaviert. In diesem Jahr wurde die Verpfändung der Stadt an den Kurfürsten von Sachsen eingelöst und sie kam halb an Weimar, halb an Altenburg. Seit 1672 gehört die Exklave ganz zu Weimar. 1871 wird Allstedt Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1 Name: Allstedt
 2 Zweitname(n):
 3 Fläche (GIS-Wert): 107 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Weimar-Eisenach
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Fürstentum Weimar
 7. Kreis: Weimar-Jenaischer Kreis
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1823

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1828

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

6. Regierungsbezirk: keiner

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Ammelstädt

Die Exklave Ammelstädt gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 5 km südwestlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Regierungsbezirk Altenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Ammelstädt Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Ammelstädt
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 3 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Gotha-Altenburg
 5. Provinz: keine

- | | | |
|----|-------------------|----------------------------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Leuchtenburg und Orlamünde |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Altenburg |
|----|--------|-------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 12. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Angelroda

Die Exklave Angelroda gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 7 km westlich des schwarzburg-rudolstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Angelroda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Angelroda |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|----------|------------------------|
| 4. | Staat: | Schwarzburg-Rudolstadt |
| 5. | Provinz: | keine |

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Barchfeld

Die Exklave Barchfeld gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 20 km östlich des Staatsgebiets von Hessen-Kassel. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von etwa 1600 Personen in dem Ort Barchfeld angegeben. 1871 wird Barchfeld Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Barchfeld |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8 km ² |

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hessen-Kassel
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1821

6.	Regierungsbezirk:	Fulda
----	-------------------	-------

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1832

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins <i>Nicht</i> Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	--

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1849

6.	Regierungsbezirk:	keiner
----	-------------------	--------

1851

6.	Regierungsbezirk:	Provinz Fulda
----	-------------------	---------------

1866

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |

1867

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 5. | Provinz: | Hessen-Nassau |
| 6. | Regierungsbezirk: | Kassel |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Bärenthal

Die Exklave Bärenthal gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 10 km westlich des Staatsgebiets von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Exklave ist bewohnt; für 1856 wird eine Einwohnerzahl von 659 Personen im Ort Bärenthal angegeben. Bärenthal ist seit 1803 exklaviert. In diesem Jahr fällt der Ort im Rahmen der Säkularisierung von Kloster Beuron an Hohenzollerns-Sigmaringen. 1850 fällt die Exklave an Preußen. 1871 wird Bärenthal Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Bärenthal |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 16 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Beuron |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1824

10. Externes Zollsystem: Teil des Württembergischen Zollsystems

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

4. Staat: Preußen

6. Regierungsbezirk: Hohenzollern-Sigmaringen

1852

5. Provinz: Rheinprovinz

6. Regierungsbezirk: Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen)

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Behlendorf

Die Exklave Behlendorf gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 7 km nördlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Behlendorf ist seit 1424 exklaviert. In diesem Jahr kommt es in den Besitz Lübecks. 1871 wird Behlendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Behlendorf

2. Zweitname(n):

3. Fläche (GIS-Wert): 24 km²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Lübeck
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Behrungen

Die Exklave Behrungen gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 10 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Hildburghausen. Die Exklave ist bewohnt; für die Jahre vor 1826 wird eine Einwohnerzahl von etwa 1400 Personen in den Orten des Amtes Behrungen angegeben. Behrungen ist seit 1705 exklaviert. In diesem Jahr kommt das Amt durch Erbschaft an Ernst von Sachsen-Eisfeld, der später den Namen Sachsen-Hildburghausen annimmt. 1826 wird Behrungen in das Staatsgebiet von Sachsen-Meiningen arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Behrungen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	39 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Hildburghausen
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	Behrungen
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1826

Änderungen ab 1821

1826

4.	Staat:	Sachsen-Meiningen (arrondiert)
----	--------	--------------------------------

Exklave bei Ribe

Die Exklave bei Ribe gehört 1820 zu Schleswig und liegt etwa 2 km nordöstlich des schleswigschen Staatsgebiets bei der Stadt Ribe. 1864 wird die Exklave in dänisches Staatsgebiet arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1	Name:	Exklave bei Ribe
2	Zweitname(n):	
3	Fläche: (GIS-Wert)	15 km ²

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Schleswig
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
-----	----------------------	--------

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1864 |

Änderungen ab 1821

1838

- | | | |
|-----|--------------------------|---------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Dänischen Zollverbands |
|-----|--------------------------|---------------------------------|

1864

- | | | |
|----|--------|-----------------------|
| 4. | Staat: | Dänemark (arrondiert) |
|----|--------|-----------------------|
-

Exklave Benneckenstein

Die Exklave Benneckenstein gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 4 km nordwestlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Erfurt). Die Exklave ist bewohnt. Benneckenstein wird 1866 arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Benneckenstein |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 20 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |
| 7. | Kreis: | Hohenstein |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

12. Existent bis: 1866

Exklave Bennin

Die Exklave Bennin gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 20 km südlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Strelitz (Fürstentum Ratzeburg). Die Exklave ist bewohnt. Bennin ist seit 1701 exklaviert. In diesem Jahr kommt das Fürstentum Ratzeburg mit Bennin im Rahmen des Hamburger Vergleichs an Mecklenburg-Strelitz. 1821 wird Bennin arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Bennin
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 3 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Mecklenburg-Strelitz
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1821

Änderungen ab 1821

1821

4. Staat: Mecklenburg-Schwerin (arrondiert)
-

Exklave Blankenberg

Die Exklave Blankenberg gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 70 km südlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Erfurt). Die Exklave ist bewohnt; um das Jahr 1860 wird für das Dorf Blankenberg eine Einwohnerzahl von 700 Personen angegeben. Blankenberg ist 1815 exklaviert. In diesem Jahr kam es vom Königreich Sachsen an Preußen. 1871 wird Blankenberg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Blankenberg
 2.. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Erfurt
 7. Kreis: Ziegenrück
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Blintendorf

Die Exklave Blintendorf gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 70 km südöstlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Erfurt). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Blintendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Blintendorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 4 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Erfurt
 7. Kreis: Ziegenrück
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsverein

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Bodenburg

Die Exklave Bodenburg gehört 1820 zu Braunschweig und liegt etwa 7 km westlich des braunschweigschen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 930 Personen in der Gemeinde Bodenburg angegeben. 1871 wird Bodenburg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Braunschweig bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Bodenburg
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 11 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Braunschweig
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1825

7. Kreis: Leinedistrikt

8.	Amt:	Gandersheim
		1828
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
		1832
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Hannoverischen Zollvereins
		1833
7.	Kreis:	Gandersheim
		1834
11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
		1835
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
		1844
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
		1866
10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
		1871
10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Bodenwerder

Die Exklave Bodenwerder gehört 1820 zu Hannover und liegt etwa 5 km südlich des hannoverischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Hannover). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1400 Personen in der Stadt Bodenwerder angegeben. Bodenwerder ist seit dem 17. Jahrhundert exklaviert. 1871 wird Bodenwerder Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen als Nachfolgestaat des Königreichs Hannover bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Bodenwerder |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 23 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Hannover |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hannover |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Polle |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Nicht Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1845

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|----|----------|----------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Hannover |

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Bonames

Die Exklave Bonames gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 3 km südlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 450 Personen in dem Ort Bonames angegeben. 1866 wird Bonames arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|---|--------------------|-------------------|
| 1 | Name: | Bonames |
| 2 | Zweitname(n): | |
| 3 | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------|
| 4. | Staat: | Frankfurt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave Bösleben

Die Exklave Bösleben gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 5 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Fürstentum Weimar). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Bösleben Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Bösleben
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	5 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Weimar-Eisenach
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Fürstentum Weimar
7.	Kreis:	Weimar-Jenaischer Kreis
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Bruderhof

Die Exklave Bruderhof gehört 1820 zu Württemberg und liegt etwa 15 km südlich des württembergischen Staatsgebiets (Schwarzwaldkreis). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Bruderhof Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Bruderhof |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Württemberg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Schwarzwaldkreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|-------------------------|--|
| 11. | Zoll und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|-------------------------|--|

1831

- | | | |
|-----|----------------------|--------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Badischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--------------------------------|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Büsingen

Die Exklave Büsingen gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 3 km südwestlich des badischen Staatsgebiets (Seekreis). Die Exklave ist bewohnt. Büsingen ist seit 1789 exklaviert. In diesem Jahr kommt der Ort an Schaffhausen und wird zur Exklave in der Schweiz. 1871 wird Büsingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Baden bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|---|--------------------|--------------------|
| 1 | Name: | Büsingen |
| 2 | Zweitname(n): | |
| 3 | Fläche (GIS-Wert): | 10 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Baden |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Seekreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1864

6. Regierungsbezirk: Konstanz

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Calvörde

Die Exklave Calvörde gehört 1820 zu Braunschweig und liegt etwa 12 km östlich des braunschweigischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1800 Personen in der Landgemeinde Calvörde angegeben. 1871 wird Calvörde Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Braunschweig bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Calvörde
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 115 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Braunschweig
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1825

- | | | |
|----|--------|------------|
| 7. | Kreis: | Schöningen |
| 8. | Amt: | Vorsfelde |

1827

- | | | |
|----|------|----------|
| 8. | Amt: | Calvörde |
|----|------|----------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|----|--------|-----------|
| 7. | Kreis: | Helmstedt |
|----|--------|-----------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|---------------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Mitglied im Steuerverein |
|-----|--------------------------|---------------------------------------|

1838

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Cappel

Die Exklave Cappel gehört 1820 zu Lippe-Detmold und liegt etwa 30 km westlich des Staatsgebiets von Lippe-Detmold. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Cappel Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lippe-Detmold bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Cappel |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Lippe-Detmold |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Lipperode-Cappel |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Curau-Dissau

Die Exklave Curau-Dissau gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 5 km südlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Curau-Dissau Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Curau-Dissau
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	16 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Lübeck
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Deubach

Die Exklave Deubach gehört 1820 zu Württemberg und liegt etwa 2 km südlich des württembergischen Staatsgebiets. Deubach ist seit 1809 exklaviert. In diesem Jahr kommt die Exklave aus dem Besitz des Deutschen Ritterordens an Württemberg. 1871 wird Deubach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Deubach
----	-------	---------

2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 5 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Württemberg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Jagstkreis
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1824

10. Externes Zollsystem: Teil des Württembergischen Zollsystems

1828

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Süddeutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Dietlas

Die Exklave Dietlas gehört 1820 zu Sachsen-Meiningen und liegt etwa 7 km westlich des sächsisch-meiningischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Dietlas Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- 1 Name: Dietlas
 2 Zweitname(n):

3 Fläche (GIS-Wert): 3 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Meiningen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Distrikt Katzenberg

Die Exklave Distrikt Katzenberg gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 5 km südlich des Staatsgebiets Hessen-Kassel. 1866 wird der Distrikt Katzenberg arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1 Name: Distrikt Katzenberg
 2 Zweitname(n):
 3 Fläche (GIS-Wert): 12 km²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hessen-Kassel
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1866

Änderungen ab 1821

1821

6.	Regierungsbezirk:	Oberhessen
7.	Kreis:	Kirchhain
8.	Amt:	Neustadt

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1832

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch- Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1866

4.	Staat:	Hessen-Darmstadt (arrondiert)
----	--------	-------------------------------

Exklave Dodow

Die Exklave Dodow gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 20 km südlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Strelitz (Fürstentum Ratzeburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Dodow Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Dodow |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 4. | Staat: | Mecklenburg-Strelitz |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Dorheim

Die Exklave Dorheim gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 10 km südwestlich des Staatsgebiets von Hessen-Kassel. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 700 Personen in dem Dorf Dorheim angegeben. 1866 wird Dorheim arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|---|---------------|---------|
| 1 | Name: | Dorheim |
| 2 | Zweitname(n): | |

3 Fläche (GIS-Wert): 16 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Kassel
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1821

6. Regierungsbezirk: Hanau
 7. Kreis: Hanau
 8. Amt: Dorheim

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Hessen-Darmstadt (arrondiert)

Exklave Dornburg

Die Exklave Dornburg gehört 1820 zu Anhalt-Köthen und liegt etwa 2 km westlich des anhalt-köthischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 330 Personen in dem Dorf Dornburg angegeben. Dornburg ist seit

1674 exklaviert. In diesem Jahr kam es an Anhalt. 1871 wird Dornburg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Anhalt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Dornburg |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 4. | Staat: | Anhalt-Köthen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Roßlau |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1847

- | | | |
|----|--------|---|
| 1. | Name: | Kondominat Exklave Dornberg |
| 4. | Staat: | 1. Staat: Anhalt-Köthen
2. Staat: Anhalt-Bernburg
3. Staat: Anahlt-Dessau |

1853

- | | | |
|----|--------|----------------------|
| 1. | Name: | Exklave Dornberg |
| 4. | Staat: | Anhalt-Dessau-Köthen |

1863

4. Staat: Anhalt

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Dörrberg

Die Exklave Dörrberg gehört 1820 zu Schwarzburg-Sondershausen und liegt etwa 5 km westlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Sondershausen und ca. 0,5 km westlich der ebenfalls zu Schwarzburg-Sondershausen gehörenden Exklave Geschwenda. 1871 wird Dörrberg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Sondershausen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Dörrberg
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 3 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Sondershausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsverein
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Döchelsdorf-Sirksrade

Die Exklave Döchelsdorf-Sirksrade gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 4 km südlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Döchelsdorf-Sirksrade Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Döchelsdorf-Sirksrade
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche: (GIS-Wert)	10 km ²

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Lübeck
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|-------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Eimelrod

Die Exklave Eimelrod gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 20 km nördlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Eimelrod Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|---|--------------------|--------------------|
| 1 | Name: | Eimelrod |
| 2 | Zweitname(n): | |
| 3 | Fläche (GIS-Wert): | 14 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Oberhessen |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

5. Provinz: Oberhessen
6. Regierungsbezirk: Biedenkopf

1852

5. Provinz: keine
6. Regierungsbezirk: Oberhessen

1868

4. Staat: Preußen

1867

5. Provinz: Hessen-Nassau
6. Regierungsbezirk: Kassel

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Elxleben

Die Exklave Elxleben gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 7 km nördlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Rudolstadt. Die Exklave ist bewohnt; für 1791 wird eine Einwohnerzahl von 770 Personen in dem Dorf Elxleben angegeben. 1871 wird Elxleben Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1 Name: Elxleben

2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 7 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Rudolstadt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Erlsdorf

Die Exklave Erlsdorf gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 7 km südlich des Staatsgebiets von Sachsen-Hildburghausen. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Erlsdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1	Name:	Erlsdorf
2	Zweitname(n):	
3	Fläche (GIS-Wert):	2 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Hildburghausen
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	Königsberg in Franken
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

4.	Staat:	Sachsen-Coburg und Gotha
6.	Regierungsbezirk:	Coburg

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1831

10	Externes Zollsystem:	Teil des Bayerischen Zollsystems
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Süddeutschen Zollvereins

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
-----	----------------------	-----------------------------------

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Farmsen-Berne

Die Exklave Farmsen-Berne gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 2 km westlich des hamburgischen Staatsgebiets. Farmsen-Berne ist seit 1576 exklaviert. In diesem Jahr wurde es von Hamburg erworben. 1871 wird Farmsen-Berne Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Farmsen-Berne |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 9 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Hamburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1853

- | | | |
|-----|--------------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Holsteinisches Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Dänischen Zollverbands |

1864

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | <i>Nicht</i> Teil des Holsteinisches Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Dänischen Zollverbands |

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Finkenhof

Die Exklave Finkenhof gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 20 km südlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Starkenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Finkenhof Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Finkenhof
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Darmstadt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Starkenburg
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1832

- | | | |
|----|--------|------------|
| 7. | Kreis: | Heppenheim |
| 8. | Amt: | Wimpfen |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | Starkenburg |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erbach |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Flurstück nördlich Rappenu

Die Exklave Flurstück nördlich Rappenu gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 30 km südlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Starkenburg). Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird Flurstück nördlich Rappenu Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|----------------------------|
| 1. | Name: | Flurstück nördlich Rappenu |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | > 1km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------|------------|
| 7. | Kreis: | Heppenheim |
| 8. | Amt: | Wimpfen |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | Starkenburg |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erbach |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Forstgebiet Wasungen

Die Exklave Forstgebiet Wasungen gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 5 km östlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Eisenach). 1871 wird Forstgebiet Wasungen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|----------------------|
| 1. | Name: | Forstgebiet Wasungen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 7 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Eisenach |
| 7. | Kreis: | Eisenacher Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Forstgebiet Wasungen II

Die Exklave Forstgebiet Wasungen II gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 12 km östlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Eisenach). 1871 wird

Forstgebiet Wasungen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------------|
| 1. | Name: | Forstgebiet Wasungen II |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Eisenach |
| 7. | Kreis: | Eisenacher Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Förthen

Die Exklave Förthen gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 2 km nördlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Fürstentum Weimar). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Förthen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Förthen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Weimar |
| 7. | Kreis: | Neustädter Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Gefell

Die Exklave Gefell gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 50 km südlich des preußischen Staatsgebiets (Provinz Sachsen). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1680 Personen in der Stadt Gefell angegeben. 1871 wird Gefell Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Gefell |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |
| 7. | Kreis: | Ziegenrück |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>nicht</i> Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Gemeindewald (der Dörfer Bonames, Niederursel, Erlenbach und Dortelweil)

Die Exklave Gemeindewald (der Dörfer Bonames, Niederursel, Erlenbach und Dortelweil) gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 17 km südlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1866 wird der Gemeindewald arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--|
| 1. | Name: | Exklave Gemeindewald (der Dörfer Bonames, Niederursel, Erlenbach und Dortelweil) |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------|
| 4. | Staat: | Frankfurt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave Geschwenda

Die Exklave Geschwenda gehört 1820 zu Schwarzburg-Sondershausen und liegt etwa 3 km westlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Sondershausen . Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Geschwenda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Sondershausen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Geschwenda
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 7 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Sondershausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keines
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Gevezin

Die Exklave Gevezin gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 3 km westlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Strelitz (Herzogtum Strelitz). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Gevezin Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Gevezin
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 14 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Mecklenburg-Strelitz
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Gödnitz

Die Exklave Gödnitz gehört 1820 zu Anhalt-Dessau und liegt etwa 3 km westlich des anhalt-dessauischen Staatsgebiets (Zerbst). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Gödnitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Anhalt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Gödnitz |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 4. | Staat: | Anhalt-Dessau |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Zerbst |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|------|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 1834 | | |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1853

4. Staat: Anhalt-Dessau-Köthen

1863

4. Staat: Anhalt

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Großalsleben

Die Exklave Großalsleben gehört 1820 zu Anhalt-Dessau und liegt etwa 40 km südwestlich des anhalt-dessauischen Staatsgebiets (Zerbst). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Großalsleben Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Anhalt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Großalsleben
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 27 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Anhalt-Dessau
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Großalsleben
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1853

4. Staat: Anhalt-Dessau-Köthen

1863

4. Staat: Anhalt

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Großhansdorf-Schmalenbeck

Die Exklave Großhansdorf-Schmalenbeck gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 15 km nordwestlich des hamburgischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; für 1900 wird eine Einwohnerzahl von 370 Personen in der Gemeinde Großhansdorf-Schmalenbeck angegeben. Großhansdorf-Schmalenbeck ist seit 1436 exklaviert. In diesem Jahr wurde das Dorf Schmalenbeck an Hamburg verpfändet, nachdem Großhansdorf bereits zwischen 1417 und 1421 an Hamburg verpfändet worden war. 1871 wird Großhansdorf-Schmalenbeck Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen. 1872 werden beide Dörfer zu der Gemeinde Großhansdorf-Schmalenbeck vereinigt

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Großhansdorf-Schmalenbeck
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 13 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Hamburg
 5. Provinz: keine

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1853

- | | | |
|-----|--------------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Holsteinischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Dänischen Zollverbands |

1864

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | <i>Nicht</i> Teil des Holsteinischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Dänischen Zollverbands |

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Gudendorf

Die Exklave Gudendorf gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 1 km östlich des hamburgischen Staatsgebiets (Cuxhaven). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Gudendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Gudendorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 3 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hamburg
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Harheim

Die Exklave Harheim gehört 1820 zu Nassau und liegt etwa 1 km östlich des nassauischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 600 Personen in dem Ort Harheim angegeben. Harheim ist seit 1806 exklaviert. In diesem Jahr fällt es bei der Auflösung von Kurmainz an Nassau. 1868 wird Harheim arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Harheim
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	2 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Nassau
5.	Provinz:	keine

6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	Höchst
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1868

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1836

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1868

4.	Staat:	Hessen-Darmstadt (arrondiert)
----	--------	-------------------------------

Exklave Hausen

Die Exklave Hausen gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 2 km nördlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1866 wird Hausen arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hausen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	2 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Frankfurt
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner

7. Kreis:
8. Amt:
9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
11. Zoll- und Handelsverein: keiner
12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave Hecklingen

Die Exklave Hecklingen gehört 1820 zu Anhalt-Bernburg und liegt etwa 10 km westlich des anhalt-bernburgischen Staatsgebiets (Bernburg). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 2030 Personen in dem Dorf Hecklingen angegeben. Hecklingen wird 1863 arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Hecklingen
2. Zweitname(n):
3. Fläche (GIS-Wert): 14 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Anhalt-Bernburg
5. Provinz: keine

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1863 |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1838

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1863

- | | | |
|----|--------|---------------------|
| 4. | Staat: | Anhalt (arrondiert) |
|----|--------|---------------------|

Exklave Heddernheim

Die Exklave Heddernheim gehört 1820 zu Nassau und liegt weniger als 1 km östlich des nassauschen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1900 Personen in dem Ort Heddernheim angegeben. Heddernheim ist seit 1803 exklaviert. In diesem Jahr fallen die Mainzer Hoheitsrechte über Heddernheim im Reichsdeputationshauptschluss an das Fürstentum Nassau. 1866 wird Heddernheim arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Heddernheim |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Nassau
5.	Provinz:	
6.	Regierungsbezirk:	
7.	Kreis:	
8.	Amt:	Höchst
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1866

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1836

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1866

4.	Staat:	Preußen (arrondiert)
----	--------	----------------------

Exklave Hehlingen

Die Exklave Hehlingen gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 7 km westlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Magdeburg). Die Exklave ist bewohnt. Hehlingen ist seit 1669 exklaviert. In diesem Jahr hielt der Kurfürst von Brandenburg die Wolfburg, zu der Hehlingen gehörte, besetzt. 1866 wird Hehlingen arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Hehlingen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	13 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Preußen
5.	Provinz:	Sachsen
6.	Regierungsbezirk:	Magdeburg
7.	Kreis:	Gardelegen
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1866

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1838

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
-----	--------------------------	------------------------

1842

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1866

12.	Existent bis:	1866
-----	---------------	------

Exklave Helmhof

Die Exklave Helmhof gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 13 km südöstlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Starkenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Helmhof Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Helmhof |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------|------------|
| 7. | Kreis: | Heppenheim |
| 8. | Amt: | Wimpfen |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | Starkenburg |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erbach |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Heßlingen

Die Exklave Heßlingen gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 10 km westlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Magdeburg). Die Exklave ist bewohnt. Heßlingen ist seit 1669 exklaviert. In diesem Jahr besetzte der Kurfürst von Brandenburg die Wolfburg, zu der Heßlingen gehörte. 1866 wird Heßlingen arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Heßlingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Magdeburg |
| 7. | Kreis: | Gardelegen |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1838

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Steuervereins

1842

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

12. Existent bis: 1866

Exklave Hilbersdorf

Die Exklave Hilbersdorf gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 1 km südwestlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Regierungsbezirk Altenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Hilbersdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Hilbersdorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Gotha-Altenburg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Altenburg
 7. Kreis:
 8. Amt: Ronneburg
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Altenburg

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Hilbersdorf (sächsischer Anteil)

Die Exklave Hilbersdorf (sächsischer Anteil) gehört 1820 zu Sachsen und liegt etwa 10 km westlich des sächsischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Hilbersdorf (sächsischer Anteil) Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Hilbersdorf (sächsischer Anteil)
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 1 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Erzgebirgischer Kreis
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsverein

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1835

5. Regierungsbezirk: Zwickau

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Hohen-Erxleben

Die Exklave Hohen-Erxleben gehört 1820 zu Anhalt-Bernburg und liegt weniger als 1 km westlich des anhalt-bernburgischen Staatsgebiets (Bernburg). Die Exklave ist bewohnt. 1863 wird Hohen-Erxleben arrondiert

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Hohen-Erxleben
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 10 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Anhalt-Bernburg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1863 |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1863

- | | | |
|----|--------|---------------------|
| 4. | Staat: | Anhalt (arrondiert) |
|----|--------|---------------------|
-

Exklave Hohentwiel

Die Exklave Hohentwiel gehört 1820 zu Württemberg und liegt etwa 20 km südlich des württembergischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Hohentwiel ist seit 1521 exklaviert. In diesem Jahr kaufte der württembergische Herzog die Burg Hohentwiel. 1871 wird Hohentwiel Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Hohentwiel |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Württemberg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Schwarzwaldkreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keine |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--|

1831

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Badischen Zollsystems |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 10. | Externes Zollsystem: | <i>Nicht</i> Teil des Badischen Zollsystems
Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Höringhausen

Die Exklave Höringhausen gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 45 km südlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; für 1900 wird eine Einwohnerzahl von 730 Personen in dem Dorf Höringhausen angegeben. Höringhausen ist seit 1639 exklaviert. In diesem Jahr kam die Herrschaft Itter mit dem Dorf Höringhausen zu Hessen-Darmstadt. 1871 wird Höringhausen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Höringhausen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 14 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hessen-Darmstadt
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Oberhessen
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1848

5.	Provinz:	Oberhessen
6.	Regierungsbezirk:	Biedenkopf

1852

5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Oberhessen

1866

4.	Staat:	Preußen
----	--------	---------

1867

5.	Provinz:	Nassau
6.	Regierungsbezirk:	Kassel

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
-----	----------------------	-----------------------------------

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Horst

Die Exklave Horst gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 5 km südlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Strelitz (Fürstentum Ratzeburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Horst Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Horst |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 14 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 4. | Staat: | Mecklenburg-Strelitz |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Igelswies

Die Exklave Igelswies gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 5 km westlich des Staatsgebiets von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Igelswies Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Igelswies |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 3 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|---|
| 10. | Externes Zollsystem: | <i>Nicht</i> Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|---|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1850

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollern-Sigmaringen |

1852

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Ilmenau

Die Exklave Ilmenau gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 13 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Fürstentum Weimar). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 4600 Personen in der Stadt Ilmenau sowie im Umland angegeben. Ilmenau ist seit 1660/61 exklaviert. In diesem Jahr wurde das Gebiet bei der sächsischen Erbteilung dem Herzogtum Sachsen-Weimar zugesprochen. 1871 wird Ilmenau Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Ilmenau |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 63 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Weimar |
| 7. | Kreis: | Weimar-Jenaischer Kreis |
| 8. | Amt: | Ilmenau |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

6. Regierungsbezirk: keiner

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Jettkofen

Die Exklave Jettkofen gehört 1820 zu Württemberg und liegt weniger als 1 km südwestlich des württembergischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Donaukreis). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 240 Personen in dem Dorf Jettkofen angegeben. 1871 wird Jettkofen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Jettkofen
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 5 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Württemberg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Donaukreis
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Kamsdorf

Die Exklave Kamsdorf gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 40 km südöstlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Erfurt). Die Exklave ist bewohnt. Kamsdorf ist seit 1418 exklaviert. In diesem Jahr wurde es Teil des schwarzburgischen Amtes Ranis. Ab 1574 zu Kursachsen gehörig, wurde die Exklave 1815 im Rahmen des Wiener Kongresses Preußen unterstellt. 1866 wird dem Gebiet die ehemals bayrische Exklave Kaulsdorf angegliedert, die Exklave erhält den Namen Kamsdorf-Kaulsdorf. 1871 wird Kamsdorf-Kaulsdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Kamsdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 7 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |

- | | | |
|----|-----------|------------|
| 7. | Kreis: | Ziegenrück |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|----|-------|--------------------|
| 1. | Name: | Kamsdorf-Kaulsdorf |
|----|-------|--------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Kaulsdorf

Die Exklave Kaulsdorf gehört 1820 zu Bayern und liegt etwa 13 km nördlich des bayrischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1866 wird Kaulsdorf arrondiert und ist seither mit der Exklave Kamsdorf verbunden

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Kaulsdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Bayern
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Obermainkreis
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1866

Änderungen ab 1821

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1837

6.	Regierungsbezirk:	Oberfranken
----	-------------------	-------------

1866

4.	Staat:	Preußen (arrondiert)
----	--------	----------------------

Exklave Kempen-Grevenhagen

Die Exklave Kempen-Grevenhagen gehört 1820 zu Lippe-Detmold und liegt etwa 3 km südlich des Staatsgebiets von Lippe-Detmold. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Kempen-Grevenhagen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Kempen-Grevenhagen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	10 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Lippe-Detmold
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
-----	----------------------	----------------------------------

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Kischlitz

Die Exklave Kischlitz gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 3 km südlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Kischlitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Kischlitz
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	1 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Preußen
5.	Provinz:	Sachsen
6.	Regierungsbezirk:	Merseburg
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Kleinkröbnitz

Die Exklave Kleinkröbnitz gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt weniger als 1 km südlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Fürstentum Weimar). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Kleinkröbnitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Kleinkröbnitz
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche: (GIS-Wert)	2 km ²

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Weimar-Eisenach
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Fürstentum Weimar
7.	Kreis:	Weimar-Jenaischer Kreis
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Klein Menow

Die Exklave Klein Menow gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 1 km östlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Postdam). Die Exklave ist bewohnt; für 1798 wird eine Einwohnerzahl von ca. 50 Personen in dem Dorf Menow angegeben. Klein Menow ist seit 1418 exklaviert. In diesem Jahr kam das mecklenburgische Dorf Menow durch eine Schenkung der Familie von Dewitz an das Zisterzienser Nonnenkloster in Lindow zur Mark Brandenburg. 1871 wird Klein Menow Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Klein Menow |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Brandenburg |
| 6. | Regierungsbezirk: | Potsdam |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Königsberg

Die Exklave Königsberg gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 15 km südlich des Staatsgebiets von Sachsen-Hildburghausen. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 2500 Personen in der Stadt Königsberg und den umliegenden Gebieten angegeben. Königsberg ist seit 1400 exklaviert. In diesem Jahr kommt Königsberg an Thüringen. 1826 wird die Exklave Teil von Sachsen-Coburg und Gotha. 1871 wird sie Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Königsberg |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 39 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Hildburghausen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Königsberg in Franken |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Coburg |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1831

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Bayerischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Kranichfeld

Die Exklave Kranichfeld gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 7 km östlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Gotha). 1826 fällt die Exklave an das flächenmäßig erweiterte Herzogtum Sachsen-Meiningen. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 3070 Personen in der Stadt Kranichfeld und den umliegenden Gebieten angegeben. 1871 wird Kranichfeld Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Kranichfeld |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 61 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Kranichfeld |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Meiningen |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Krofdorfer Wald

Die Exklave Krofdorfer Wald gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 21 km südöstlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Koblenz). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1500 Personen in dem Dorf Krofdorf-Gleiberg angegeben. 1866 wird die Exklave Krofdorfer Wald arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Krofdorfer Wald |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 59 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Niederrhein |
| 6. | Regierungsbezirk: | Koblenz |
| 7. | Kreis: | Wetzlar |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|----|----------|--------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
|----|----------|--------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

12. Existent bis: 1866

Exklave Krumbeck

Die Exklave Krumbeck gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 3 km westlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Krumbeck Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Krumbeck
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche: (GIS-Wert)	7 km ²

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Lübeck
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Langenenslingen

Die Exklave Langenenslingen gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 1 km östlich des Staatsgebiets von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Exklave ist bewohnt. Langenenslingen ist seit 1806 exklaviert. In diesem Jahr ging die Landeshoheit für das Gebiet von Österreich auf Hohenzollern-Sigmaringen über. 1850 kommt die Exklave an Preußen 1871 wird Langenenslingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Langenenslingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 22 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

4. Staat: Preußen

6. Regierungsbezirk: Hohenzollern-Sigmaringen

1852

5. Provinz: Rheinprovinz

6. Regierungsbezirk: Hohenzollernsche Lande

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Laubach

Die Exklave Laubach gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 2 km südlich des hessen-kasselschen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Laubach ist seit 1358 exklaviert. Ab diesem Jahr gehörte der Ort zur Landgrafschaft Hessen. 1832 wird Laubach arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Laubach

2. Zweitname(n):

3. Fläche (GIS-Wert): 5 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Kassel

5. Provinz: keine

6. Regierungsbezirk: keiner

7. Kreis:

8. Amt:

9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines

11. Zoll- und Handelsverein: keiner

12. Existent bis: 1832

Änderungen ab 1821

1821

6. Regierungsbezirk: Niederhessen
 7. Kreis: Witzenhausen
 8. Amt: Witzenhausen

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

4. Staat: Hannover (arrondiert)

Exklave Leutendorf

Die Exklave Leutendorf gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 25 km östlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1826 wird Leutendorf arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Leutendorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Hildburghausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Sonnefeld
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1826

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Coburg und Gotha (arrondiert)
-

Exklave Leutersdorf

Die Exklave Leutersdorf gehört 1820 zu Österreich und liegt in Sachsen etwa 3 km östlich des österreichischen Staatsgebiets (Böhmen). Die Exklave ist bewohnt. 1848 wird Leutersdorf arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Leutersdorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 5 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Österreich
 5. Provinz: Böhmen
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1848

Änderungen ab 1821

1848

4. Staat: Sachsen (arrondiert)
-

Exklave Lichtenberg

Die Exklave Lichtenberg gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 5 km

südlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach (Fürstentum Eisenach). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 3850 Personen im Amt Lichtenberg angegeben. 1871 wird Lichtenberg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|----------------------|
| 1. | Name: | Lichtenberg |
| 2. | Zweitname(n): | Ostheim vor der Rhön |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 52 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Eisenach |
| 7. | Kreis: | Eisenacher Kreis |
| 8. | Amt: | Lichtenberg |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1831

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Bayerischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Lichtenhain

Die Exklave Lichtenhain gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 10 km südlich des Staatsgebiets Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). Ab 1826 zählt die Exklave zum Staatsgebiet von Sachsen-Meiningen. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 300 Personen in dem Dorf Lichtenhain angegeben. 1871 wird Lichtenhain Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Lichtenhain |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Leuchtenburg und Orlamünde |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Meiningen |
| 8. | Amt: | Camburg |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Lipperode

Die Exklave Lipperode gehört 1820 zu Lippe-Detmold und liegt etwa 30 km südwestlich des Staatsgebiets von Lippe-Detmold. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 2600 Personen in der Stadt Lippstadt (der lippe-detmoldschen Hälfte) sowie in dem Dorf Lipperode angegeben. Lipperode ist seit 1748 exklaviert. In diesem Jahr wurde Lipperode von Lippe-Bückeburg an Detmold abgetreten. 1871 wird Lipperode Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lippe-Detmold bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Lipperode |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 11 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Lippe-Detmold |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Lipperode-Cappel |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Löbnitz

Die Exklave Löbnitz gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 10 km nördlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1130 Personen in dem Dorf Löbnitz angegeben. 1871 wird Löbnitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Löbnitz
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 3 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Merseburg
 7. Kreis: Saalkreis
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Lügde

Die Exklave Lügde gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 7 km nördlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Minden). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 2200 Personen in der Stadt Lügde angegeben. 1871 wird Lügde Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Lügde
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 55 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Westfalen
 6. Regierungsbezirk: Minden
 7. Kreis: Höxter
 8. Amt: Lügde
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1842

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystem
 11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Mägerkingen

Die Exklave Mägerkingen gehört 1820 zu Württemberg und liegt etwa 4 km südlich des württembergischen Staatsgebiets (Schwarzwaldkreis). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 850 Personen in der Ortschaft Mägerkingen angegeben. 1871 wird Mägerkingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Mägerkingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 28 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Württemberg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Schwarzwaldkreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Malkendorf

Die Exklave Malkendorf gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 4 km nördlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Malkendorf ist seit 1407 exklaviert. In diesem Jahr ging das Dorf aus dem Besitz der Familie von Buchenwaldt in den Besitz Lübecks über. 1871 wird Malkendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Malkendorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 2 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Lübeck
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Mannhagen

Die Exklave Mannhagen gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 10 km südwestlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Strelitz (Fürstentum Ratzeburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Mannhagen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Mannhagen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 14 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 4. | Staat: | Mecklenburg-Strelitz |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Mehla

Die Exklave Mehla gehört 1820 zu Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) und liegt weniger als 1 km westlich des Staatsgebiets von Reuß ältere Linie. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Mehla Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Exklave Mehla |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 5 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------|
| 4. | Staat: | Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Michelbuch

Die Exklave Michelbuch gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 2 km nördlich des badischen Staatsgebiets (Neckarkreis). Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird Michelbuch Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Baden bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Michelbuch |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Staat: | Baden |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Neckarkreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1832

- | | | |
|----|-------------------|-----------------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Unterrheinkreis |
|----|-------------------|-----------------|

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Mannheim |
|----|-------------------|----------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Moorburg

Die Exklave Moorburg gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 2 km südlich des hamburgischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1870 wird eine Einwohnerzahl von ca. 2000 Personen in dem Dorf Moorburg angegeben. Moorburg ist seit 1375 exklaviert. In diesem Jahr wurde es von Hamburg gekauft. 1871 wird Moorburg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Moorburg |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 9 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Hamburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Mosen

Die Exklave Mosen gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 5 km südwestlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). 1826 kommt die Exklave zu Sachsen-Meiningen. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Mosen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Mosen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Meiningen |
| 8. | Amt: | Camburg |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833		
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
1834		
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
1839		
8.	Amt:	Saalfeld
1869		
7.	Kreis:	Saalfeld
1871		
10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Mühlhausen

Die Exklave Mühlhausen gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt weniger als 1 km östlich des Staatsgebiets von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Mühlhausen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Mühlhausen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	1 km ²

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hohenzollern-Sigmaringen
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
-----	----------------------	--------

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1850

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollern-Sigmaringen |

1852

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Mühlingen

Die Exklave Mühlingen gehört 1820 zu Anhalt-Bernburg und liegt etwa 10 km nördlich des Staatsgebiets von Anhalt-Bernburg. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1700 Personen in dem Ort Großmühlingen (970 Einwohner) und dem Umland angegeben. Mühlingen ist seit 1793 exklaviert. In diesem Jahr kam Mühlingen von Anhalt-Zerbst an Bernburg. 1871 wird Mühlingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Anhalt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Mühlingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 27 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------------|
| 4. | Staat: | Anhalt-Bernburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Mühlingen |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1823

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|----------------------|--------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|----------------------|--------------------------------|

1863

- | | | |
|----|--------|--------|
| 4. | Staat: | Anhalt |
|----|--------|--------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Mumsdorf

Die Exklave Mumsdorf gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 3 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). Die

Exklave ist bewohnt. Mumsdorf ist seit 1521 exklaviert. In diesem Jahr wurde es vom kurfürstliche Rat und Amtmann zu Altenburg gekauft. Ab 1826 zählt die Exklave zu Sachsen-Altenburg. 1871 wird Mumsdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Mumsdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Altenburg |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Altenburg |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------|----------------------------------|
| 7. | Kreis: | Altenburgischer Kreis (Ostkreis) |
|----|--------|----------------------------------|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Nassach

Die Exklave Nassach gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 10 km südwestlich des Staatsgebiets von Sachsen-Hildburghausen. Die Exklave ist bewohnt. Nassach ist seit 1525 exklaviert. In diesem Jahr kam der Ort als Enklave an das sächsische Klosteramt Sonnefeld, das Kloster wurde jedoch aufgehoben. Zeitweise war Nassach an Adelige aus der näheren Umgebung verpfändet. 1788 löste die Herzogin Charlotte von Sachsen-Hildburghausen das Dorf wieder aus. 1826 kommt die Exklave zum Herzogtum Coburg. 1871 wird Nassach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Nassach |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Hildburghausen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Königsberg in Franken |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Coburg |

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1831

10. Externes Zollsystem: Teil des Bayerischen Zollsystems

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Nazza

Die Exklave Nazza gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 7 km nordwestlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Gotha). Die Exklave ist bewohnt; für 1741 wird eine Einwohnerzahl von 480 Personen in dem Dorf Nazza angegeben. Nazza ist seit 1513 exklaviert. In diesem Jahr erwarb der vom Fürstentum Gotha abhängige Herr von Hopffgarten den Ort Nazza, die dazugehörige Burg und das Gericht. 1826 kommt Nazza zum Herzogtum Gotha. 1871 wird es Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Nazza
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	20 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Gotha-Altenburg
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Fürstentum Gotha
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Gotha |

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1839

- | | | |
|----|------|-------|
| 8. | Amt: | Nazza |
|----|------|-------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Netzeband

Die Exklave Netzeband gehört 1820 zu Mecklenburg-Schwerin und liegt etwa 25 km südlich des Staatsgebiets von Mecklenburg-Schwerin. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Netzeband Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Schwerin bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Netzeband |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 43 km ² |

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Mecklenburg-Schwerin
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
-----	----------------------	----------------------------------

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Neudörfel

Die Exklave Neudörfel gehört 1820 zu Sachsen und liegt etwa 1 km östlich des sächsischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 370 Personen in dem Dorf Neudörfel angegeben. 1848 wird Neudörfel arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Neudörfel
----	-------	-----------

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 4. | Staat: | Sachsen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Meißner Kreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1848 |

Änderungen ab 1821

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1835

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Dresden |
|----|-------------------|---------|

1848

- | | | |
|----|--------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Österreich (arrondiert) |
|----|--------|-------------------------|
-

Exklave Neudörfel

Die Exklave Neudörfel gehört 1820 zu Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) und liegt etwa 3 km nördlich des Staatsgebiets von Reuß ältere Linie (Greiz). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Neudörfel Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Neudörfel |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz)
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Neukirchen

Die Exklave Neukirchen gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 1 km südlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Neukirchen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Neukirchen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Altenburg |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1870 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Altenburg |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|----|--------|----------------------------------|
| 7. | Kreis: | Altenburgischer Kreis (Ostkreis) |
|----|--------|----------------------------------|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Neukirchen-Lauterbach

Die Exklave Neukirchen-Lauterbach gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 2 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Gotha). Die Exklave ist bewohnt. 1826 kommt die Exklave zum Herzogtum Gotha. 1871 wird sie Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-----------------------|
| 1. | Name: | Neukirchen-Lauterbach |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 21 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
|----|--------|--------------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Neuroda

Die Exklave Neuroda gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 5 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Gotha). 1826 kommt die Exklave zum Herzogtum Gotha. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Neuroda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Neuroda |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Gotha |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1830

8. Amt: Liebenstein

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Niedererlenbach-Dortelweil

Die Exklave Niedererlenbach-Dortelweil gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 7 km nördlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Niedererlenbach-Dortelweil ist seit 1292 exklaviert. In diesem Jahr kam das Gebiet zur Freien Reichsstadt Frankfurt. 1866 wird die Exklave arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Niedererlenbach-Dortelweil
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 9 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Frankfurt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Hessen-Darmstadt (arrondiert)

Exklave Niederursel

Die Exklave Niederursel gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 5 km nördlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1866 wird Niederursel arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Niederursel
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 5 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Frankfurt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave nördlich Sonnefeld

Die Exklave nördlich Sonnefeld gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 20 km südwestlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist unbewohnt. 1826 wird die Exklave arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Exklave nördlich Sonnefeld
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 2 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Hildburghausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Sonnefeld
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1826

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Coburg und Gotha (arrondiert)
-

Exklave Nusse-Ritzerau

Die Exklave Nusse-Ritzerau gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 10 km südlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 3200 Personen in den Dörfern Nusse und Ritzerau angegeben. Nusse-Ritzerau ist seit mindestens 1194 exklaviert. In diesem Jahr findet sich die Ersterwähnung des Ortes Nusse, der schon damals zu einer Enklave Lübecks im preußischen Herzogtum Lauenburg gehörte. 1871 wird Nusse-Ritzerau Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Nusse-Ritzerau
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 23 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Lübeck
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Oberellen

Die Exklave Oberellen gehört 1820 zu Sachsen-Meiningen und liegt etwa 11 km nördlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. Oberellen ist seit 1680 exklaviert. In diesem Jahr fiel es an den Herzog von Meiningen. 1871 wird Oberellen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Oberellen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 19 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Meiningen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Oldisleben

Die Exklave Oldisleben gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 20 km nördlich des Staatsgebiets von Sachsen-Weimar-Eisenach. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1500 Personen in dem Ort Oldisleben angegeben. Oldisleben ist seit 1591 exklaviert. In diesem Jahr wurde es vom Herzog von Sachsen zurückgekauft, nachdem es 1499 dem Abt des in dem Ort befindlichen Klosters verkauft worden war. 1871 wird Oldisleben Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Oldisleben
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 21 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Weimar-Eisenach
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Fürstentum Weimar
 7. Kreis: Weimar-Jenaischer Kreis
 8. Amt: Oldisleben
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1823

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Ölsburg

Die Exklave Ölsburg gehört 1820 zu Braunschweig und liegt etwa 6 km westlich des braunschweigischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Ölsburg ist seit 1643 exklaviert. In diesem Jahr ging es an den Herzog von Braunschweig über. 1871 wird Ölsburg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Braunschweig bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Ölsburg
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 4 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Braunschweig
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1825

- | | | |
|----|--------|--------------|
| 7. | Kreis: | Wolfenbüttel |
| 8. | Amt: | Salder |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|-----|----------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Hannoverischen Zollsystems |
|-----|----------------------|-------------------------------------|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1842

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1866

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Österöda

Die Exklave Österöda gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 3 km östlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Österöda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Österöda |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 2 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Schwarzburg-Rudolstadt
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Ostharingen

Die Exklave Ostharingen gehört 1820 zu Braunschweig und liegt etwa 2 km östlich des braunschweigischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Ostharingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Braunschweig bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Ostharingen
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	8 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Braunschweig
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1825

7.	Kreis:	Leinedistrikt
8.	Amt:	Lutter am Barenberge

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1832

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Hannoverischen Zollsystems
-----	----------------------	-------------------------------------

1833

7.	Kreis:	Gandersheim
----	--------	-------------

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	<i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1835

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Steuervereins
-----	--------------------------	------------------------

1866

10	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
----	----------------------	----------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
-----	----------------------	-----------------------------------

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Polle

Die Exklave Polle gehört 1820 zu Hannover und liegt etwa 5 km südlich des hannoverischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 4000 Personen im Ort Polle und dem Umland angegeben. 1866 wird Polle arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Polle |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 69 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Hannover |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hannover |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Polle |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1845

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1854

10. Externes Zollsystem: Teil des Hannoverischen Zollsystems

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave Pösigk

Die Exklave Pösigk gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 5 km nördlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Pösigk Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Pösigk
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): > 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Merseburg
 7. Kreis: Bitterfeld
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Priorau-Schierau-Möst

Die Exklave Priorau-Schierau-Möst gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 3 km südlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Priorau-Schierau-Möst Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Priorau-Schierau-Möst
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 16 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Merseburg
 7. Kreis: Bitterfeld
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Rauschengesees

Die Exklave Rauschengesees gehört 1820 zu Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) und liegt etwa 6 km westlich des Staatsgebiets von Reuß-Greiz. Die Exklave ist bewohnt. Rauschengesees ist seit 1616 exklaviert. In diesem Jahr wurde der Ort zur Herrschaft Greiz geschlagen. 1871 wird Rauschengesees Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Reuß-Greiz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Rauschengesees
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 9 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz)
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existenz bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Reichelsheim

Die Exklave Reichelsheim gehört 1820 zu Nassau und liegt etwa 10 km östlich des nassauischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 1590 Personen in dem Ort Reichelsheim und Umgebung angegeben. 1866 wird Reichelsheim arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Reichelsheim
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 9 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Nassau
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Reichelsheim
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Hessen-Darmstadt (arrondiert)

Exklave Repau

Die Exklave Repau gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 7 km nördlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Merseburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Repau Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Repau
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Sachsen
 6. Regierungsbezirk: Merseburg
 7. Kreis: Bitterfeld
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Rockhausen

Die Exklave Rockhausen gehört 1820 zu Schwarzburg-Sondershausen und liegt etwa 4 km nördlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Sondershausen. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Rockhausen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Sondershausen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Rockhausen
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 4 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Sondershausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsverein

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Rohrbach

Die Exklave Rohrbach gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 10 km südöstlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1826 wird Rohrbach arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Rohrbach
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 4 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Hildburghausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Sonnefeld
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner

12. Existent bis: 1826

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Coburg und Gotha (arrondiert)

Exklave Röpsen

Die Exklave Röpsen gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 4 km westlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Röpsen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Röpsen
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 6 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Gotha-Altenburg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Fürstentum Altenburg
 7. Kreis:
 8. Amt: Ronneburg
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Altenburg

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

7. Kreis: Altenburgischer Kreis (Ostkreis)

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Rossow

Die Exklave Rossow gehört 1820 zu Mecklenburg-Schwerin und liegt etwa 20 km südlich des mecklenburg-schweriner Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Rossow Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Schwerin bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Rossow
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 41 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Mecklenburg-Schwerin
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Roth

Die Exklave Roth gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 10 km südöstlich von dessen Staatsgebiet. 1826 wird Roth arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Roth |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Hildburghausen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Sonnefeld |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1826

Änderungen ab 1821

1826

4.	Staat:	Sachsen-Coburg und Gotha (arrondiert)
----	--------	---------------------------------------

Exklave Rußdorf

Die Exklave Rußdorf gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 10 km südöstlich des Staatsgebiets von Sachsen-Gotha-Altenburg (Fürstentum Altenburg). Die Exklave ist bewohnt; für 1905 wird eine Einwohnerzahl von 3194 Personen in dem Dorf Rußdorf angegeben. Rußdorf ist seit 1457 exklaviert. In diesem Jahr kommt der Ort auf der Grundlage eines Tauschgeschäftes des kurfürstlichen Rates Hildebrand von Einsiedel zum St. Georgenstift zu Altenburg. 1871 wird Rußdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Rußdorf
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	6 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Gotha-Altenburg
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Fürstentum Altenburg
7.	Kreis:	
8.	Amt:	Altenburg
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Altenburg

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

7. Kreis: Altenburgischer Kreis (Ostkreis)

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Rußdorf

Die Exklave Rußdorf gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 2 km nordöstlich des Staatsgebiets Sachsen-Weimar-Eisenach. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Rußdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Rußdorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 2 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Weimar-Eisenach
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Fürstentum Weimar

- | | | |
|----|-----------|------------------|
| 7. | Kreis: | Neustädter Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Saalthal

Die Exklave Saalthal gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 10 km südlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Saalthal Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Saalthal |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 1 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Sachsen-Gotha-Altenburg
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Fürstentum Altenburg
7.	Kreis:	Leuchtenburg und Orlamünde
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1826

4.	Staat:	Sachsen-Altenburg
----	--------	-------------------

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins
-----	--------------------------	---

1833

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins
-----	--------------------------	--

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Saalthal (Gemeindeland)

Die Exklave Saalthal (Gemeindeland) gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 11 km südlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird Saalthal (Gemeindeland) Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------------|
| 1. | Name: | Saalthal (Gemeindeland) |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Leuchtenburg und Orlamünde |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Altenburg |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Schaumburg

Die Exklave Schaumburg gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 60 km nördlich des hessen-kasselerischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Schaumburg ist seit 1648 exklaviert. In diesem Jahr erlangte Hessen-Kassel den größten Teil der Grafschaft Schaumburg im Rahmen des Westfälischen Friedens. 1866 wird Schaumburg arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------|
| 1. | Name: | Schaumburg |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 448 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Kassel |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1866 |

Änderungen ab 1821

1821

- | | | |
|----|-------------------|--------------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Niederhessen |
| 7. | Kreis: | Schaumburg |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1842

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave zu Schaumburg

Die Exklave zu Schaumburg gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 80 km nördlich des hessen-kasselischen Staatsgebiets. 1866 kommt die Exklave zu Preußen. 1871 wird sie Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als preußische Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Exklave zu Schaumburg
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 2 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Kassel
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1821

6. Regierungsbezirk: Niederhessen
 7. Kreis: Schaumburg

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Deutschen Zollverein

1842

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Schirgiswalde

Die Exklave Schirgiswalde gehört 1820 zu Österreich und liegt etwa 5 km nördlich des österreichischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Schirgiswalde ist seit 1635 exklaviert. In diesem Jahr verblieb Schirgiswalde als Enklave bei Österreich, während die Umgebung sächsisch wurde. Ab 1809 galt Schirgiswalde als weiterhin zu Österreich gehörig, bezahlte aber weder an Sachsen noch an Böhmen Steuern, bis 1821 auch die Steuerrechte für Österreich geklärt wurden. 1846 wird Schirgiswalde arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Schirgiswalde
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 11 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Österreich
 5. Provinz: Böhmen
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1846 |

Änderungen ab 1821

1846

- | | | |
|----|--------|----------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen (arrondiert) |
|----|--------|----------------------|
-

Exklavierter Kreis Schleusingen

Der Exklavierte Kreis Schleusingen gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 30 km südlich des preußischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 37300 Personen in der Exklave angegeben, davon 3100 in der Stadt Schleusingen. Der Kreis Schleusingen ist seit 1815 exklaviert. In diesem Jahr kommt der Kreis im Rahmen des Wiener Kongresses an Preußen. 1871 wird der Exklavierte Kreis Schleusingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|---------------------------------|
| 1. | Name: | Exklavierter Kreis Schleusingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 442 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |
| 7. | Kreis: | Schleusingen |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Schlotheim

Die Exklave Schlotheim gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 20 km westlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1400 Personen für den Ort Schlotheim angegeben. 1871 wird Schlotheim Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Schlotheim
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 18 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Rudolstadt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Schlotheim
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1822

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Schluchtern

Die Exklave Schluchtern gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 5 km östlich des badischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. Schluchtern ist seit 1815 exklaviert. In diesem Jahr kam es im Rahmen des Wiener Kongresses an Baden. 1871 wird Schluchtern Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Baden bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Schluchtern
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 7 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Baden
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Murg- und Pfinzkreis
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1831

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |

1832

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Mittelrheinkreis |
|----|-------------------|------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1836

- | | | |
|-----|----------------------|---|
| 10. | Externes Zollsystem: | <i>Nicht</i> Teil Württembergischen Zollsystems
Teil des Badischen Zollsystems |
|-----|----------------------|---|

1864

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Mannheim |
|----|-------------------|----------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Schmalkalden

Die Exklave Schmalkalden gehört 1820 zu Hessen-Kassel und liegt etwa 25 km östlich des hessen-kasselschen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von über 28000 Personen für die Exklave angegeben, davon 5500 in der Stadt Schmalkalden und 1000 in dem Dorf Kleinschmalkalden. Schmalkalden ist seit 1567 exklaviert. In diesem Jahr erhielt Landgraf Wilhelm IV als ältester Sohn bei der Teilung Hessens durch Landgraf Philipp den Großmütigen Niederhessen mit Ziegenhain und einen großen Teil Schmalkaldens. 1583 fielen auch die übrigen Gebiete Schmalkaldens an den Landgrafen. 1866 kommt die Exklave an Preußen. 1871 wird Schmalkalden Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|---------------|--------------|
| 1. | Name: | Schmalkalden |
| 2. | Zweitname(n): | |

3. Fläche (GIS-Wert): 271 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Kassel
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1821

6. Regierungsbezirk: Fulda
 7. Kreis: Schmalkalden

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1832

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen
 6. Regierungsbezirk: Fulda
 10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1867

5. Provinz: Hessen-Nassau

- | | | |
|------|--------------------------|--|
| 6. | Regierungsbezirk: | Kassel |
| 1871 | | |
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Schretstaken

Die Exklave Schretstaken gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 20 km südlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Schretstaken Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Schretstaken |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 9 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 4. | Staat: | Lübeck |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Schweinitz

Die Exklave Schweinitz gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 2 km südlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Schweinitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Altenburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Schweinitz |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 1 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Leuchtenburg und Orlamünde |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Altenburg |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Seebach

Die Exklave Seebach gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 1 km östlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Seebach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Seebach
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 2 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Weimar-Eisenach
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Fürstentum Eisenach
 7. Kreis: Eisenacher Kreis
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Seebergen

Die Exklave Seebergen gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 20 km nordwestlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1823 wird Seebergen arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Seebergen
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 7 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Schwarzburg-Rudolstadt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Seebergen
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner

12. Existent bis: 1823

Änderungen ab 1821

1823

4. Staat: Sachsen-Gotha-Altenburg (arrondiert)

Exklave Seulbergmark

Die Exklave Seulbergmark gehört 1820 zu Frankfurt und liegt etwa 20 km nördlich des Frankfurter Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1866 wird Seulbergmark arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Seulbergmark
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): > 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Frankfurt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: *Nicht* Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

4. Staat: Preußen (arrondiert)

Exklave Sonnefeld

Die Exklave Sonnefeld gehört 1820 zu Sachsen-Hildburghausen und liegt etwa 22 km südöstlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. Sonnefeld ist seit 1702 exklaviert. In diesem Jahr kam das Amt Sonnenfeld an den Herzog von Sachsen-Hildburghausen. 1826 wird Sonnefeld arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Sonnefeld
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 50 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Hildburghausen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt: Sonnefeld
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1826

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Coburg und Gotha (arrondiert)

Exklave Sparnberg

Die Exklave Sparnberg gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 80 km südöstlich des preußischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 450 Personen in dem Dorf Sparnberg angegeben. 1871 wird Sparnberg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Sparnberg |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |
| 7. | Kreis: | Ziegenrück |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Steinbach

Die Exklave Steinbach gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 7 km nordöstlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Oberhessen). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1400 Personen in dem Dorf Steinbach angegeben. 1871 wird Steinbach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Steinbach |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Oberhessen |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 5. | Provinz: | Oberhessen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Friedberg |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Straußberg

Die Exklave Straußberg gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 13 km westlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Rudolstadt. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Straußberg Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|---|--------------------|--------------------|
| 1 | Name: | Straußberg |
| 2 | Zweitname(n): | |
| 3 | Fläche (GIS-Wert): | 21 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Staat: | Schwarzburg-Rudolstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Straußberg |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1822

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Taubenpreskeln

Die Exklave Taubenpreskeln gehört 1820 zu Sachsen und liegt etwa 10 km nordwestlich des sächsischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Taubenpreskeln Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Taubenpreskeln |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 13 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erzgebirgischer Kreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsverein |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 6. | Regierungsbezirk: | Zwickau |
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Tautenbronn

Die Exklave Tautenbronn gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 1 km östlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1850 kommt die Exklave an Preußen. 1871 wird Tautenbronn Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Tautenbronn |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Wald |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1835

- | | | |
|-----|----------------------|--------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Badischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--------------------------------|

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

4. Staat: Preußen

6. Regierungsbezirk: Hohenzollern-Sigmaringen

1852

5. Provinz: Rheinprovinz

6. Regierungsbezirk: Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen)

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Teichwolframsdorf

Die Exklave Teichwolframsdorf gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 1 km östlich des Landteils Neustadt an der Orla. Die Exklave ist bewohnt; für 1905 wird eine Einwohnerzahl von 1758 Personen in dem Ort Teichwolframsdorf angegeben. 1871 wird Teichwolframsdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Teichwolframsdorf

2. Zweitname(n):

3. Fläche: (GIS-Wert) 6 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Sachsen-Weimar-Eisenach

5. Provinz: keine

6. Regierungsbezirk: Fürstentum Weimar

7. Kreis: Neustädter Kreis

8. Amt:

9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1870 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Tepfenhard

Die Exklave Tepfenhard gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 2 km östlich des badischen Staatsgebiets (Seekreis). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Tepfenhard Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als badische Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Tepfenhard |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Baden |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Seekreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Konstanz |
|----|-------------------|----------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Thalheim

Die Exklave Thalheim gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 6 km westlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. Thalheim ist seit 1535 exklaviert. In diesem Jahr kam das Gebiet an das Haus Hohenzollern als österreichischer Lehensträger. Im Jahre 1805 erlischt die Lehenshoheit Österreichs. 1850 kommt die Exklave an Preußen. 1871 wird Thalheim Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als preußische Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Thalheim |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 9 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |

9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1850

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollern-Sigmaringen |

1852

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Thedinghausen

Die Exklave Thedinghausen gehört 1820 zu Braunschweig und liegt etwa 100 km nördlich des braunschweigschen Staatsgebiet und etwa 4 km nördlich von Bremen. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 8800 Personen für die Exklave angegeben, davon 1900 in dem Ort Thedinghausen. Thedinghausen ist seit 1679 exklaviert. In diesem Jahr erhielt Braunschweig-Lüneburg das Amt durch einen in Celle geschlossenen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Schweden einerseits und den Welfenfürsten andererseits. Im Jahre 1681 wurde das Amt Thedinghausen geteilt, so dass die Lüneburger Herzöge die Vogtei Dörverden und den östlichen Teil des Amtes erhielten, die Braunschweiger den westlichen Teil des Amtes sowie die Gemeinde Werder. 1871 wird Thedinghausen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Braunschweig bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Thedinghausen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 62 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------------|
| 4. | Staat: | Braunschweig |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | Weserdistrikt |
| 8. | Amt: | Thedinghausen |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1832

- | | | |
|-----|----------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Hannoverischen Zollsystems |
|-----|----------------------|-------------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1835

- | | | |
|-----|--------------------------|------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Steuervereins |
|-----|--------------------------|------------------------|

1866

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Thiergarten

Die Exklave Thiergarten gehört 1820 zu Hohenzollern-Sigmaringen und liegt etwa 1 km westlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 200 Personen in dem Ort Thiergarten angegeben. 1871 wird Thiergarten Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Thiergarten |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Jungnau |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsysteme: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1840

- | | | |
|----|------|------------|
| 8. | Amt: | Strassberg |
|----|------|------------|

1850

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollern-Sigmaringen |

1852

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------------|
| 5. | Provinz: | Rheinprovinz |
| 6. | Regierungsbezirk: | Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen) |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Thränitz

Die Exklave Thränitz gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 4 km nordöstlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Thränitz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Thränitz |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 1 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Weimar |
| 7. | Kreis: | Neustädter Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Tilkerode

Die Exklave Tilkerode gehört 1820 zu Anhalt-Bernburg und liegt etwa 2 km östlich des Landesteil Ballenstedt. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Tilkerode Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Anhalt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Tilkerode
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 11 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Anhalt-Bernburg
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1823

10. Externes Zollsystem: Teil des Preußischen Zollsystems

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1863

4. Staat: Anhalt

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Titschendorf

Die Exklave Titschendorf gehört 1820 zu Reuß-Ebersdorf und liegt weniger als 1 km östlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. 1824 wird Titschendorf arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Titschendorf
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 3 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Reuß-Ebersdorf
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1824

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|----|--------|--|
| 4. | Staat: | Reuß-Lobenstein und Ebersdorf (arrondiert) |
|----|--------|--|
-

Exklave Tramm

Die Exklave Tramm gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 20 km südlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Tramm Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Tramm |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 4. | Staat: | Lübeck |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Traßdorf

Die Exklave Traßdorf gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 8 km östlich des Landteils Fürstentum Gotha. Die Exklave ist bewohnt. 1826 kommt sie zum Staatsgebiet von Sachsen-Coburg und Gotha. 1871 wird Traßdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Traßdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Gotha |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1830

8. Amt: Liebenstein

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Treppendorf

Die Exklave Treppendorf gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 20 km östlich des Landesteil Fürstentum Gotha. Die Exklave ist bewohnt. 1826 fällt die Exklave an Sachsen-Meiningen. 1871 wird Treppendorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Treppendorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 5 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Kranichfeld |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

4. Staat: Sachsen-Meiningen

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Utecht-Schattin

Die Exklave Utecht-Schattin gehört 1820 zu Lübeck und liegt etwa 2 km südöstlich des lübecker Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Utecht-Schattin Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Lübeck bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Utecht-Schattin
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche: (GIS-Wert) 10 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Staat: Lübeck
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Vegesack

Die Exklave Vegesack gehört 1820 zu Bremen und liegt etwa 1 km nördlich des Bremer Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 4000 Personen in dem 1850 zur Stadt erhobenen Ort Vegesack angegeben. Vegesack ist seit 1804 exklaviert. In diesem Jahr wurde der Ort endgültig bremisch, nachdem die Hansestadt ihn 1741 noch einmal an Hannover verloren hatte. 1871 wird Vegesack Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Bremen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Vegesack |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------|
| 4. | Staat: | Bremen |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | <i>Nicht</i> Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | <i>Nicht</i> Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Vierzehnheiligen

Die Exklave Vierzehnheiligen gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 15 km nördlich des Landesteils Fürstentum Altenburg. Die Exklave ist bewohnt; um 1905 wird eine Einwohnerzahl von ca. 150 Personen in dem Dorf Vierzehnheiligen angegeben. 1826 kommt die Exklave an Sachsen-Meiningen. 1871 wird Vierzehnheiligen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Meiningen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Vierzehnheiligen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Altenburg |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Camburg |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|--------|-------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Meiningen |
|----|--------|-------------------|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Vietzen-Gaarz

Die Exklave Vietzen-Gaarz gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 5 km westlich des Landesteil Strelitz. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Vietzen-Gaarz Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Vietzen-Gaarz |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

4.	Staat:	Mecklenburg-Sterlitz
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	keiner
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1868

10.	Externes Zollsystem:	Teil des Preußischen Zollsystems
11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
		Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Vöhl

Die Exklave Vöhl gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 13 km nordöstlich des hessisch-darmstädtischen Staatsgebiets (Oberhessen). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 800 Personen in dem Ort Vöhl und ca. 400 in dem Dorf Thalitter angegeben. Vöhl ist seit 1650 exklaviert. In diesem Jahr fiel das Gebiet an Hessen-Darmstadt. 1866 wird Vöhl arrondiert.

Ausgangsjahr 1820

1.	Name:	Vöhl
2.	Zweitname(n):	
3.	Fläche (GIS-Wert):	120 km ²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hessen-Darmstadt
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Oberhessen
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1866

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1832

7.	Kreis:	Biedenkopf
8.	Amt:	Vöhl

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1848

5.	Provinz:	Oberhessen
6.	Regierungsbezirk:	Biedenkopf

1852

5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Oberhessen

1866

4.	Staat:	Preußen (arrondiert)
----	--------	----------------------

Exklave Volkenroda

Die Exklave Volkenroda gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 12 km nördlich des Landesteil Fürstentum Gotha. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 2800 Personen in dem Ort Volkenroda und dessen Umgebung angegeben. 1871 wird Volkenroda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Volkenroda |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 67 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Volkenroda |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Gotha |

1829

- | | | |
|-----|----------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
|-----|----------------------|----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Volksdorf

Die Exklave Volksdorf gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 7 km östlich des hamburgischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Volksdorf Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Volksdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 10 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Hamburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1853

- | | | |
|-----|--------------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Holsteinischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Dänischen Zollverbands |

1864

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

1868

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Waldstück Heidenstock

Die Exklave Waldstück Heidenstock gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 10 km westlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird Waldstück Heidenstock Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Waldstück Heidenstock
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Darmstadt
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: Oberhessen
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

5. Provinz: Oberhessen
6. Regierungsbezirk: Friedberg

1852

5. Provinz: keine
6. Regierungsbezirk: Starkenburg

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Waldstück nördlich Homburg

Die Exklave Waldstück nördlich Homburg gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 2 km westlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird das Waldstück Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Waldstück nördlich Homburg
2. Zweitname(n):
3. Fläche (GIS-Wert): > 1km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Darmstadt
5. Provinz: keine
6. Regierungsbezirk: Oberhessen
7. Kreis:
8. Amt:
9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
11. Zoll- und Handelsverein: keiner

12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1848

5. Provinz: Oberhessen

6. Regierungsbezirk: Friedberg

1852

5. Provinz: keine

6. Regierungsbezirk: Oberhessen

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet

Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Waldstück nördlich Steinbach

Die Exklave Waldstück nördlich Steinbach gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 7 km westlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird das Waldstück Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Waldstück nördlich Steinbach

2. Zweitname(n):

3. Fläche (GIS-Wert): 1 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hessen-Darmstadt

5. Provinz: keine

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Oberhessen |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 5. | Provinz: | Oberhessen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Friedberg |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |

Exklave Waldstück nordöstlich Dillingsdorf

Die Exklave Waldstück nordöstlich Dillingsdorf gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 3 km nordwestlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist unbewohnt. 1871 wird das Waldstück Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|------------------------------------|
| 1. | Name: | Waldstück nordöstlich Dillingsdorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 2 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 4. | Staat: | Hessen-Darmstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Oberhessen |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1848

- | | | |
|----|-------------------|------------|
| 5. | Provinz: | Oberhessen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Friedberg |

1852

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Starkenburg |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Walksfelde

Die Exklave Walksfelde gehört 1820 zu Mecklenburg-Strelitz und liegt etwa 15 km südwestlich des Landesteil Fürstentum Ratzeburg. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Walksfelde Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Mecklenburg-Strelitz bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Walksfelde |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------------------|
| 4. | Staat: | Mecklenburg-Strelitz |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Wandersleben

Die Exklave Wandersleben gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 2 km westlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Erfurt). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 750 Personen in dem Ort Wandersleben angegeben. Wandersleben ist seit 1815 exklaviert. In diesem Jahr verblieb das Amt bei Preußen, während die umliegenden Gebiete an Sachsen-Gotha-Altenburg fielen. 1871 wird Wandersleben Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Wandersleben |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 46 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Sachsen |
| 6. | Regierungsbezirk: | Erfurt |
| 7. | Kreis: | Erfurt |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Wangen

Die Exklave Wangen gehört 1820 zu Baden und liegt etwa 5 km östlich des badischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Wangen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als badische Exklave bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Wangen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 4. | Staat: | Baden |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Seekreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1836

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1864

- | | | |
|----|-------------------|----------|
| 6. | Regierungsbezirk: | Konstanz |
|----|-------------------|----------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Weisbach

Die Exklave Weisbach gehört 1820 zu Schwarzburg-Rudolstadt und liegt etwa 5 km östlich des Staatsgebiets von Schwarzburg-Rudolstadt. Die Exklave ist bewohnt. Weisbach ist seit etwa 1580 exklaviert. Seit dem 14. Jahrhundert wurden die Ritter von Posseck als Besitzer erwähnt. 1580 zog der Graf von Schwarzburg die Gerichte und die Jagd ein, weil ein Junker von Posseck einen Bauern in dessen Stube erstochen hatte. 1871 wird Weisbach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Schwarzburg-Rudolstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Weisbach |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 6 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Staat: | Schwarzburg-Rudolstadt |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Werningshausen

Die Exklave Werningshausen gehört 1820 zu Sachsen-Gotha-Altenburg und liegt etwa 10 km östlich des Landesteils Fürstentum Gotha. Die Exklave ist bewohnt. 1826 fällt die Exklave an Sachsen-Coburg und Gotha. 1871 wird sie Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Coburg und Gotha bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Werningshausen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 9 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Gotha-Altenburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Gotha |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | Kanzlei zu Ohrdruf |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Coburg und Gotha |
| 6. | Regierungsbezirk: | Herzogtum Gotha |

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Wetzlar-Braunfels

Die Exklave Wetzlar-Braunfels gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 10 km südöstlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Koblenz). Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 424000 Personen für die Gesamtheit der Exklave angegeben, darunter in den Städten Braunfels 1700, Wetzlar 5200 sowie in den Dörfern Ehringhausen 700, Greifenstein 700, Hohensolms 500, Leun 1000 und Oberndorf 360. Wetzlar-Braunfels ist seit 1815 exklaviert. In diesem Jahr kam das Gebiet an Preußen. 1866 wird Wetzlar-Braunfels arrondiert

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Wetzlar-Braunfels
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 482 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Preußen
 5. Provinz: Niederrhein
 6. Regierungsbezirk: Koblenz
 7. Kreis: Wetzlar
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1866

Änderungen ab 1821

1822

5. Provinz: Rheinprovinz

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1866

12. Existent bis: 1866

Exklave Wilflingen

Die Exklave Wilflingen gehört 1820 zu Hohenzollern-Hechingen und liegt etwa 23 km südwestlich von dessen Staatsgebiet. Die Exklave ist bewohnt. Wilflingen ist seit ca. 1300 exklaviert. In diesem Jahr werden die Grafen von Zollern Inhaber der Ortsherrschaft über Wilflingen. 1850 kommt die Exklave an Preußen. 1871 wird Wilflingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Wilflingen
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 7 km²

Administrative Zuordnung

4. Staat: Hohenzollern-Hechingen
 5. Provinz: keine
 6. Regierungsbezirk: keiner
 7. Kreis:
 8. Amt:
 9. Gemeinde:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1824

10. Externes Zollsystem: Teil des Württembergischen Zollsystems

1828

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Süddeutschen Zollvereins

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

4. Staat: Preußen

6. Regierungsbezirk: Hohenzollern-Hechingen

1852

5. Provinz: Rheinprovinz

6. Regierungsbezirk: Hohenzollernsche Lande (Sigmaringen)

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Wimpfen

Die Exklave Wimpfen gehört 1820 zu Hessen-Darmstadt und liegt etwa 20 km südöstlich des hessen-darmstädtischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird für die Exklave eine Einwohnerzahl von 2550 Personen angegeben, davon für die Stadt Wimpfen am Berg 2120 sowie für das Dorf Wimpfen im Tal 430. Wimpfen ist seit 1803 exklaviert. In diesem Jahr kam das Gebiet durch Tausch von Baden an Hessen, nachdem es erst 1802 zu Baden gelangt war. 1871 wird Wimpfen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Wimpfen
2. Zweitname(n):
3. Fläche (GIS-Wert): 21 km²

Administrative Zuordnung

4.	Staat:	Hessen-Darmstadt
5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Starkenburg
7.	Kreis:	
8.	Amt:	
9.	Gemeinde:	

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10.	Externes Zollsystem:	keines
11.	Zoll- und Handelsverein:	keiner
12.	Existent bis:	1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1828

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins
-----	--------------------------	---

1832

7.	Kreis:	Heppenheim
8.	Amt:	Wimpfen

1834

11.	Zoll- und Handelsverein:	Teil des Deutschen Zollvereins
-----	--------------------------	--------------------------------

1848

5.	Provinz:	Starkenburg
6.	Regierungsbezirk:	Erbach

1852

5.	Provinz:	keine
6.	Regierungsbezirk:	Starkenburg

1871

10.	Externes Zollsystem:	Beobachtung der Zollsysteme endet
11.	Zoll- und Handelsverein:	Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet Teil des Deutschen Zollgebiets

Exklave Wirnsweiler

Die Exklave Wirnsweiler gehört 1820 zu Württemberg und liegt etwa 1 km westlich des württembergischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Wirnsweiler Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Württemberg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Wirnsweiler |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 1 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Staat: | Württemberg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Donaukreis |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet |
| | | Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Wohldorf-Ohlstedt

Die Exklave Wohldorf-Ohlstedt gehört 1820 zu Hamburg und liegt etwa 7 km nordöstlich des hamburgischen Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Wohldorf-Ohlstedt Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Hamburg bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Wohldorf-Ohlstedt |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche: (GIS-Wert) | 12 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Hamburg |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1853

- | | | |
|-----|--------------------------|-------------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Holsteinisches Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Dänischen Zollvereins |

1864

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |

1868

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Zettemin

Die Exklave Zettemin gehört 1820 zu Preußen und liegt etwa 2 km westlich des preußischen Staatsgebiets (Regierungsbezirk Stettin). Die Exklave ist bewohnt. 1871 wird Zettemin Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Zettemin |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 34 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|---------|
| 4. | Staat: | Preußen |
| 5. | Provinz: | Pommern |
| 6. | Regierungsbezirk: | Stettin |
| 7. | Kreis: | Demmin |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Preußisch-Hessischen Zollvereins |
|-----|--------------------------|---|

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Exklave Zeulenroda

Die Exklave Zeulenroda gehört 1820 zu Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) und liegt etwa 1 km nördlich des Greizer Staatsgebiets. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 6500 Personen in der Stadt Zeulenroda angegeben. Zeulenroda ist seit 1500 exklaviert. In diesem Jahr kam es an Reuß. 1871 wird Zeulenroda Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Zeulenroda |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 17 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------------|
| 4. | Staat: | Reuß ältere Linie (Reuß-Greiz) |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 7. | Kreis: | |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1871

- | | | |
|-----|----------------------|-----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
|-----|----------------------|-----------------------------------|

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
|-----|--------------------------|--|
-

Exklave Zillbach

Die Exklave Zillbach gehört 1820 zu Sachsen-Weimar-Eisenach und liegt etwa 5 km östlich des Landesteils Fürstentum Eisenach. Die Exklave ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 430 Personen in dem Dorf Zillbach angegeben. Zillbach ist seit etwa 1660 exklaviert. Etwa in diesem Jahr kam es an den Fürsten von Sachsen-Weimar. 1871 wird Zillbach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Exklave von Sachsen-Weimar-Eisenach bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Zillbach |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 19 km ² |

Administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------------------|
| 4. | Staat: | Sachsen-Weimar-Eisenach |
| 5. | Provinz: | keine |
| 6. | Regierungsbezirk: | Fürstentum Eisenach |
| 7. | Kreis: | Eisenacher Kreis |
| 8. | Amt: | |
| 9. | Gemeinde: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Mitteldeutschen Handelsvereins |
|-----|--------------------------|---|

1833

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Thüring. Zoll- und Handelsvereins |
|-----|--------------------------|--|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet

11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

2.5 Kondominatsgebiete

Kondominat Bergedorf

Bergedorf besteht 1820 als Kondominat zwischen den Stadtstaaten Hamburg und Lübeck. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; für 1860 wird eine Einwohnerzahl von 2600 Personen in der Stadt Bergedorf angegeben. Bergedorf ist seit 1420 Kondominat. In diesem Jahr wurde es von Hamburg und Lübeck in Besitz genommen. 1868 endet der Kondominatsstatus von Bergedorf.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Bergedorf |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 88 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-----------|
| 4. | Erster Staat: | Hamburg |
| 5. | Zweiter Staat: | Lübeck |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | keiner |
| 9. | Amt: | Bergedorf |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1868 |

Änderungen ab 1821

1868

- | | | |
|----|----------------|-------------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Hamburg |
| 5. | Zweiter Staat: | keiner (Ende des Kondominats) |

Kondominat Dürmentingen

Dürmentingen besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt. Ab 1850 ist Preußen an Stelle von Hohenzollern-Sigmaringen der zweite Kondominatsstaat. 1871 wird

Dürmentingen Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Kondominat von Württemberg und Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Dürmentingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Württemberg |
| 5. | Zweiter Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | |
| 9. | Amt: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1850

- | | | |
|----|----------------|-------------|
| 4. | Erster Staat: | Württemberg |
| 5. | Zweiter Staat: | Preußen |

1871

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Beobachtung der Zollsysteme endet |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets |
-

Kondominat Edelfingen

Edelfingen besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Baden und Württemberg. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt. Mit der Eingliederung in das Staatsgebiet von Württemberg 1846 endet der Kondominatsstatus von Edelfingen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Edelfingen |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 8 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Erster Staat: | Baden |
| 5. | Zweiter Staat: | Württemberg |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | |
| 9. | Amt: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1846 |

Änderungen ab 1821

1831

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1834

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|--------------------------------|

1846

- | | | |
|----|----------------|-------------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Württemberg |
| 5. | Zweiter Staat: | keiner (Ende des Kondominats) |
-

Kondominat Emerfeld-Warmthal

Emerfeld-Warmthal besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt. Ab 1850 ist Preußen an Stelle von Hohenzollern-Sigmaringen der zweite Kondominatsstaat. 1871 wird Emerfeld-Warmthal Teil des Reichsgebiets, bleibt aber weiterhin als Kondominat von Württemberg und Preußen bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Emerfeld-Warmthal |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 3 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|--------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Württemberg |
| 5. | Zweiter Staat: | Hohenzollern-Sigmaringen |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | |
| 9. | Amt: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1824

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

1828

- | | | |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
|-----|--------------------------|-----------------------------------|

1834

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1850

4. Erster Staat: Württemberg
5. Zweiter Staat: Preußen

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Teil des Deutschen Zollgebiets

Kondominat Kürnbach

Kürnbach besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Baden und Hessen-Darmstadt. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 1.350 Personen in dem Ort Kürnbach angegeben. Kürnbach ist seit etwa 1300 Kondominat. Um diese Zeit wurden zwei Drittel von Kürnbach an die Grafen von Katzenellenbogen verkauft, dieser Teil des Dorfes fiel später an Hessen. Im 14. Jahrhundert wurde das letzte Drittel Kürnbachs und der dazugehörigen Gemarkung an die Herzöge von Württemberg veräußert. In der napoleonischen Zeit wurde der württembergische dann Teil dann badisch. 1871 wird Kürnbach Teil des Reichsgebiets, bleibt aber bis 1904 weiterhin als Kondominat von Baden und Hessen-Darmstadt bestehen.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Kürnbach
2. Zweitname(n):
3. Fläche (GIS-Wert): 14 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Erster Staat: Baden
5. Zweiter Staat: Hessen-Darmstadt
6. Dritter Staat: keiner
7. Regierungsbezirk: keiner
8. Kreis:
9. Amt:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
11. Zoll- und Handelsverein: keiner

12. Existent bis: 1871 noch existent

Änderungen ab 1821

1836

11. Zoll- und Handelsverein: Teil des Deutschen Zollvereins

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
 Teil des Deutschen Zollgebiets

Kondominat Lippstadt

Lippstadt besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Lippe-Detmold und Preußen. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von 5.500 Personen in der Stadt Lippstadt angegeben. Lippstadt ist seit 1445 Kondominat. Mit der Übernahme in preußisches Staatsgebiet 1850 endet der Kondominatsstatus von Lippstadt.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Lippstadt
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 15 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Erster Staat: Lippe-Detmold
 5. Zweiter Staat: Preußen
 6. Dritter Staat: keiner
 7. Regierungsbezirk: keiner
 8. Kreis:
 9. Amt:

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1850

Änderungen ab 1821

1842

- | | | |
|-----|--------------------------|----------------------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Preußischen Zollsystems |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |

1850

- | | | |
|----|----------------|-------------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Preußen |
| 5. | Zweiter Staat: | keiner (Ende des Kondominats) |
-

Kondominat Neutral-Moresnet

Neutral-Moresnet besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Preußen und Vereinigte Niederlande. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 720 Personen in dem Dorf Moresnet angegeben. Neutral Moresnet ist seit 1816 Kondominat. In diesem Jahr kam ein Teil an Preußen, einer an die Niederlande und ein dritter Teil wird gemeinsam von beiden Staaten verwaltet. Ab 1831 ist Belgien an Stelle von den Vereinigten Niederlanden der zweite Kondominatsstaat. 1871 wird Neutral-Moresnet Teil des Reichsgebiets, bleibt aber bis 1915 weiterhin als Kondominat von Preußen und Belgien bestehen.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|-------------------|
| 1. | Name: | Neutral-Moresnet |
| 2. | Zweitname(n): | Altenberg, Kelmis |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 4 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Preußen |
| 5. | Zweiter Staat: | Vereinigte Niederlande |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | |
| 9. | Amt: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------------------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1871 noch existent |

Änderungen ab 1821

1831

5. Zweiter Staat: Belgien

1871

10. Externes Zollsystem: Beobachtung der Zollsysteme endet
 11. Zoll- und Handelsverein: Beobachtung der Zoll- und Handelsvereine endet
Nicht Teil des Deutschen Zollgebiets

Kondominat Römhild

Römhild besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Sachsen-Meiningen und Sachsen-Gotha-Altenburg. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1.750 Personen in der Stadt Römhild angegeben. Römhild ist seit 1710 Kondominat. In diesem Jahr verstarb der letzte Erbe aus der sächsischen Linie Römhild. Mit der Übertragung der alleinigen Verwaltung auf Sachsen-Meiningen 1826 endet der Kondominatsstatus von Römhild.

Ausgangsjahr 1820

1. Name: Römhild
 2. Zweitname(n):
 3. Fläche (GIS-Wert): 119 km²

Politisch-administrative Zuordnung

4. Erster Staat: Sachsen-Meiningen
 5. Zweiter Staat: Sachsen-Gotha-Altenburg
 6. Dritter Staat: keiner
 7. Regierungsbezirk: keiner
 8. Kreis: keiner
 9. Amt: Römhild

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

10. Externes Zollsystem: keines
 11. Zoll- und Handelsverein: keiner
 12. Existent bis: 1826

Änderungen ab 1821

1826

- | | | |
|----|----------------|-------------------------------|
| 4. | Erster Staat: | Sachsen-Meiningen |
| 5. | Zweiter Staat: | keiner (Ende des Kondominats) |
-

Kondominat Widdern

Widdern besteht 1820 als Kondominat zwischen den Staaten Baden und Württemberg. Das Kondominatsgebiet ist bewohnt; um 1860 wird eine Einwohnerzahl von ca. 1.400 Personen in der Stadt Widdern angegeben. Widdern ist seit 1350 Kondominat. Seit diesem Jahr ist die Stadt zwischen den so genannten Ganerben aufgeteilt. Die Ganerbschaft war eine gebräuchliche Form der Vererbung im Mittelalter und meint die Vererbung eines Nachlassgegenstandes an mehrere Erben. Ab 1675 ist Widdern in Besitz des Bischofs von Würzburg, der Grafen von Württemberg, der Herren von Gemmingen sowie der Herren von Züllenhardt. Ab 1805 teilen sich Baden und Württemberg das Kondominat, das 1846 beendet wird.

Ausgangsjahr 1820

- | | | |
|----|--------------------|--------------------|
| 1. | Name: | Widdern |
| 2. | Zweitname(n): | |
| 3. | Fläche (GIS-Wert): | 15 km ² |

Politisch-administrative Zuordnung

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 4. | Erster Staat: | Baden |
| 5. | Zweiter Staat: | Württemberg |
| 6. | Dritter Staat: | keiner |
| 7. | Regierungsbezirk: | keiner |
| 8. | Kreis: | |
| 9. | Amt: | |

Wirtschaftsräumliche Zuordnung

- | | | |
|-----|--------------------------|--------|
| 10. | Externes Zollsystem: | keines |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | keiner |
| 12. | Existent bis: | 1846 |

Änderungen ab 1821

1831

- | | | |
|-----|----------------------|--|
| 10. | Externes Zollsystem: | Teil des Württembergischen Zollsystems |
|-----|----------------------|--|

- | | | |
|------|--------------------------|-----------------------------------|
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Süddeutschen Zollvereins |
| 1834 | | |
| 11. | Zoll- und Handelsverein: | Teil des Deutschen Zollvereins |
| 1846 | | |
| 4. | Erster Staat: | Württemberg |
| 5. | Zweiter Staat: | keiner (Ende des Kondominats) |

Skripte und Materialien zum Forschungsprojekt „HGIS Germany – Historisches Informationssystem der deutschen Staatenwelt seit 1815“

Herausgegeben von Andreas Kunz

Band 1

Andreas Kunz, Das Informationssystem „HGIS Germany“ und seine Module.
Mit Beiträgen von Dorlis Blume, Bettina Johnen, Monika Krompiec und Silke Marburg,
Mainz 2008.

Band 2

Andreas Kunz, Hrsg. / Bettina Johnen, Bearb. Materialien zur Entwicklung historischer
Grenzen und Räume in Deutschland 1821-1871, Mainz 2008.

Band 3

Silke Marburg, Dynastische Informationen des HGIS Germany 1815-1918, Mainz 2008.

Band 4

Andreas Kunz, Hrsg. / Dorlis Blume, Bearb., Beschreibungen von Staaten, Provinzen und
Regierungsbezirken in Deutschland 1820-1914, Mainz 2008.

Band 5

Andreas Kunz, Hrsg. / Monika Krompiec, Bearb., Zeitreihen zur raumbezogenen historischen
Statistik der Bevölkerung in Deutschland 1815-1914. Mainz 2008.

Weitere Bände in Vorbereitung.